

**Barbara Greve**

**Eine kleine Stadt in Hessen  
Neukirchen, die Juden und der Nationalsozialismus**

**Nationalsozialismus in Nordhessen**  
**Schriften zur regionalen Zeitgeschichte**  
**Herausgegeben vom Fachbereich Erziehungswissenschaft/  
Humanwissenschaften der Universität Kassel**  
**Redaktion: Dietfrid Krause-Vilmar**  
**Band 23**

*Zur Autorin:*

**Barbara Greve**, geb. 1946 in Berlin, Grundschullehrerin in Berlin und Hessen, Studium der Europäischen Ethnologie, Geschichte und Kunstgeschichte in Marburg, Zahlreiche Veröffentlichungen zur Kultur- und Sozialgeschichte sowie zur Geschichte der Juden in Nordhessen. Preisträgerin des Obermayer German Jewish History Award 2010.

**Barbara Greve**

**Eine kleine Stadt in Hessen**

**Neukirchen, die Juden und der  
Nationalsozialismus**

V E R L A G

---

WINFRIED JUNIOR

© 2010 Verlag Winfried Jenior  
Lassallestr. 15, D-34119 Kassel  
Tel.: 0561-7391621, Fax 0561-774148  
e-mail: [jenior@aol.com](mailto:jenior@aol.com) [www.jenior.de](http://www.jenior.de)

ISBN: 978-3-934377-20-2

ISSN: 0175-1840

Einbandgestaltung: Stephan von Borstel  
Druck: Druckwerkstatt Bräuning und Rudert, Espenau  
Printed in Germany

## **Inhalt**

Vorwort des Bürgermeisters Klemens Olbrich	7
Einleitung	9
Die Stadt und ihre Umgebung	12
Soziale Beziehungen und gesellschaftliche Kontakte	20
Jüdischer Handel 1928 bis 1933	27
Die politische Lage im Kreis Ziegenhain	31
Das Frühjahr 1933 – eine Zeitenwende	34
Die Hetze beginnt	35
Der Boykott	44
Fleißige „Amtswalter“ der NSDAP und ihrer Organisationen	47
Die ersten Flüchtlinge	49
1934 – das Jahr der Beruhigung?	55
Kindliche Lebenswelt im Nationalsozialismus	70
Frühjahr und Sommer 1935	76
Die Zeit der „Nürnberger Gesetze“	81
Gesetzlich gestützte Kontrolle und Verfolgung	84
Information und Indoktrination	86
1936 – das Olympiajahr	91
1936/1937 – die erste Abwanderungswelle	93
Natalie Nussbaums Weg in den Tod	105
Flucht und Ende der Familie Dina Nussbaum	113
1937 – Frankfurt als sicherer Ort?	116
„Nur raus! Aber wohin?“	124
1938 – Frühjahr und Sommer	127
Blinde und taube Nachbarn	133
Nach dem Pogrom	142
„Du bist unser einziges Kind“	146
Der November 1938 im Spiegel der Regionalpresse	151
Eine Puppe – 4,50 RM	153
Die „kleine“ Flucht – von Neukirchen nach Frankfurt	159
In „Mischehe“	160
Unsicherheit und Unsichtbarkeit	162
Schlag auf Schlag – Erlasse und Verordnungen	170
Es ist Krieg	174
Aus Frankfurt verschleppt	180
Berta und Johanna Sonn – die letzten Jahre	186
6. September 1942 – Abfahrt Treysa 11.12 Uhr	193
Schnäppchenjäger	194
Das Ende	199
Auf einen Blick	201
Quellen	208
Bibliographie	209



## Vorwort

Der Autorin, Frau Barbara Greve, ist für die Herausgabe dieser in jeder Hinsicht gelungenen Dokumentation über die Geschichte der Juden in Neukirchen zu danken. Mit diesem besonderen Werk werden die ehemaligen deutschen Mitbürgerinnen und Mitbürger jüdischen Glaubens, die über Generationen hinweg bis zur Zeit der Terrorherrschaft des Nationalsozialismus (1933 – 1945) in Neukirchen lebten, in besonderer Weise gewürdigt.

Der Intention, die Erinnerung an die ehemaligen Mitbürgerinnen und Mitbürger jüdischen Glaubens in Neukirchen aufrecht zu erhalten, wird hier in geeigneter Form entsprochen. Die ersten Juden als Einwohner in Neukirchen lassen sich im Jahr 1647 nachweisen. Die jüdische Bevölkerung war seit dieser Zeit ein nicht zu übersehender Bestandteil im örtlichen Gemeinwesen von Neukirchen. Der Jüdische Friedhof an der Schwarzenborner Straße und die ehemalige Synagoge in der Untergasse / Ecke Brauhausgasse (nunmehr ein Privathaus) geben auch heute ein bleibendes Zeugnis von der einstigen jüdischen Kultusgemeinde in Neukirchen. Im Jahr 1933 wohnten in Neukirchen 27 jüdische Familien mit 101 Angehörigen. Das waren rund 6 % der Gesamteinwohnerzahl von 1.650.

Die Autorin hat sich der Aufgabe verschrieben, die Lebenswege der jüdischen Bevölkerung Neukirchens von ihren historischen Wurzeln, ihrem Alltag, ihrem Handel und ihrer Glaubenspraxis bis hin zu ihrer Vertreibung oder Ermordung nachzuzeichnen. Wir tragen heute Verantwortung dafür, dass die Gräueltaten der Machthaber des sogenannten Dritten Reiches 1933 – 1945 nicht vergessen werden und wir nicht ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen. Die Verfolgung der Juden in Deutschland und anderswo erfolgte systematisch und endete für viele Millionen Juden mit dem Tod in den Konzentrationslagern. Um die frühere Existenz der jüdischen Gemeinde in unserer Stadt nicht zu vergessen, haben die gewählten Vertreter der Stadt Neukirchen beschlossen, einen Gedenkstein als Zeichen der Erinnerung zu errichten. Am 10. Oktober 1993 wurde gegenüber der ehemaligen jüdischen Synagoge in der Untergasse ein Sandstein mit einer Gedenkplatte aus Kupfer feierlich enthüllt. Der Text der Tafel lautet:

„Das gegenüberliegende Gebäude diente der Jüdischen Gemeinde seit 1832 als Synagoge. Während des Naziregimes 1933 – 1945 wurden alle Juden aus Neukirchen vertrieben oder verschleppt und die Synagoge am 9. November 1938 innen verwüstet.“

Das vorliegende wissenschaftliche Projekt ist ein weiterer Beitrag, die Erinnerung an die ehemalige jüdische Kultusgemeinde bzw. die Mitbürgerinnen und Mitbürger jüdischen Glaubens aufrecht zu erhalten und die Zeugnisse der Mitbürger jüdischen Glaubens auch als Mahnung zu verstehen. Wer vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gefahren der Gegenwart! Wer sich an Unmenschlichkeit und Menschenverachtung nicht erinnern will, wird anfällig für Ansteckungsgefahren.

Auch wenn alle Versuche, das Vergessen zu verhindern, unzulänglich erscheinen, sollten wir uns bemühen, die Vergangenheit durch das Errichten von Gedenktafeln, die Veröffentlichung in den Medien überall dort, wo einst jüdisches Leben blühte, in uns und für unsere Nachfolger wach zu halten. Uns allen sollte es eine Verpflichtung sein, dieses Ziel zu unterstützen. Nur durch die Auseinandersetzung mit unserer Heimatgeschichte – mit ihren positiven und negativen Entwicklungen – können wir bewusst Folgerungen für unser Verhalten in Gegenwart und Zukunft ziehen und lernen, in gegenseitiger Achtung und Respektierung menschlicher Würde miteinander zu leben. Ich wünsche daher diesem Buch viele aufmerksame Leserinnen und Leser.

Klemens Olbrich  
Bürgermeister der Stadt Neukirchen



## Einleitung

Neukirchen ist nur ein Beispiel. Das, was hier geschah, hat sich in ähnlicher und oftmals weit schlimmerer Form in fast jeder Stadt und jedem Dorf mit jüdischer Bevölkerung zugetragen.

Aber warum Neukirchen? Nur wenige Hinweise haben sich zum Leben der örtlichen Juden im frühen 20. Jahrhundert in verstreuten Aktenbeständen erhalten. Dies gilt insbesondere für die Jahre der Naziherrschaft bis zur Ab- und Auswanderung oder Deportation der letzten jüdischen Neukirchener. Aus diesen wenigen Quellen eine Entwicklungslinie ziehen zu wollen, bleibt sicherlich unvollständig. Viele Akten aus der NS-Zeit sind gegen Kriegsende, in der Nachkriegszeit, bei der Gebietsreform und den Umzügen oder Renovierungen der Ämter wissentlich oder unwissentlich vernichtet worden oder anderweitig abhanden gekommen. So erweist sich der Altkreis Ziegenhain hinsichtlich der Überlieferung administrativer Quellen fast als „weißer Fleck“. Viele Vorgänge haben jedoch in der Tagespresse Erwähnung gefunden oder nahmen in den umliegenden Landkreisen eine identische Entwicklung, so dass mit ihrer Hilfe ein möglichst konkretes Bild der nationalsozialistischen Aktivitäten in Neukirchen und der parallel dazu laufenden Vertreibung der Juden aus der Stadt nachgezeichnet werden soll.

Die vorhandenen Quellen fordern auch dazu heraus, eine Verbindungslinie zwischen der schleichenden Indoktrination und der Demonstration der „kleinen Macht“ der regionalen Nationalsozialisten hin zu der Entrechtung und Vertreibung der örtlichen Juden zu ziehen. Die zunehmende Einengung des täglichen Lebens aller Beteiligten und die damit verbundene Erstarrung seitens der christlichen Einwohner führte dazu, dass jeder vom Vorgehen gegen die Juden etwas mit bekam oder sogar aktiv daran beteiligt war, durch seine Mitgliedschaft in NS-Organisationen, durch sein Verhalten, seine Habgier, sein Schweigen. Auch darin unterschied sich Neukirchen nicht von anderen Orten jener Zeit. Das nazistische Gedankengut legte sich wie ein Schleier über die Stadt, wobei die Quellen andeuten, dass der Jubel der Nazianhänger zu Beginn der NS-Herrschaft zunehmend in einer Banalität des Alltags endete, welche Empathie erstickte und oft nur noch dem Eigennutz Raum ließ. Der Umdeutung von Werten konnten sich nur sehr starke, gefestigte Charaktere widersetzen; selbst der christliche Glaube war nicht mehr frei.

Die Dokumentation der Lebenswege der jüdischen Bevölkerung Neukirchens von ihren historischen Wurzeln, ihrem Alltag, ihrem Handel und ihrer Glaubenspraxis bis hin zu ihrer Vertreibung oder Ermordung<sup>1</sup> war ein weiterer Anlass zu intensi-

---

Die Wahl der Terminologie bei Publikationen zur NS-Zeit stellt ein Problem dar. Mit dem Begriff *Juden* werden hier Deutsche jüdischen Glaubens bezeichnet, der Begriff *Gemeinde* bezieht sich auf die Jüdische Kultusgemeinde Neukirchen. Zu den schriftlichen oder mündlichen Erinnerungen, welche in ihrer Gesamtaussage durch andere Quellen überprüft wurden, gelten die bekannten Vorbehalte zur *oral history* (erzählte Erinnerung).

verer Beschäftigung mit der Zeit des Nationalsozialismus in der Stadt. Dabei erweiterten sich mit den gelungenen oder gescheiterten Rettungsversuchen der jüdischen Bürger und mit der Verschleppung der letzten neun Juden aus der Stadt die Dimensionen, so dass die Geschehnisse in einem kleinen Landstädtchen der hessischen Provinz plötzlich Teil eines unvorstellbaren Prozesses waren. In Verknüpfung mit den Schicksalen der Neukirchener Juden wurden die tangierten Kreise immer größer, so dass rückblickend die Situation in französischen und holländischen Internierungs- und Durchgangslagern ebenso eine Rolle spielte wie in den deutsche Konzentrations- und Arbeitslagern und den Deportations- und Vernichtungslagern in Polen, Lettland und Weißrussland. Gleiches galt für die Flucht in die europäischen Nachbarstaaten oder die Emigration in die USA, nach Palästina, Südamerika, Südafrika.

Die Geschehnisse der nationalsozialistischen Zeit waren keine Zwangsläufigkeit der Entscheidungen einer kleinen Schar führender Politiker. Sie konnten ihre Wirkung nur im Zusammenspiel all derer entfalten, welche den Nationalsozialisten zur Macht verholfen hatten. Nur wenige in Deutschland, in Hessen, in Neukirchen wollten und konnten sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten davon distanzieren. Die regionalen Quellen zeigen deutlich, mit welcher subtiler Penetranz das nationalsozialistische Gedankengut in die Köpfe der Menschen gebracht wurde. Eine permanente Präsenz und die Verführung durch eine scheinbare Ordnung in einer als auseinander brechend empfundenen Zeit überwölbten nach und nach das tägliche Leben, bis kaum jemand mehr wagte abseits zu stehen. Der Mikrokosmos dieses politisch unbedeutenden kleinen hessischen Landstädtchens war mit der nationalsozialistischen Vertreibungs- und Vernichtungspolitik enger verwoben, als man es bisher wahr haben wollte. Auch dafür ist Neukirchen nur ein Beispiel.

---

Beteiligte in offiziellen Funktionen von Verwaltung und NSDAP wie Bürgermeister, Ortsgruppenleiter u.ä. werden als historische Personen mit vollem Namen genannt, Namen von Privatpersonen werden abgekürzt.

Da es in den Archivalien immer wieder zu divergierenden Schreibweisen kam, wurde statt *Nußbaum* einheitlich die Schreibweise *Nussbaum* gewählt. Ebenso wurde in den zitierten Texten *daß* durch *dass* ersetzt. Weitere Angleichungen wurden nicht vorgenommen.

<sup>1</sup> Barbara GREVE, Jeder Mensch hat einen Namen. Was man den Juden aus Neukirchen am Knüll angetan hat. 1933-1942, in: Bernd LINDENTHAL (Hrsg.), Heimatvertriebene Nachbarn, Bd. 3, Schwalmstadt-Treysa 2008, S. 307-446.

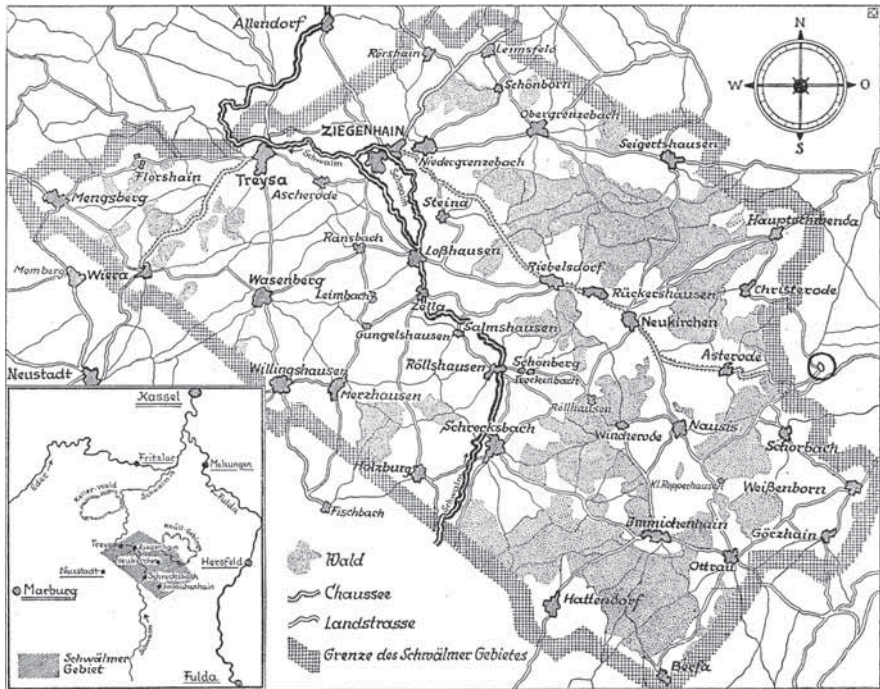


Abb. 1: Neukirchen in der Schwalm



Abb. 2: Neukirchen 1956

## Die Stadt und ihre Umgebung

Neukirchen ist eine idyllische kleine Fachwerkstadt im Norden Hessens. Sie liegt am Rande der Schwalm, einer ländlich geprägten Region am Westrand des Knüllgebirges, welche durch Tracht und Sitte bis weit in das 20. Jahrhundert hinein konservativ geprägt war. Die Stadt gehörte zum ehemaligen Verwaltungsgebiet des Kreises Ziegenhain im Regierungsbezirk Kassel und damit im untersuchten Zeitraum zur Provinz Hessen-Nassau in Preußen.

Die Neukirchen benachbarten Ortschaften mit kleinstädtisch(repräsentativ)-jüdischer Bevölkerung waren die Marktflecken Oberaula und Frielendorf, das winzige Landstädtchen Schwarzenborn sowie die Festungsstadt Ziegenhain und der Eisenbahnknotenpunkt Treysa.

Frielendorf war um 1930 von der Landwirtschaft sowie dem Braunkohle-Bergbau geprägt. Treysa verfügte über einen wichtigen Eisenbahnknotenpunkt und mit „Hephata“ über eine bedeutende Anstalt der Diakonie. Beide beeinflussten und beförderten die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt. Die Stadt Ziegenhain beherbergte neben einer überregionalen Strafanstalt vor allem die administrativen Behörden des Landkreises Ziegenhain wie Landratsamt und Finanzamt. Die Stadt Schwarzenborn besaß um 1930 nur noch eine quantitativ marginale jüdische Bevölkerung, war überwiegend landwirtschaftlich geprägt und regional bedeutungslos. In all diesen Orten lebten seit Jahrhunderten Juden, ebenso wie in neun weiteren Dörfern des Kreises, in denen sie überwiegend als Manufakturwarender Viehhändler sowie im ambulanten Handel tätig waren.

Neukirchen war bereits in landgräflicher und kurfürstlicher Zeit Mittelpunkt eines Verwaltungsamtes mit 18 Dörfern und blieb auch in preußischer Zeit durch Amtsgericht und Eisenbahn, Postamt, Arzt und Apotheke lebendiger Mittelpunkt der umliegenden Region. Seine innere Struktur war vom Handwerk und Handel der ehemaligen Ackerbürger bestimmt, die Landwirtschaft spielte keine dominierende Rolle mehr, zumal rund um die Stadt das Klima rau und der Boden von minderer Qualität ist.

Juden lassen sich seit dem Jahre 1647 als Einwohner nachweisen, und obwohl Neukirchen als „kein sonderlich nahrhafter Ort“<sup>2</sup> galt, lebten im Jahr 1750 unter den 1313 Bürgern 28 erwachsene Juden mit ihren Familien.<sup>3</sup> Woher sie zuwanderten, ließ sich nur in wenigen Fällen eindeutig rekonstruieren. Ein Register der regionalen Judenschaft nennt im Jahre 1816 zehn jüdische Familien für die Stadt, und 1835 war die Zahl der erwachsenen Juden auf 78 angestiegen. Die Kultus-

---

<sup>2</sup> Wolfgang MANTZ, Helmut REICH, Friedrich Wilhelm STRÖHLER, Friedrich Wilhelm WALPER, Wissenswertes und Interessantes aus den Jahrhunderten. Geschichte und Geschichten 1142-1992. Festbuch zum 850jährigen Jubiläum [der Stadt Neukirchen], o.O., o.J. [Neukirchen 1992], S. 75 (Im Folgenden: Wissenswertes).

<sup>3</sup> Hessisches Staatsarchiv Marburg (HStAM) Bestand 40a Rubr. XVI Generalia, Pk. 5; HStAM Kataster I Neukirchen, Katastervorbeschreibung.

gemeinde erlebte ihre Blüte im Jahre 1895, als man 113 Gemeindemitglieder zählte. Nach einem Rückgang im Jahr 1905, als die Gemeinde nur noch 91 Mitglieder aufwies, stieg die Zahl im Jahre 1925 noch einmal auf 107 Personen an.<sup>4</sup> Im Jahre 1933 hatte Neukirchen etwa 1700 Einwohner. Darunter waren 101 Juden, also etwa 6 % der Bevölkerung. Damit lag die Stadt über dem Durchschnitt des Kreises Ziegenhain von 1,6 % jüdischen Einwohnern, wobei diese Zahl ein verzerrtes Bild wiedergibt, da nur in 14 von 79 Ortschaften Juden lebten.<sup>5</sup>



**Abb. 2a: Geschäftshaus von Natalie Nussbaum.** (nach 1933)

<sup>4</sup> Paul ARNSBERG, *Die jüdischen Gemeinden in Hessen. Frankfurt am Main 1971*, Bd. 2, S. 123 sowie Barbara GREVE: Schluss mit „Justik“. Die „Tabellen der Israeliten“ aus dem Jahre 1816/17, in: *Schwälmer Jahrbuch 2009*, S. 131-147.

<sup>5</sup> Der Regierungsbezirk Kassel hatte 1933 durchschnittlich 11,8 Juden/1000 Einwohner. Für die preußische Provinz Hessen-Nassau galten 1,82%, der Reichsdurchschnitt lag bei 0,76% der Bevölkerung. Zahlen nach Uziel Oscar SCHMELZ, *Die jüdische Bevölkerung Hessens. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1933*. Tübingen 1996, S. 48ff und S. 355.

Bereits zu Beginn ihrer dauerhaften Ansiedlung war den Juden Neukirchens der Erwerb von Häusern gestattet worden. So besaßen die jüdischen Geschäftsleute fast alle repräsentative Wohn- und Geschäftshäuser in exponierter Lage.



**Abb. 3: Jüdische Einwohner Neukirchens um 1930**

1: Johanna Sonn/ Berta Sonn; 2: Moritz Nussbaum; 3: Marianne Nussbaum/ Bertha Nussbaum; 4: Markus Nussbaum I; 5: Siegmund Spier; 6: Willy Spier; 7: Julius Bachrach; 8: Levi Sonn; 9: Markus Nussbaum II; 10: Hermann Löwenstein; 11: Adolf Nussbaum; 12: Adolf Stern/Sally Werner Nagel/Emma Nussbaum; 13: Moritz Sonn; 14: Adolf Grünebaum; 15: Synagoge / Dina Nussbaum; 16: Max Nussbaum II

Die Häuser der Familien Albert Levi, Mendel Levi, Leopold Nussbaum, Samuel Sonn und des Lehrers Samuel Schaumberg lagen außerhalb des Kernstadtbereichs.

Die Quellen zur wirtschaftlichen Situation der jüdischen Gemeinde im frühen 20. Jahrhunderts sind äußerst spärlich. Anhand der wenigen Angaben scheinen die jüdischen Einwohner aber über eine solide wirtschaftliche Basis verfügt zu haben, welche ihnen ein bescheidenes Auskommen gestattete. Nur einige wenige brachten es zu größerem Wohlstand. Haupterwerbsquelle war der Handel mit diversen Produkten des täglichen Bedarfs. Viehhandel wurde nur in geringem Umfang betrieben, wobei die Viehhändler jedoch äußerst erfolgreich waren, da der Handel durch die örtliche Bahnstation begünstigt wurde.

Die Tabelle 1 gibt anhand des Reingewinns der Gewerbetreibenden im Jahre 1909/1910 Auskunft über den wirtschaftlichen Erfolg der Neukirchener Juden am Ende einer Zeit allgemeiner Prosperität. Es handelt sich überwiegend um alteingesessene Familienunternehmen, welche vom Vater auf den ältesten Sohn übergingen, wobei das Sortiment jeweils den wirtschaftlichen Gegebenheiten angepasst wurde.

Tabelle 1<sup>6</sup> **Der Reinverdienst jüdischer Händler und Gewerbetreibender 1909/1910**

Name	Handelsgut/ Profession	Reinverdienst/ Goldmark p.a.
Markus Nussbaum I	Manufakturwaren/Spezereihandel	650/700
Hermann Löwenstein	Kaufmann	700/750
	Fruchthandel	500/500
Adolf Grünbaum	Händler	1400
- 1 Gehilfe		
Siegmund Spier	Kaufmann	1300
	Hausierhandel	500
Moritz Nussbaum	Handelsmann	1100/1250
Elias Bachrach	Händler	750/900
- 1 Sohn /1 Tochter - hat ein gut gehendes Spezereigeschäft und flotten Hausierhandel		
Markus Nussbaum II	Kaufmann	600/650
	Frucht- und Mehlhandel	1000/1200
Levi Sonn II	Viehhändler und Makler	700/700
Albert Levi	Viehhandel	2000/2000
Jakob Nussbaum Wwe.	Kaufmann	1500
- 2 Söhne		
Noa Nussbaum	Manufakturwarenhandel	800/800
Moses Nussbaum	Manufakturwarenhandel	800/800
	Spezereiwaren	400/400
- 1 Sohn		
Levi Sonn I Witwe	Manufakturwarenhandel	500/500
Samuel Sonn	Buchbinder	750/800
	Buchhandel	100
Emanuel Spier	Kaufmann	500/300
- 2 Gehilfen - „cher flottes Geschäft“		
Levi Sonn III	Schneider	700
- 1 Gehilfe		
Adolf Nussbaum	Buchbinder	300/--
Siegmund Nussbaum	Handelsmann	800/--

<sup>6</sup> HStAM Bestand 330 Neukirchen B 6299

Zum Vergleich seien hier die Jahresverdienste einiger anderer Berufsgruppen angeführt: Apotheker 4800, Wirt 2000-2900, Seifensieder 1400, Sägemüller/Müller/Metzger 2000, Färber 1700, Bäcker 1200, Händler 1000 bis 1200, Barbier 700, Schneider 600, Musikus 300, Schuster 100/200/300/400 Goldmark p.a.

Neben diesen soliden Geschäftsleuten gab es aber auch einige arme Juden in Neukirchen, welche zu Beginn des Jahrhunderts die politische Gemeinde um Unterstützung bitten mussten. Dazu gehörte Dina Nussbaum mit ihren acht Kindern, Witwe des 1913 unerwartet verstorbenen Lumpenhändlers Siegmund Nussbaum, welche diese nun alleine nicht mehr versorgen konnte und auch von ihren armen Eltern keine Unterstützung erhoffen konnte. So brachte sie ihre Kinder in das Israelitische Waisenhaus der Philipp und Emilie Goldschmid'schen Stiftung in Kassel. Da aber die politische Gemeinde Neukirchens nicht die laufenden Kosten der Unterbringung übernehmen wollte, das Kasseler Waisenhaus jedoch nur über 30 Plätze verfügte, von denen jetzt acht von den Kindern Nussbaum belegt wurden, sah sich der Vorsitzende Alexander Fiorino veranlasst, die Kinder nach Neukirchen zurück zu schicken. In der Folge bot Dina Nussbaum ihre Hilfe als Wochenpflegerin an und handelte mit diversen Produkten, vor allem aber mit Kleintieren und Kleintierfellen. Wegen ihrer Armut bewohnte sie mit ihren Kindern die kleine Wohnung in der Synagoge.

Am Ersten Weltkrieg nahmen die wehrpflichtigen Juden der Stadt mit der gleichen vaterländischen Begeisterung teil wie ihre christlichen Nachbarn.<sup>7</sup> Seine Folgen führten in den frühen 20er Jahren zu keinen einschneidenden Veränderungen der wirtschaftlichen Basis der jüdischen Händler. Da sie schon immer diejenigen Waren vertrieben hatten, welche für den täglichen Bedarf der Landbevölkerung unabdinglich waren, hatten die wirtschaftlichen Entwicklungen der Zeit kaum Einfluss auf diese fast krisenfesten Erwerbstätigkeiten. Unter den Händlern selbst differierten die Einkommensspannen jedoch stark. Einige Geschäftsleute hatten ihren Sortimentsrahmen deshalb noch einmal erweitert und handelten nun mit Kolonialwaren, Spezereien, Lebensmitteln und Branntwein. Sie verkauften Textilien, Schuhe, Betten und Trachtenzubehör, Eisenwaren und Kohlen. Sie handelten mit Fetten, Därmen und Frucht, und in einigen dieser Bereiche hatten sie das Monopol. Es gab einen jüdischen Schneider und zwei Buchbinder, welche für das örtliche Amtsgericht und die umliegenden Kirchen arbeiteten. Letztere handelten nebenher mit allerlei Papierwaren und Büchern.

Über die wirtschaftliche Situation der frühen 20er Jahre gibt Tabelle 2 Auskunft. Hier findet sowohl das Anlage- und Betriebskapital Erwähnung als auch das

---

<sup>7</sup> Die Namen der fünf gefallenen jüdischen Bürger Levi und Leopold Nussbaum, Levi und Juda Sonn sowie Isidor Spier wurden ebenso wie die der anderen Neukirchener Gefallenen auf einer Gedenktafel in der Kirche festgehalten. Als der in der NS-Zeit zuständige Bürgermeister Justus Ritter die Aufforderung erhielt, die Namen der jüdischen Kriegsteilnehmer entfernen zu lassen, ließ er diese nur mit Papierstreifen überkleben, welche nach dem Ende der Nazizeit problemlos wieder entfernt werden konnten.

Adolf BISKAMP, Friedhelm WALPER: Die israelitische Kultusgemeinde in Neukirchen, in: Hartwig BAMBEY, Adolf BISKAMP, Bernd LINDENTHAL (Hrsg.), Heimatvertriebene Nachbarn. Beiträge zur Geschichte der Juden im Kreis Ziegenhain, Schwalmstadt-Treysa 1993, 2 Bände. (Im Folgenden: Heimatvertriebene Nachbarn) Bd. 2, S. 473-483, hier S. 474.



Realeinkommen. Beide Summen sind schon vom Geldverfall der Inflation geprägt. Im Vergleich mit dem sogenannten „Ständegeld“, welches zum Wohle der Gemeinde für die Sitze in der Synagoge gezahlt wurde, lässt sich die finanzielle Kontinuität der einzelnen Gemeindemitglieder ablesen. Das Ständegeld sagt dabei nichts über die Intensität der religiösen Haltung aus, sondern gibt nur Auskunft über die individuelle finanzielle Potenz und Großzügigkeit, welche man auch in der Synagoge gewahrt sehen wollte.

Tabelle 2<sup>8</sup>

<b>Gemeindemitglieder</b>	<b>Handels- u. Gewerbeangaben</b>	<b>Einkommen</b>	<b>Betriebskapital</b>	<b>Ständegeld</b>
<b>1920</b>	<b>1922</b>	<b>1922<sup>9</sup></b>	<b>1922</b>	<b>1920</b>
Adolf Grünebaum	Manufaktur- und Eisenwaren	50 000,-	120.000,-	18,-
Markus Nussbaum II	Kolonialw., Manuf., Frucht	30.000,-	120.000,-	18,-
Siegmund Spier	Kolonialw., Manuf., Eisenw.	60.000,-	200.000,-	18,-
Moses Nussbaum	Kolonialw., Maunufakt.	30.000,-	100.000,-	15,-
Emanuel Spier	Kolonialw., Manuf., Eisenw.	60.000,-	200.000,-	15,-
Albert Levi	Viehhandel			10,50
Moritz Sonn I	Manufakturwaren	30.000,-	90.000,-	10,50
Mendel Levi	Viehhandel			10,50
Hess Nussbaum				9,-
Levi Nussbaum	Metzger			9,-
Moritz Nussbaum	Fette u. Därme	50.000,-	160.000,-	7,50
H. Löwenstein				7,50
Moritz Sonn II	Manufakturwaren			7,50
Elias Bachrach	Kolonialwaren und Kohle			4,50
Moses Levi				4,50
Max Nussbaum	angestellt b.Jakob N.Wwe/Mutter			4,50
Jakob Spier Wwe				4,50
Levi Sonn III	Schneider	15.000,-	25.000,-	4,50
Markus Nussbaum I	Manufakturwaren, Spezereien			3,75
Levi Sonn II				3,-
Samuel Sonn	Papier, Buchbinder/Schochet			2,-
Hirsch Sonn	Schochet/ritueller Schächter			1,50
Levi Sonn I Wwe	Kleinsthandel m. Fellchen			1,50
Adolf Nussbaum	Buchbinder	7.000,-	10.000,-	1,50
H. Levi Wwe				1,50
Jacob Nussbaum Wwe				1,50
J. Rothschild Wwe Jettchen				1,50
Leopold Nussbaum <sup>10</sup>	Manufakturwaren, Kolonialw.	40.000,-	120.000,-	?
Julius Bachrach	Kolonialwaren, Kohlen	30.000,-	50.000,-	?
Willi Spier	Manufakturwaren	24.000,-	50.000,-	?

<sup>8</sup> HStAM Bestand 330 Neukirchen B 6504; Bestand 180 Ziegenhain Nr. 4496.

<sup>9</sup> Bei den Angaben zum Einkommen und zum Betriebskapital handelt es sich um Summen zur Zeit der Inflation des Jahres 1922. So hatte die Mark im Juli 1922 nur noch 1/10 des Wertes von 1914. Wie bereits für 1909/1910 gezeigt, weist ein Vergleich mit den christlichen Gewerbetreibenden ähnliche Einkommensspannen auf. Das Ständegeld ist in Goldmark genannt.

<sup>10</sup> Gemeindemitglieder, welche auf der Ständegeld-Liste von 1920 fehlen, befanden sich wahrscheinlich zur Zeit der Versteigerung der Synagogenplätze nicht am Ort. Ihr Beitrag wird sich an den wirtschaftlich Ebenbürtigen orientiert haben.

Die genannten Artikel wurden in zum Teil winzigen Ladengeschäften verkauft. Die Männer der Familien sowie angestellte „Commis“, d.h. Handelsgehilfen, betrieben daneben einen schwunghaften Hausierhandel auf den Dörfern der engeren und weiteren Umgebung. Dabei wurden die Waren sowohl direkt als auch auf Bestellung verkauft. Nur noch in Einzelfällen gingen die Händler zu Fuß; das Fahrrad, Pferd und Wagen oder später sogar ein Kraftfahrzeug waren die Transport- und Fortbewegungsmittel. Jakob Spier, Julius Löwenstein und Levi Nussbaum besaßen bereits Mitte der zwanziger Jahre eine Fahrerlaubnis für Kraftfahrzeuge, resp. Motorräder. Moritz Nussbaum hatte die Zeichen der Zeit erkannt und betrieb seit 1927 eine Tankstelle.<sup>11</sup>



**Abb. 3a: Umzug in Neukirchen vor 1933.**

Rechts das Ladengeschäft Markus Nussbaum, dahinter das Kaufhaus Adolf Grünebaum.

---

<sup>11</sup> Die Nutzung eines Automobils oder Motorrades war in der Schwalm keine Selbstverständlichkeit. Man ging zu Fuß oder fuhr mit dem Fahrrad. Die wohlhabende Landbevölkerung benutzte Pferd und Wagen. Das Verkehrsnetz der Eisenbahn war gut ausgebaut, und Neukirchen lag an der Bahnstrecke Treysa-Hersfeld.

Tabelle 3<sup>12</sup> Steuerleistungen der jüdischen Händler und Gewerbetreibenden

<b>Firma</b>	<b>veranlagter jährlicher Steuerbetrag 1923</b>	<b>Wandergewerbe Steuerleistung pauschal 1927/28</b>	<b>Handelsware im Wandergewerbe 1928</b>
Noa Nussbaum	5.424,- Mark		
Adolf Grünebaum	10.024,-	40/40	Manufakturwaren
Siegmund Spier	8.024,-		
Albert Levi	5.024,-		
Moritz Sonn I		75/75	Rindvieh u. Pferde
Mendel Levi		85/85	Vieh und Felle
Moritz Nussbaum	3.024,-		
Hermann Löwenstein	7.324,-		
Moritz Sonn II	2.204,-		
Max Nussbaum		45/45	Baumwollwaren
Siegmund Spier/Nachf.		45/45	Manufakturwaren
Jakob Spier			
Markus Nussbaum I		35/35	Baumwollwaren Schuhe/Lederfette
Levi Sonn II	3.024,-		
Samuel Sonn	1.196,-		
Adolf Nussbaum		20/20	Zeitungen, Papier- waren, Spielwaren, Buchhandlung
Leopold Nussbaum	2.492,-	45/45	Baumwollwaren, Strohhüte, Felle
Julius Bachrach	4.024,-	35/35/	
Willi Spier	2.012,-	45/--	
Moses Nussbaum	3.024,-	20/20	Baumwollwaren
Sally Werner Nagel		--/05	
Berta Sonn		20/30	Manufakturwaren

<sup>12</sup> HStAM Bestand 330 Neukirchen B 7024.

Während die männlichen Familienmitglieder unterwegs waren, führten die Frauen der Familien derweil selbständig das Ladengeschäft. In den größeren Geschäften wie beispielsweise dem „Kaufhaus“ Spier oder dem „Kaufhaus“ Grünebaum wurden sie zusätzlich von Ladenmädchen und Buchhaltungskräften unterstützt. Haushaltshilfen waren wie in den christlichen auch in den jüdischen Geschäftshäusern selbstverständlich. Einige Händler hatten sich auf den Zwischenhandel spezialisiert und nahmen Bestellungen für größere Firmen an, die sie dann später auslieferten. So brauchten sie kein eigenes Ladengeschäft, sondern konnten das Warenlager in ihrer Wohnung halten, wie etwa Sally Werner Nagel, der für die Textilfirma Barth in Kassel tätig war.

### **Soziale Beziehungen und gesellschaftliche Kontakte**

Die Juden Neukirchens waren angesehene Bürger. Die örtlichen Vereine zählten sie zu ihren Mitgliedern, und zur Kirmes wurde ihnen eigens ein besonderes Ständchen gespielt. Samuel Schaumberg, der Lehrer der jüdischen Volksschule, hatte einen Sitz im Stadtrat. Man hatte sich eingerichtet in der scheinbar „heilen Welt“ eines Landstädtchens in der preußischen Provinz Hessen-Nassau. Die Hauptstadt Berlin war weit weg. Die sozialen und familiären Kontakte der Gemeindemitglieder reichten über die engere Region hinaus von der hessischen Grenze mit Kassel im Norden, Thüringen im Osten bis „hinunter“ nach Frankfurt am Main. Sogar ins Ausland gab es langjährige Bindungen. Die Verflechtungen der Gemeindemitglieder untereinander waren eng, und letztlich waren in Neukirchen alle jüdischen Familien in irgendeiner Form miteinander verwandt.

So, wie es zwischen den verschiedenen Sozialschichten sowie der Kleinstadt- und der Landbevölkerung verschiedene Schnittstellen gab, jede Gruppe für sich aber ihre soziale Geschlossenheit bewahrte, so galt dies auch für die Juden in der christlichen Kleinstadt. Das begann mit der beruflichen Schwerpunktsetzung der Männer, betraf die gesellschaftlichen Kontakte in Vereinen und Gastwirtschaften und endete bei den unterschiedlichen Pflichten der Frauen. „Wir lebten unter den anderen, saßen mit ihnen auf der Schulbank, [...] trafen uns in Gesellschaften – und waren uns völlig fremd“, kommentiert dies, auf den großstädtischen Rahmen bezogen, die Jüdin Rahel Straus.<sup>13</sup> Selbiges galt auch oder vielleicht noch mehr für die Kleinstadt und das Dorf.<sup>14</sup> Rückblickend werden die nachbarschaftlichen Beziehungen von

---

<sup>13</sup> Rahel Straus in Marion KAPLAN, *Der Mut zum Überleben. Jüdische Frauen und ihre Familien in Nazideutschland*. Berlin 2001, S. 27.

<sup>14</sup> Ein Ausblenden und die nur partielle Wahrnehmung der jüdischen Nachbarn setzt sich in Verbindung mit dem „nicht mehr wissen wollen“ bis heute in den Gesprächen mit alten Einwohnern der Region über ihre Erinnerungen an die NS-Zeit fort. „...am Ende kennt man niemanden mehr und die Menschen sind ins Nirgendwo verschwunden“, nennen das Irntrud Wojak und Peter Hayes.

einigen Emigranten als eng geschildert, man half einander in Krankheit oder Not. Die Großherzigkeit einzelner entsprach dabei sicher nicht nur geschäftlichem Kalkül. Freundschaften jedoch, welche den Belastungen der NS-Zeit standhielten, gab es zwischen Juden und Christen nur sehr wenige.

Die Neukirchener Juden waren in ihrer religiösen Haltung orthodox und hielten streng den Sabbat, an dem alle jüdischen Geschäfte geschlossen waren und die Männer regelmäßig die Synagoge aufsuchten.<sup>15</sup> Die jüdischen Feiertage wurden festlich und von den Christen respektiert begangen. Geheiratet wurde nur innerhalb jüdischer Familien. Die Sozialkontakte unter den Glaubensgenossen überwogen, jedoch engagierte man sich im Rahmen der kleinstädtischen Gesellschaft. Einige Glaubensgenossen waren zum Teil seit Jahrzehnten Mitglied bei der Freiwilligen Feuerwehr, beim Roten Kreuz, bei der Mandolinengruppe des Touristenvereins „Waldfrieden“, beim Sportverein von 1913 oder beim Turnverein Neukirchen 1899, der es sich ausdrücklich auf seine Fahnen geschrieben hatte, nicht nur „zu sittlich gebildeten und gewandten Menschen“ zu erziehen, sondern auch „eine tüchtige patriotische Gesinnung zu erwecken.“<sup>16</sup> Leopold und Moritz Nussbaum als Mitglieder hätten diese Zielsetzung sicher auch weiterhin unterstützt.

Eine besondere Rolle nahm der Kriegerverein von 1873 ein. Levi Sonn II, welcher „der alte Husar“ genannt wurde, war ein Veteran des Krieges 1870/71 und zusammen mit seinem Bruder Meier Sonn Gründungsmitglied. Diese Kriegervereine stellten einen „Höhepunkt christlich-jüdisch-männlicher Geselligkeit“ dar.<sup>17</sup> Für Moses und Haune Levi war „das Sedansfest der wichtigste Feiertag [...], an dem sie fast den ganzen Tag mit ihren Kameraden [...] in der Rathausschenke tranken und sangen.“<sup>18</sup>

---

Irmtrud WOJAK, Peter HAYES, „Arisierung im Nationalsozialismus. Volksgemeinschaft, Raub und Gedächtnis“, Frankfurt/New York 2000, (Jahrbuch 2000 zur Geschichte und Wirkung des Holocaust), S. 304.

Zur kulturellen Differenz zwischen Dorfbewohnern und Landjuden siehe Barbara GREVE, „Er wäre sogar in den Dschungel gegangen, um aus Deutschland herauszukommen“. Ein Bericht von zerbrochenen Lebenskreisen in einem nordhessischen Marktflecken und seiner Umgebung zwischen 1920 und 1942. Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde 1999, Bd. 104, S. 209-236. (Im Folgenden: Zerbrochene Lebenskreise)

<sup>15</sup> Die Frauen besuchten die Synagoge meist nur zu speziellen Anlässen wie z.B. zu den Hohen Feiertagen. Die kleine Mikwe im Synagogengebäude, das religiöse Tauchbad, wurde nach Aussagen von jüdischen Zeitzeugen zu Beginn der 30er Jahre nicht mehr genutzt.

<sup>16</sup> HStAM Bestand 330 Neukirchen B 1678.

<sup>17</sup> Marion KAPLAN (Hrsg.): Geschichte des jüdischen Alltags in Deutschland. Vom 17. Jahrhundert bis 1945. München 2003, S. 334.

<sup>18</sup> Schmuël LEVI, Erinnerungen an meine Jugend in Neukirchen, in: Heimatvertriebene Nachbarn Bd. 2, S. 455-462, hier S. 456. (Im Folgenden: Erinnerungen)



**Abb. 4: Knüllgebirgsverein vor 1933. Johanna Grünebaum, vorn li.**



**Abb. 5: Rotes Kreuz 1928. Theodor Nussbaum, vorn.**



**Abb. 6: Touristenverein Waldfrieden, Mandolinengruppe.**  
Ferdinand Nussbaum, hinten 4.v.re.; Theodor Nussbaum, vorn, 3.v.li.



**Abb. 7: Jazzkapelle Waldfrieden.** Theodor Nussbaum, vorn 2.v.li.

Levi Sonn II war sein ganzes Leben lang der Fähnrich dieses Kriegervereins<sup>19</sup>, und betrachtet man dazu die Formalitäten zur Genehmigung der Vereinsfahne, an denen neben dem Magistrat der Stadt Neukirchen, dem Königlichen Landratsamt Ziegenhain, dem Königlichen Bezirks-Kommando Marburg, der königlichen Regierung und dem Königlichen Oberpräsidenten in Cassel auch das Ministerium des Inneren sowie und das Kriegsministerium in Berlin beteiligt waren, so mag man die „Wichtigkeit“ eines Fähnrichs ermessen, denn schließlich hatte die gesamte Genehmigungsprozedur zur Führung einer „Gehorsam, Treue und Tapferkeit“ gelobenden prächtigen Vereinsfahne fast ein ganzes Jahr gedauert.

Die *Ziegenhainer Zeitung* vermeldete Ende 1932, dass „der alte Husar“ Levi Sonn II am ersten Weihnachtstag unter zahlreicher Beteiligung der Bevölkerung und geschlossener Formation der Kriegervereine von Neukirchen und Nausis auf dem jüdischen Friedhof von Neukirchen zu Grabe getragen wurde.<sup>20</sup> Nur wenige Wochen später gab es „grundlegende Veränderungen in Bezug auf die Vereinsführung [und] die Mitgliedschaft“, wie es die Ortschronik umschreibt.<sup>21</sup> Juden waren nicht mehr erwünscht.

Letztlich aber hielten sich Christen und Juden jeder für sich. Dies begann schon damit, dass die jüdischen Kinder bis 1933 in allen Fächern von dem jüdischen Lehrer Samuel Schaumberg unterrichtet wurden. Der Unterricht fand in den Schulräumen der Synagoge statt. So spielten schon die Kinder meist nur mit Kindern gleichen Glaubens.

Die jüdischen Männer waren durch ihre Handelstätigkeit verbunden. Diese unterschied sich durch das neben dem Ladengeschäft ausgeübte Wandergewerbe von der Mehrzahl der christlichen Händler. Die meisten jüdischen Geschäfte existierten in Neukirchen seit Jahrzehnten und waren eng in die Versorgungsstruktur der Kleinstadt und ihrer Umgebung eingebunden. Die jüdischen Textilhändler waren dabei führend im Sortiment des Trachtenzubehörs zur Schwälmer Tracht, welche auf den umliegenden Dörfern noch getragen wurde.

Die christlichen Honoratioren, der Arzt, der Apotheker, der Pfarrer, die Herren vom Amtsgericht, sie alle aber hielten, außer eventuell in den Vereinen, keine enge Nachbarschaft mit den jüdischen Händlern. Und Samuel Schaumbergs Sitz im Gemeinderat wurde argwöhnisch betrachtet. Überall dort, in den Vereinen, im Stadtrat, in den Gastwirtschaften ging es mehr „um die Sache“, doch „an der Haustür“ hörte die Gemeinsamkeit auf.<sup>22</sup>

---

<sup>19</sup> Wolfgang MANTZ et al, Wissenswertes, S. 288.

<sup>20</sup> *Ziegenhainer Zeitung* 29.12.1932.

<sup>21</sup> Wolfgang MANTZ et al, Wissenswertes, S. 289.

<sup>22</sup> Marion Kaplan spricht sogar von einer religiös-ethnischen Scheidelinie, welche die gegenseitigen Beziehungen trotz des im gemeinsamen Bestreben erworbenen „sozialen Kapitals“ auf beiden Seiten trennt. Marion KAPLAN, *Geschichte des jüdischen Alltags in Deutschland*, München 2003, S. 336.



Von jüdischer Seite aus pflegte man schon aus geschäftlichen Gründen eine gute Nachbarschaft zu den christlichen Nachbarn, und vor allem die jüdischen Frauen waren für ihre Hilfsbereitschaft in Krankheits- und Unglücksfällen bekannt. Doch zu wirklich engeren persönlichen Kontakten kam es selten. „Wir gehörten zum Dorf und gehörten doch nicht ganz zu ihm“ – diese Aussage hatte auch für das kleine Landstädtchen ihre Gültigkeit.<sup>23</sup> Hinzu kam, dass die jüdischen Frauen selbstständig und sehr emanzipiert die Ladengeschäfte führten, wenn sich ihre Männer auf einer Handelstour befanden. Gleichzeitig war ihre Welt zwischen Geschäft und Familie sehr geschlossen. Jüdische Mütter waren für die weltliche und religiöse Erziehung der Kinder verantwortlich und für einen koscheren jüdischen Haushalt. Meist hatten sie christliche Hausmädchen, denen sie die besonderen Bedingungen der jüdischen koscheren Küche erst beibringen mussten. Diese Mädchen dienten sehr gern in den jüdischen Haushaltungen, da sie hier oft die technischen und kulturellen Errungenschaften (klein-)bürgerlicher Lebensweise vorfanden, welche sie aus ihren Elternhäusern und der meist dörflichen Umgebung nicht kannten. Hierzu zählten nicht nur der in Geschäftshaushalten vorhandene Telefonanschluss<sup>24</sup> und die Nutzung eines Krafrades oder gar Automobils, sondern auch der Besitz von Büchern, eines Klaviers, von Teppichen, eleganter Möblierung und Kleidung – vielem, was anders war als in den christlichen Haushaltungen der Kleinstadt. Ein Radio und eine Zeitung waren in den jüdischen Geschäftshaushalten ebenfalls selbstverständlich. Es war eine insgesamt weltläufigere Haltung, welche durch die weitreichenden Geschäfts- und Familienbeziehungen noch unterstützt wurde. Diese geistige und materielle Innovationsfreude in Zusammenhang mit den religiösen Bräuchen am Sabbat und den jüdischen Feiertagen mögen im engen Kosmos eines Landstädtchens manches Unverständnis und manchen Neid hervorgerufen haben.

---

<sup>23</sup> ebd. S. 334. Ursula Büttner schreibt dazu im größeren politischen Rahmen in Bezug auf die immer wieder angestachelte „Judenfrage“: „Wesentlich war bei all dem aber doch die innere Distanz [der Deutschen/Christen/“Volksgenossen“; d.Verf.] zu den Juden, die Anteilnahme an ihrem Schicksal verhinderte. Die Juden waren Fremde im deutschen Volk, sie wurden nicht erst von den Nationalsozialisten dazu gemacht.“

Ursula BÜTTNER: Der Alltag der Judenverfolgung und der Anteil der Bevölkerung, in: Ursula BÜTTNER (Hrsg.): Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich. Frankfurt am Main 2003, S. 86-110, hier S. 102 .

<sup>24</sup> So verfügte Haune Bachrach Nachf. Inh. Emanuel Spier über den Telefonanschluss Nr. 1 in Neukirchen, noch vor einem der örtlichen Ärzte und der Kreissparkasse. Gewerbe- und Handels-Adreßbuch der Kreise Ziegenhain, Homberg, Fritzlar 1930/31, Buchdruckerei W. Kempf, Treysa .



Abb. 8: Synagoge Neukirchen, nach 1945

Die Kultusgemeinde verfügte über eine eigene Synagoge, in welcher sich neben einer kleinen Wohnung bis 1933 die einklassige jüdische Volksschule befand. Der Lehrer musste neben seiner Lehrtätigkeit auch die Gottesdienste abhalten, da die finanzielle Situation der Gemeinde einen eigenen Rabbiner nicht zuließ. Diese studierten und gelehrten Männer waren nur in größeren Gemeinden tätig. Die Funktion des geistlichen Lehrers, des Vorbeters und Kantors, übernahm im ländlichen Bereich der örtliche Schullehrer, der sie mit mehr oder weniger Geschick ausfüllte. Seine Aufgabe beinhaltete darüber hinaus, für die verschiedenen Gruppen innerhalb der Gemeinde erbauliche Vorträge zu halten. Hierzu zählten in Neukirchen der Israelitische Männer- und Frauenverein, der neben der Geselligkeit vor allem die rituellen Aufgaben bei Beerdigungen übernahm.

Die Gemeinde besaß einen eigenen Friedhof, welcher seit der Mitte des 19. Jahrhunderts existierte. Noch 1930 wurde ein Grundstück zur Friedhofserweiterung hinzugekauft, da man dies auf Grund der Zahl der Gemeindeangehörigen für die kommenden Jahre für nötig erachtete.

### **Jüdischer Handel 1928 bis 1933**

Gegen Ende der zwanziger Jahre waren die jüdischen Bürger also angesehene Nachbarn und geachtete Mitbürger. Man hatte sich miteinander arrangiert, und fast alle Metzger Neukirchens boten koscheres Fleisch an, damit die jüdischen Familien bei ihnen einkaufen konnten. Die örtliche Molkerei verkaufte zeitweilig sogar koschere Milch an einen jüdischen Großhändler in Frankfurt.

Doch es war eine Zeit trügerischer Ruhe. Die Turbulenzen der Weltwirtschaftskrise zeigten ihre Auswirkungen auch in der Provinz. Zwar schien es zunächst wieder aufwärts zu gehen, jedoch deuten die Gewerbesteuerzahlungen der zwei führenden jüdischen Einzelhandelsgeschäfte vor Ort sowie des Buch- und Schreibwarenhändlers Samuel Sonn darauf hin, dass es zu Beginn der 30er Jahre allgemein einen massiven Einbruch der Umsätze gab. Die regionale Erwerbslosenzahl war nach dem Zusammenbruch der New Yorker Börse um mehr als 100% gestiegen, und die Einkommensverhältnisse der erwerbstätigen Bevölkerung waren nicht ausreichend gesichert, um zum Konsum zu animieren. Ein Blick auf die Gewerbesteuerzahlungen der Jahre 1928 bis 1936 verdeutlicht dies sowohl für die Zeit vor der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten als auch für die ersten Jahre des Dritten Reichs.

**Tabelle 4**<sup>25</sup>

<b>Gewerbsteuer Sigmund Spier</b>	
1928	216,-
1929	349,-
1930	415,-
1931	284,-
1932	321,-
1933	93,-
1934	315,-
1935	99,-
1936	94,-
<b>Gewerbsteuer Max Grünebaum</b>	
1928	
1929	
1930	260,-
1931	133,-
1932	73,50
1933	6,60
1934	99,-
1935	4,74
1936	
<b>Gewerbsteuer Samuel Sonn</b>	
1928	4,20
1929	?
1930	?
1931	9,00
1932	11,60
1933	5,80
1934	3,20
1935	?
1936	

---

<sup>25</sup> Sigmund Spier: HStAM Bestand 330 Neukirchen B 6855, Max Grünebaum: HStAM Bestand 330 Neukirchen B 6855, Samuel Sonn: Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW) Abt. 518 Pak. 1026 Nr. 7 sowie Abt. 519/3 Pak. 6911.

Das Kaufhaus Spier war das führende Textilwarengeschäft am Ort und lag zentral in der Obergasse. Die Handelsverbindungen der Firma reichten, verglichen mit denen der anderen christlichen und jüdischen Kaufleute, weit über den regionalen Rahmen hinaus; zeitweilig wurde sogar ein jüdischer Gehilfe aus Rotterdam beschäftigt. In Haus und Laden gab es neben den Familienmitgliedern stets auch mehrere Angestellte, auch christlicher Konfessionen, welche die Waren auch auf den Dörfern der Umgebung vertrieben. Käthen Spier hatte den Betrieb nach dem frühen Tod ihres Mannes im Jahre 1925 weiter geführt, bis der Sohn Jacob Spier die Geschäftsleitung übernahm.



**Abb. 9: Familie Jacob Spier vor ihrem Kaufhaus.** Von re.: Pauline Spier, Käthen Spier, Bella Spier, Jacob Spier, Angestellte.

Adolf Grünebaum besaß zuerst ein Wohn- und Geschäftshaus in zentraler Lage in der Obergasse und übernahm dann Mitte der zwanziger Jahre von der Witwe des Emanuel Spier ein repräsentatives Geschäftshaus mit angeschlossenem großem Lagerhaus an der Kreuzung von Obergasse, Untergasse und Hersfelder Straße. Während die Firma Grünebaum zu Beginn der 20er Jahre noch überwiegend mit Kolonialwaren gehandelt hatte, expandierte sie nach dem Eintritt des Sohnes Max in den Betrieb. In den neuen Geschäftsräumen vergrößerte man das Sortiment und verkaufte nun neben Eisen- und Manufakturwaren auch Wäsche und Bekleidung. Dies war eine gängige Praxis, um dem Nachfolger ein eigenes Geschäftsfeld zu schaffen, und galt beispielsweise auch für die Firma Markus Nussbaum II, welche beim Eintritt des Sohnes Julius zum Landhandel mit Getreide, Mehl, Futter- und Düngemitteln den Handel mit Textilien hinzunahm, sowie für die Buchbinderei Sonn, wo der Sohn Meinhard ambulant mit Bettwaren handelte.

Die Firma Sonn war eine kleine Buchbinderei in der Hersfelder Straße. Die Familie lebte im Obergeschoss des Gebäudes. Samuel Sonn verkauft nebenher auch Papier- und Tabakwaren sowie Bücher, darunter die farbenprächtigen Schwärmer

Bibeln. Das örtliche Amtsgericht und die umliegenden Kirchen ließen bei ihm ihre Akten binden. Seit 1926 handelte man auch mit Manufakturwaren, Betten und Bettfedern, welche vom ältesten Sohn Meinhard auf den umliegenden Dörfern vertrieben wurden. Samuel Sonn war ein sehr frommer Mann und übte nebenher die Funktion eines rituellen Schächters der Kultusgemeinden Neukirchen, Oberaula und Niederaula aus. Nach der Machtergreifung durch die Nazis blieben die Aufträge von Amtsgericht und Kirchen aus. Da Samuel Sonn wegen des Schächtverbots auch das Amt des Schochets nicht mehr ausüben durfte, blieb der Familie als Einkommensgrundlage nur noch der umsatzschwache Buch-, Papier- und Tabakwarenhandel. Meinhard Sonn konnte mit seiner Tätigkeit als Reisender diesen Einkommensverlust nicht auffangen

Nicht alle jüdischen Kaufleute führten Steuersummen in der Größenordnung der Firmen Spier und Grünebaum ab. Am unteren Ende der Handelsskala stand beispielsweise die schon erwähnte Witwe Dina Nussbaum, welche mit dem Handel von Kleintierfellen, Obst und Gemüse ihr bescheidenes Auskommen fand. Die minimalen Gewerbesteuerbeträge ihrer diversen kleinen Handelsgeschäfte schwankten sehr und lagen zwischen 1924 und 1932 zwischen 0,28 RM und maximal 17,75 RM.<sup>26</sup>

Die Summen der Gewerbesteuerzahlungen sprechen eine deutliche Sprache: So wirken sich die Folgen der Weltwirtschaftskrise erst nach und nach aus, und erst 1931 ist ein Einbruch der Geschäftsumsätze zu bemerken. Einen Tiefstand erreichten die Steuerzahlungen für das Jahr 1933. Hier zeigte sich die Folge der nachdrücklich wieder und wieder verbreiteten Losung „Kauft nicht beim Juden“, oder anders ausgedrückt: „N a t i o n a l e Gesinnung erheischt nationale Tat“, wie es die EDEKA, das „Wahrzeichen des deutschen Kaufmanns“, in ihrer Werbung formulierte.<sup>27</sup> In dem kleinen Landstädtchen fühlten sich Käufer in jüdischen Geschäften von ihren nationalsozialistischen Nachbarn beobachtet und kontrolliert. Jeder konnte jeden, und dieser soziale Druck, dem sich nur wenige widersetzen, hatte Einfluss auf das Kaufverhalten. Erst in der Beruhigungsphase des Jahres 1934, als man feststellen konnte, wie Drohgebärden und Realverhalten der NSDAP-Mitglieder tatsächlich zueinander standen, und der Fanatismus der Machtgierigen durch praktische Erwägungen preiswerter Versorgung abgelöst wurde, regulierte sich das Kaufverhalten der Bevölkerung kurzfristig wieder, bevor dann der Verdrängungsprozess der Juden aus der örtlichen Wirtschaft auch in Neukirchen massiv einsetzte.

---

<sup>26</sup> 1924: 0,28 RM, 1928: 14,85 RM, 1929: 17,20 RM , 1930: 17,75 RM, 1931: 1,25 RM, 1932: 0,50 RM.

Die Summen zeigen die Dürftigkeit ihrer Existenz. Sie zählte jedoch nicht zu den Unterstützungsbedürftigen der frühen 30er Jahre. Die höheren Steuersätze erreichte Dina Nussbaum nur als „Strohfrau“ für ihre beiden Söhne, welche in einem kleinen Nebenraum des Adam R. am Christeröder Weg Kleintiere schlachteten und mit Lohfellen und Naturalien handelten. HStAM Bestand 330 Neukirchen B 6855.

<sup>27</sup> *Hersfelder Tageblatt* 13.04.1933, im Original ebenfalls gesperrt, Unterstreichung durch d. Verf.

## Die politische Lage im Kreis Ziegenhain

„Plötzlich wurde alles anders.“ Mit dieser Formulierung wird oft der Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft gekennzeichnet. Aber war es wirklich plötzlich, kam der Terror über Nacht wie ein Unwetter? Dieser Frage soll im folgenden Abschnitt nachgegangen werden.

Die Zeiten hatten sich tatsächlich geändert, doch die Aktivitäten der NSDAP waren schon vor dem 30. Januar 1933 vielfältig gewesen. So hatten sich im April des Jahres 1932 angeblich 700 Personen in Neukirchen versammelt, um im Saal der Gastwirtschaft Wennerhold an einem „Abend deutscher Kunst“ teilzunehmen, der die kulturpolitische Sendung des Nationalsozialismus zum Thema hatte.<sup>28</sup> Und Mitte Januar 1933 fand im benachbarten Schwarzenborn ein Vortrag des Kreisleiters Neuburg zum Thema „Fort mit Schleicher – gebt Hitler die Macht“ so begeisterte Aufnahme, dass sich spontan 21 neue Mitglieder für die NSDAP fanden, und in der Folge eine eigene Ortsgruppe sowie ein SA-Trupp gegründet werden konnte.<sup>29</sup> Zur gleichen Zeit hielt die NSDAP einen Schulungskurs für die „Amtswalter“ und NSDAP-Mitglieder der Ortsgruppe Frielendorf ab, „der zahlreich besucht war“ und bei dem u. a. die nationalsozialistische Rassenlehre auf dem Programm stand.<sup>30</sup> Immer wieder kam es auch in der Schwalm zu Zusammenstößen zwischen Vertretern der Rechten und gemäßigten oder linken Gruppierungen. Bisher konservative Vertreter aus den Reihen der Bauer, wie der einstige Landtagsabgeordnete der christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei, Johann Georg Keller aus dem benachbarten Röllshausen, wandten sich der NSDAP zu, wo jener schnell Karriere machte.<sup>31</sup> So stieg der SA-Sturmtruppführer Keller nicht nur zum Kreisleiter auf, sondern wurde im September 1933 mit feierlichem Nazi-Gepränge auch zum SA-Standartenführer der neu gegründeten SA-Standarte 145 Kreis Ziegenhain ernannt.<sup>32</sup>

---

<sup>28</sup> *Ziegenhainer Zeitung* 21.04.1932. Es scheint sich hier aber eher um einen Druckfehler oder um eine publikumswirksame Übertreibung zu handeln, denn es ist kaum vorstellbar, dass es in der Umgebung von Neukirchen 700 kulturpolitisch interessierte Männer (und Frauen?) gegeben haben soll, ganz zu schweigen davon, dass die Kapazität des Wirtshaus-Saales wohl kaum ausreichend gewesen wäre.

<sup>29</sup> *Ziegenhainer Zeitung* 21.04.1932, *Schwalm-Bote* 13.01.1933.

<sup>30</sup> *Schwalm-Bote* 13.01.1933.

<sup>31</sup> (Johann) Georg Keller wechselte Anfang 1932 zur NSDAP. (*Ziegenhainer Zeitung* 21.04.1932).

<sup>32</sup> *Ziegenhainer Zeitung* 25.09.1933

Der Kreis Ziegenhain war schon früh ein herausragendes Zentrum der nationalsozialistisch-völkischen Bewegung in Hessen gewesen<sup>33</sup>, wie Gauleiter Weinrich 1936 anlässlich der Einführung des neuen Kreisleiters Schuchard mit Stolz verkündete:

*Der Kreis Ziegenhain war stets eine nationalsozialistische Hochburg im Gau Kurhessen. Schon in den frühen Anfangszeiten der nationalsozialistischen Bewegung fanden sich hier Männer und Frauen aus allen Berufen zusammen, um mitzuhelfen an dem Kampf, den Adolf Hitler auf seine Fahne geschrieben hatte. So hat in der Kampfzeit bei allen Wahlen, wo es galt, dem Führer sein Vertrauen auszusprechen, der Kreis Ziegenhain stets an der Spitze der kurhessischen Kreise gestanden.*

*Ziegenhainer Zeitung 27.09.1936*

Damit knüpfte die Region fast nahtlos an eine antisemitische Tradition an, welche bis zum Vorabend des 1. Weltkriegs im Gebiet von Schwalm und Knüll in der Person des antisemitischen Reichstagsabgeordneten Liebermann von Sonnenberg ihren Ausdruck gefunden hatte und sich nun ungebrochen fortsetzte.<sup>34</sup> Schon im Jahre 1924 kam es zu mehreren dokumentierten antisemitischen Vorfällen<sup>35</sup>, und im Dezember des gleichen Jahres veranstaltete die Ortsgruppe Frielendorf nur wenige Tage vor den Reichs- und Landtagswahlen am 7. Dezember 1924 eine Wahlversammlung der „National-Sozialen Freiheitsbewegung Großdeutschland“, welche von dem damaligen Gerichtsassessor am Amtsgericht Homberg, dem späteren „Blutrichter“ Roland Freisler geführt wurde.<sup>36</sup> Auf dieser Veranstaltung trat Josef Goebbels auf, der im März des Jahres zum Geschäftsführer des Gaues Rheinland Nord ernannt worden war und nun versuchte, sich als führender Red-

---

<sup>33</sup> So war die NSDAP bereits 1930 im Kreis mit 40,8% stärkste Partei, das Reichswahlergebnis lag zu diesem Zeitpunkt bei 18,6%. Die Zustimmung zur NSDAP steigerte sich bis 1933 auf 78,0%. Das Reichswahlergebnis lag bei 43,9%.

Bernd LINDENTHAL, Der politische Wille im Kreis Ziegenhain 1930-33, in: Heimatvertriebene Nachbarn Bd. 1, S. 215-22.

<sup>34</sup> Liebermann von Sonnenbergs antisemitische Deutschsoziale Partei erreichte 1912 mehr als 45% der Wählerstimmen im Kreis Ziegenhain.

Thomas WEIDEMANN, Politischer Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich. Der Reichstagsabgeordnete Max Liebermann von Sonnenberg und der nordhessische Wahlkreis Fritzlar-Homberg-Ziegenhain., in: Heimatvertriebene Nachbarn Bd. 1, S. 113-183, hier S. 177

<sup>35</sup> *Ziegenhainer Zeitung* 09.04.1924, *Frielendorfer Zeitung* 29.12.1924.

<sup>36</sup> Eckhart G. FRANZ, Von der Grafschaft zum Kreis, in: Albert PFUHL (Hrsg.): Der Kreis Ziegenhain, Stuttgart und Aalen 1971, S. 65 sowie Thomas SCHATTNER, Der Hass hatte einen Namen. *Hessisch-Niedersächsische Allgemeine* 03.01.2009.

Die Nazi-Bewegung konnte zur dieser Zeit bereits zwischen 10 und 11% der Stimmen auf sich ziehen.



ner der NS-Bewegung zu profilieren.<sup>37</sup> Bezeichnend für die eindeutig antisemitische Haltung der Veranstalter waren die Eintrittspreise: „Für das schaffende Volk 20 Pfg., für Juden 5 Gold-Mark“, womit das Zerrbild des „schmarotzenden reichen Juden“ neu belebt wurde.<sup>38</sup>

Diese nationalsozialistischen Aktivitäten setzten sich in den nächsten Jahren ungebrochen fort. In Neukirchen war man von offizieller Seite an einer Beobachtung der politischen Vorgänge interessiert, und so schickte man bereits 1930 den Polizeioberwachmeister Listmann sowohl zu einer Wahlversammlung der SPD, als auch im selben Jahr dreimal und im Jahre 1931 noch einmal zu Versammlungen der NSDAP im Saal des Gastwirts Georg Wennerhold. In seinen ausführlichen Berichten ging der Polizeioberwachmeister leider nicht auf den Inhalt der Veranstaltung, sondern allein auf die Zahl der Besucher ein, die kontinuierlich anstieg und sich von anfänglich 90-100 Personen im Januar 1930 auf ca. 200-250 Personen zu den anderen Terminen einpendelte.<sup>39</sup>

Die Reichstagswahl vom September 1930 machte die NSDAP in 52 von 79 Ortschaften des Kreises zur stärksten Partei.<sup>40</sup> In Neukirchen votierten 41,8% der Wahlberechtigten für die NSDAP und die Stadt lag dabei mit dem Ergebnis des Gesamtkreises gleichauf. Im Kreis Ziegenhain wählten mit 40,8% gültigen Stimmen mehr als doppelt so viele Wahlberechtigte die NSDAP als im Reichsdurchschnitt (18,3%).

Bei den beiden Wahlgängen für die Wahl zum Reichspräsidenten im Jahre 1932 nahmen im Kreis die Stimmen für Hitler noch einmal deutlich zu und lagen, bis auf vier Ortschaften, über den Stimmen für Hindenburg. Im Gutsbezirk Hausen erreichte Hitler sogar über 90% der Stimmen. Diese Erfolge Hitlers und der NSDAP stiegen in den meisten Ortschaften noch einmal bei den beiden Reichstagswahlen 1932 an. Neukirchen lag dabei mit 69,0% im unteren Drittel. Überall im Kreis war die NSDAP nun endgültig stärkste Partei, und in besonders kleinen Ortschaften wie Gungelshausen, Salmshausen oder auch Appenhain war die Begeisterung – oder der nachbarliche Druck – so groß, dass die NSDAP dort 100% erhielt.<sup>41</sup>

---

<sup>37</sup> „Die Auftritte von Josef Goebbels, der inzwischen durch die Praxis die Wirkung des gesprochenen Wortes erkannt hatte, häuften sich nun. Zwischen dem 1. Oktober 1924 und dem 1. Oktober 1925 hielt er 189 Brandreden.“ Ralf Georg REUTH, Goebbels. Eine Biographie. München 1995, 3. Auflage, Bd. 1, S. 89.

<sup>38</sup> *Frielendorfer Zeitung* 03.12.1924.

<sup>39</sup> HStAM Bestand 330 Neukirchen B 1714.

<sup>40</sup> Bemerkenswert ist der geringe Erfolg der NSDAP in Frielendorf, wo nur 125 von 885 Wahlberechtigten (14,1%) für die NSDAP stimmten. Die Zecharbeiter dort neigten traditionell eher dem linken Spektrum zu. Im Frielendorf nicht nur räumlich eng verbundenen Gebersdorf stimmten jedoch 43 von 48 Wahlberechtigten (89,6%) für die NSDAP. Alle Zahlen nach Bernd LINDENTHAL, *Der politische Wille im Kreis Ziegenhain 1930-1933, Heimatvertriebene Nachbarn* Bd. 1, S. 215-221.

Die NSDAP war also bereits vor 1933 recht aktiv im Kreis und führte zahlreiche Veranstaltungen durch, oft in Verbindung mit der SA, der parteieigenen Sturmabteilung, wie sie damals noch häufig genannt wurde. So fand beispielsweise Ende Dezember 1932 zum Jahresabschluss eine Geländeübung für die zu diesem Zeitpunkt im sogenannten Wehrsport noch ungeübte Jugend auf dem Knüllköpfchen statt. Die zuschauenden, begeisterten Zivilisten ließen dabei ihrem „Militarismus“ freien Lauf, wie in der Zeitung berichtet wurde. Der aus Neukirchen stammende NSDAP-Kreisleiter Neuburg ließ es sich denn auch nicht nehmen, einige „markige“ Worte an die Versammelten zu richten, wie es der Schwalm-Bote nannte<sup>42</sup>, ebenso, wie bei den im darauf folgenden Januar veranstalteten Aufmärschen der SA durch diverse Dörfer, wo er im Vorfeld der Machtergreifung jedes Mal eine propagandistische Rede hielt.

### **Das Frühjahr 1933 – eine Zeitenwende**

Das Jahr 1933 begann aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage recht bedrückt in Neukirchen. Zwar war der Sylvestergottesdienst auch von jungen Leuten sehr gut besucht, aber „der Übergang ins Neue Jahr ist hier – der Zeit entsprechend – recht still begangen worden“, und der Nachtwächter fand beim üblichen Neujahrsgruß häufiger als in den vorangegangenen Jahren bereits dunkle Fenster vor.<sup>43</sup> Einzig der Wander- und Mandolinenverein „Waldfrieden“, dem Ferdi und Theodor Nussbaum angehörten, hatte zu einem heiteren Abend geladen.

Am Neujahrstag fand traditionsgemäß der Neujahrsmarkt statt, wobei es jedoch „mehr Läufer als Käufer“ gab, wie es ein örtlicher Geschäftsmann ausdrückte. Nur der im Wennerholdschen Saale stattfindende Tanz wurde von der Jugend gut besucht.<sup>44</sup>

Der „Ausbruch [sic!] der nationalsozialistischen Erhebung“, wie die Staatspolizei Kassel die Machtergreifung später in einem Schreiben nannte, wurde wie überall im Kreis Ziegenhain auch in Neukirchen von den Anhängern der Nazi-Bewegung begeistert aufgenommen<sup>45</sup>:

---

<sup>42</sup> Nach *Schwalm-Bote* 02.01.1933.

<sup>43</sup> *Schwalm-Bote* 04.01.1933

<sup>44</sup> Nach *Schwalm-Bote* 03.01.1933.

<sup>45</sup> Die zitierten Zeitungsartikel wurden der Zusammenstellung von Hans GERSTMANN, Was Zeitungen gemeldet haben, in: Heimatvertriebene Nachbarn Bd. 1, S. 185-203, entnommen.

Neukirchen, 31. Jan.

Die gestern in den Mittagsstunden erfolgte Ernennung des nationalsozialistischen Führers Adolf Hitler zum Reichskanzler rief auch hier, wie überall im Deutschen Reiche, eine ungeheure Begeisterung hervor. Gegen 7 Uhr abends trafen zu den hiesigen S.A. Leuten die Mannschaften aus der Umgebung und formierten sich zu einem imposanten Fackelzug, an dem auch die Frauenschaft und der Bund der Mädchen teilnahmen. Ein Trommler- und Pfeiferchor mit der Jugend eröffnete den Zug, der sich in mustergültiger Ordnung durch die Straßen der Stadt bewegte, um dann auf dem Marktplatz Aufstellung zu nehmen, wo Sturmbannführer Keller-Röllshausen und Kreisleiter Neuburg in markigen Ansprachen die Bedeutung des Tages würdigten. Von hier aus marschierte der Zug nach Riebelsdorf, wo sich die gleiche Kundgebung wiederholte.

*Schwalm-Bote 1.2.1933*

Die NSDAP Neukirchen feierte nur eine Woche später ihren Erfolg mit einem schon länger geplanten „Deutsche Abend“, der alle Elemente nationalsozialistischer Kulturveranstaltungen aufwies und unter Einbindung von HJ, BdM und theaterbegeisterter Volksgenossen ein ganz im völkischen Sinne gestaltetes Programm zeigte. „Der ganze Abend konnte als ein voller Erfolg der NSDAP angesehen werden.“<sup>46</sup>

## Die Hetze beginnt

Am Vorabend der Reichstagswahl am 5. März 1933 zogen die Nationalsozialisten in Neukirchen noch einmal alle Register öffentlicher Zurschaustellung ihrer Präsenz. Die Stadt befand sich seit Tagen im Fahnen Schmuck, und bereits „am Donnerstag Vormittag [2. März] begann ein mehrtägiger Propagandamarsch des Sturmbanns, der durch eine Kundgebung auf dem Marktplatz und anschließendem Umzug durch die Stadt eingeleitet wurde. Gestern [3. März] fand eine Versammlung der NSDAP im Wennerholdschen Saale statt, auf der Herr Pfarrer Ziegler aus Sontra zum Thema referierte: *Nationalsozialismus und Christentum*. Redner versuchte vor allem den Nachweis zu erbringen, dass die Erfolge der seitherigen Systemparteien<sup>47</sup> ausbleiben mussten, weil sie sich gegen die göttliche Weltordnung richteten. Des weiteren versuchte er die Bedenken ernster kirchlicher Kreise zu entkräften, die in dem Nationalsozialismus etwas Antichristliches erblickten. In feinsinniger und überzeugender Art deutete er das Symbol des Hakenkreuzes, das mit dem Kreuz des Christentums in keinerlei Widerspruch stände.“<sup>48</sup>

---

<sup>46</sup> *Schwalm-Bote* 08.02.1933.

<sup>47</sup> Ein streng national und antikapitalistisch, d.h. 1933 gegen das sogenannte „internationale Finanzjudentum“ gerichteter Begriff, welcher heute noch in rechtsradikalen Kreisen Verwendung findet.

<sup>48</sup> *Schwalm-Bote* 04.03.1933.

Mit dieser Veranstaltung konnte man zum einen den Anhängern der „Deutschen Christen“ in Neukirchen eine Identifikationsbasis bieten, zum anderen noch Zögernden den Weg unter dem Motto „Deutschland ist unsere Aufgabe – Christus unsere Kraft“ weisen, indem durch die Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Christentum postuliert wurde, dass „der ewige Gott ein arteigenes Gesetz geschaffen [hat]. Es gewann Gestalt in dem Führer Adolf Hitler und dem von ihm geformten nationalsozialistischen Staat“.<sup>49</sup>

Kirchliche Kreise waren in der Region sehr früh auf die nationalsozialistische Linie geschwenkt. So veranlasste Pfarrer Fritz Happich, Vorsteher der Diakonenanstalt Hephata in Treysa und Mitglied der Deutschen Christen, der sich „aus innerster Überzeugung“ hinter die neue Regierung gestellt hatte, im Dezember 1933 nach Verhandlungen mit den örtlichen Sturmführern, Sturmbannführern und Standartenführer Keller den geschlossenen Eintritt seiner 1. Diakonenklasse sowie der Erziehschule in die SA.<sup>50</sup> Damit wurde die Einheit von Christentum und Nationalsozialismus von kirchlicher Seite aus bestätigt und noch zweifelnde Christen in der Region hatten nun die Möglichkeit, guten Gewissens die Nationalsozialisten zu wählen und in der Folge gläubig unterstützen.

Am Samstag vor der Reichstagswahl, dem 4. März, wurde in Neukirchen auf den Straßen per Lautsprecher die Rede des Reichskanzlers Hitler übertragen. Daran schloss sich ein Fackelzug an, welcher „durch eine große Kundgebung unter flammendem Holzstoß zum Abschluss kommen soll“.<sup>51</sup> Die Anstrengungen sollten sich für die NSDAP lohnen, denn am Sonntag, dem 5. März 1933, erhielt die NSDAP in Neukirchen fast 88%, d.h. 825 von 1066 Stimmen.<sup>52</sup>

SA-Uniformen waren nun überall präsent, und mancher versuchte in der SA nach Arbeitslosigkeit oder wirtschaftlichem Misserfolg Karriere zu machen oder auch nur die eigene Position zu verbessern. Zwar waren im überwiegend landwirtschaftlich geprägten Gebiet der Schwalm Arbeitslosigkeit und Verarmung nicht so sehr eine Frage fehlender Arbeitsstellen, worauf die Klagen der Landwirte über einen Mangel an qualifizierten Kräften hindeuten. Es waren eher die niedri-

---

<sup>49</sup> Bekenntnis der „Deutschen Christen“ Abs. 1 und 3. <http://www.schulserv.hessen.de>.

<sup>50</sup> Rede von Pfarrer Happich am 04.12.1933 auf dem Hessischen Brüdertag in Treysa. Ernst KLEE, „Die SA Jesu Christi“. Die Kirchen im Banne Hitlers. Frankfurt am Main 1989, S. 75.

<sup>51</sup> Nach *Schwalm-Bote* 04.03.1933.

<sup>52</sup> ebd. Damit lag das Landstädtchen Neukirchen deutlich über dem großemäßig vergleichbaren Landstädtchen Ziegenhain, ohne jedoch das halb so große und bereits seit 1932 „tiefbraune“ Schwarzenborn (1933: 97,3%) zu erreichen. Das doppelt so große Treysa war vielleicht durch die Zahl der Bahnbediensteten des dortigen Eisenbahnknotenpunkts zu diesem Zeitpunkt noch nicht so anfällig für die NS-Propaganda. Dies sollte sich aber schnell ändern. Siehe dazu Bernd LINDENTHAL, Zwischen Hoffnung und Wahnsinn – Über Juden in Treysa – Von den Anfängen bis 1942, in: Heimatvertriebene Nachbarn Bd. 1, S. 241-384, hier ab S. 304.

gen Löhne, welche unterhalb des Existenzminimums einer Familie lagen, die der NS-Propaganda in die Hände spielten.<sup>53</sup>

Zeitnah zur Reichstagswahl wurden der Stadtrat, der Kreistag sowie der Kommunallandtag gewählt, wofür eifrig von allen noch zugelassenen Parteien Propaganda gemacht wurde. Dabei kam es im benachbarten Treysa zu haltlosen antisemitischen Angriffen, indem einzelnen jüdischen Geschäftsleuten Kontakte zu den Kommunisten unterstellt wurden. Diese wehrten sich mit großen Anzeigen in der Tagespresse, und auch die Israelitische Gemeinde Treysa als Körperschaft gab eine öffentliche Erklärung ab – welche im Anzeigenteil ausgerechnet über der Zeile „*Neukirchen wählt in Kreis und Stadt nationalsozialistisch!!!*“ abgedruckt wurde.

In Neukirchen wurden im Vorfeld der Kommunalwahl „nur“ dem jüdischen Lehrer Samuel Schaumberg mehrfach die Scheiben seines Wohnhauses „am Ausgang der Stadt“ eingeworfen, was man jedoch „in diesen aufgeregten Zeiten“ als „persönlichen Racheakt“ und nicht als politisch-antisemitische Aktion verstanden wissen wollte.<sup>54</sup>

---

<sup>53</sup> Im Arbeitsamtsbezirk Treysa waren die Zahlen der Winter-Erhebung einer Studie der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main – Hanau zufolge seit Ende Januar 1929 bis zum Winter 1932 in etwa gleich geblieben. Die Sommer-Erhebung zum 31.8.1932 war allerdings von 183 Erwerbslosen (1929), über 1291 (1930), 2115 (1931) um 13,9 % auf 2536 Erwerbslose angestiegen. Trotzdem lag der Arbeitsamtsbezirk Treysa nach Korbach damit an der günstigsten Stelle. Als Grund wurde die landwirtschaftliche Struktur aus mittelbäuerlichen Betrieben genannt, wodurch die Notwendigkeit eines zusätzlichen Arbeitsverdienstes gering blieb. Ebenso fehlten größere Städte oder Industrieansiedlungen. Vergl. Klaus SCHÖNEKÄS, Hinweise auf die soziopolitische Verfassung Hessens in der Weimarer Republik, in: Eike HENNING, Hessen unterm Hakenkreuz. Frankfurt 1984, 2.A., S. 45-62, hier S. 52.

<sup>54</sup> Nach *Schwalm-Bote* 11.03.1933.



Abb. 10: Samuel Schaumberg musste sein erst 1927 erbautes Haus in Neukirchen ver- kaufen, da er im Mai des Jahres 1933 zwangsweise beurlaubt und in der Folge entlassen worden war.

#### **Exkurs: Samuel Schaumberg**

Samuel Schaumberg wurde am 3. Juli 1887 in Schweinsberg geboren. Durch seine Mutter Caroline geb. Rapp aus Merzhausen hatte er enge Verbindungen in die Schwalm. Nach seiner Ausbildung war Samuel Schaumberg seit 1909 einziger Lehrer der jüdischen Schule in Neukirchen. Neben seiner Lehrtätigkeit übte er das Amt des Vorbeters der Gemeinde aus. Daneben hielt er für die örtlichen jüdischen Männer- und Frauenvereine erbauliche Vorträge.

Samuel Schaumberg war mit Rika Weinberg aus Stordorf verheiratet; das Paar war kinderlos.

Das Ehepaar Schaumberg, welches in Neukirchen fest verwurzelt war, baute sich 1927 in der Hersfelder Str. 15 ein großes Haus, welches von einem weitläufigen Obst- und Gemüsegarten umgeben war. Der Baupreis lag zu diesem Zeitpunkt bei 23.000 Mark.

Das Ehepaar wohnte dort jedoch nicht allein, sondern mit dem Schwiegervater Moses Weinberg sowie mit dem Onkel Leiser Weinberg aus Stordorf, Karol[ine] Rothschild aus Erksdorf und Lisbeth Krüger als Haushaltshilfe.

Samuel Schaumberg war sehr stolz auf sein neues Haus. Die Tochter des evangelischen Lehrers erinnert sich „dass Schaumbergs meine Eltern und mich glücklich durch dieses neue Haus führten. Mir fiel auf, dass über jeder Tür ein Röllchen angebracht war.“ [Mesusa]

Die Verbindung zwischen den beiden Lehrern war freundschaftlich getönt und man machte gelegentlich gemeinsame Ausflüge: „Eine nette Erinnerung habe ich auch an einen gemeinsamen Schulausflug mit der Judenschule zum Knüll. Auf dem Heimweg gab es ein Gewitter und wir mussten in Hauptschwenda in einen Gasthaussaal flüchten. Herr Schaumberg machte mit uns eine Polonäse und sorgte für gute Stimmung.“<sup>55</sup>

Samuel Schaumberg war bereits vor 1933 aktiv im Gemeinderat tätig gewesen. Zur Reichstagswahl 1933 stellte er eine eigene „Liste Schaumberg“ auf.

Nach seiner „Beurlaubung“ Anfang Mai 1933 und der Auflösung der jüdischen Schule versuchte er im Dezember des Jahres sein Haus weit unter Wert für nur 14.000 Mark zu verkaufen.

Der erst 47jährige Samuel Schaumberg zog im Frühjahr 1934 mit seiner Frau nach Alsfeld, wo er als Privatlehrer tätig war. Im Jahre 1938 zog das Ehepaar weiter nach Frankfurt, wo Samuel Schaumberg nach der Pogromnacht verhaftet und in das Konzentrationslager Dachau verbracht wurde. Ende Dezember 1938 wurde Samuel Schaumberg aus Dachau entlassen.

Im Zuge der Arisierung musste das Ehepaar 1939 sein Frankfurter Haus in der Weberstraße 7 verkaufen. Durch die Sicherungsanordnung bestand jedoch kein Zugriff auf den Erlös. Das Ehepaar musste in ein sogenanntes „Judenhaus“ in der Uhlandstr. 58 im Frankfurter Ostend ziehen. Von hier versuchten beide verzweifelt, Deutschland doch noch verlassen zu können. Dazu erbat sich Samuel Schaumberg Ende 1939 ein Empfehlungsschreiben über seine landwirtschaftlichen und gärtnerischen Kenntnisse vom Neukirchener Bürgermeister Ritter. Doch alle Bemühungen zerschlugen sich. Rika Schaumberg starb im Januar 1941. Der Witwer wurde 1942 unbekanntem Datums aus Frankfurt an einen unbekanntem Ort deportiert. Mit Datum vom 8. Mai 1945 wurde Samuel Schaumberg, der 24 Jahre in Neukirchen gelebt und gelehrt hatte, für tot erklärt.

Dem Aufruf, nationalsozialistisch zu wählen, war im kommunalpolitischen Bereich nach den Ergebnissen der Reichstagswahl in Neukirchen jedoch nicht der erhoffte Erfolg beschieden. Zum einen gaben weniger Wähler ihre Stimmen ab, zum anderen konnten sich sowohl die SPD mit 132 Stimmen als auch die Bürgerliste mit 164 Stimmen gegenüber der NSDAP mit 615 Stimmen in der Stadt behaupten. Selbst die (jüdische) Liste Schaumberg erhielt noch 5 Stimmen. Dass die SPD mit ihren 2 Sitzen im Stadtparlament letztlich einknicken würde, konnte man zu diesem Zeitpunkt noch nicht voraussehen: Der Stadtverordnete Adam

---

<sup>55</sup> Lina VOLZE, Meine Erinnerungen an die Juden in Neukirchen. Manuskript, freundlicherweise von Wolfgang Mantz, Neukirchen, zur Verfügung gestellt.

Ritter, Kandidat der SPD in Neukirchen, erklärte anlässlich der 1. Sitzung des neuen Stadtparlaments am 27. März, „dass es eine Ortsgruppe der SPD in Neukirchen nicht mehr gäbe, alle Bindungen zur Partei gelöst seien und sie gleichfalls hinter die Regierung der nationalen Erhebung trete.“ Damit hatten die Nazis die absolute Mehrheit errungen und wählten sogleich das NSDAP-Mitglied Dr. Reinhard Bartsch zum Stadtverordnetenvorsteher. Stellvertreter wurde der Ortsbauernführer Nikolaus Schacht, der Schlossermeister und Ortsgruppenleiter der NSDAP, Lauer, wurde zum Beigeordneten und gleichzeitig zum stellvertretenden Bürgermeister bestimmt. Nun waren alle Nazis, welche den in den Farben des alten Reiches und dem Banner des neuen Deutschland „stimmungsvoll“ geschmückten Saal des Rathauses bereits im Braunhemd und vollem Ordenschmuck betreten hatten, unter sich.<sup>56</sup>

In der Folge der nationalsozialistischen „Siege“ wurden die leitenden Positionen in Stadt und Kreis nach und nach mit überzeugten Nationalsozialisten besetzt. Die NSDAP und ihre angeschlossenen Gliederungen wie HJ, BdM und Frauenschaft stellten sicher, dass zukünftig nicht nur alle Festtermine unter nationalsozialistischer Regie und Beteiligung gefeiert wurden, sondern auch bei jedem sich bietendem Anlass Präsenz und Macht von NS-Partei und Staat gezeigt wurden. Dazu bediente man sich bewährter Versatzstücke wie Marschkolonnen, Fackelzug, Fahnenweihe, Horst Wessel-Lied und Deutschlandlied sowie der im Duktus der Zeit „markigen“ Ansprachen regionaler NS-„Größen“. In dieses Szenario wurden dann auch „unpolitische“ Vereine wie der Gesangverein „Concordia“ und bei entsprechendem Bedarf die Kirche in Gestalt des örtlichen Pfarrers mit eingebunden, um die große „Volksgemeinschaft“ herzustellen.

Umgehend ließ die NSDAP durch SA-Männer<sup>57</sup> wenige Tage nach der Wahl die letzten Zeichen demokratischer Gesinnung in Form der schwarz-rot-goldenen Fahne einziehen, auf dass nunmehr allein das rote Tuch der Nationalsozialisten mit dem schwarzen Hakenkreuz im weißen Kreis das Stadtbild bestimme. Nur das Amtsgericht verweigerte die Herausgabe. Der Amtsgerichtsrat Steinmetz, ein Gegner des Regimes, begründete dies vordergründig mit Formalien.<sup>58</sup> Noch am Abend desselben Tages wurden die eingesammelten Fahnen nach einem Fackelzug auf dem Marktplatz im Beisein zahlreicher Neukirchener den Flammen übergeben, nachdem die stadtbekanntesten Nationalsozialisten Dr. Reinhard Bartsch und Kreisleiter Neuburg die Bedeutung dieser Aktion gewürdigt hatten. Das Horst-

---

<sup>56</sup> Nach *Schwalm-Bote* 29.03.1933.

<sup>57</sup> Diese Gewaltenübertragung war möglich, da der preußische Innenminister Hermann Göring am 22. Februar 1933 die preußische Hilfspolizei gegründet hatte, welche sich aus der SA rekrutierte. Diese konnte nun mit staatlicher Autorität und umfassenden Zuständigkeiten operieren.

<sup>58</sup> Zum Amtsgerichtsrat Steinmetz siehe auch weiter unter Bernd LINDENTHAL, „...gesetzmäßig richtig, aber unklug...“. Zur Strafversetzung eines Neukirchener Richters 1934, in: *Heimatvertriebene Nachbarn* Bd. 2, S. 463-466.



Wessel-Lied, die „Hymne“ der Nazis, und das Deutschlandlied beschlossen diese „symbolische Handlung“, wie der Schreiber vermerkte.<sup>59</sup>

Die NSDAP bemächtigte sich auch gleich noch eines weiteren symbolträchtigen Datums, des Gedenktages für die Gefallenen des Weltkriegs, an dem die SA zusammen mit den örtlichen Vereinen auftrat und der unermüdliche Kreisleiter Neuburg wieder eine Ansprache hielt.

Nachdem nun allen klar war, woher der neue Wind wehte, konnte die örtliche NSDAP ihre Vormachtstellung weiter ausbauen. Einem SA-Reservesturm unter der Leitung des örtlichen Oberlandjägermeisters, dem NSDAP-Mitglied Roßmann, traten umgehend 40 Neukirchener Männer bei, und die NS-Frauenschaft konnte gar 60 Mitglieder aufweisen. Doch während beide Organisationen den örtlichen Juden wohl noch nicht allzu große Sorgen bereiteten, löste die „Kampf-gemeinschaft des gewerblichen Mittelstandes“ unter der Leitung des Schuhmachermeisters und NSDAP-Mitglieds Jakob Wennerhold<sup>60</sup> wegen ihrer ausgeprägt antisemitischen Tendenzen Beunruhigung unter den jüdischen Kaufleuten aus. Zwar wurden mit der „Großen Handwerker-Kundgebung“ auch ausdrücklich die örtlichen Kaufleute angesprochen – Juden waren damit aber wohl nicht gemeint. Selbst wenn ihnen in Neukirchen noch keine direkten Hindernisse in den Weg gelegt wurden, wurde mehr und mehr Kaufzurückhaltung geübt und Käufer argwöhnisch von ihren „Volksgenossen“ registriert.

Nicht nur Neukirchen hatte nationalsozialistisch gewählt. Im neuen Kreistag des Kreises Ziegenhain gehörten 16 von 22 Mitgliedern der NSDAP an, und „Erbhofbauer“ Georg Keller, SA-Standartenführer und seit April des Jahres Kreisleiter der NSDAP, ließ am 2. Juni 1933 als neu gewählter Kreisdeputierter die erste und einzige Sitzung des neuen Kreistages mit einem „Sieg Heil“ und dem „Horst Wessel-Lied“ schließen.<sup>61</sup>

---

<sup>59</sup> *Schwalm-Bote* 15.03.1933.

Welche Bedeutung der Fahne innerhalb der nationalsozialistischen Ideologie beigemessen wurde zeigt besonders deutlich Hilmar HOFFMANN, „Und die Fahne führt uns in die Ewigkeit“. Propaganda im NS-Film. Frankfurt am Main 1988.

<sup>60</sup> NSDAP-Mitglied Wennerhold wurde in seinem Spruchkammerverfahren als Mitläufer eingestuft und das Verfahren gegen eine Geldbuße von 100,- Mark am 5.2.1947 infolge der Weihnachtsamnestie eingestellt. Als Begründung für die Einstufung vermerkte das Komitee, „dass der Betroffene auf Grund seiner tatsächlichen Gesamthaltung den Nationalsozialismus nicht mehr als unwesentlich unterstützt hat.“ HStAM Bestand 330 Neukirchen B 7096.

<sup>61</sup> Der Kreistag wurde wenige Wochen später aufgelöst. Alle Befugnisse gingen in der Folge auf den Landrat über. Eckart G. FRANZ, Von der Grafschaft zum Kreis, in: Albert PFUHL (Hrsg.), Der Kreis Ziegenhain. Stuttgart und Aalen 1971, S. 39-68, hier S. 66.

„Über Nacht“ hatten sich die bis dahin ungestörten nachbarlichen Beziehungen zwischen den „Deutschen“ und den „Juden“ geändert, wie Schmucl Levi in seinen Erinnerungen schreibt.<sup>62</sup> Dies stimmt jedoch nur zum Teil, denn bereits vor der Machtergreifung war es in Neukirchen zu einem dokumentierten Übergriff der SA gekommen. Anlässlich eines demonstrativen Umzuges mitten auf der Hauptstraße von Neukirchen wurde dabei „der Jude“ Julius Nussbaum II, ein angesehener Bürger der Stadt, vor aller Augen vom SA-Sturmbannführer Carl Dörnfeld aus Hauptschwenda ins Gesicht geschlagen.<sup>63</sup> Und niemand griff ein, auch in der Folge nicht, wenn Formationen von SA oder Hitlerjugend grölend durch die engen Gassen zogen und antisemitische Lieder sangen. Sehr früh gehörten Einschüchterung, körperliche Angriffe und Steinwürfe zum Repertoire nazistischer Schlägertrupps in Dörfern und Kleinstädten, auch in und um Neukirchen. Und was sollten die Einzelnen, die angegriffenen oder beschimpften Männer, Frauen und vor allem Kinder auch tun? Wie immer man reagierte, war es falsch: Wehrte man sich körperlich, so konnte man sicher sein, der Übermacht und dem Gewaltwillen nichts entgegenzusetzen zu können. Schwiag man dazu, so konnte es gar heißen, dass an den antisemitischen Vorwürfen wohl doch etwas dran sein müsse, denn sonst würde man sich doch wehren. Ein Teufelskreis!

Nach dem 30. Januar 1933 zeigten sich umgehend die von Hitler bereits im „Legalitätseid“ von 1930 angekündigten Veränderungen des Staates. Diese galten neben der Ausschaltung der Legalität in erster Linie den Juden. Eine der ersten Verordnungen, welche die Juden Neukirchens direkt zu spüren bekamen, war dabei das Schächtverbot, welches durch den Landrat am 19. März 1933 erlassen worden war. Dies traf auch den Schochet von Neukirchen, Samuel Sonn. In Verbindung mit diesem Erlass kam es im benachbarten Ottrau zu einem Eklat, als dem dortigen Schochet von zwei SA-Männern unter Androhung von Gewalt seine Schächtmesser abgenommen wurden. Die Angelegenheit wurde in der Folge vor dem Amtsgericht Neukirchen verhandelt, wo der Bürgermeister den zuständigen Richter, jenen oben schon erwähnten Amtsgerichtsrat Steinmetz, ob seines Urteils zugunsten des Schochet im Mai 1934 vor der Menge durch SA-Männer [sic!] schützen lassen musste. Darüber waren mit Sicherheit alle Bewohner des kleinen Landstädtchens informiert. In der Meldung des SA-Sturmführers J. heißt es zu dem „tumultartigen Menschaufauf“: „[...] Das ehrlich arbeitende Volk in Neukirchen konnte kein Verständnis dafür aufbringen, dass SA-Männer, die im März 1933 im Auftrage des deutschen Volkes und des Führers den Juden

---

<sup>62</sup> Schmucl LEVI, Erinnerungen, S. 458.

<sup>63</sup> HStAM Bestand 330 Neukirchen, B 6805. In dem kleinen Dorf Hauptschwenda mit etwa 80 Wahlberechtigten hatten bereits bei den Wahlen 1932 98% der Wähler für Hitler votiert. Bei der Reichstagswahl 1933 stimmten die Wahlberechtigten zu 100% für die NSDAP.

Bernd LINDENTHAL, Der politische Wille, in: Heimatvertrieben Nachbarn Bd. 1, S. 220/221.

ein Schächtmesser wegnahmen, heute Rechenschaft vor Juden und Reaktion ablegen sollen [...].“ Eine Strafversetzung des aufrechten Richters war die Folge.

Mit dem Beginn der Judenhetze sahen einige „Volksgenossen“ ihre Chance, nunmehr ihre Schulden bei den jüdischen Händlern nicht länger bezahlen zu müssen. Da auf dem Lande viele Geschäfte per „Anschreiben“ geschahen und Viehhandelstransaktionen grundsätzlich „per Handschlag“ abgewickelt wurden, standen viele Einwohner Neukirchens und der umliegenden Dörfer bei den jüdischen Geschäften „in der Kreide“. Oft handelte es sich nur um geringe Beträge, gelegentlich hatten diese sich aber doch zu einem größeren Gesamtbetrag summiert und überstiegen die finanziellen Möglichkeiten der Schuldner. Was lag da näher, als es dem „wucherischen“ Juden nun mal zu zeigen. Unter dieser Prämisse ist auch der vor dem Landgericht Marburg stattfindende Prozess gegen den aus dem benachbarten Oberaula stammenden Kaufmann Siegmund Rothschild zu sehen. In einem Zeitungsbericht hieß es dazu: „So nutzte der Angeklagte mit Absicht die Unerfahrenheit und Not der kleinen Leute aus, um Geschäfte zu machen und zu gewissem Zeitpunkt die der Kundschaft um den Hals gelegte Schlinge zuzuziehen.“<sup>64</sup>

Andere „Volksgenossen“ konnten mit dem Beginn der „neuen Zeit“ endlich den aufgestauten Gefühlen freien Lauf lassen. Diese Gefühle waren oft antisemitisch gefärbt und darüber hinaus mit dem Empfinden von Übervorteilung durch die Juden vermengt. Inwieweit hiermit persönlicher Frust über ein als ungerecht empfundenes Scheitern der Lebensplanung verbunden war, war sicher individuell verschieden.<sup>65</sup> In Verbindung mit antisemitischen Schmähungen und eingeworfenen Fensterscheiben bildete sich aber eine brisante Mischung, welche Einzelne unter dem vermeintlichen Schutz der Uniform und der „Kameraden“ für ihre eigenen Zwecke ausnutzten.

Und wer eine andere Meinung hatte, dem verging es schnell, diese in der Öffentlichkeit oder am Stammtisch zu äußern. So berichtet Schmuël Levi von einem Vorfall im Nazi-Lokal „Deutsches Haus“, bei dem kritische Äußerungen einiger Stammtischbesucher sofort dem Kreisleiter in Ziegenhain gemeldet wurden, und es schwere Verwarnungen gab.<sup>66</sup> Gegenteilige Positionen behielt man nun besser

---

<sup>64</sup> *Ziegenhainer Zeitung* 09.10.1933.

<sup>65</sup> Diese brisante Mischung aus eigener ökonomischer Unfähigkeit und wirtschaftlich darniederliegendem Agrarsektor hatte eine lange Tradition in Hessen. Der Vorwurf des Wuchers und der „Güterschlächtereie“ war bereits fester ideologischer Bestandteil der antisemitischen Böckel-Bewegung in Oberhessen an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert gewesen. Dieser Bewegung stand auch der antisemitische Reichstagsabgeordnete des Kreises Ziegenhain, Liebermann von Sonnenberg (s.o.), nahe.

<sup>66</sup> Wahrscheinlich bezog sich Schmuël Levi hier auf einen Vorfall im Jahre 1934 (s.u.). Schmuël LEVI, *Erinnerungen*, S. 460 sowie *Ziegenhainer Zeitung* 06.06.1934.

Noch drastischer traf die Denunziation über Schwätzerei einen als Sozialdemokraten bekannten Juristen aus Frielendorf, welcher im Januar 1934 wegen übler Nachrede zu vier

für sich, und wer öffentlich mit den Juden verkehrte, musste sich auf Repressalien gefasst machen. So gab es selbstverständlich auch in Neukirchen eine Art *Stürmer*-Kasten, ein Aushang-Tableau, an dem schnell eine Notiz über „Judenfreunde“ hing, die noch immer mit ihren jüdischen Nachbarn verkehrten oder bei diesen kauften.<sup>67</sup>

## Der Boykott

Die Lebenssituation Andersdenkender hatte sich in den ersten beiden Monaten nach der Machtergreifung dramatisch verschlechtert. Im ganzen Deutschen Reich war es zu Übergriffen und Gewalttaten vor allem gegen Juden gekommen. Darauf reagierte auch das Ausland, und trotz abwehrender Telegramme des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens und der Zionistischen Vereinigung eskalierte die Situation vor allem in den USA, wo es zu Boykottaufrufen nicht nur jüdischer Organisationen gegenüber deutschen Waren kam. Seit Mitte März 1933 wurde die Kritik in den ausländischen Medien vom NS-Regime zum Anlass genommen, einen „geordneten“ Boykott jüdischer Geschäfte anzudrohen. Dazu hatte die NSDAP einen 11-Punkte-Plan erstellt. Als Ziel des Boykotts galt: „Kein Deutscher kauft mehr beim Juden oder lässt von ihm oder seinen Hintermännern Waren anpreisen.“<sup>68</sup>

Der Termin für den Boykott der jüdischen Geschäfte wurde von Hitler am 26. März selbst bestimmt, und Joseph Goebbels setzte die Vorgaben in atemberaubender Geschwindigkeit um. Die Parteileitung der NSDAP rief umgehend dazu auf, in jeder Ortschaft ein Aktionskomitee zu gründen, um den angekündigten Boykott der jüdischen Geschäfte am Samstag, dem 1. April 1933, erfolgreich durchzuführen.

Bereits in den Tagen zuvor hatte die örtliche Presse an der Kampagne gegen die in ausländischen Zeitungen erschienen Berichte über die angeblichen Gräueltaten in Deutschland teilgenommen. Am 27. März war die ganze erste Seite des *Schwalm-Boten* der Aktion gewidmet. Ergebniseadressen und Abwehrtelegramme jüdischer Organisationen wurden veröffentlicht. In der Schwalm wurden die Vorsitzenden der örtlichen jüdischen Gemeinden gezwungen, ebenfalls entsprechende Telegramme abzusenden.

Bereits vor dem offiziellen Termin wurden im Kreis Ziegenhain potentielle Käufer durch Abordnungen von Nazi-Organisationen am Betreten der Läden gehin-

---

Monaten Gefängnis verurteilt wurde. „Die exemplarische Strafe lässt deutlich erkennen, dass Verleumder und Hetzer als Schmarotzer im Dritten Reich angesehen und auch als solche behandelt werden. Den Alles-Besserwissern und Schwatzbasen möge dies eine Warnung sein“, schrieb dazu der *Schwalm-Bote*. (21.01.1934)

<sup>67</sup> Gespräch mit Herrn Lippert, Neukirchen, am 17.01.2008 über eine dort ausgehängte Denunziation (s.u.).

<sup>68</sup> HStAM Bestand 165 Nr. 3982 Bl. 10.

dert, wie die Regionalzeitung berichtete. So geschah es wohl auch in Neukirchen, wo Behinderung und subtile Bedrohung durch die Posten von SA und HJ vor den jüdischen Geschäften ebenfalls vor dem 1. April einsetzten, „da die Gefahr bestand, dass auswärtige Käufer die hiesigen Geschäfte aufsuchen würden.“ Unter dem Druck der Uniformen sahen „die meisten jüdischen Geschäftsleute [...] die Notwendigkeit dieser Maßnahme ein und fügten sich ohne weiteres.“ Lediglich ein Kaufmann leistete Widerstand, „was dann naturgemäß die Festsetzung des in Frage kommenden Geschäftsmannes zur Folge hatte.“<sup>69</sup>

Letztendlich wäre dem Boykott der jüdischen Geschäfte an einem Samstag, wie es der 1. April war, in Neukirchen kein Erfolg beschieden gewesen. Die Ausrichtung der Gemeinde war orthodox, und so waren die Läden am Sabbat grundsätzlich geschlossen. Damit wären die Intentionen der NS-Parteileitung konterkariert worden, den Boykott „bis in das kleinste Bauerndorf [vor zu treiben], um besonders auf dem flachen Lande die jüdischen Händler zu treffen.“<sup>70</sup> Wohl deshalb setzte der Boykott, wie bereits oben beschrieben, schon vor dem 1. April ein. In der Folge „eröffneten die antisemitischen Aktionen gegen die jüdischen Bürger der Gemeinde die Möglichkeit, die bislang geltenden Verbindungen und Distinktionen aufzubrechen, die jüdischen Nachbarn zu stigmatisieren und damit die vorhandenen Grenzzlinien im Ort zu verschärfen und unüberbrückbar zu machen.“<sup>71</sup>

Wie andernorts im Altkreis Ziegenhain<sup>72</sup> wurde auch der Vorsitzende der Jüdischen Kultusgemeinde Neukirchen, Albert Levi, gezwungen, sich am 31. März 1933 mit zwei „Anti-Gräuelpropaganda-Telegrammen“ an seine Verwandten in den USA zu wenden.<sup>73</sup>

Zu diesem Zeitpunkt war die NS-Regierung noch sehr bemüht, im Ausland positiv gesehen zu werden. So wurden beispielsweise Reisepässe auch nach dem Kriterium ausgestellt bzw. verlängert, ob zu befürchten sei, dass der Passinhaber im Ausland Negatives über die Zustände in Deutschland verbreiten würde. Als

---

<sup>69</sup> Nach *Schwalm-Bote*, 02.04.1933. Ob die für Anfang April dokumentierte „Schutzhaft“ einiger Juden in der Strafanstalt Ziegenhain eine Folge des Boykotts war oder aus anderen Gründen verhängt wurde, hat sich nicht rekonstruieren lassen. Desgleichen kann eine lokale Zuordnung nicht vorgenommen werden, da nur die Nachnamen verzeichnet wurden. Die Namen lauten *Höxter* (6.–14.4.1933), *Plaut* (8.–15.4.1933), *Rosenberg* (8.–14.4.1933) und *Levi* (20.–27.4.1933). Über die „Schutzhaft“ von *Spier* (15.–21.6.1933) kann ebenfalls keine Angabe gemacht werden. HStAM Bestand 165 Nr. 3878 Bl.179.

<sup>70</sup> So lautete der Punkt 3 des von Julius Streicher namens der NSDAP initiierten Boykott-Aufrufs. HStAM Bestand 165 Nr. 3982 Bl. 10.

<sup>71</sup> Michael WILDT, *Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939*. Hamburg 2007, S. 144 .

<sup>72</sup> Siehe dazu den Abdruck des Ziegenhainer Telegramms in: *Heimatvertriebene Nachbarn* Bd. 2, S. 426.

<sup>73</sup> Dies beschreibt sein Sohn Schmuël LEVI in seinen Erinnerungen, in: *Heimatvertriebene Nachbarn* Bd. 2, S. 459.

negativ wurde dabei schon die Schilderung der tatsächlichen Zustände gewertet.<sup>74</sup> Mit den nun zwangsweise verschickten Telegrammen wollte man durch persönliche Ansprache Berichten in der internationalen Presse entgegenwirken, in denen zunehmend über den sich seit der Machtergreifung verstärkenden Terror in Deutschland geschrieben wurde. „Mein Vater hatte keine andere Wahl. Er musste den Befehl [des Ortsgruppenleiters, d. Verf.] ausführen und dem Obernazi eine Abschrift der Telegramme schicken.“<sup>75</sup>

Albert Levi war der Sohn des Moses Levi aus Ottrau und stammte aus einfachen Verhältnissen. Er war zu Beginn des Jahrhunderts nach Neukirchen gekommen, wo er einen florierenden Viehhandel aufgebaut und es nicht nur zu finanziellem Wohlstand, sondern auch zu religiösem Ansehen als Gemeindevorsteher gebracht hatte. Die Familie wohnte zuerst in der Kernstadt in der Burgtorgasse am sogenannten „Katze-Winkel“, bis sich Albert Levi 1927 an der Hersfelder Straße ein repräsentatives Wohnhaus für die damals recht hohe Bausumme von 27.000 RM erbauen ließ.

Der Gemeindevorsitzende war schon frühzeitig hellhörig geworden, und der Vorfall mit den Telegrammen verstärkte sein Misstrauen noch weiter. Er sagte: „Wo mir meine staatsbürgerlichen Rechte geraubt werden, kann ich nicht leben“, und betrieb umgehend die Vorbereitungen zur Auswanderung seiner Familie.<sup>76</sup> Mitte April 1933 reiste er in „Erbschaftsangelegenheiten“ in die USA<sup>77</sup>, wohin sein Bruder Hermann 1890 ausgewandert war. Dem damaligen Bürgermeister Weber erschien dieses Zusammentreffen der Ereignisse jedoch so suspekt, dass er sich von der Ehefrau Jettchen Levi ausdrücklich schriftlich versichern ließ, sie sei mit der Reise ihres Ehemannes einverstanden und beide würden ihr neues Haus nicht aufgeben.<sup>78</sup>

---

<sup>74</sup> Ausführlich dazu Barbara GREVE, Exil oder Tod. Flucht und Vertreibung der Juden aus den Landgemeinden des Altkreises Ziegenhain, in: Heimatvertriebene Nachbarn Bd. 3, S. 1-55. HStAM Bestand 180 Ziegenhain 4510.

<sup>75</sup> Schmucl LEVI, Erinnerungen, in: Heimatvertriebene Nachbarn Bd. 2, S. 459.

<sup>76</sup> ebd.

<sup>77</sup> Inwieweit dieser Grund tatsächlich zutraf, da sich engere Verwandtschaft in den USA nachweisen lässt, kann nicht gesagt werden, desgleichen nicht, ob Albert Levi zu diesem Zeitpunkt dort bereits konkret Auswanderungserkundigungen für die USA einziehen wollte. Was den Bürgermeister Weber zu dieser Aktion bewogen hat, bleibt unklar. Es ist zu diesem Zeitpunkt jedenfalls der regional einzig bekannte Versuch, Juden nicht zur Auswanderung zu drängen, sondern zur Rückkehr von einer Reise zu bewegen und am Ort zu halten.

<sup>78</sup> HStAM Bestand 330 Neukirchen B 1589. Zu Albert Levi siehe weiter unten.

## **Fleißige „Amtswalter“ der NSDAP und ihrer Organisationen**

Doch was focht das alles den einfachen „Volksgenossen“ an? Er hatte wahrhaft andere Sorgen, und es war bestimmt ein Leichtes, das Gewissen zu beruhigen und einfach in Zukunft die jüdischen Geschäfte am Ort zu meiden.

Nachdem nun endlich die „richtigen“ Fahnen in der Stadt wehten, wurden die öffentlichen Gebäude, vor allem die Schulen, mit Bildern des Reichspräsidenten und des „Volkskanzlers“ Hitler ausgestattet, welche man in der Kreisstadt Ziegenhain in allen Größen, Ausführungen und Preislagen erwerben konnte. Vielleicht schmückte auch schon der eine oder andere stramme Nationalsozialist damit sein Heim.

Ebenso galt es, am 20. April auch in Neukirchen „Führers Geburtstag“ gebührend zu feiern. Dabei kamen wieder die inzwischen allseits bekannten Feerrituale der Nazis wie Fackelzug, Sieg Heil-Rufe und das Horst Wessel-Lied sowie eine Rede des unermüdlichen NS-Aktivisten Dr. Bartsch zum Tragen.

Mit großem propagandistischem Aufwand seitens der NSDAP-Gliederungen sollte „der großzügige Gedanke der Reichsregierung, den 1. Mai als einen Festtag der nationalen Arbeit zu begehen“, gefeiert werden. Dazu hatte die Kreisleitung einen minutiösen Plan ausgearbeitet, um den größtmöglichen Erfolg zu gewährleisten.

Schon am Vorabend lud die Ortsgruppe des BdM zu einem Werbeabend mit unterhaltsamen Vorträgen ein. Bereits um 6 Uhr morgens dann „tönte der Weckruf durch die Straßen“ und nach anschließendem Gottesdienst wurden auf dem Marktplatz die Fahnen gehisst, gefolgt von einer öffentlichen Übertragung der pompösen Berliner Feier in den Saal der städtischen Anlagen und in die Stadtschule, wo sich alle Schüler versammeln mussten. Am Nachmittag gab es einen großen Festzug, den die Schüler anführten, gefolgt von diversen Musikzügen. „Auf dem Adolf-Hitler-Platz [dem neuen Sportplatz] sprach dann Pg. Möller, Holzburg, zu der tausendköpfigen Menge“, da auch aus den umliegenden Dörfern viele Schaulustige angereist waren. Öffentliche Turnvorführungen und Musikdarbietungen schlossen sich an bis zur Rede des Gaugeschäftsführers und früheren Kreisleiters Neuburg. Der Rede folgt wiederum eine Übertragung per Lautsprecher aus der Reichshauptstadt. Doch damit nicht genug. Am Abend wurde noch die Rede des „Volkskanzlers“ Hitler übertragen. „An vielen Stellen der Stadt standen die lauschenden Menschenmassen an den Lautsprechern.“ Ein imposanter Fackelzug beendete den Tag.<sup>79</sup>

Die örtliche NSDAP hatte also zu diesem Tag alles aufgeboten, was das neue Regime in freundlichem Licht erscheinen ließ und gleichzeitig jedem „Volksgenossen“ klar machte, dass er den neuen Machthabern z.B. durch die Einbindung der Schuljugend, des Festzuges, der Sportveranstaltung sowie der Beschallung auf

---

<sup>79</sup> Nach *Schwalm-Bote* 04.05.1933.

den Straßen des kleinen Städtchens kaum entinnen könne. Der abschließende Fackelzug hatte dabei nicht nur Weihecharakter, sondern stellte auch eine Machtdemonstration von NSDAP, SA und HJ dar. Nach gleichem Muster vereinnahmte die Nazi-Partei in der Folge auch den Erntedanktag, welcher mit „Trommlerkorps und Choralgesang“ die Symbiose von Kirche und Staat verkörperte. Festzug, Fahnenweihe und Fackelzug vervollständigten neben „markigen“ Reden der örtlichen NS-Honoratioren und der obligatorischen Übertragung der Staatsfeierlichkeiten vom Bückeberg über alle Lautsprecher der Stadt den Tag im Sinne der nationalsozialistische Festgestaltung.

Für die Festigung der nationalsozialistischen Position sorgte mit Sicherheit eine Meldung in der Regionalzeitung vom 25. August 1933: „*Der Kreis Ziegenhain frei von Arbeitslosen*“.<sup>80</sup> Unter anderem wurde dieser Erfolg durch umfangreiche Infrastrukturmaßnahmen in Verbindung mit dem Reichsarbeitsdienst erreicht. Dabei wurde ein Teil der Arbeitslosen in Arbeitsdienstlagern zusammengefasst. In Neukirchen wurde dazu von 50 Kasseler Jugendlichen eine ehemalige Turnhalle mit einem weiteren Bau zum Arbeitsdienstlager ergänzt, dessen Einweihung im Juli 1933 mit Gottesdienst und Reden der NS- und SA-Prominenz gefeiert wurde.

Doch die Juden hatte man nicht vergessen, und so folgte nach dem Schächtverbot und dem Boykott der jüdischen Geschäfte am 4. Mai 1933 der nächste große Schlag, der viele jüdischen Bürger Neukirchens aufs Engste betraf: Der jüdische Lehrer Schaumberg wurde beurlaubt, und alle jüdischen Schulkinder mussten fortan die Stadtschule besuchen.<sup>81</sup>

---

<sup>80</sup> *Ziegenhainer Zeitung* 25.08.1933.

<sup>81</sup> *Ziegenhainer Zeitung* 04.05.1933.



## Die ersten Flüchtlinge

Bereits im Sommer 1933 kam es zur ersten Flucht vor den Nazis aus Neukirchen. Max Sonn, 1911 als Sohn des Schneiders Levi Sonn III und dessen Ehefrau Jeanette Ronsheim im Ort geboren, flüchtete im Juni/Juli 1933 illegal nach Frankreich. Die auslösenden Fluchtgründe gehen aus der Akte nicht hervor.<sup>82</sup> Max Sonn spricht nur allgemein von „rassischer Verfolgung“. Nach seinen eigenen Angaben lebte er bis 1941, mehrmals verhaftet, zusammen mit seiner Ehefrau in Paris. Dann wurde er erneut wegen seiner Illegalität verhaftet und nach Gurs deportiert. Das Lager Gurs am Fuße der Pyrenäen diente ab April 1939 als Sammellager für Ausländer. Es unterstand der französischen Polizei. Die Zahl der Menschen, welche dort unter katastrophalen sanitären Bedingungen leben mussten, schwankte stark und hing u.a. von den verschiedenen Verhaftungs- und Deportationswellen ab. Ab 1942 wurden jüdische Gefangene über Paris-Drancy in die Vernichtungslager deportiert.<sup>83</sup>

Im Januar 1943 gelang Max Sonn die Flucht aus Gurs, und er tauchte im besetzten Frankreich unter.

*... Nach der Flucht aus Gurs im Januar/Februar 1943 kam ich zuerst nach Lyon, wo ich ca. 14 Tage in einem Synagogen-Keller lebte. Dort wurde ich jedoch verhaftet, weil meine falschen Papiere Grund zu einer Festnahme gaben. Man schaffte mich in ein Arbeitslager, wo ich zum Straßenbau eingesetzt wurde. Nach zwei Monaten gelang mir von dort die Flucht, die mich nach Grenoble brachte. Dort hat mich ein Franzose in einem Keller ca. 3 Monate versteckt gehalten. Da ich keine normalen Nahrungsmittel erhielt<sup>84</sup>, flüchtete ich erneut nach Chambery/Savoien, wo ich wiederum wegen meiner falschen Papiere aufgegriffen worden bin und ins Gefängnis kam. Ich wurde in das Arbeitslager Camp Le Vernet gebracht. Nach ca. 2 Monaten gelang mir dort wieder die Flucht, die mich nach Allevard le Lains/Isère brachte, wo ich in einer Scheune Unterkommen fand, und wo ich von den Einheimischen mit Feldfrüchten notdürftig versorgt wurde.“*

Max Sonn kehrte nach der Befreiung 1944 nach Paris zurück und wanderte 1947 in die USA aus. Nach dem Krieg hatte er große Schwierigkeiten, den deutschen Behörden seinen Fluchtweg und seine Verstecke plausibel zu machen. Erbost über das Ansinnen der deutschen Beamten schrieb seine Frau 1959:

---

<sup>82</sup> Alle Angaben zu Max Sonn: HHStAW Abt. 519 Pak. 1892 Nr. 9.

<sup>83</sup> Salli Müller, Sohn der in Neukirchen geborenen Ella Müller geb. Bachrach, war ebenfalls in Gurs interniert, wo er verstarb. Vermutlich war auch sein Onkel Erich Bachrach aus Neukirchen kurzzeitig dort gefangen, bevor er von Paris-Drancy nach Auschwitz deportiert und dort ermordet wurde. Siehe dazu Barbara GREVE, Jeder Mensch hat einen Namen, Heimatvertriebene Nachbarn Bd. 3, S. 317f und 320f.

<sup>84</sup> Im besetzten Frankreich gab es zu diesem Zeitpunkt Lebensmittelkarten.

*„Die einzige Möglichkeit, der Behörde Namen von Leuten zu geben, bei denen wir versteckt waren, besteht darin, dass mir die Entschädigungsbehörde eine Reise an die verschiedenen Orte in Frankreich bezahlt. Dann kann ich mich an Ort und Stelle um diese Nachweise bemühen. Die Zeit, die wir in Feld und Wald versteckt waren, kann ich überhaupt nicht beweisen. Auch für das Schlafen auf Straßen, in Scheunen und in Kirchen kann ich keine Beweise mehr erbringen. Wir lebten wohl mit falschen französischen Papieren, die wir uns besorgt hatten, doch kann ich unmöglich heute die Personen bringen, die mir damals die falschen Papiere beschafft haben.“*

Soviel an dieser Stelle zum Kampf der Überlebenden um eine oftmals beschämend geringe „Wiedergutmachung“.<sup>85</sup>

Max Sonns Vater Levi Sonn III war Schneider und handelte nebenher mit Stoffen. Sein Einkommen war gering, und er befand sich bereits in den zwanziger Jahren am unteren Ende der Einkommensskala der jüdischen Bevölkerung.<sup>86</sup> Dies änderte sich auch in der Folgezeit nicht, denn im Dezember 1932 zählte er mit seiner Familie zum Kreis der Unterstützungsbedürftigen.<sup>87</sup> Im September 1933 beantragte Levi Sonn III einen Sichtvermerk in seinen Reisepass für die Ausreise nach Frankreich, wo sich bereits seine Söhne Max und Theodor befanden. Als Begründung gab er an, dass er sich dort Arbeit suchen wolle. „Der 60jährige Sonn schuldet dem Reich 44,20 RM Umsatzsteuer für 1932. Er will diesen Betrag im Ausland verdienen und seine Frau solle diesen dann einzahlen“, vermerkte das Finanzamt Ziegenhain dazu.<sup>88</sup> Der damalige Bürgermeister Weber befürwortete ebenfalls den Sichtvermerk, wohl um weiterer Verarmung der Familie vorzubeugen. Ob Levi Sonn tatsächlich in Frankreich Arbeit suchte, dort mit seinen Söhnen Kontakt hielt oder nie in Frankreich war, hat sich nicht klären lassen. Er war später mit seiner Ehefrau Jeanette in Köln gemeldet. Nach deren Tod im Mai 1940 schloss er eine zweite Ehe mit Dora Wolff. Levi und Dora Sonn wurden am 23.10. 1941 von Köln nach Lodz deportiert, wo sich Dora Sonns Spur verliert.<sup>89</sup> Levi Sonn III wurde im Mai 1942 in Chelmno/Kulmhof in einem Gaswagen ermordet.

---

<sup>85</sup> Max Sonn erhielt in gut deutscher Gründlichkeit aufgrund der Nutzung von Autobus und Bahn bei seiner Flucht eine Entschädigungssumme von 20 Mark für die dadurch entstandenen Kosten. Offensichtlich fiel niemandem die Absurdität dieser Zahlung auf, wenn man die Entschädigungssumme von 150 Mark für einen Monat KZ- oder Ghettohaft dagegen hält.

Die übrige Entschädigung wurde von der zuständigen Behörde immer wieder dadurch herausgezögert, dass Max Sonn keine Zeugen für sein Leben in der Illegalität in Frankreich bringen konnte, eine nur schwer verständliche Tatsache für deutsche Bürokraten.

<sup>86</sup> HStAM Bestand 330 Neukirchen B 6504.

<sup>87</sup> HStAM Bestand 330 Neukirchen B 6691.

<sup>88</sup> HStAM Bestand 180 Ziegenhain Nr. 4553.

<sup>89</sup> Dora Wolff verw. Silbermann, geb. 28.5.1882 in Jever. Freundl. Auskunft des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln/Archiv der Stadt Köln vom 09.10.2007

Erklärung zu meiner Haft

Nachdem ich die Strafbestimmungen des bürgerlichen Rechtes kenne gebe ich nachfolgende Erklärung ab :

Ich bin zurzeit von der Brüsseler - Weltausstellung in Frankfurt a.M. und beantworte von hier die vom Amt gestellten Fragen über meine Haft wie folgt :

Nach der Flucht aus Gurs im Januar / Februar 1943 kam ich zu - erst nach Lyon, wo ich ca. 14 Tage in einem Synagogen - Keller lebte. Dort wurde ich jedoch verhaftet, weil meine falschen Papiere Grund zu einer Festnahme gaben. Man schaffte mich in ein Arbeitslager, wo ich zum Strassenbau eingesetzt wurde. Nach zwei Monaten gelang mir von dort die Flucht, die mich nach Grenoble brachte. Dort hat mich ein Franzose in einem Keller ca. 3 Monate versteckt gehalten. Da ich keine normalen Nahrungsmittel erhielt, flüchtete ich erneut nach Chambeay/Sawoi wo ich wiederum wegen meiner falschen Papiere aufgegriffen worden bin und ins Gefängnis kam. Ich wurde in das Arbeits - lager Camp de Vernet gebracht. Nach ca. 2 Monaten gelang mir dort wieder die Flucht, die mich nach Allevard le Lains/Isere brachte, wo ich in einer Scheune Unterkommen fand und wo ich von den Einheimischen mit Feldfrüchten notdürftig versorgt wurde.

Im August 1944, nach der Befreiung, kehrte ich, körperlich geschwächt, nach Paris zurück, wo ich bis zur Auswanderung nach den USA blieb.

Ich kann jederzeit meine Erklärung vor Gericht wiederholen.

Frankfurt a.M., den 29. September 1958

aufgenommen:  
Rechtsbeistand  
*Maus*

*Max Sonns*

Abb. 11: Max Sonns Aussage über seine Haft in Frankreich

Den Druck zu Beginn der Nazi Herrschaft spürten nicht nur die Juden, sondern auch politisch anders Gesinnte, von denen es immer noch einige gab. Die Angriffe nahmen zu und führten gelegentlich zu offenen Auseinandersetzungen. So berichtete die Regionalzeitung, dass im Februar 1933 ein Trupp HJ-Angehöriger aus Neukirchen auf der Rückkehr von einer NSDAP-Kundgebung in Treysa von „Reichsbannerleuten“<sup>90</sup> aufgehalten wurde und diese den Jugendlichen ihre Hakenkreuzfähnchen weggenommen und zerbrochen hätten, was ein vorbeikommender SA-Trupp zum Anlass für eine blutige Schlägerei genommen hätte, welche die SPD-Angehörigen letztendlich ins Gefängnis führte. Tatsächlich trug sich dieser Vorfall aber so zu, dass bis zu 350 SA-Männer aus den Dörfern die Reichsbannerangehörigen überfielen, jagten und zusammenschlugen, bevor diese in „Schutzhaft“ genommen wurden.<sup>91</sup>

Obwohl die Juden seit Generationen mit deutlicher Präsenz unter den christlichen Mitbürgern lebten und allen bestens bekannt waren, da jeder in dem kleinen Städtchen ihre Waren benötigte, war nun alles „anders“ geworden. Trotzdem konnte man „beim Jud“ selbst in diesen Zeiten auch dann noch anschreiben lassen, wenn einem sonst niemand mehr etwas borgte. Und dies galt nicht nur für die Neukirchener Nachbarschaft, sondern verstärkt auch für die Kunden aus den umliegenden Dörfern.<sup>92</sup>

Nun wurde den Juden neben den schon genannten Einschränkungen aber auch noch das an sich schon begrenzte kulturelle Leben in einem Landstädtchen der hessischen Provinz verwehrt. Es gab kein besonderes „jüdisches“ Ständchen mehr zur Kirmes, und der gemeinsame Umtrunk im Kriegerverein entfiel. Im Gegensatz zur Großstadt konnten auf dem Land auch keine Alternativen offizieller jüdischer Geselligkeit entwickelt werden.<sup>93</sup> Diese fand nun nur noch als familien-

---

<sup>90</sup> Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold wurde 1924 gegründet und war eine militant orientierte Schutzorganisation für Versammlungen und Demonstrationen demokratischer Veranstalter. Es war mehrheitlich sozialdemokratisch ausgerichtet.

<sup>91</sup> *Schwalm-Bote* 27.2.1933 sowie 05.04.1933. Diese Schlägereien zwischen SA/HJ-Gruppen auf der einen und SPD / KPD / Reichsbanner-Angehörigen auf der anderen Seite waren auch in der Schwalm bis zum Verbot der Letzteren kein Einzelfall. Bei dem geschilderten Vorfall handelte es sich jedoch um eine gezielte Falschmeldung. Siehe dazu Bernd LINDENTHAL, *Hessisch-Niedersächsische Allgemeine*, Ausgabe Schwalm, 03. 05. 2008

<sup>92</sup> Die mengenmäßig umfangreichen, finanziell jedoch überwiegend geringen Schuldforderungen, welche nach der Auswanderung und besonders nach der Pogromnacht noch von den jüdischen Rechtskonsulenten im Namen ihrer Mandanten versucht wurden einzutreiben, belegen dies überdeutlich.

<sup>93</sup> Zur Kirmes und der Integration der Juden siehe Schmuël LEVI, *Erinnerungen*, in: *Heimatvertriebene Nachbarn* Bd. 2, S. 455-461. Für den März 1935 hatte die Gestapo über die jetzt wieder erfolgende Teilnahme von Juden an „Tanzlustbarkeiten“ auf dem Lande berichtet, desgleichen über eine rege Vereinstätigkeit. Thomas KLEIN (Hrsg.), *Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei über die Provinz Hessen-Nassau 1933–1936*.

übergreifendes innerjüdisches Geschehen statt. Zwar wurde 1934 in Frankfurt das „Jüdisch-religiöse Kulturwerk für die Landgemeinden in Hessen und Nassau“ ins Leben gerufen, um diese Einschränkungen wenigstens vordergründig auszugleichen und die jüdischen Landgemeinden eng zusammenzuhalten, doch die dort angebotenen religiös-weltanschaulichen Vorträge, durch welche man die Gemeindemitglieder weiterbilden wollte, waren weder zeitlich noch inhaltlich ein Ersatz für kleinstädtische Geselligkeit und Kommunikation.<sup>94</sup>

Selbst im privaten Rahmen wurde man vorsichtig, denn die Denunziationen nahmen zu: So sah sich Emmi Moses aus Frielendorf tatsächlich gezwungen, ihre nähere Bekanntschaft mit einer „arischen“ Nachbarin in der örtlichen Zeitung öffentlich zu leugnen: „[...] Frau Döhrer war nicht bei mir, sie hat keinen Kaffee bei mir getrunken und auch keinen Blumenstrauß geschickt [...]“, und Pauline Israels geb. Spier aus Neukirchen erinnert, dass Freundschaften nur noch heimlich gepflegt werden konnten.<sup>95</sup>

Und manchmal waren es nur Lappalien, welche nun plötzlich Ärger bereiteten, wie die Anzeige des stadtbekanntem Nazis Dr. Bartsch, welcher sich Anfang April 1933 veranlasst sah, Leopold Nussbaum anzuzeigen, weil dieser „in der Mittagszeit zwischen 12 und 3 Uhr seine Abortgrube [habe] ausleeren lassen, wodurch hiesige Einwohner durch den Geruch belästigt wurden.“<sup>96</sup> Leopold Nussbaum wurde mit 3 RM Geldstrafe, ersatzweise einem Tag Haft, für dieses Vergehen belegt. Dass dieser Vorfall wenig später zu einer umfangreichen Diskussion im neu gewählten Neukirchner Stadtparlament führen würde, konnte er nicht ahnen. Der amtierende Stadtverordnetenvorsteher Dr. Bartsch drang auf eine so ausführliche Erörterung des Problems, dass es seinem Kollegen Mantz wohl zu bunt wurde, und er die Meinung kundtat, dass man in einem Landstädtchen mit überwiegend ländlicher Bevölkerung nicht überempfindlich sein dürfe. Die bestehenden Bestimmungen ließen sich eben nicht immer durchführen. Da ihm weitere Stadtverordnete zustimmten, einigte man sich letztlich auf einen erneuten Antrag an die Ortspolizeibehörde zur Lösung des Geruchsproblems. Offensichtlich hatte man keine anderen Sorgen in Neukirchen.<sup>97</sup>

Während die in der Frühzeit des Nationalsozialismus Schlag auf Schlag erlassenen Verordnungen und Verfügungen zum Nachteil der jüdischen Bürger die Juden in Neukirchen bis auf die bereits oben genannten Erlasse nur am Rande betra-

---

Teilband I: A und B (Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz Band 22/1), Köln, Wien 1986. Lagebericht für Juli 1934, S. 138, S. 406, S. 415. (Im Folgenden: Geheime Staatspolizei)

<sup>94</sup> Thomas KLEIN, Geheime Staatspolizei, S. 138.

Gedalya Nigal erwähnt im Briefwechsel mit der Verfasserin ebenfalls einen solchen Vortrag.

<sup>95</sup> *Frielendorfer Zeitung* 02.09.1933; Gespräch mit Pauline Israels geb. Spier im Juli 2007.

<sup>96</sup> HStAM Bestand 330 Neukirchen B 5551 Bd. 27.

<sup>97</sup> Nach *Schwalm-Bote* 17.04.1933.

fen, galt das nicht für das „Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens“ vom 14. Juli 1933. Dieses war zwar in erster Linie dazu erlassen worden, sozialdemokratischen und kommunistischen Umtrieben die finanzielle Basis zu entziehen. Da aber die Kombination der Faktoren „jüdisch“ und „sozialdemokratisch“ oder gar „kommunistisch“, d.h. potentiell staatsfeindlich, für die Nazis beispielsweise bei jeder Erteilung eines Reisepasses zur Disposition stand, wurden davon auch die örtlichen Juden tangiert.<sup>98</sup> Dieses Gesetz wurde in der Regionalpresse in einer Form veröffentlicht, welche für alle betroffenen Bürger unterschwellige Drohungen enthielt. So wurde es „Volksverratsgesetz“ genannt und bei seiner Missachtung sogar Zuchthaus angedroht. Gleichzeitig konnte sich die nationalsozialistische Finanzverwaltung mit den geforderten Angaben, unabhängig von der allgemeinen Besteuerung, bereits zu diesem Zeitpunkt einen Überblick über das jüdische Vermögen beschaffen.

Das nationalsozialistische Gedankengut infiltrierte die Köpfe von Tag zu Tag mehr. Unterstützt wurde dieser Prozess durch die oben bereits erwähnten zahlreichen demonstrativen Veranstaltungen der NS-Gruppierungen. Andersdenkende wagten es nicht mehr, sich öffentlich zu artikulieren, und selbst die Evangelische Kirche von Kurhessen – Waldeck, eine feste Bastion des Glaubens in der Region, war partiell dem Ruf der Nationalsozialisten verfallen. Dies geht unter anderem aus einem Artikel in der Kreiszeitung hervor, welcher vordergründig unter der Überschrift „Evangelische Jugend in Neukirchen“ auf eine noch unabhängige Jugendgruppe schließen lässt. Bei näherer Durchsicht ist aber ganz im Sinne des Reichsbischofs Müller die Rede von „einer evangelische[n] Jungmannschaft, die Ja gesagt hat zur nationalen Erhebung und zum neuen Deutschland unter der Führung Adolf Hitlers.“<sup>99</sup> Deutschlandlied, Horst Wessel-Lied und ein dreifaches Sieg Heil durften da natürlich auch nicht fehlen!<sup>100</sup>

Die ersten Nazis begannen Karriere zu machen. So wurde der unermüdlich für die NSDAP im Einsatz stehende Kreisleiter Neuburg aus Neukirchen zur Gauleitung nach Kassel abgeordnet, und SA-Sturmabführer Keller aus Röllshausen übernahm nach nur einem Jahr NSDAP-Mitgliedschaft im September 1933 seinen Posten.

Ob eine größere Zahl Neukirchener Juden schon zu diesem Zeitpunkt an eine Auswanderung dachte, ist zweifelhaft. Die überlieferten Quellen stützen dies nicht. Überzeugte Zionisten zog es nach Palästina, wenn auch die in der Tagespresse

---

<sup>98</sup> Siehe dazu Barbara GREVE, Exil oder Tod.

Das Gesetz enthielt darüber hinaus bereits einen Passus über „andere volks- und staatsfeindliche Bestrebungen“, welcher zu diesem Zeitpunkt noch nicht näher definiert wurden. Es wurde später sogar bei der Ausplünderung eines Teils der Deportierten herangezogen, wenn andere Enteignungsmaßnahmen nicht griffen.

<sup>99</sup> *Ziegenhainer Zeitung* 25.10.1933.

<sup>100</sup> Anfang März 1934 gliederte sich bei einem Gottesdienst in Neukirchen das evangelische Jugendwerk des Kreises Ziegenhain offiziell in die Hitlerjugend ein. *Schwalm-Bote* 08.03.1934.

lancierten Artikel eine Entscheidung dafür sehr schwer machten. So hieß es Ende Oktober: „Die arabische Mehrheit der Bevölkerung des Heiligen Landes wehrt sich aktiv gegen die Massenimporte des europäischen Judentums nach Palästina. [...] Beabsichtigt sei [seitens des jüdischen Hilfskomitees in London, d. Verf.], sich an den Völkerbund zu wenden, wenn die Absperrung der Welt gegen das Judentum weitere Fortschritte mache.“<sup>101</sup> Der geplante Austritt des Dritten Reichs aus dem Völkerbund sollte unter anderem vor derartigen Interventionen schützen. Dazu hatten die Nazis die Reichstagswahl vom 12.11.1933 mit einer Volksabstimmung verbunden. Bei dieser „Wahl“ konnte nur noch für die NSDAP gestimmt werden – und damit gleichzeitig für den Austritt. Von den 1129 Stimmberechtigten stimmten in Neukirchen 1128 mit ja – und [angeblich] einer mit „nein“.<sup>102</sup>

### **1934 – das Jahr der Beruhigung?**

Das Jahr 1934 kann in der Schwalm letztlich als „ruhiges Jahr“ angesehen werden. Partei und Staat waren um Konsolidierung – auch in Personalangelegenheiten - bemüht. So wurde im Februar 1934 der bisherige Landrat von Steinau-Steinrück plötzlich beurlaubt, welcher seit fast fünfzehn Jahren die Kreisgeschichte gelenkt hatte. Er wurde durch den „alten Kämpfer“ und ehemaligen Kreisleiter des Kreises Melsungen, Wilhelm Wisch, ersetzt. Wisch, NSDAP-Mitglied seit 1923, sollte nun wohl der nationalsozialistischen Sache mehr Nachdruck verleihen. Zu seiner Amtseinführung reisten hochrangige Staatsvertreter wie der Regierungspräsident von Monbart und der Gauleiter Weinrich an. Der bisherige Amtsinhaber von Steinau-Steinrück, welcher später nach Merseburg versetzt wurde, hatte wohl nicht die nötige nationalsozialistische Härte walten lassen. Dieser Eindruck drängt sich zumindest auf, wenn man die örtliche Presse verfolgt, welche den Abschied – nicht die Verabschiedung - des langjährigen Landrats in einem recht knappen Artikel, die Amtseinführung des neuen hingegen großflächig mit dem entsprechenden Bildmaterial aufmachte.

Außergewöhnliche Machtdemonstrationen der NSDAP und ihrer Organisationen unterblieben in diesem Jahr. Man versuchte vielmehr, die Bevölkerung in ihrem Glauben an den „Führer“ zu bestärken und die nationalsozialistische Haltung zu festigen. Judenfeindschaft war in der örtlichen Presse kein herausragendes Thema, so dass wohl mancher glaubte, dass das Schlimmste überstanden sei. Welch grausamer Irrtum das war, sollten die nächsten Jahre zeigen.

Die jüdenfeindliche Stimmung unter den Nazi-Anhängern wurde durch den NS-Kreisschulungsleiter Eckard Möller aus Holzburg im Sinne der NS-Propaganda immer wieder kräftig geschürt. In einem Vortrag vor Gesinnungsgenossen be-

---

<sup>101</sup> *Ziegenhainer Zeitung* 20.10.1933.

<sup>102</sup> Unter den 25 820 Wahlstimmen im Kreis gab es 20 Nein-Stimmen. *Ziegenhainer Zeitung* 11.11.1933.

zeichnete er „die jüdische Rasse als Totengräber aller Völker“.<sup>103</sup> Zeitgleich hieß es in den Stimmungsberichten der Gestapo Hessen-Nassau dazu: „Der Hass auf die Juden nimmt immer mehr zu. Man hat nicht vergessen, dass das Judentum gerade in Kurhessen seit mehr als 100 Jahren eine maßgebende Rolle gespielt und die Bevölkerung in maßgebender Weise ausgeplündert hat. [...] Der Jude [wird] von Tag zu Tag frecher.“<sup>104</sup> Und als „Volkes Stimme“ klang es im Bericht des Sturmführers J. vom Mai des Jahres: „Weiter muss ich noch hinzufügen, dass die Juden im trauten Verein mit satten Spießbürgern und Reaktion im hiesigen Gebiet seit kurzer Zeit derart frech auftreten, dass es jedem fremden Besucher sofort auffällt.“<sup>105</sup> Nur wenig gemäßigter äußerte sich die Staatspolizeistelle Kassel im August 1934: „Die Juden üben nicht überall die Zurückhaltung, die man im nationalsozialistischen Staat von ihnen erwarten müsste [...] Mit den Bauern unterhalten sie lebhafteste Geschäftsbeziehungen. Durch die Eingliederung der jüdischen Viehhändler in den Reichsnährstand ist ihre Stellung stark befestigt worden.“<sup>106</sup>

Zwar war bereits im Oktober 1933 in Neukirchen ein von der „Viehverwertungsgenossenschaft des Kreises Ziegenhain“ initiiertes Viehmarkt abgehalten worden<sup>107</sup>, auf dem der Geschäftsführer des Kreisbauernvereins „auf die veränderten Verhältnisse nach Ausschaltung des jüdischen Handels“ hingewiesen hatte, doch war diesem Unternehmen auf Dauer wohl nicht der gewünschte Erfolg beschieden, denn die Klagen über anhaltende Geschäftsbeziehungen zwischen den Bauern und den jüdischen Vieh- und Agrarhändlern zogen sich durch das gesamte Jahr 1934. Hier zeigte sich praxisnah die Wirkungslosigkeit der nationalsozialistischen Propaganda, wenn sie den wirtschaftlichen Gegebenheiten der Landbevölkerung widersprach.

Im Sommer 1934 waren in der Schwalm die Futtermittel knapp geworden, so dass sich die Bauern veranlasst sahen, ihren Viehbestand zu reduzieren. Diese Geschäfte wickelten sie mit den ihnen seit Jahrzehnten bekannten jüdischen Viehhändlern ab, welche trotz aller Appelle an die Bauern noch immer in diesem Gewerbebereich führend waren. Das Reichslandwirtschaftsministerium bekam die Zwangsumstellung auf die von ihm ins Leben gerufenen Vieh- und Futtermittelverwertungsorganisationen nicht in den Griff. Im Winter des Jahres hieß es empört von den offiziellen Stellen in Kassel, dass der Dorfschulze O. von Spieskapfel seine Kuh an einen Juden habe verkaufen müssen, da die „reichsdeutschen“ Stellen nicht reagiert hätten.<sup>108</sup> Den wenigen deutschen Händlern, welche sich zu

---

<sup>103</sup> *Frielendorfer Zeitung* 06.01.1934.

<sup>104</sup> Thomas KLEIN, *Geheime Staatspolizei*, S. 88.

<sup>105</sup> Bernd LINDENTHAL, *Gesetzmäßig richtig*, in: *Heimatvertriebene Nachbarn* Bd. 2, S. 463.

<sup>106</sup> Thomas KLEIN, *Geheime Staatspolizei* S. 153.

<sup>107</sup> *Ziegenhainer Zeitung* 23.10.1933.

<sup>108</sup> Thomas KLEIN (Hrsg.), *Der Regierungsbezirk Kassel 1933-1936. Die Berichte des Regierungspräsidenten und der Landräte. Darmstadt/Marburg 1985, (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte Bd. 64), S. 350.*



etablieren versuchten, standen weder das über Jahrzehnte gewachsene Handels- und Verteilernetz noch die Barreserven der jüdischen Händler zur Verfügung, so dass sie keine ernsthafte Konkurrenz darstellten. „Scheinbar ist die Viehverwertung dem Juden leichter möglich als den Viehverwertungsgenossenschaften. [...] Es dürfte nicht mehr lange dauern, so hat der Jude wieder den ganzen Viehhandel in der Hand“, notierte der Landrat<sup>109</sup>, und die Stapostelle Kassel ergänzte: „Den Viehhandel beherrschen sie wieder vollkommen. [...] Bei der Landbevölkerung machen die Juden gute Geschäfte. Auch über nationalsozialistische Bauern wird gemeldet, dass sie heimlich außerhalb ihres Wohnortes mit Juden Geschäfte machen.“ „Man wartet jetzt nur noch darauf, dass die jüdischen Viehhändler noch in den Reichsnährstand aufgenommen werden.“<sup>110</sup> Diese Befürchtung ging dann ja auch in Erfüllung.

Sehr aufmerksam beobachtete man seitens der Geheimen Staatspolizei in Kassel die Diskrepanz zwischen der nüchtern-pragmatischen Haltung des Reichswirtschaftsministeriums hinsichtlich der jüdischen Händler und dem Tenor der judenfeindlichen Aussagen der nationalsozialistischen Bewegung. Der einfache Kämpfer würde nicht verstehen, dass die in seinen Augen berechtigten Übergriffe der SA geahndet würden.<sup>111</sup> Hier zeigte sich der Zwiespalt zwischen dem aggressiv-gewaltsamen Verhalten von SA und HJ sowie den intellektuellen Technokraten des SD, wie es auch in einem Memorandum an Heydrich vom 24. Mai 1934 zum Ausdruck kam, in dem es hieß, dass den Juden zwar die Lebensmöglichkeiten in Deutschland eingeschränkt werden solle, so dass Deutschland ihnen ein Land ohne Zukunft sei, die Mittel des „Radau-Antisemitismus“ aber aufs Schärfste abgelehnt würden, da „der außenpolitische Schaden der Straßenmethoden [...] in gar keinem Verhältnis zu dem örtlichen Erfolg“ stehe.<sup>112</sup> Dies ist ein Komplex, der auch in der folgenden Zeit in den Lageberichten der Gestapo sowie in den Landratsberichten über das nördliche Hessen immer wieder Erwähnung fand.

---

<sup>109</sup> ebd. S. 175f.

<sup>110</sup> Thomas KLEIN, Geheime Staatspolizei, S. 136, ebd., S.89.

<sup>111</sup> ebd. S. 88 und S. 111.

Die verschiedenen Interessensphären der offiziellen Judenpolitik von Reichswirtschafts- und Innenministerium, die Einstellung und Tätigkeit der Gestapo/Stapoleitstellen und „Volkes Stimme“ in Verkörperung von SA und HJ gerieten nicht nur im hiesigen Raum oder in Preußen Nassau immer wieder in Kollision. Schließlich sah sich nach regionalen Verfügungen der Reichsminister des Inneren am 26.12.1934 zu folgendem Schreiben veranlasst: „Aktionen gegen Juden von nicht autorisierten Personen („Volksjustiz“) sind zu verhindern.“ Zitiert nach Josef WALK, Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat, S. 6 und S. 101.

<sup>112</sup> Michael WILDT (Hrsg.), Die Judenpolitik des SD 1935 bis 1938. Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Bd. 71. München 1995, S. 67.

Eine weitere Diskrepanz machte sich auf dem platten Land in der allgemeinen Haltung zur „Judenfrage“ bemerkbar, denn soweit „die Maßnahmen nur die Juden insgesamt, einzelne Gruppen oder unbekannte Individuen betrafen, musste man sie nicht unbedingt zur Kenntnis nehmen. [...] Die vielfältigen pauschalen Schikanen gegen „die Juden“ konnte man übersehen oder billigen, ohne dass man damit konkrete Personen wie Nachbarn oder Mitbürger verbinden musste.“<sup>113</sup> So gab es in Neukirchen eben keine jüdischen Lehrer, Ärzte, Professoren, Apotheker oder Rechtsanwälte. Und dass der ehemalige Lehrer Schaumberg nicht mehr im Stadtrat saß, war letztlich in den Augen der Mitbürger nicht seinem Judentum sondern seinen politischen Ansichten zuzuschreiben. Damit konnte der allgemein verbreitete Antisemitismus trotz der Geschäftsbeziehungen zu den örtlichen Juden weiterblühen, ohne dass die „Volksgenossen“ zu diesem Zeitpunkt allzu sehr unter dieser Schizophrenie litten.

---

<sup>113</sup> Wolfgang BENZ, Die Deutschen und die Judenverfolgung: Mentalitätsgeschichtliche Aspekte, in: Ursula BÜTTNER (Hrsg.), Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich, Frankfurt 2003, S. 69-85, hier S. 75.



**Abb. 12: SA auf der Hauptstraße von Neukirchen.  
Rechts das Kaufhaus / Lagerhaus Grünebaum.**

Nur einmal brach sich in Neukirchen die Gewalt Bahn, als es 1934 in aller Öffentlichkeit zu einem Übergriff gegen einen jüdischen Mitbürger kam. Der 24jährige Meinhard Sonn, welcher in enger Nachbarschaft zu der von den Nazis frequentierten Gastwirtschaft „Deutsches Haus“ wohnte, wurde von dort zehenden „Braunhemden“ tätlich angegriffen und schwer misshandelt, „so dass er wochenlang sich nicht rühren konnte“, wie Schmucl Levi in seinen Erinnerungen berichtet.<sup>114</sup> Meinhard Sonn, dem nach seiner Inhaftierung 1938 in Buchenwald die Auswanderung nach Großbritannien gelang, schrieb dazu in seinem „Antrag auf Grund des Gesetzes zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts“, dass es sich dabei um Gläubiger gehandelt habe, die ihre Schulden bei einem Juden nicht mehr hätten bezahlen wollten.<sup>115</sup> Zeuge dieses Überfalls waren nicht nur der schon mehrfach erwähnte Arzt Dr. Reinhard Bartsch, NSDAP-Mitglied seit 1932 und Mitglied der SA seit 1933<sup>116</sup>, sondern auch der 19jährige

---

<sup>114</sup> Schmucl LEVI spricht sogar von „bestialisch misshandelt“. Erinnerungen, in: Heimatvertriebene Nachbarn Bd. 2, S. 458.

<sup>115</sup> HHStAW, Abt. 518 Pak. 1026 Nr. 7.

<sup>116</sup> Dr. Reinhard Bartsch, 1935-1945 Kreisamtsleiter für Volksgesundheit, Sanitätssturmbannführer der SA, Stadtverordnetenvorsteher, Beigeordneter und eifriger Propagandist der NS-Rassenlehre, wurde nach seiner Internierung in Darmstadt im Juni 1946 durch das Spruchkammergericht beschuldigt, noch immer Anhänger dieser Lehre zu sein. Durch sein Ansehen als Akademiker und Arzt sowie seine Ämter als Stadtverordnetenvorsteher und Beigeordneter habe er die NS-Gewaltherrschaft wesentlich gefördert, desgleichen durch seine wiederholten Auftritte als Parteiredner, insbesondere während des „Versammlungsfeldzuges“ der NSDAP im Frühjahr 1938, durch den „eine letzte große Beeinflussung des deutschen Volkes erzielt werden sollte.“ Damit gehörte er in die Gruppe I der Hauptbeschuldigten.

Wie schwer sich die Spruchkammern taten, wenn sie juristisch einwandfrei entscheiden mussten, zeigt das Unbehagen der Richter, welches aus den folgenden Zeilen spricht: „Im Verlaufe der Beweisaufnahme konnte dem Betroffenen jedoch nicht nachgewiesen werden, dass er anlässlich der Judenmisshandlung in Neukirchen seine Pflichten als Arzt und Mensch versäumt hat. Es konnte ihm lediglich nachgewiesen werden, dass er während der Misshandlung des Juden Sonn auf der Treppe einer Gastwirtschaft gestanden hatte und später aus einem Giebelfenster dieser Gastwirtschaft gesehen hatte. Es konnte ihm jedoch nicht einwandfrei nachgewiesen werden, dass er Zeuge dieser Judenmisshandlung war und dass er nach der Misshandlung den verletzten Juden gesehen, ihm aber nicht geholfen habe.“

Auch der damalige Bürgermeister Hipka tat sich im September 1946 schwer mit einem Urteil: „... dass es sehr schwer ist, ein gerechtes Urteil über den Dr.med. Reinhard Bartsch zu geben. Diese Art Menschen sind und bleiben grade für uns ein psychologisches Rätsel. Die Wahrheit über Dr. Bartsch ist folgende. Er war Mitglied der NSDAP seit 1.5.32. In der SA seit Anfang 33, zugleich SA-Arzt und noch in weiteren Organisationen, in welchen er z.T. führend war. Er hielt viele Vorträge über Rassenpolitik und sonstige Schulungsabende ab... Andererseits war er wiederum der gegebene Volksarzt, und war ihm gerade der Arbeiter der Mann, an dem er seine Milde und Güte ausleben konnte... Auch die Juden, die in ziemlicher Zahl hier in Neukirchen ansässig waren, hat er erwiesenermaßen ärztlich

Assessor Heinrich N. Während letzterer in seinem Spruchkammerverfahren ausdrücklich darauf hinwies, nicht beteiligt, sondern nur Zuschauer gewesen zu sein<sup>117</sup>, wurde dies dem Arzt in seinem ersten Verfahren als eindeutig belastend ausgelegt. Er habe die Misshandlungen gegen Manfred Sonn gesehen, „und weder als Arzt noch als Mensch eingegriffen.“<sup>118</sup>

Bezeichnend für die allgemeine Haltung den Juden gegenüber ist sicher die Reaktion des Gastwirts Heinrich Combecher, Besitzer eben jenes „Deutschen Hauses“, zu werten, welcher nach dem Überfall auf Meinhard Sonn einige Tage später den 19jährigen Augenzeugen Schmucl Levi im Zug traf: „Das erste, was er sagte, war, dass er nichts gegen die Juden habe und dass er sein Lokal nur deshalb den Nazis zur Verfügung gestellt habe, weil er keine Existenz hatte, dass er die Misshandlungen aufs schärfste verurteile und bedaure und seine Gäste missachte.“<sup>119</sup> Jeder kannte halt „seinen“ guten Juden, aber „die“ Juden und die Umstände in jener „schweren Zeit“, wie es dann nach 1945 immer wieder entschuldigend hieß ...

Im Kreis Ziegenhain kam es zu dieser Zeit zwar nicht zu weiteren gewalttätigen Angriffen auf Juden, jedoch setzten sich die Aktionen der SA in Form einschüchternder Märsche durch die Dörfer und Kleinstädte fort. Alle Organisationen der NSDAP waren nun fest in den Kanon der kirchlichen und weltlichen Jahresfeste, ergänzt durch die nationalsozialistischen Gedenktage, eingebunden, wobei besonders BdM und HJ immer wieder eingesetzt wurden.

---

betreut (in Sonderheit nach 1933 bis zum Abtransport dieser Menschen). Menschlich gesehen ist er immerhin ein wertvoller Mensch und verträgt sich seine Handlungsweise mit der Ideologie des Nazismusses [sic!] in keiner Weise.“

Die Spruchkammerrichter kamen schließlich zu einer milden Beurteilung des kranken 60jährigen, indem sie ihn statt als Haupttäter als „minderbelastet“ (Gruppe III) einstuften, da „der überzeugte Anhänger der NS-Gewaltherrschaft und noch immer der Rassenideologe anhängend“ insofern einer mildereren Beurteilung würdig erscheine, als zu erwarten sei, dass er seine Pflichten als Bürger eines friedlichen demokratischen Staates erfüllen werde. Er habe schließlich kein verwerfliches oder brutales Verhalten gezeigt und sei damit keiner „außerordentlichen Unterstützung“, sondern nur einer „wesentlichen Förderung“ des Nationalsozialismus schuldig. Darüber hinaus sei seine Internierung schon Strafe gewesen. Dr. Bartsch wurde zu einer Sühnezahlung von 10.000 Mark und einer zweijährigen Bewährungsstrafe verurteilt. Diese wurde durch die Berufungskammer im Juni 1948 wieder aufgehoben und das Urteil in eine viermonatige Bewährungsstrafe und eine Sühnezahlung von 750,- Mark umgewandelt, welche in Raten gezahlt werden konnte. Ein weiterer Einspruch des Dr. med. Bartsch bewirkte, dass die Berufungskammer ihn schließlich im Juni 1949 in die Gruppe IV der „Mitläufer“ einstuft. Soviel zur Praxis der „Entnazifizierung“.

HStAM Bestand 330 Neukirchen B 7338 .

<sup>117</sup> Auch der Assessor Heinrich N. wurde als Mitläufer eingestuft, denn er sei zwar bei den Misshandlungen anwesend gewesen, aber „die tatsächliche Gesamthaltung des Betroffenen [lässt es] als unwahrscheinlich erscheinen, dass er sich an einer solchen Aktion beteiligt haben würde.“ STAM Bestand 330 Neukirchen B 7338.

<sup>118</sup> HStAM Bestand 330 Neukirchen B 7338.

<sup>119</sup> Nach Schmucl LEVI, Erinnerungen, in: Heimatvertriebene Nachbarn, Bd. 2, S. 460.

In Neukirchen trugen die propagandistischen Bemühungen der NSDAP unter den Einwohnern Früchte. So konnte Ortsgruppenleiter Lauer im März 1934 80 neue NSDAP-Mitglieder als „rechte Nationalsozialisten“ verpflichten.<sup>120</sup> Gegen sogenannte „Miesmacher“ gingen die großen und kleinen Nazis umgehend denunziatorisch vor, und ein freies Wort in der Öffentlichkeit war nicht mehr möglich. Das mussten der örtliche Rechtsanwalt H. und der Leiter der örtlichen Kreissparkasse Kr. am eigenen Leib erfahren. Sie hatten am Stammtisch gegen Maßnahmen der SA Stellung bezogen und wurden umgehend verhaftet und in das Amtsgerichtsgefängnis in Ziegenhain gebracht.<sup>121</sup> Die beiden Männer hatten das Glück, nach der Vernehmung wieder auf freien Fuß gesetzt zu werden, ebenso wie es für den Neukirchener J. Weidemann keine Folgen hatte, als er den regionalen HJ-Unterbannführer Keil beleidigte. Er musste in einer Anzeige in der Regionalzeitung nur darauf hinweisen, dass seine Beleidigung nicht die NS-Organisation betraf, sondern nur die Person Keil – doch ob man das tatsächlich so trennen konnte?<sup>122</sup>

Es waren nicht nur implizit kirchliche Feiern, welche ein nationalsozialistisches Gepräge erhielten. Die NSDAP bemächtigte sich auch der Traditionen, wie ein Zeitungsartikel über die außerkirchliche „Brauchtums“- Gestaltung des Osterfestes in Neukirchen zeigt.<sup>123</sup> Die NS-Gestaltungsvorstellung durchdrangen die gesamte Freizeitgestaltung der Menschen, denn Freizeit war nicht mehr Selbstzweck, sondern sollte im Sinne des Staates genutzt werden. Dazu zählte einerseits die Wiederherstellung der Arbeitskraft durch sportliche Aktivitäten bis hin zum Wehrsport. Weiterhin sollte die geistige Erholung gesellschaftlich-kultureller Art nicht zu kurz kommen. So wurden von den Organisationen der NSDAP in regelmäßigen Abständen die allseits beliebten „Bunten/Deutschen Abende“ veranstaltet. Eine wichtige Rolle spielte in dieser verplanten Regeneration die Organisation „Kraft durch Freude“, welche nicht nur Gemeinschaftsreisen, sondern auch kulturelle Veranstaltungen bis hin zum Wettbewerb um das schönste und vorbildlichste Dorf durchführte, und damit dem Selbstbild der „Tracht tragenden, heimatreuen Schwälmer“ sehr entgegen kam.

Im Jahre 1934 erfolgten in der Schwalm die ersten Offerten von „Kraft durch Freude“, welche sowohl individuell-gemeinschaftliche Reisen als auch in der Folge von Treysaer und Ziegenhainer Betrieben veranstaltete Mitarbeiterfahrten umfassten. Da die Reisekosten sehr niedrig waren, konnten daran auch die NSDAP-Mitglieder mit schmalem Budget und alle (Zwangs)mitglieder der Deutschen Arbeitsfront teilnehmen. Nicht zuletzt durch diese Organisation entwickelte

---

<sup>120</sup> Ihm folgte der Bankangestellte Erich Dölz im gleichen Jahr nach (HStAM Bestand 330 Neukirchen B 6853), bis Ende Juni 1936 der Gendarm Georg Roßmann diese Position übernahm. (*Ziegenhainer Zeitung* 01.06.1936)

<sup>121</sup> *Ziegenhainer Zeitung* 06.06.1934.

<sup>122</sup> *Ziegenhainer Zeitung* 29.09.1933.

<sup>123</sup> *Ziegenhainer Zeitung* 03.04.1934.

sich in diesem Jahr der Konsolidierung und den folgenden Jahren der NS-Staat zu einer „Wohlfühldiktatur“ für die Volksgenossen.<sup>124</sup>

Auf jüdischer Seite schien es vordergründig so, als ob sich im Jahre 1934 die Situation wieder beruhigt hätte. Betrachtet man dazu die oben genannten Gewerbesteuerzahlungen, so scheint sich auch die anfängliche Kaufzurückhaltung in Neukirchen wieder verringert zu haben. Doch die Anträge auf Reisepässe im Kreis sprechen eine andere Sprache: Während es 1932 nur fünf jüdische Antragsteller bei vierzig Anträgen gab, stieg die Zahl der „jüdischen“ Anträge ab März 1933 bis zum Ende des Jahres auf 114.<sup>125</sup> „Nach dem Ausbruch [sic!] der nationalsozialistischen Erhebung haben viele Reichsangehörige [Juden und Andersdenkende, d. Verf.] das Reichsgebiet verlassen“, hieß es dazu erfreut in einem Schreiben der Staatspolizeistelle Kassel vom Dezember 1934.<sup>126</sup>

Die Reisepässe waren wohl vorerst nicht alle für eine Auswanderung bestimmt, achtzehn Anträge im Kreis sind jedoch eindeutig einer Auswanderung, meist sofort nach Palästina, zuzuordnen. Andere Juden versuchten, durch eine Auslandsreise die Möglichkeiten einer Emigration zu prüfen sowie die Chancen abzuwägen, die ein Neuanfang in einem fremden Land bieten würde.<sup>127</sup>

Zu dieser Zeit wurde die Auswanderung noch gefördert. So hieß es eindeutig in einer Mitteilung des Reichsministers für Finanzen mit Datum vom 26. Juli 1933: „Die Auswanderung von Personen jüdischer Abstammung ist erwünscht und darf infolgedessen nicht unterbunden werden.“<sup>128</sup> Dieser Erlass bezog sich vor allem auf wohlhabende Auswanderungswillige, denn bereits zu diesem frühen Zeitpunkt hatte man schon die Möglichkeit einer finanziellen Ausplünderung erkannt, wie der Nachsatz verdeutlicht: „Allerdings ist es erforderlich, von leistungsfähigen Personen, durch deren Auswanderung die deutsche Steuerbasis geschmälert wird, eine letzte große Abgabe - die Reichsfluchtsteuer - zu erheben.“<sup>129</sup>

---

<sup>124</sup> So bezeichnet es Götz ALY, Hitlers Volksstaat: Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus. Frankfurt am Main 2005.

<sup>125</sup> Siehe dazu ausführlich Barbara GREVE, Exil oder Tod. Heimatvertriebene Nachbarn Bd. 3.

<sup>126</sup> HStAM Bestand 180 Marburg Nr. 3593.

<sup>127</sup> HStAM Bestand 180 Ziegenhain Nr. 4553.

Inwieweit bei diesen Palästina-Auswanderungen und Auswanderungserkundigungen Einflüsse der Hechaluz-Bewegung griffen, welche auch im Regierungsbezirk Kassel aktiv war, lässt sich nicht eindeutig sagen. Ende Juli 1934 fand jedoch in Kassel ein Treffen dieser Gruppe statt, an dem etwa 60 Jugendliche aus einer Entfernung von bis zu 80 km um Kassel herum teilnahmen. (Thomas KLEIN, Geheime Staatspolizei, S. 138) Toni Levi aus Neukirchen soll dieser Organisation laut Mitteilung vom Ernst Meier Spier nahe gestanden haben.

<sup>128</sup> Josef WALK, Sonderrecht, S. 71.

<sup>129</sup> Die Reichsfluchtsteuer betrug 25% des Gesamtvermögens und war bereits im März des Jahres 1931 zur Verhinderung der Kapitalflucht auf Vermögen über 200 000 RM festge-

Die Zustimmung des Finanzamtes wurde jedoch schon vor diesem Erlass bei jeder (Geschäfts)Reise ins Ausland eingefordert, wie aus dem Antrag auf einen Reisepass von Jakob Spier für eine (Geschäfts)Reise nach Saarbrücken ersichtlich wird.<sup>130</sup>

Nicht allen Passanträgen wurde stattgegeben. Sofern auch nur der geringste Verdacht oder die bloße Vermutung untergeordneter NSDAP-Angehöriger oder Orts-Gendarmen bestand, dass sich der Antragsteller „im Ausland staatsfeindlich betätigen würde“ oder „im Ausland unrichtige Nachrichten verbreiten wird, die geeignet sind, lebenswichtige Belange des Reichs [...] zu gefährden“<sup>131</sup> – und dazu zählte bereits die Schilderung der realen Lebenssituation in Deutschland – wurde der Antrag abgelehnt. So hatte der oben schon erwähnte, schwer misshandelte Manfred Sonn bereits im August 1933 einen Antrag auf die Ausstellung eines Reisepasses gestellt. Er wollte Deutschland mit der Begründung verlassen, in Frankreich nach einer Arbeit zu suchen. Der NSDAP-Ortsgruppenführer Lauer und der damalige Bürgermeister Weber äußerten sich jedoch negativ: „[...] uns [erscheint] es nicht ausgeschlossen, dass derselbe gegen die [...] benannten Voraussetzungen im Ausland verstößt.“<sup>132</sup> Manfred Sonn erhielt jedoch trotz dieser negativen Prognose am 4. Oktober 1933 einen Pass, der ihm 1936 die Flucht nach Südafrika ermöglichte.<sup>133</sup>

Der überwiegende Teil der (Neukirchener) Juden versuchte, sich einzurichten und sich mit den neuen Machthabern zwangsweise zu arrangieren. Noch herrschte die Vorstellung, dass sich die Nazis allgemein und die Gewaltexzesse der SA im Besonderen in einem zivilisierten Deutschland nicht würden halten könnten und bald ein Ende haben würden. So zitierte beispielsweise der Lagebericht der Gestapo für den Juli 1934 einen jüdischen Redner, welcher sich dahingehend äußerte: „Wir können uns mit den Zielen, die sich die Besten des neuen Staates gesetzt haben, auf uns angewandt, nur einverstanden erklären und sie zu den unsrigen machen, um ein neues deutsches Judentum zu schaffen, dass den Stürmen dieser Zeit standzuhalten vermag.“<sup>134</sup>

Verstärkt wurde diese Hoffnung, bald wieder zu „normalen“ Zuständen zurückkehren zu können, noch durch die Verleihung des „Ehrenkreuzes für Frontkämpfer“ durch Reichspräsident Hindenburg im Sommer 1934 auch an jüdische Teil-

---

geschrieben worden. Bald wurde diese Summe auf 50 000 RM gesenkt, resp. auf Jahreseinkommen über 20 000 RM.

Joseph WALK, Sonderrecht, S. 71.

<sup>130</sup> HStAM Bestand 180 Ziegenhain Nr. 4553. Saarbrücken war damals infolge der Versailler Verträge unter französischer Regierung und wurde erst nach dem Saar-Referendum vom Januar 1935 „angeschlossen“.

<sup>131</sup> HStAM Bestand 180 Ziegenhain Nr. 4510.

<sup>132</sup> HStAM Bestand 180 Ziegenhain Nr. 4553.

<sup>133</sup> ebd.

<sup>134</sup> Thomas KLEIN, Geheime Staatspolizei, S. 139.



nehmer des Ersten Weltkriegs.<sup>135</sup> Welch grausamer Irrtum dies war und welche Ausblendung der bereits täglich nachlesbaren tatsächlichen Ziele des NS-Regimes, sollte sich in der Folge zeigen.

„Zusammenstöße mit Juden sind in der letzten Zeit nicht bekannt geworden. Der Jude ist ruhig, geht seinem Handel nach und findet überall noch Leute, die ihm die Waren abkaufen“, schrieb der kommissarische Landrat im August 1934, und im September ergänzte er: „[...] er geht auch wieder von Haus zu Haus mit allerlei anderen Waren wie Tuche, Wolle usw. Man könnte fast sagen, er hat seine alte Frechheit zurück gewonnen.“<sup>136</sup> Dies wurde durch die Lageberichte der Stapo Kassel bestätigt: „Der jüdische Geschäftsmann und Händler, insbesondere der Viehhändler, sucht mit allen Mitteln seine Stellung zu behaupten.“ Und im November desselben Jahres hieß es: „Der Handel mit Juden blüht auf dem Lande, und sogar Ortsbauernführer machen nachweislich bedenkenlos Geschäfte mit Juden.“<sup>137</sup> „Die Erziehung der Bauern zu Nationalsozialisten macht nur sehr langsam Fortschritte [...] Für die nationalsozialistische Festgestaltung und das Gemeinschaftsempfinden des Volkes zeigt der hessische Bauer nur wenig Interesse [...]“<sup>138</sup>

Ob die jüdischen Händler tatsächlich zu dieser Zeit noch gute Geschäfte machten, sei bezweifelt. Wie sehr man von jüdischer Seite jedoch bemüht war, sich zu arrangieren und vor allem seinen „guten Willen“ zu zeigen, lässt sich vielleicht daran ersehen, dass auch in den jüdischen Geschäften Neukirchens Plaketten für das „Winterhilfswerk des deutschen Volkes“ ausgehängt wurden.<sup>139</sup> Schließlich handelte es sich dabei aus damaliger Sicht um eine scheinbar unpolitische Wohlfahrtsaktion, deren wahre Ziele man nicht durchschauen konnte und der man sich nicht verweigern wollte, da die Not der frühen 30er Jahre noch sehr präsent war. Bestürzt wies der stellvertretende Landrat in einer Stellungnahme darauf hin, dass

---

<sup>135</sup> Diese Ehrenkreuze standen den Kriegsteilnehmern zwar zu, mussten aber im Gegensatz zu anderen Ehrungen beantragt werden. Inwieweit die örtlichen jüdischen Kriegsteilnehmer davon Gebrauch machten, ist unbekannt. (*Ziegenhainer Zeitung* 27.09.1934)

<sup>136</sup> Thomas KLEIN, *Der Regierungsbezirk Kassel*, S. 176.

<sup>137</sup> Thomas KLEIN, *Geheime Staatspolizei* S. 187, S. 197 und für 1935 S. 350f.

Der Ortsbauernführer von Neukirchen, Nikolaus Schacht, behauptete in seinem Spruchkammerverfahren sogar, er habe bis 1936 Handel mit Juden getrieben. HStAM Bestand 330 Neukirchen B 7338.

<sup>138</sup> Thomas KLEIN, *Geheime Staatspolizei*, S. 184.

<sup>139</sup> Das „Winterhilfswerk des deutschen Volkes“ (WHW) war eine im September 1933 gegründete NS-Organisation, welche die „Volksgemeinschaft“ stärken und die staatliche Arbeitslosenfürsorge entlasten sollte. In massiver Form, der man sich kaum entziehen konnte, wurden Spenden eingetrieben und öffentlich gesammelt. Kleine, saisonal unterschiedliche Plaketten konnten an der Kleidung befestigt werden und wiesen einen öffentlich als Spender aus. Die eingetriebenen Gelder beliefen sich bereits 1933-1935 auf mehr als 350 Millionen Reichsmark und stiegen fortlaufend weiter an.

man doch bitte darauf verzichten möge, „Juden zu einem Werk heranzuziehen, das ausschließlich ein Gedankengut des Nationalsozialismus darstellt.“<sup>140</sup> Man möge bitte auf die jüdische Bevölkerung „in geeigneter Weise einwirken, von der Zurschaustellung nationalsozialistischer Plaketten abzusehen.“<sup>141</sup> Diese wurden denn auch schleunigst auf Befehl des zuständigen SA-Sturmführers durch den Ortsgendarmen entfernt.

Aber das blieb nicht der einzige Schrecken der „kleinen Nazis“ in Neukirchen: Das jüdische Kaufhaus Spier hatte doch tatsächlich der „Adolf-Hitler-Spende für die deutsche Wirtschaft“ den Betrag von 36 RM zukommen lassen, wie der stellvertretende Landrat in seinem Bericht entsetzt vermerkte.<sup>142</sup>

Wie stark der Druck der Nazis auf die Bevölkerung war und wie sehr er für den einzelnen einer Gratwanderung glich, lässt sich am „Ergebnis der Volksabstimmung über das Gesetz über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches am 19. August 1934 für die Regierungsbezirke Kassel und Wiesbaden“ ablesen. Diese Wahl sollte die Bestätigung Adolf Hitlers als Reichskanzler und Reichspräsident sein, nachdem der greise Reichspräsident Hindenburg am 2. August des Jahres verstorben war.

Bei dieser Abstimmung erreichte der Kreis Ziegenhain die höchste Anzahl der Ja-Stimmen unter allen Landkreisen des Regierungsbezirks Kassel. „An der Abstimmung am 19. haben sich die Juden fast restlos beteiligt und zum größten Teil öffentlich abgestimmt. Der Kreis erreichte 99,64% und dürfte [...] an erster Stelle im ganzen Deutschen Reich stehen“, berichtete der Landrat stolz.<sup>143</sup> Ergänzend und relativierend hieß es dazu im Lagebericht der Stapo Kassel: „Bei der Wahl am 19.8.1934 haben die Juden in den größeren Städten und auf Grund von Wahlscheinen mit Nein oder ungültig abgestimmt, oder sie haben sich überhaupt nicht an der Abstimmung beteiligt. *In den kleinen Städten und auf dem Lande hat ein erheblicher Teil der Judenschaft mit Ja gestimmt*, was ohne weiteres aus ihrer starken Beteiligung an der Wahl und den wenigen abgegebenen Nein-Stimmen ersichtlich war. *Hier entspringen die Ja-Stimmen der jüdischen Angst und nebenher dem Zweck, ihre Stellung dem deutschen Volke gegenüber zu festigen.*“<sup>144</sup>

---

<sup>140</sup> Die Bevölkerung Neukirchens war zumindest bei der im Dezember des Jahres 1934 durchgeführten Geldsammlung nicht besonders gebefreudigt oder –fähig, denn der gesammelte Betrag lag, gemessen an der Einwohnerzahl, im unteren Bereich. Diesen Eindruck unterstützen auch Angaben zu Sachspenden.

*Ziegenhainer Zeitung* 10.12.1934.

<sup>141</sup> Thomas KLEIN, Der Regierungsbezirk Kassel, April 1934.

<sup>142</sup> Diese Zwangsspende wurde seit Juni 1933 nach der Gesamtlohnsumme des Unternehmens berechnet. Sie befreite, bis auf Gaben für das Winterhilfswerk und die NSV (Nationalsozialistische Volkswohlfahrt), von allen weiteren NS-Spenden-/Zwangseintreibungen.

<sup>143</sup> Thomas KLEIN, Geheime Staatspolizei, S. 145 und 153 sowie HStAM Bestand 165 Nr. 3863.

<sup>144</sup> ebd., Hervorhebung durch d. Verf.

So stimmten von den 1112 Wahlberechtigten in Neukirchen [angeblich] nur drei Einwohner mit „Nein“. „Der Führer rief“ – und bereits bis 13 Uhr am Wahltag standen alle Neukirchener 100prozentig „in Treue“ zu ihm.<sup>145</sup> Unter der rigiden Kontrolle in den Kleinstädten und erst recht auf den Dörfern hatte wohl kaum einer mehr den Mut, sein staatsbürgerliches Recht auf geheime Abstimmung einzufordern oder öffentlich seine Ablehnung kundzutun – von Wahlfälschung gar nicht zu reden.

Zur inneren und äußeren Stärkung rückten die Juden näher zusammen, und die Hohen Feiertage im September 1934 wurden in allen jüdischen Gemeinden der Schwalm in demonstrativer Geschlossenheit begangen: „In den jüdischen Gottesdiensten anlässlich des jüdischen Neujahrstages ist überall auf das neue Selbstbewusstsein und Zusammengehörigkeitsgefühl der Juden hingewiesen worden. Das Gottesgericht, das über die Judenschaft gegangen sei, habe ihr Kraft und Lebenswürde zurückgegeben“, stellt der Staatspolizeibericht dazu fest.<sup>146</sup> Landrat Wisch sah zur gleichen Zeit ein Wiedererstarken des Widerstandswillens jüdischer Händler gegen die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen, denn „wenn ein Parteimitglied oder SA-Mann einen Deutschen in Anwesenheit eines Juden darauf aufmerksam macht, dass jeder Deutsche, der beim Juden kauft, ein Vaterlandsverräter sei, so wird der Jude schon wieder frech und beleidigt den Deutschen.“<sup>147</sup>

Nachdem die Vereine sich ihrer jüdischen Mitglieder mehr oder minder rüde entledigt hatten, waren die Juden in ihren kulturellen und sportlichen Aktivitäten auf sich selbst gestellt. Zwar gab es im eigentlichen Sinne in Neukirchen keine jüdischen Vereine, dazu war die Gemeinde zu klein, es hatte sich aber in der Folge des Verbots der Zugehörigkeit zu „deutschen“ Vereinen eine eigene Sportgruppe namens „Makkabi“ gebildet, der seit dem 1. Mai 1934 sieben junge, sportbegeisterte Juden angehörten: Bertha Nussbaum, Emanuel Nussbaum, Julius Nussbaum, Ida Levi, Ferdinand Sonn sowie die bei jüdischen Geschäften angestellten Helmut Bauer und Julius Müller.<sup>148</sup>

---

<sup>145</sup> *Ziegenhainer Zeitung* 20.08.1934.

<sup>146</sup> Thomas KLEIN, *Geheime Staatspolizei*, S. 168.

<sup>147</sup> HStAM Bestand 165 Nr. 3939 Bl. 638.

<sup>148</sup> ebd. S. 58. Mit dem Namen „Makkabi“ wollte man seine Verbundenheit mit der Dachorganisation *Makkabikreis* zum Ausdruck bringen, der seine Arbeit nach der Machtergreifung und dem Ausschluss von Juden aus den deutschen Sportvereinen (25.04.1933) auch in der Fläche intensiviert hatte. Er hatte bereits im Mai 1933 gefordert, „mit uns [dem deutschen *Makkabikreis*] zusammen für eine schöne und hoffnungsvolle jüdische Zukunft zu kämpfen.“ Eine regelrechte Vereinsgründung war in Neukirchen aber aufgrund der geringen Mitgliederzahl nicht möglich.

Zitiert nach Hajo BERNETT, *Die jüdische Turn- und Sportbewegung als Ausdruck der Selbstfindung und Selbstbehauptung des deutschen Judentums*, in Arnold PAUCKER (Hrsg.), *Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland*. Tübingen 1986, S. 223-238, hier S. 229.

Zum einen ist in dieser Gründung wohl eine Form des Protestes zu sehen, zum anderen bot diese offizielle Gründung in der Folge eine gewisse Freizügigkeit, denn seit September 1934 gab es von der Staatspolizeistelle in Kassel eine ausdrückliche Anweisung, dass den jüdischen Jugendverbänden sportliche Betätigung gestattet sei, ebenso Spaziergänge, Ausflüge und Wanderungen in kleinem Rahmen, „sofern ihnen jeder demonstrative Charakter fehlt.“<sup>149</sup>

„Diese Ausnahme ist im Einverständnis mit der Reichsführung und dem Reichssportführer zugelassen, um den jüdischen Jugendorganisationen nicht das sportliche Training zur Teilnahme an dem olympischen [sic!] Wettkampf unmöglich zu machen. Die konfessionelle aber nicht die jüdische Jugend hat die Möglichkeit zur sportlichen Betätigung in zahlreichen Sportorganisationen und ggf. in der Hitlerjugend; der jüdischen Jugend muss daher die Möglichkeit zum selbständigen Sporttreiben erhalten bleiben.“<sup>150</sup> Diese Fahrten/Wanderungen waren für die Jugendlichen der jüdischen Landgemeinden oft die einzige Möglichkeit, gemeinsam als Gruppe in der näheren Umgebung etwas zu unternehmen.

Unter den jüdischen Familien Neukirchens gab es in diesem Jahr zwar Unruhe und Ängste, eine direkte Lebensbedrohung verspürte man jedoch nicht, so dass sich die meisten eher still verhielten, um nicht aufzufallen, und so vielleicht dem täglichen Terror zu entgehen. Zwar sprach man in den Familien über mögliche Alternativen, doch nur wenige hatten den entsprechenden, vorausschauenden Weitblick. Jegliche Entscheidung, den Heimatort zu verlassen, hätte in ihrer Konsequenz so gravierend in das gewohnte Leben eingegriffen, dass sich unter den noch immer als „erträglich“ eingestuften Einschränkungen und Demütigungen kaum einer dazu durchringen mochte.

Nur sehr wenige Angehörige der kleinen jüdischen Gemeinschaft waren bis zum Ende des Jahres 1934 aus Neukirchen verzogen. Die 23jährige Toni Levi, die Tochter des Gemeindevorsitzenden Artur Levi, war nach Palästina ausgewandert, wo sie bald darauf Ferdinand Isaak aus Oberaula heiratete.<sup>151</sup> Sie war überzeugte Zionistin und hatte zur Vorbereitung eine mehrmonatige landwirtschaftliche Ausbildung bei dem Landwirt Heinrich Kurz aus Riebelsdorf erhalten, der mit der Familie befreundet war.

Der 32jährige Metzger Julius Nussbaum, Sohn der Dina Nussbaum, war ebenfalls nach Palästina ausgewandert, nachdem ihm durch das Schächtverbot vom März 1933 die Existenzgrundlage entzogen worden war. Sein Reisepassantrag datiert auf den 24. März 1934.<sup>152</sup> Eine Palästina-Auswanderung wurde zu diesem Zeitpunkt von staatlicher Seite noch stark gefördert, und im Kreis Kassel fanden

---

<sup>149</sup> HStAM Bestand 330 Neukirchen B 1588.

<sup>150</sup> ebd.

<sup>151</sup> Toni Levi lebte 1935 in Tel Aviv. Sie nahm dort den Namen Dvora an und heiratete im Februar 1935 den von Oberaula nach Palästina ausgewanderten Ferdinand Isaak. Dvora Isaak starb 1976 in Kfar Sirkin, Israel.

<sup>152</sup> HHStAW Abt. 518 Paket 963.

regelmäßig Werbevorträge der Zionisten statt, in denen immer wieder die Auswanderung nach „Erez Israel“ propagiert wurde.

Die Familie Stern verließ Neukirchen 1934 aus privaten Gründen und zog nach Ziegenhain, und der Schneider Levi Sonn III wollte nach Frankreich, um dort zu arbeiten.

Auf Kreisebene kam es im September des Jahres zu einem Wechsel im administrativen Zuständigkeitsbereich, der letztlich auch Neukirchen betraf. Der bis dahin sehr aktive Kreisleiter Keller aus Röllshausen musste diesen Posten aus bisher unbekanntem Gründen abgeben. Ob es hier zu innerparteilichen Machtkämpfen gekommen war oder dem eine wie auch immer geartete Verfehlung zugrunde lag, hat sich bisher nicht klären lassen. Am 24. August 1934 zeigt ein Bild in der Regionalpresse Landrat Wisch, Gauleiter Weinrich und Kreisleiter Keller vereint [aber wohl schon nicht einig, d.Verf.] beim Kreishandwerkertag, am 15. September erfolgte die Absetzung Kellers. Die Bevölkerung wurde über diesen Wechsel nur in äußerst dürren Worten durch eine kleine Notiz in der Lokalzeitung informiert. Diese Distanzierung erstaunt umso mehr, als Landrat Wisch bis dahin bei allen Angriffen immer hinter dem Kreisleiter gestanden und zuletzt noch im Januar 1934 eine öffentliche Ehrenerklärung für seinen Parteigenossen Keller in der Regionalpresse abgegeben hatte. Johann Georg Keller verblieb damit anscheinend nur das Amt des Standartenführers der SA-Standarte 145 Ziegenhain.<sup>153</sup> Öffentlich trat er bis Ende des Jahres nur noch bei Musikveranstaltungen der SA-Kapelle seiner Standarte auf, wobei er in der örtlichen Presse sogar nur als „Herr Keller“ titulierte wurde.<sup>154</sup>

In der Folge vereinte Wilhelm Wisch das Amt des Landrats mit dem des Kreisleiters der NSDAP, bis er dieses aufgrund einer Partei-Anweisung zur Trennung der Ämter im September 1936 an den Parteigenossen Schuchardt abtreten musste.

---

<sup>153</sup> Über vergleichbare SS-Strukturen in der Schwalm-Region liegen keine Erkenntnisse vor. Die vorhandene Quelle bestätigt in einer Verlobungsgratulation lediglich die Existenz eines SS-Zuges 2, Ziegenhain, im Jahre 1935. Anzahl und Herkunft oder Einsatz der Mitglieder sind unbekannt.

<sup>154</sup> Mit der Auflösung resp. Übernahme der SA-Standarte 145 im April 1935 in die Jägerstandarte 11 mit Sitz in Marburg fand der ehemalige Standartenführer Keller keine Erwähnung mehr in der Regionalpresse. Nach dem Röhm-Putsch versank letztlich die gesamte SA in Bedeutungslosigkeit, bevor sie in der Pogromnacht im November 1938 noch einmal durch ihr brutales Auftreten Aufmerksamkeit erregte.

## Kindliche Lebenswelt im Nationalsozialismus

Die Nazis hatten sich besonders die Indoktrination der Kinder und Jugendlichen auf die Fahnen geschrieben, denn sie sollten das zukünftige „neue“ Deutschland sein. Der Bund deutscher Mädel und die Hitlerjugend als geschlechtsspezifische Organisationen verkörperten die neue Staatsjugend, in die auch die evangelische Jugendbewegung eingegliedert worden war. Zwischen dem zehnten und dem achtzehnten Lebensjahr hatten die Nationalsozialisten nun Zugriff auf die geistige Führung der Jugend. Deren Begeisterung und Gutgläubigkeit wurde gnadenlos für die Ziele der Nationalsozialisten ausgenutzt. Dies geschah unter anderem durch die Suggestion, einen wichtigen Beitrag zum Aufbau des nationalsozialistischen Staates leisten zu können. Dieser Beitrag wurde bei den zahllosen Weihestunden des NS-Kalenders eingefordert, an denen auch in Neukirchen BdM und HJ deklamierend und in fröhlichem Reigen oder marschierend und Spalier stehend eingebunden wurden. Die dabei erlebte und durch Erwähnung in der Regionalpresse bestätigte Wichtigkeit des eigenen Tuns verstärkte für die Kinder und Jugendlichen die Richtigkeit der unermüdlich von der NS-Führung wiederholten Parolen, selbst wenn dabei der Einzelne keine gesonderte Wertschätzung erhielt, sondern alle in der großen Volksgemeinschaft aufgingen. Die emotionale Bindung bereits der Kinder an das nationalsozialistische Gedankengut setzte sich in Schule, Freundeskreis und sogar bis in die Erwachsenenwelt fort, in der man sich durch die HJ-Uniform nach außen hin eine Position geben konnte.

Der für Neukirchen zuständige Unterbannführer Keil aus Nausis hatte denn auch seine Gefolgschaften und die Jungschargruppen fest im Griff. Neben wehrsportlicher Ertüchtigung, nationalsozialistischer Schulung und Propagandamärschen unter Absingen des entsprechenden Liedgutes wurde jedoch auch die unterhaltensame sowie des weiteren die vordergründig karitative Seite des Nationalsozialismus herausgestrichen, indem sich der Unterbannführer selbst für Lehrstellen in diesen wirtschaftlich so schwierigen Zeiten einsetzte; ebenso, wie sich Gauleiter Weinrich dafür aussprach, dass die zukünftigen Konfirmanden in ihrer HJ-Uniform an der Konfirmationsfeier teilnehmen sollten. Als Begründung führte er die übergroße Not der Familien an, welche ihnen die Anschaffung schwarzer Konfirmationskleidung unmöglich mache. Im übrigen würden die Jungen diese schwarze [Konfirmations]Kleidung nur wenige Male tragen, da ja die Hitlerjugenduniform inzwischen ihr „Festkleid“ sei.<sup>155</sup> Und sollten die Konfirmanden gar noch Umgang mit jüdischen Jugendlichen pflegen, so wurden sie unter Druck

---

<sup>155</sup> *Ziegenhainer Zeitung* 24.02.1934. Diese Empfehlung weltlicher NS-Uniformkleidung für Jugendliche bei kirchlichen Feiern wurde im folgenden Jahr seitens der Reichsjugendführung wiederholt. *Ziegenhainer Zeitung* 15.02.1935.

gesetzt, indem ihnen z.B. vom Ziegenhainer Pfarrer die Verweigerung der Konfirmation angedroht wurde.<sup>156</sup>

Die Kinder und Jugendlichen wurden jedoch nicht nur seitens der NS-Jugendorganisationen indoktriniert, auch die Schule setzte diese Beeinflussung fort. Dabei spielte es sicher auch eine Rolle, dass Lehrer ihren Unterricht in SA-Uniform abhielten, ein Vorbildsignal, welchem sich die Jugendlichen mit ihren HJ-Uniformen gerne anschlossen, um sich von den Unentschiedenen und vor allem den jüdischen Kindern deutlich abzusetzen und die „Macht der Masse“, welche hinter ihnen stand, auszuspielen. Welche Folgen das in der Praxis hatte, sollte sich später eindrücklich in der Manipulation der Schuljugend während des Pogroms 1938 in Treysa zeigen sowie bei der Beteiligung von HJ-Angehörigen an den Aktionen dieser Nacht auf den Dörfern.<sup>157</sup>

Eine Beruhigung in der jüdischen Bevölkerung war denn auch zu Beginn des Jahres 1934 nur vordergründig. Die subtilen Schikanen dauerten an, und vor allem die Kinder hatten darunter zu leiden. Nachdem durch die Entlassung ihres Lehrers Schaumberg die jüdische Schule 1933 zwangsweise geschlossen wurde, mussten die zehn Kinder verschiedener Altersstufen die Stadtschule besuchen: Ernst Meier, Walter und Heinz Jakob Spier, Gerhard Nagel, Martin Nussbaum, Irene Nussbaum, Grete Bachrach, Josef Walter Stern und Siegbert Sonn.<sup>158</sup>

In der Stadtschule waren sie den Quälereien der Mitschüler ausgesetzt, und auch die Lehrer beteiligten sich an der Hetze. Ihnen wurde die rechte nationalsozialistische Einstellung durch die Pflichtmitgliedschaft im NS-Lehrerbund immer wieder nahe gebracht. Der zuständige Schulrat Dowie äußerte dazu im September des Jahres: „[...] Der Jude habe es als seine Aufgabe angesehen, den im deutschen Volk ruhenden Wehrwillen zu untergraben. [...] Höchste Kriegstüchtigkeit könne allein ein Krieg verhindern. Diese alte Wahrheit müsse der Jugend eingehämmert werden.“<sup>159</sup>

Die Lehrkräfte der Stadtschule Neukirchen waren alle nationalsozialistisch orientiert, wobei sich ihr Verhalten den Juden gegenüber aber höchst unterschiedlich gestaltete.

Gerhard Nagel/Gedalya Nigal, der Ostern 1933 eingeschult wurde, hat dies in seinen Erinnerungen besonders eindrucksvoll geschildert.<sup>160</sup>

---

<sup>156</sup> Hans GERSTMANN, Von Ziegenhainer Juden zu den Trägern des „Gelben Sterns“, in: Heimatvertriebene Nachbarn Bd. 2, S. 399-454, hier S. 447.

<sup>157</sup> Siehe dazu Bernd LINDENTHAL, Zwischen Hoffnung und Wahnsinn – Über Juden in Treysa – Von den Anfängen bis 1942, in: Heimatvertriebene Nachbarn Bd. 1, S. 241-384, hier S. 332f, sowie Barbara GREVE, Zerbrochene Lebenskreise, S. 232.

<sup>158</sup> HStAM Bestand 330 Neukirchen A 74.

<sup>159</sup> *Ziegenhainer Zeitung* 05.09.1933.

<sup>160</sup> Gedalya NIGAL, Erinnerungen an den Novemberpogrom in Frankfurt a. M. und Neukirchen, in: Heimatvertriebene Nachbarn Bd. 2, S. 467-472. (Im Folgenden: Erinnerungen Novemberpogrom)

*„Das Schlimmste war, dass ich nach der Schule immer verprügelt wurde. Da sind meine Eltern natürlich zum Direktor gegangen. Sie haben erreicht, dass man mich aus der Schule immer einige Minuten früher entlässt, also bevor die Kinder am Ende der Schule ihr tägliches Gebet sprachen, dass ich als Jude sowieso nicht mitsagen musste. Aber sie haben dann das Gebet immer ganz geschwind gesprochen und sind mir, der ich vor einigen Minuten weggegangen war, nachgelaufen und natürlich haben sie mich eingeholt. Und dann haben sie mich gezwungen zu sagen: „Ich bin ein Saujude“. Und ich kleines Kind habe mich so gefühlt, als ob ich der Repräsentant des ganzen jüdischen Volkes bin. Und da habe ich natürlich gesagt: „Ich bin kein Saujude“. Aber das „k“ habe ich so leise gesprochen, dass es niemand gehört hat.“*

*„Also mein Turnlehrer<sup>161</sup> hat mir zum Beispiel gesagt: „Gerhard, zeig mir jetzt, dass Juden auch turnen können!“[...] Wir mussten auch, wenn wir ein Lied vortragen haben, „Heil Hitler!“ sagen. Das Schlimmste war die wöchentliche Stunde in Rassenkunde. Da kann ich mich noch erinnern, dass der Lehrer gesagt hat: „Nun ja, die Deutsche Nation, das ist wie ein Kleid, so wie Wäsche. Und die Juden sind dann der Schmutz. Da muss man die Kleidung mal richtig auswaschen, dass der Schmutz runtergeht.“<sup>162</sup>*

Vier Jahre musste Gerhard Nagel diese täglichen Sticheleien und Angriffe aushalten. Dann nahmen ihn seine Eltern von der Stadtschule und schickten ihn nach Frankfurt auf eine jüdische Schule. Dort lebte er zunächst in einer Pension, welche für diese Kinder vom Land eingerichtet worden war. Danach kam er in das Jüdische Waisenhaus, von wo er durch einen glücklichen Zufall im Frühjahr 1939 mit einem Kindertransport nach Palästina geschickt wurde.<sup>163</sup> „Doch die Angst

---

<sup>161</sup> Zu den zwischen 1933 und 1942 unterrichtenden Lehrern siehe Fritz VOLZE, Neukirchener Jahresheft 7, 1981, S. 48-55. Sie alle waren nach ihrer „Entnazifizierung“ nach 1945 wieder in Neukirchen im Schuldienst.

Nach Aussage von Ernst Meier Spier war es besonders der Lehrer T., welcher die jüdischen Kinder schikanierte. Hauptlehrer Neeb soll sich immer sehr anständig verhalten haben, wohingegen auch Lehrer R. die Kinder drangsalierte und sein Sohn den kleinen Ernst Meier Spier sogar einmal tödlich angriff.

<sup>162</sup> Helga KROHN (Hrsg.): Vor den Nazis gerettet. Eine Hilfsaktion für Frankfurter Kinder 1939/40. Sigmaringen 1995 (Schriftenreihe des Jüdischen Museums Frankfurt am Main Bd. 3).

<sup>163</sup> Das Jüdische Waisenhaus in Frankfurt, welches von Isidor und Rosa Marx geleitet wurde, war für viele Kinder vor ihrer Rettung durch einen „Kindertransport“ oder ihrer Auswanderung im Rahmen der Haganah eine letzte sichere und vor allem liebevolle Station in Deutschland. Nachdem Isidor Marx in England durch den Kriegsausbruch überrascht wurde und nicht mehr zurückkehren konnte, übernahm der aus Neukirchen stammende Rabbiner Jakob Spier, ein entfernter Verwandter von Ernst Meier und Walter Spier, zusammen mit Rosa Marx die Leitung. Er begleitete zusammen mit Rosa Marx die letzten im Waisenhaus lebenden Kinder bei ihrer Deportation im Mai/Juni 1942 nach Izbica/Sobibor. Es gab keine Überlebenden.



verließ mich nicht“, schrieb er über seine Gefühle als 11jähriger Junge auf dem Weg ins unfreiwillige Exil.<sup>164</sup>

Eine gleiche Aussage trifft Ernst Meier Spier/Meir Sapir, der besonders von dem antisemitisch eingestellten Lehrer R. schikaniert wurde. Auch dessen Sohn beteiligte sich an den Quälereien. Zu einem gravierenden Vorfall mit weit reichenden Folgen kam es, als der 10jährige Ernst Meier von dem sehr viel älteren HJ-Angehörigen Karl B. drangsaliert wurde. Ernst Meier Spier, welcher auf Geheiß seiner Mutter ein Brot kaufen sollte, wurde von B. angehalten und angepöbelt, Als dieser dann auch noch das Brot in den Dreck warf, wehrt sich der kleine Ernst Meier. B. stürzte unglücklich auf eine Wagengabel und brach sich zwei Rippen. Der damalige Bürgermeister Ritter legte daraufhin, um der Familie weitere Folgen zu ersparen, der Mutter nahe, ihren Sohn doch bitte aus Neukirchen zu entfernen. Ernst Meier wurde zusammen mit seinem Bruder Walter zu einer Tante nach Fulda geschickt. Dort erlebte er am 11. Juli 1935 den Überfall auf den Viehmarkt auf dem Heinrich-von-Bibra-Platz neben dem Schlossgarten, der durch einige besonders fanatische Nationalsozialisten aus der Kreisbauernschaft angezettelt worden war. Dabei wurden die jüdischen Händler mit Knüppeln verprügelt, das Vieh geschlagen und wild in die Stadt getrieben. Dem knapp elfjährige Ernst Meier Spier wurden dabei von seinem Onkel, einem Viehhändler, drei Kühe anvertraut, um sie in Sicherheit zu bringen. In seiner Angst, wie er erzählt, rettete er sich mit den Tieren in den Dom.<sup>165</sup> Aber auch hier in Fulda war Ernst Meier Spier weiteren Drangsalierungen durch einen Bäckerjungen aus der Nachbarschaft ausgesetzt, welcher ebenfalls ein Mitglied der Hitlerjugend war. Als er sich massiv gegen die Sticheleien und Pöbeleien wehrte, kam es zu einer offiziellen Untersuchung, und Ernst Meier Spier musste in der Folge auch Fulda verlassen. Zusammen mit seinem Bruder wurde er in das Jüdische Waisenhaus nach Frankfurt geschickt. Von hier entkamen die Brüder im Januar 1939 mit einem Kindertransport in die Schweiz. Sie sollten die als einzige Überlebende ihrer

---

Ausführlicher zum Jüdischen Waisenhaus und zu den Kindertransporten siehe Helga KROHN, Vor den Nazis gerettet, sowie Barbara GREVE, Jeder Mensch hat einen Namen.

<sup>164</sup> Gerhard Nagel, der sich seit seiner Ankunft in Palästina Gedalya Nigal nennt, lebt nach einem wechselvollen Leben heute als emeritierter Professor für Hebräische Literatur in Jerusalem. Nach einer landwirtschaftlichen Ausbildung in einem Kibbutz besuchte er das Lehrerseminar. Später studierte er Hebräische Literatur und lehrte dieses Fach seit 1967 an der Bar Ilan Universität in Ramat Gan. Nach seiner Emeritierung verfasste er zahlreiche Fachbücher zur Hebräischen Literatur, von denen sein letztes 2006 in Oxford erschien. (Briefwechsel mit der Verf.)

<sup>165</sup> Zu den Vorfällen auf dem Viehmarkt siehe Klaus MORITZ, Ernst NOAM, NS-Verbrechen vor Gericht. 1945-1955. Dokumente aus hessischen Justizakten, Wiesbaden 1978 (Schriften der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen II, Justiz und Judenverfolgung Bd. 2), S. 54-65, sowie die DEUTSCHLANDBERICHTE der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934-1940. Nachdruck. Frankfurt am Main 1980, hier 1935, S. 804.

Familie sein. Hier fand Ernst Meier Spier nach mehreren Zwischenstationen mit den anderen Kindern aus Frankfurt in Langenbruck Aufnahme. Es war das stillgelegte Gasthaus und Hotel „Waldeck“, in dem die Kinder nun wieder ein regelmäßiges Leben führen konnten, in dem sie Unterricht erhielten und praktische Unterweisungen. Mit viel Engagement wurden die kleinen Flüchtlinge von den Einwohnern des Ortes unterstützt – ganz im Gegensatz zu den Schweizer Kantons-Behörden. Der ursprünglich nur für sechs Monate gewährte Aufenthalt wurde gezwungenermaßen durch den Ausbruch des Krieges auf unbestimmte Zeit verlängert. So machte Walter Spier in Langenbruck bei einem Bäcker und Konditor eine Lehre, bevor er 1946 endlich nach Palästina auswandern konnte.<sup>166</sup>

CONFÉDÉRATION SUISSE - SCHWEIZERISCHE GENOSSENSCHAFT - CONFEDERAZIONE SVIZZERA

Certificat d'identité  
Identitätsausweis  
Certificato d'identità

No. 2616

La Division de police du Département fédéral de justice et police certifie, après examen, l'identité de l'étranger sans papiers ci-dessous désigné:  
Die Polizeibehörde des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements bescheinigt auf Grund der von ihr vorgenommenen Prüfung die Identität des nachgenannten schweizerischen Ausländers.  
La Divisione della polizia del Dipartimento federale di giustizia e polizia attesta, in base all'esame da essa compiuto, l'identità dello straniero indicato qui sotto sprovvisto di documenti.

Nom de famille Spier  
Familienname  
Cognome  
Prénoms Walter  
Vorname  
Nomi  
Né le 1. Septembre 1907 à Kreuzlingen (Suisse)  
Geboren am  
Nato il  
Profession Bäcker  
Beruf  
Professione  
Observations  
Bemerkungen  
Osservazioni

Signalement - Connotati

Statue 167 cm  
Lattitudine  
Statura  
Cheveux brun  
Haar  
Capelli  
Teint brun  
Haut  
Occhi blau  
Nase  
Nase  
Moyen mittel  
Wuchs  
Gesicht  
Visage ord.  
Vostok  
Signes particuliers  
Besondere Kennzeichen starke am rechten  
Segni particolari  
Furchenkel

Ce certificat est valable jusqu'en  
Dieser Ausweis ist gültig bis zum  
Il presente certificato è valido fino al 23. Juli 1945

Delivré à Bern, le  
Ausgestellt in Bern, am  
Rilasciato a Berna, il 23. Juli 1945

Le Chef de la Division de Police  
Der Chef der Polizeibehörde  
Il Capo della Divisione della Polizia  
W. Meier

Après l'expiration de sa validité, le certificat doit être renvoyé à l'instance qui l'a délivré.  
Nach Ablauf seiner Gültigkeit ist der Ausweis dem Behörde, die ihn ausgestellt hat, zurückzugeben.  
Dopo essere scaduta la sua validità, il certificato dovrà essere restituito all'istanza che l'ha rilasciato.



Abb. 13: Walter Spier 1945

<sup>166</sup> Er leitete in der Folge die Küche eines Kibbuz und lebt heute in Tel Aviv.

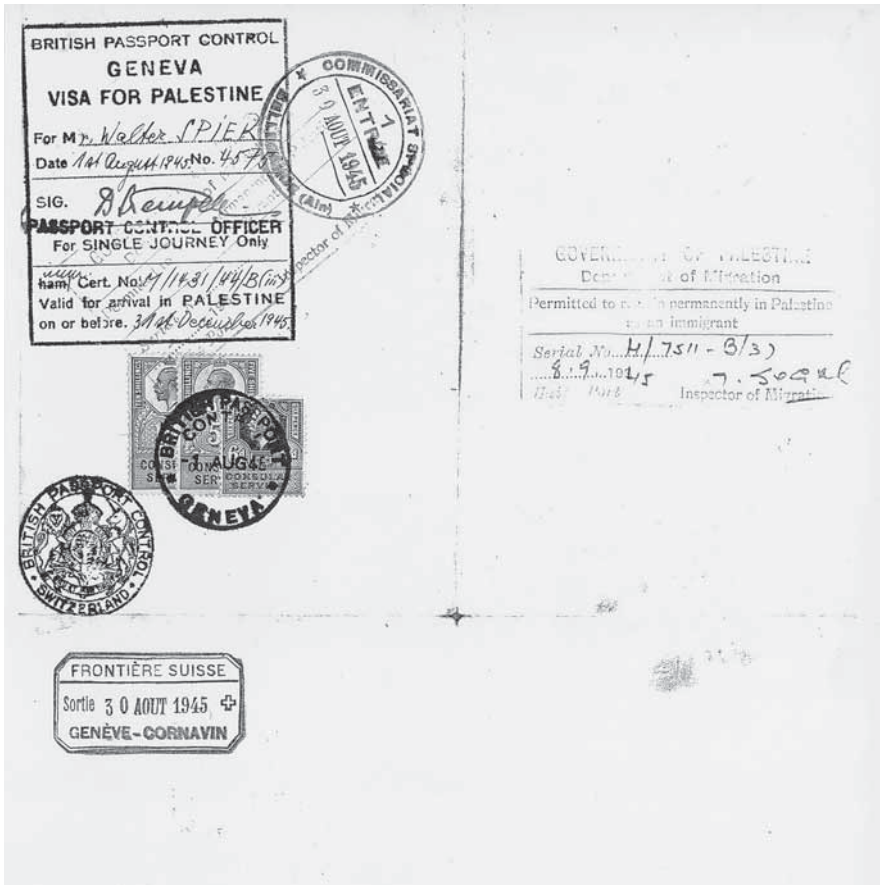


Abb. 14: Visum Walters Spiers zur Einreise nach Palästina

Sein älterer Bruder Ernst Meier Spier verbesserte seine Kenntnisse in der Landwirtschaft und betreute dann auf einem Bauernhof am Thuner See eine Gruppe von ungarischen Kindern aus Bergen-Belsen, welche gegen deutsche Kriegsgefangene ausgetauscht worden waren. Es gelang ihm, diese Kindergruppe nach dem Krieg aus der Schweiz geschlossen nach Erez Israel, damals noch Palästina unter britischem Mandat, zu bringen. Dort schlossen sich alle einem Kibbutz an.<sup>167</sup>

<sup>167</sup> Briefwechsel und Tonbandaufzeichnungen von Ernst Meier Spier (heute Meir Sapir). Briefwechsel mit Walter Israel Spier (heute Israel Spier) 2006/2007.

Zum Aufenthalt in Langenbruck siehe auch Alfred A. HÄSLER/Ruth K. WESTHEIMER, Die Geschichte der Karola Siegel, Bern 1976.

## Frühjahr und Sommer 1935

Vordergründig gab das Jahr 1935 der jüdischen Bevölkerung bis in den Spätsommer hinein keinen Anlass zur Beunruhigung. In Neukirchen wurden keine gravierenden Ausschreitungen bekannt. Das bedeutete aber nur, dass kleinere Aktionen von SA und HJ nicht öffentlich wurden. Durch die familiäre und berufliche Vernetzung der jüdischen Einwohner war den jüdischen Neukirchenern aber mit Sicherheit ein Vorfall aus dem benachbarten Oberaula bekannt geworden, welcher zwar für die beteiligten Juden außer einer kurzfristigen „Schutzhaft“ keine weiteren Folgen hatte, im Umkreis aber sicherlich für Unruhe in den jüdischen Familien sorgte.<sup>168</sup> Trotzdem konnte sich in diesem Jahr nur die Familie Albert Levi zur Emigration entschließen.

Die täglichen Schikanen<sup>169</sup> und Demütigungen gingen indes ungehindert weiter, ebenso die Hetze durch die untergeordneten Dienststellen der NSDAP und ihrer Organisationen. Judenfeindliche Schilder gab es nun auch in den Geschäften und Gastwirtschaften Neukirchens. Dabei wäre zu dieser Zeit kein Jude mehr auf den Gedanken gekommen, die Läden oder Gastwirtschaften stadtbekannterer Nazis oder ihrer Freunde zu betreten. In vielen Ortschaften rund um Neukirchen waren diese Schilder ebenfalls an den Ortseingängen aufgestellt worden. Die Haltung des Kasseler Polizeipräsidenten Pfeffer von Salomon dazu war ambivalent. So wies er in einem als „Geheim!“ und „Streng vertraulich“ gekennzeichneten Schreiben vom November 1934 darauf hin, dass „Tafeln von jedermann auf seinem Privatgrundstück aufgestellt werden dürfen“, diese aber keinen offiziellen Anstrich haben und „vorbeifahrenden Ausländern“ keinen Anlass zu Gräuelpromaganda bieten dürften. Auch galt die Aufforderung, „bei Juden nicht zu kaufen“, als unzulässig. Befürwortet wurde jedoch der Hinweis auf „deutsche Geschäfte“ oder „deutsche Händler“. Die große Zahl der von Dienststellen der NSDAP aufgestellten antijüdischen Schilder veranlasste den Polizeipräsidenten im Oktober 1934 jedoch, eine Eingrenzung von Ort und Art derselben aufzuheben.<sup>170</sup> Eine weitere Lockerung erfolgte in einer geheimen Mitteilung vom April 1935, nach welcher die Aufstellung judenfeindlicher Schilder „von jetzt ab weit ausgelegt und entgegenkommend gehandhabt werden“ könne. Ob dieser Sinneswandel auf eine Intervention von NSDAP-Organisationen resp. der regionalen Parteibasis

---

<sup>168</sup> Siehe ausführlicher dazu Barbara GREVE, Zerbrochene Lebenskreise, S. 227.

<sup>169</sup> Diese Schikanen mussten nicht als plumper Angriff daherkommen, es konnten auch sehr subtile Drohungen sein. Dabei griff die NSDAP gelegentlich hart durch. So wurde ein SA-Truppführer aus Willingshausen zum „freiwilligen“ Austritt aus der SA gezwungen, weil er einen jüdischen Metzger im Nachbarort Merzhäusen mehrfach unter Druck gesetzt hatte, ihm geringe Geldbeträge zu geben sowie Wurstwaren unentgeltlich auszuhändigen. Der zuständige Metzger lehnte eine Unterschrift unter das Protokoll ab, da er vom Angeeschuldigten Nachteile befürchtete.

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW) Abt. 483 Pak. 3308 b.

<sup>170</sup> Thomas KLEIN, Geheime Staatspolizei, S. 182f.

zurückging, sei zu überlegen. Von Pfeffer bat bei Unklarheiten ausdrücklich um einen Rückruf, „damit zwischen Polizei und PO [=Parteiorganisationen, d.Verf.] deswegen kein örtlicher Streit entsteht“, – eine Position, die auf ein angespanntes Verhältnis zur aktionistisch orientierten Parteibasis hindeutet.<sup>171</sup>

Welche Gratwanderung die administrativen Organe dabei vollziehen mussten, lässt sich einer Notiz in der örtlichen Presse entnehmen:

*„Soweit also von Reichs wegen diese Lösung [der Judenfrage, d. Verf.] nicht immer in der wünschenswerten Klarheit vorgezeichnet werden kann, wird und muß es Sache der Gemeinden sein, im engeren Rahmen die Verhältnisse so zu gestalten, wie dies dem Geiste der nationalsozialistischen Bewegung entspricht, mag er auch im Hinblick auf die Judenfrage in der Gesetzgebung noch nicht so eindeutig zum Ausdruck gebracht worden sein, wie dies in anderen Beziehungen der Fall ist. [...] Die Mittel, deren sich die Leiter der Gemeinden zur Behandlung und Lösung der Judenfrage bedienen könnten, seien so zahlreich, dass es unzweckmäßiger Drohungen [Juden betreten diesen Ort auf eigene Gefahr!“] nicht bedürfe.“<sup>172</sup>*

Die Juden sollten also vertrieben werden, wobei der äußerste Rand der Legalität auszuschöpfen sei, ohne dass es zur Assoziation mit Gewalt käme. Erst gegen Ende 1935 versuchte man von offizieller Seite aus, die Flut der judenfeindlichen Schilder einzudämmen. Schließlich sollten im kommenden Jahr Olympische Spiele mit den „Völkern der Welt“ abgehalten werden, bei denen das nationalsozialistische Deutschland einen guten Eindruck hinterlassen wollte.

Gegenüber judenfeindlichen Schildern in den Geschäften war die Einstellung ebenfalls nicht eindeutig. So behalf man sich seitens der Gestapo damit, diese nicht ausdrücklich zu verbieten, sondern als Lösung darauf hinzuweisen, „dass für deutsche Geschäfte besonders geworben wird, z.B. durch Aufstellen von Schildern mit der Aufschrift „Kauft nur in deutschen Geschäften“, „Deutsche, kauft nur bei deutschen Händlern“ usw.

Bemerkenswert ist eine Veränderung in der Berichterstattung der Regionalpresse, in welcher Artikel zu den oder gegen die Juden bis zum Ende des Jahres 1934 kaum zu finden waren. Seit Januar 1935 verging jedoch kaum ein Tag, an dem beispielsweise im *Schwalm-Boten* nicht auf irgendeiner Seite kleinere Notizen oder Artikel über antijüdische Maßnahmen, Verfehlungen von Juden oder jüdische Probleme erschienen. Dies steigerte sich massiv seit dem Sommer 1935, wobei der Tenor mehr und mehr darauf abzielte, Juden nicht etwa als gemeine Kriminelle, Räuber und Diebe, sondern allgemein als moralisch verkommen darzustellen, indem man sie z.B. als Brandstifter und Devisenschieber anpranger-

---

<sup>171</sup> ebd. Schreiben vom 15.4.1935, S.719.

<sup>172</sup> Dr. Kurt Müller, stellv. Geschäftsführer im Hauptamt der Reichsleitung der NSDAP in einer Abhandlung in „Die nationalsozialistische Gemeinde“, zitiert nach *Ziegenhainer Zeitung* 05.10.1935.

te. Hierzu zählte auch die Anklage gegen jüdische Ärzte, Abtreibungen vorzunehmen, oder der Vorwurf moralisch besonders verwerflicher Sexualstraftaten in Verbindung mit Kindern oder Homosexualität. Zwar bezog sich ein Großteil der Artikel auf Vorfälle im Ausland oder in weiter entfernten Regionen des Reiches, die Notizen entfalteten aber trotzdem ihre diffamierende Wirkung. Da diese Artikel und Notizen überwiegend im „Mantel“ der Zeitungen erschienen, scheint hier eine zentrale Lenkung vorgelegen zu haben.

Die jüdischen Einwohner Neukirchens versuchten ihr Leben möglichst unauffällig weiter zu leben. Die Geschäfte gingen schlecht, „der ambulante Handel der jüdischen Hausierer ist stark zurückgegangen und vermag sich offensichtlich nicht wieder zu erholen“, vermeldete der Lagebericht der Staatspolizei Kassel für den April 1935.<sup>173</sup> Dies wurde durch eine Denkschrift der Reichsvertretung der Deutschen Juden bestätigt, in der es hieß: „Noch schlimmer liegen die Verhältnisse in zahlreichen ländlichen Bezirken. In [...] Hessen-Nassau sind infolge des nunmehr zweijährigen ununterbrochenen, mit allen Mitteln des Boykotts und der Diffamierung geführten Kampfes gegen die Juden weite Kreise der jüdischen Bevölkerung wirtschaftlich zum Erliegen gekommen und der bittersten Not preisgegeben.“<sup>174</sup>

Doch noch hatten einige der jüdischen Textilwarenhändler in Neukirchen eine Art Monopol, welches sie zum Bedauern der offiziellen Stellen vor dem finanziellen Ruin bewahrte:

„Im Kreis Ziegenhain, wo von den Bauern die Schwälmer Tracht getragen wird, befindet sich der Handel dieser Trachtenstoffe und -bänder fast ausschließlich in Händen der Juden in Treysa, Ziegenhain und Neukirchen. Es ist bedauerlich, dass gerade der Jude an der Pflege Deutschen Brauchtums und heimatlicher Volkstrachten seine Geschäfte macht.“<sup>175</sup>

Desgleichen war der jüdische Viehhandel noch nicht ganz zum Erliegen gekommen – „animierte“ doch schließlich selbst der Ortsgruppenleiter von Ziegenhain, Hoos, „zum Viehverkauf an Juden“, und auch der antisemitisch eingestellte Kreisbauernführer Eckhard Möller aus Holzburg verkaufte sein Vieh noch an jüdische Händler.<sup>176</sup> Es ging nach Ansicht der Gestapo „den Juden geschäftlich nach wie vor gut“, wie der Bericht vom Juni 1935 behauptete. „Insbesondere blüht der jüdische Viehhandel, von dem die Bauern trotz aller Vorkommnisse nicht lassen können.“ Dieser beschränkte sich nicht nur auf den Handel mit dem

---

<sup>173</sup> Thomas KLEIN, Geheime Staatspolizei, S. 263.

<sup>174</sup> ebd., April 1935 sowie Avraham BARKAI, Vom Boykott zur Entjudung. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933-1943. Frankfurt am Main 1988, S. 77, dort zitiert nach: Forschungsstelle für die Geschichte der Juden in Hamburg. A 6263.

<sup>175</sup> Thomas KLEIN, Geheime Staatspolizei, S. 272 f.

<sup>176</sup> Tagesbericht an die Gestapoleitstelle Kassel vom 02.10.1935. Thomas KLEIN, Geheime Staatspolizei, S. 893.

Regime kritisch gegenüberstehenden Personen, sondern werde bei persönlichem Bedarf auch von überzeugten Nationalsozialisten genutzt.<sup>177</sup> Andererseits gäbe es aber auch Hinweise, dass der Handel nachgelassen habe und einige Händler nur noch durch die Bezahlung von Außenständen überleben würden.<sup>178</sup>

Nationalsozialistisch überzeugte Nachbarn waren wachsam in dieser Zeit. So wurden Bauern im August des Jahres denunziert, welche ihre Frucht im Lager des Treysaer Getreidehändlers Katzenstein am Bahnhof Zella abliefern: „*Als ein Photograph die betr. Personen auf der Platte festhalten wollte, liefen sie davon, ein Zeichen, dass sie sich wohl bewusst waren, eine Handlung begangen zu haben, die sie nicht vor ihrem Gewissen als deutsche Volksgenossen verantworten können.*“ Auch ein Hinweis auf „volksfremde Elemente“ und „schädigendes Treiben der Juden“ fehlte in dieser Notiz nicht.

Insgesamt war jedoch geballter, vor allem aktionistischer Antisemitismus im Berichtsjahr 1935 kein Thema. Der Schwerpunkt der Berichterstattung der Staatspolizeistelle Kassel über den Kreis lag vielmehr darauf, die Landbevölkerung von eben diesem Aktionismus wegzulenken und sie durch politische Einflussnahme zum Antisemitismus zu erziehen resp. in diesem sachlich zu bestärken.

Ob dazu allerdings der von der NS-Kulturgemeinde in Neukirchen im Mai des Jahres initiierte Vortrag des selbsternannten „Talmudforschers“ Rosenthal aus Göttingen beitrug, welcher sich über „Weltgeschichte und Judentum“ ausließ, bleibt fraglich. „Die äußerst sachlichen und klaren Ausführungen des Redners hinterließen einen tiefen Eindruck“ bei den zahlreichen Zuhörern, notierte dazu der *Schwalm-Bote*. Rosenthal, der bereits ein Jahr zuvor in Frielendorf horrenden antisemitischen Unfug verbreitet hatte mit dem Tenor: „Wer jetzt noch mit Juden Geschäfte treibe, schneide dem deutschen Volkskörper an der Kehle herum“, war nach diesem Vortrag von Polizeipräsident Pfeffer von Salomon jedes öffentliche Auftreten innerhalb des Regierungsbezirks Kassel untersagt worden, da seine „Reden geeignet sind, Unruhe und Gegensätze innerhalb der Bevölkerung hervorzurufen.“<sup>179</sup> Nun hatten sich die Zeiten wohl geändert.

Betrachtet man die bisherigen Ausführungen, so ließe sich daraus für die jüdischen Einwohner der Region mutmaßen, dass es nach dem Schock des Jahres 1933 zu einer vordergründigen allgemeinen Beruhigung gekommen war.<sup>180</sup> Zwar mussten die jüdischen Händler massive finanzielle Einbußen hinnehmen, konnten aber ihren Geschäften de jure fast überall weiterhin nachgehen. Meldungen wie

---

<sup>177</sup> Thomas KLEIN, Der Regierungsbezirk Kassel, Februar 1935, S. 350.

<sup>178</sup> Thomas KLEIN, Geheime Staatspolizei, Dezember 1935.

<sup>179</sup> *Ziegenhainer Zeitung* 25.02.1934 und 13.04.1934; *Schwalm-Bote* 27.05.1935.

<sup>180</sup> Dies mag für den größeren Rahmen durch die – wenn auch nur geringfügig - zurückgehenden Auswandererzahlen gestützt werden, welche von 37.000 (1933) über 23.000 (1934) auf 21.000 (1935) gesunken waren. Saul FRIEDLÄNDER, Das Dritte Reich und die Juden, Bd. 1, S. 75.

die aus dem Neukirchen nicht fernen kleinen Dorf Steina, „dass dem letzten hier noch ein- und ausgehenden Handelsjuden die Türe gewiesen wurde“ und Steina jetzt also auch von Juden frei sei, bildeten in dieser rüden Form zu dieser Zeit im Kreis Ziegenhain noch eine Ausnahme.<sup>181</sup>

Zu Zwischenfällen größerer Art kam es nicht, wie der Landrat Wisch in seinen Berichten immer wieder betonte: „Die Juden sind im Berichtsmonat nicht besonders hervorgetreten. Auch waren Zwischenfälle und Schlägereien nicht zu verzeichnen.“<sup>182</sup> Häufig hieß es auch „Fehlmeldung“, was in Verbindung mit den Vorfällen der umliegenden Landkreise ein wenig erstaunt. Zu größeren Gewalttätigkeiten kam es wohl tatsächlich nicht, dennoch war der „passive Antisemitismus“ überall zu spüren – diese Haltung der Gleichgültigkeit gegenüber dem Umgang von Staat und Partei mit einer Bevölkerungsgruppe, mit der man in engster Nachbarschaft lebte.

Seitens der Juden verhielt man sich „ruhig“, ließ Feindseligkeiten und verbale Angriffe über sich ergehen und versuchte sich noch immer einzureden, dass die Einschränkungen und Demütigungen bald ein Ende haben würden und deshalb notgedrungen in der augenblicklichen Form erträglich seien. Doch im internen Kreis wurde mehr und mehr über Auswanderung oder über die Abwanderung in größere Städte gesprochen. Die Kontakte quer durch das Deutsche Reich waren durch Familien- und Geschäftsbeziehungen weit gestreut, so dass man auch Nachrichten erhielt, welche über den engen Rahmen des kleinen Landstädtchens hinausgingen.

---

<sup>181</sup> *Ziegenhainer Zeitung* 06.09.1935. In Steina hatten nie Juden gelebt.

<sup>182</sup> Thomas KLEIN, *Geheime Staatspolizei*, S. 129, ebenso Oktober 1934, S. 227, ansonsten „Fehlmeldungen“.

Vielleicht spielte auch diese mangelnde Berichtsfreude hinsichtlich eventueller antisemitischer Vorfälle eine Rolle bei seiner Ablösung im September 1936 als Kreisleiter für den Kreis Ziegenhain, denn die recht karge „Belobigung“ durch den Gauleiter hat doch einen gewissen Beigeschmack. Parteigenosse Wisch habe neben seiner Landratstätigkeit die Stelle eines Kreisleiters der NSDAP „zu meiner vollsten Zufriedenheit geführt“. Wisch, „der zu meinen ältesten Mitkämpfern zählt“, wie Gauleiter Weinrich bemerkte, und Anfang 1934 aus leitender Position aus dem Kreis Melsungen als Landrat nach Ziegenhain geholt worden war, hatte das Kreisleiteramt im Herbst 1934 plötzlich mit übernommen (s.o.). Nun wurde er vom Parteigenossen Schuchardt abgelöst, angeblich, da beide Ämter zusammen im Sinne der nationalsozialistischen Bewegung nicht zu leisten wären. „Er wird stets seine Kraft, soweit sich die Möglichkeit dazu bietet, in den Dienst der nationalsozialistischen Bewegung stellen“, führte der Gauleiter über den ehemaligen Kreisleiter Wisch weiter aus. Sein Amt als Landrat behielt Wisch bei. *Ziegenhainer Zeitung* 27.09.1936.



## Die Zeit der „Nürnberger Gesetze“

Dann wurden am 15. September 1935 die sogenannten „Nürnberger Gesetze“ erlassen.<sup>183</sup> Durch diese gesetzliche Basis waren in den Augen der „Volksgenossen“ klare Verhältnisse geschaffen und den wilden Ausschreitungen von SA und HJ ein Ende gesetzt worden. Angehörige der NSDAP und ihrer Gruppierungen hingegen sahen sich in ihren antisemitischen Aktionen bestätigt, welche sie als „wahren Willen“ des Führers ansahen, den es zu vollstrecken galt.

Nur wenige Tage danach emigrierte der damalige Gemeindevorsitzende Albert Levi mit seiner Frau Jettchen nach Palästina. Er sah sich durch die Entwicklung der letzten Wochen in seinem Entschluss sicher bestätigt. Dem Ehepaar wurde mit 100 RM die höchstmögliche Summe an barem Geld für ihre Ausgaben auf der gesamten Reise zugestanden. Üblicherweise durften Emigranten für ihre persönlichen Ausgaben während der Reise nur minimale Beträge, oft nur 5 oder 10 RM, an Bargeld mitnehmen. Sämtliche Kosten für Bahnfahrten, die Überfahrt etc. mussten vor Reiseantritt bezahlt werden.



**Abb. 15: Familie Albert Levi in Palästina (40er Jahre).**

Oben: Salli Schmucl Levi, Toni Isaak geb. Levi, Ferdinand Isaak (aus Oberaula), Albert Levi. Unten: Meitz Levi (Sohn von Schmucl Levi), Jettchen Levi

---

<sup>183</sup> Als „Nürnberger Gesetze“ wird das Reichsbürgergesetz bezeichnet, welches den zukünftigen rechtlichen Status als Reichsbürger (Deutsche/Arier) und Staatsbürger (Juden/Nichtarier) regelte sowie das „Gesetz zum Schutzes des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“, welches sich auf Eheschließungen, intimen Verkehr zwischen Juden und Nichtjuden, deutsche Hausangestellte in jüdischen Diensten sowie das Hissen der Reichsflagge bezog. Joseph WALK, Sonderrecht, S. 127.

Auswanderer nach Palästina erhielten zu dieser Zeit noch weitgehende Devisenerleichterungen. So wurde pro Familie eine Summe von umgerechnet 1000 Pfund aus dem Vermögen freigestellt, um das sogenannte Vorzeigegeld für die Einwanderung nach Palästina per Banknachweis belegen zu können. Diese Summe forderte die britische Mandats Herrschaft, um zu verhindern, dass verarmte Juden ins Land kämen.<sup>184</sup> Von deutscher Seite aus wurden 15.000 RM für eine Existenzgründung in Palästina für nötig erachtet.<sup>185</sup> Weitere Geldbeträge konnten auf ein Sonderkonto eingezahlt oder zum Kauf von Waren genutzt werden, welche von Deutschland nach Palästina transferiert wurden und die deutsche Exportbilanz verbessern sollten. Im Lande selbst erhielten die Immigranten für ihre Einzahlungen den Gegenwert in Häusern oder Pflanzungen. Abgewickelt wurden diese Transaktionen des sogenannten Haavara-Abkommens<sup>186</sup> über das Palästina-Amt in Berlin, welches für die Auswanderung zuständig war, sowie die Paltreu, die Palästina-Treuhandstelle, welche für die finanziellen Transaktionen zuständig zeichnete. Ein Transfer von Vermögenswerten war auch dann möglich, wenn eine Auswanderung noch nicht konkret ins Auge gefasst worden war oder wenn davon keine Immobilienwerte erworben, sondern beispielsweise eine Berufsausbildung finanziert werden sollte.<sup>187</sup>

---

<sup>184</sup> Eine Einwanderung nach Palästina war nur mit einem besonderen Zertifikat möglich. Dieses wurde nur erteilt, wenn der Antragsteller in eine der festgelegten Kategorien passte und damit eine Einreisegenehmigung erhielt. Diese Kategorien richteten sich nach den Bedürfnissen in Palästina und setzten vor allem auf eine landwirtschaftliche Ausbildung für eine Siedlertätigkeit. Siehe dazu ausführlich PHILO-Atlas. Handbuch für die jüdische Auswanderung, Reprint der Ausgabe von 1938, Bodenheim b. Mainz, o.J., S. 140–144.

<sup>185</sup> Josef WALK, Sonderrecht, S. 48 und S. 71.

<sup>186</sup> Diese Vereinbarung wurde im Juli 1933 zwischen der Jewish Agency und dem Reichsministerium für Wirtschaft geschlossen. Damit sollte die Emigration nach Palästina erleichtert werden. Gleichzeitig sollte dieses Abkommen den deutschen Export fördern, indem Emigrationswillige einen Teil ihres Besitzes in Form von Waren nach Palästina transferieren konnten. Da der Mindestbetrag bei 1000 Pfund Sterling lag, kam dieses Abkommen nur wohlhabenden Juden zugute. Es wurden von der einbezahlten Summe deutsche Waren gekauft, die nach Palästina exportiert wurden. Im Gegenzug zahlte der Importeur den Geldwert in palästinensischen Pfund auf ein palästinensisches Konto ein, welches dem Emigranten nach der Ankunft in Erez Israel zur Verfügung stand. Etwa 50-60.000 Juden konnten diese Transaktionen nutzen, bis sie ab 1937 eingeschränkt und 1939 mit Kriegsbeginn eingestellt wurden.

Zwischen 1933 und Ende 1938 kamen trotz aller Beschränkungen der Mandatsmacht England 33.399 Flüchtlinge legal nach Palästina. Martin GILBERT, Nie wieder! Die Geschichte des Holocaust. Berlin und München 2001, S. 39.

Zur Abwicklung einer geplanten Auswanderung aus der Region nach Palästina siehe Barbara GREVE, Fragebögen – Stempel – Formulare. Die „geordnete“ Flucht der Familie des Josef Plaut aus Willingshausen, in: Heimatvertriebene Nachbarn Bd. 3, S. 473-492.

<sup>187</sup> Josef WALK, Sonderrecht, S. 87 und S. 108.

Nachrichten aus Palästina bestärkten die deutschen, assimilierten Juden jedoch nicht unbedingt in ihrer Auswanderungsmotivation. Es waren nicht nur die schweren Lebensbedingungen, welche abschreckten, sondern auch die Kämpfe der rivalisierenden Gruppen untereinander und mit den Arabern. Hinzu kamen die durch die Mandatsmacht England vorgenommenen Beschränkungen. Die rigiden Einwanderungsbestimmungen und die Briefe der bereits Ausgewanderten schreckten viele deutsche Juden ab, die sich diese Umstellungen und Strapazen nicht zumuten wollten oder konnten. Berichte von Unruhen in den regionalen Zeitungen motivierten darüber hinaus nicht zu einer Einwanderung ins „Gelobte Land“, besonders dann nicht, wenn keinerlei zionistische Ambitionen vorhanden waren. Hinzu kam, dass deutsche Immigranten von den Einwanderern der ersten Stunde nicht immer mit offenen Armen aufgenommen wurden.<sup>188</sup> Klima, Sprache und die soziale Struktur in Palästina stellten hohe Anforderungen an die Neuankömmlinge. Nicht jeder deutsche Händler konnte umstandslos zur einem Kibbuznik werden, der Bevölkerungsgruppe in Erez Israel, welche den größten Bedarf an Einwanderern hatte. Alteingesessene Einwanderer schauten oft auf die deutschen Emigranten herab, welchen „der Ruf vorauselte, deutsche Arroganz und Überheblichkeit, Pedanterie und Besserwisseri zu zeigen.“<sup>189</sup> Wenn diese Problematisierungen auch mehr für intellektuelle, städtische Flüchtlinge galten, so war es andererseits für die (hessischen) Landjuden nicht einfacher, ihre Jahrhunderte lang gewachsene Lebensform des (Hausier- und Vieh-) Handels aufzugeben. Zudem kam es in Palästina immer wieder zu Kämpfen mit der arabischen Bevölkerung. Misstrauen weckte bei den Emigrationsüberlegungen auch ein dichtes Netzwerk von nichtjüdischen Palästina-Deutschen, welche eng mit NS-Organisationen verbundenen waren und sich mit der Politik des „Dritten Reichs“ bedingungslos identifizierten.<sup>190</sup>

---

<sup>188</sup> Man befürchtete von Seiten der Siedler eine Flüchtlingswelle. „Damit die Einwanderung nicht die Siedlungen, die in Palästina schon existieren, wie Lava überflutet [...]“, klang es dazu bereits auf dem Zionistenkongress vom Sommer 1933 in Prag. Saul FRIEDLÄNDER, *Das Dritte Reich und die Juden*, Bd. 1, S. 78.

<sup>189</sup> Konrad KWIET, *Gehen oder Bleiben?* in: Walter H. PEHLE (Hrsg.), *Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord*. Frankfurt 1988, S. 132-145, hier S. 134.

Ausführlich beschäftigte sich Tom Segev mit diesen Problemen der Immigration nach Erez Israel und den finanziellen Transaktionen. Tom SEGEV, *Die siebte Million*. Reinbek bei Hamburg 1995.

<sup>190</sup> Dazu Rolf BALKE. *Hakenkreuz im Heiligen Land. Die NSDAP-Landesgruppe Palästina*. Erfurt 2001.

## Gesetzlich gestützte Kontrolle und Verfolgung

Mit dem Erlass des „Reichsbürgergesetzes“ am 15. September 1935 änderte sich die Zurückhaltung der NS-Bürokratie, und es begann nun eine Zeit der umfassenden Kontrolle und gezielten Verdrängung. Erstmals wurden die Juden jetzt als „Problem“ benannt. Welche Folgen diese Schwerpunktsetzung speziell in den Pogromnächten hatte, ist hinreichend bekannt.

Nachdem die wiederholten Aufforderungen zur Auswanderung und deren bisherige Förderung nicht den erwünschten Erfolg gezeigt hatten, begann man von Seiten der NS-Verwaltung nun erstmals, sich eine genauere Übersicht über die noch in Deutschland lebenden Juden zu verschaffen. Mit Datum vom 27. August 1935 schrieb die Staatspolizeistelle Kassel an die Landräte: „Zur Erfassung der Juden in Deutschland soll zentral eine Judenkartei angelegt werden. Ich ersuche daher, sämtliche im dortigen Bezirk befindlichen jüdischen Organisationen zur Einreichung von Mitgliederlisten nach beifolgendem Muster zu veranlassen. Alle eintretenden Veränderungen sind [...] jeweils am Vierteljahresersten in einer Nachtragsliste [...] zu melden.“<sup>191</sup> Ergänzend hieß es dazu einen knappen Monat später: „[...] dass die zu treffenden Feststellungen dazu dienen sollen, einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der politischen Gliederung<sup>192</sup> der noch in Deutschland lebenden Juden zu erhalten. Diese Feststellungen sollen die Grundlage einer Kartei bilden, die alle Juden und jüdischen Mischlinge in Deutschland erfasst.“<sup>193</sup> Man dachte also schon weiter ...

Die Bestandsaufnahme ging seitens der NS-Bürokratie unter dem Siegel „Sofort/Geheim“ vonstatten. Es hieß ausdrücklich: „Zu ihrer [der Mitgliederlisten, d. Verf.] Beschaffung darf jedoch nicht an die Landesverbände, sondern unter allen Umständen nur an die örtlichen Vereine und Ortsgruppen herangetreten werden.“<sup>194</sup> Es folgte eine Unterschrift ohne das obligatorische „Heil Hitler“.

Ganz sicher war man sich der Vorgehensweise offensichtlich nicht. Man befürchtete wohl massive Proteste der relativ gut organisierten jüdischen Landesverbände, denn damit wurden die ersten rein jüdischen Diskriminierungs- und Kontrolllisten angelegt und alle am Ort lebenden erwachsenen Juden namentlich benannt.<sup>195</sup> Gleichzeitig wurde durch die Bezeichnung „Verein“ den jüdischen Ge-

---

<sup>191</sup> HStAM Bestand 180 Marburg Nr. 4828.

<sup>192</sup> Es bleibt unklar, was in diesem Zusammenhang unter „politischer Gliederung“ zu verstehen ist, gab es doch keine politischen Alternativen mehr, sondern nur noch ein verzweifelter oder desinteressiertes Schweigen oder ein „Heulen mit den Wölfen“.

<sup>193</sup> Schreiben vom 20. 09.1935. HStAM Bestand 180 Marburg Nr. 4828. Kennzeichnung durch die Verf.

<sup>194</sup> HStAM Bestand 330 Neukirchen B 7105 / Unterstreichungen im Original.

<sup>195</sup> Dies galt zumindest für die jüdischen Landgemeinden Hessens, welche letztlich so klein waren, dass aus religiös-moralischen Gründen alle erwachsenen Juden wenigstens in einer der religiösen Verbindungen wie der Beerdigungsbruderschaft, der Frauenhilfe o.ä. Mitglied waren.

meinden ein Religionsstatus abgesprochen, wie aus der folgenden Überschrift hervorgeht: „Verzeichnis der jüdischen Einwohner, 1.10.1935 / Name des Vereins: Jüdische Gemeinde / Jüdisch-politische Einstellung: religiös – liberal.<sup>196</sup> Damit grenzte man nicht mehr eine religiös unerwünschte Minderheit aus, sondern betonte verstärkt den Rassefaktor. Durch die Einbeziehung der Kultusgemeindeunterlagen wurde über jeden einzelnen Juden hinaus auch die örtliche Gemeinde-Organisation erfasst.<sup>197</sup>

In Neukirchen betraf diese Erfassung auf Anweisung des Landrats Wisch vom 16.10.1935 den Israelitischen Männerverein, den Israelitischen Frauenverein und den jüdischen Sportverein „Makkabi“.<sup>198</sup> Bei letzterem war der Begriff „Verein“ ein wenig übertrieben, denn diese Gruppe hatte zur Zeit der Überprüfung gerade einmal sieben Mitglieder.

---

<sup>196</sup> Zur Klärung der religiösen Ausrichtung gibt es ein Schriftstück der Staatspolizeistelle Kassel, in welchem bezüglich vorhergehender Rundverfügungen eine Abänderung der „jüdisch-politischen“ Einstellung gestattet wird. Dort heißt es, dass die Worte „neutral – assimilatörisch – zionistisch – orthodox“ gestrichen werden dürfen und durch die Worte „religiös-liberal“ ersetzt werden können. Die in diesem Zusammenhang genannte „Vereinigung für das religiös-liberale Judentum e.V.“ kann nicht näher benannt werden.

Es bleibt jedoch unklar, was sich die Initiatoren dieser Befragung unter einer dezidiert *jüdisch*-politischen Einstellung vorstellten. Die religiöse Ausrichtung der Jüdische Gemeinde Neukirchen war nach Aussagen von Emigranten orthodox und mit Sicherheit nicht liberal, wie es diese Liste für Neukirchen nahe legt. Und ihre wahre politische Einstellung verschwiegen die deutschen Juden seit der Machtergreifung tunlichst. HStAM Bestand 330 Neukirchen B 7105.

Hier sei auch auf eine schon im Juli 1935 vom Regierungspräsidenten an die „Landesstelle Kurhessen des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda“ versandte Aufstellung über die „Kopfzahl“ der im Regierungsbezirk lebenden Juden verwiesen. Der Landkreis Ziegenhain stand dabei nach den Landkreisen Marburg und Eschwege mit 609 Juden an dritter Stelle der 17 Landkreise. Über die Zielsetzung dieser „Judenanzahl“ mag ein in diesem Aktenbestand vorhandenes undatiertes Schriftstück hinweisen, welches die Landkreise „unter dem Gesichtspunkt der „Kasernierung in Kassel / Kasernierung in Bebra“ [Ghettobildung? d. Verf.] zusammenfasst.

Thomas KLEIN, Geheime Staatspolizei, Dokument 213 vom 4.8.1935, S. 852f; HStAM Bestand 165 Nr. 3863.

<sup>197</sup> Josef WALK, Sonderrecht, S. 124, 17.8.1935. Als Vorläufer dieser Kontrolle kann die vom Polizeipräsidenten und Leiter der Staatspolizeistelle Kassel, Friedrich Pfeffer von Salomon, bereits im Oktober 1933 im jährlichen Rhythmus verfügte Kontrolle über das jüdische Vereinswesen und u.a. über „inländische Juden, die bisher in irgendeiner Form in politischer Hinsicht in Erscheinung getreten sind“, gesehen werden. Dies gilt auch für die von der Geheimen Staatspolizei mit Erlass vom 19.07.1934 geforderte Aufstellung sämtlicher jüdischer Organisationen. Siehe dazu Thomas Klein., Geheime Staatspolizei, S. 619, S. 647 und S. 661.

<sup>198</sup> Bei den Männer- und Frauenvereinen handelte es sich weniger um Geselligkeitsvereine als vielmehr um geschlechtsspezifische Gruppierungen, welche z.B. für die Einhaltung der religiösen Vorschriften Sorge trugen (Chewra Kadischa).

## Information und Indoktrination

Nachdem mit den „Nürnberger Gesetzen“ das Vorgehen der Nazis gegen die Juden in den Augen der Bürger endlich eine staatliche Legitimation erhalten hatte, herrschten nun wieder „Recht und Ordnung“. Die „Volksgenossen“ gewannen den Eindruck, dass das oft als anarchisch empfundene Vorgehen von SA und Hitlerjugend nun stärker offizieller Lenkung unterworfen wurde. Dies betraf aber nur ihren ureigensten Lebensbereich, denn gegenüber den Juden hatte sich trotz anhaltender Hetze unterer Nazidienststellen sowie von Organen wie dem *Stürmer* ein Zustand der Gleichgültigkeit und des Desinteresses breit gemacht. Wenn die Zustimmung zur NS-Politik gestiegen war, so beruhte dies in erster Linie auf einer persönlich empfundenen Verbesserung der Lebensumstände. So konnten die „Mitläufer“ auch in Neukirchen über die alltäglichen Schikanen gegen „die Juden“ hinwegsehen und diese als Einzelvorfälle abtun. Dies wurde ihnen noch dadurch erleichtert, dass die jüdischen Nachbarn anscheinend durch kaum einen der bis dahin erfolgten Erlasse und Verordnungen sichtbar betroffen waren. Es hatte in Neukirchen nur den jüdischen Lehrer Schaumberg gegeben, aber keine weiteren jüdischen Richter oder Beamte, die bereits 1933ff herausgedrängt worden wären. Es gab keine weiterführende Schule am Ort, keine jüdischen Rechtsanwälte. Zwar gab es Vereine, welche die Juden aus ihren Mitgliederlisten gestrichen hatten, und Märkte, zu denen Juden der Zutritt verboten worden war. Doch diese Einschränkungen blieben unauffällig, man selber war ja nicht davon betroffen. Und in Neukirchen gab es schließlich noch immer jüdische Geschäfte, bei denen man zwar nur noch selten oder gar nicht mehr kaufte, die aber alle unverändert im Stadtbild präsent waren. Worüber sollte man sich als Nachbar also seine Gedanken machen – vor allem, wenn man sowieso als „unpolitischer“ Untertan in konservativer Haltung erzogen worden war?

Die Informationen, zu denen die Neukirchener Nachbarn Zugang hatten, waren durch die NS-Propaganda gesteuert, die ihre Früchte trug. Es fehlte der Wille oder die Ausbildung zur Differenzierung der Nachrichten. Rein äußerlich hatte sich für die „Volksgenossen“ das Leben verbessert, man gehörte zur großen Volksgemeinschaft und war nicht gewillt, sich dabei durch den vordergründig wirtschaftlichen Niedergang von ein paar ortsansässigen Juden stören zu lassen. Es war so einfach. Antisemitische Vorfälle wurden als Einzeltaten unkontrollierter Organisierter abgetan, und der tägliche Antisemitismus durch Blicke, Schmähungen, Schilder tat keinem Neukirchener Volksgenossen weh. Es betraf sie nicht, was sollten sie sich darum scheren.

Von der heutigen Mediengesellschaft war man in einem hessischen Landstädtchen der frühen dreißiger Jahre unendlich weit entfernt. An Informationsmöglichkeiten gab es nur die gleichgeschalteten Regionalzeitungen wie die *Ziegenhainer Zeitung*, den *Schwalm-Boten* oder die *Frielendorfer Zeitung*, welche in ihrem überregionalen Teil die offiziellen Verlautbarungen druckten und sich

ansonsten im Rahmen „Amüsantes und Aufregendes aus aller Welt“ bewegten. Der Regionalteil beschränkte sich zum einen auf Veranstaltungen der NSDAP und ihrer Unterorganisationen, zum anderen auf Jubiläen, Unfälle oder ähnlich gelagerte Vorfälle unpolitischer Art. Eine echte Information war diesen Blättern selbst zwischen den Zeilen kaum zu entnehmen. Und wie viele hatten schon Interesse am offiziellen Sprachrohr der NSDAP, der Kasseler *Kurhessischen Landeszeitung*, und wer kannte den *Völkischen Beobachter* nicht nur vom Hörensagen, sondern las ihn wirklich regelmäßig?<sup>199</sup> Das waren aufgrund der Sozialstruktur und der Wirtschaftskraft in Neukirchen wohl nur wenige, und noch weniger, die sich Gedanken machten – oder machen wollten.<sup>200</sup>

Und wer hatte Zeit und Neigung, sich außer aus einer voyeuristischen Perspektive heraus mit dem Hetzblatt *Der Stürmer* zu befassen? Ob dieses Hetzorgan wie in Ziegenhain (März 1935) und Nausis (September 1935) auch in Neukirchen einen „Stürmer-Kasten“ hatte, hat sich nicht rekonstruieren lassen. Doch es gab einen öffentlichen Aushang, und gar mancher hatte Angst, hier wegen „judenfreundlicher Haltung“ denunziert zu werden, so, wie es Karl Lippert geschah, der mit dem Aushang „*Pg's und Christen, kauft nicht bei Karl Lippert, denn er verkauft an Juden!*“ denunziert wurde. Auch Meir Sapir kann sich noch heute an diesen „Pranger“, wie er ihn nennt, erinnern.<sup>201</sup>

Hinsichtlich der Informationswilligkeit und zeitlicher sowie finanzieller Möglichkeiten lag gerade auf dem platten Land vieles im Argen, und nicht jeder Ort hatte ein so rühriges (nationalsozialistisches) Gemeindeblatt, wie es der „Frielendorfer Anzeiger“ für den Frielendorfer Umkreis darstellte. In der Schwalm hatte das gesprochene Wort noch immer den Vorrang vor dem gelesenen. Also blieb oft nur der Stammtisch als Nachrichtenbörse – mit all den daraus folgenden Schwerpunktsetzungen.

---

<sup>199</sup> „Die nationalsozialistische Presse, in der Hauptsache vertreten durch ein großes Gauorgan, erfüllt im Bezirk ihre Aufgabe. Sie wird in starkem Maße gelesen und ist weit verbreitet. [...] Die „Werbewoche der NS-Presse“ hat dagegen keinen großen Widerhall gefunden“, heißt es für 1936. So lässt sich vorsichtig vermuten, dass es vor allem die „Zwangsbezieher“ des Gauorgans, nämlich Angehörige der NSDAP und deren Gliederungen, waren, welche für den Erfolg sorgten. Die „lokale Presse [hatte] auf Grund besonders interessanter Lokalberichterstattung und hervorgehobener Betonung landwirtschaftlicher Belange“ mit Sicherheit mehr Zuspruch – wiewohl auch diese mit den Jahren der NS-Herrschaft deutlich in ihrer Lokalberichterstattung verflachte. Thomas KLEIN, *Der Regierungsbezirk Kassel*, S. 771.

<sup>200</sup> Sehr prägnant beschreibt dies Sebastian Haffner in seinen Erinnerungen: „Viele Zeitungen und Zeitschriften verschwanden von den Kiosken – aber viel unheimlicher war, was mit den übrig gebliebenen geschah. Man erkannte sie nicht mehr recht wieder.“ Diese Wandlung vollzog sich auch mit der *Ziegenhainer Zeitung* und dem *Schwalm-Boten*. Beide Zeitungen gingen Anfang 1938 im *Schwalmkreis* auf. Sebastian HAFFNER, *Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914-1933*. München 2002, S. 195.

<sup>201</sup> Gespräch mit Herrn Lippert 17.01.2008; Briefwechsel mit den Gebrüdern Spier.

Wer aber die Zeitung tatsächlich las, wer den *Stürmer* goutierte, die Reden der (regionalen) Parteigrößen hörte, war einer immer mehr brutalisierten Sprache ausgesetzt, die jüdische Nachbarn zu Feinden des Deutschen Volkes stempelte, zu „Ungeziefer“, welches es schon in sprachlicher Hinsicht zu entwürdigen galt. Hieß es Gestapa-intern noch „gemäßigt“ antisemitisch: „Man hat nicht vergessen, dass das Judentum gerade in Kurhessen seit über hundert Jahren eine maßgebende Rolle gespielt und die Bevölkerung in beispielloser Weise ausgeplündert hat“, so klang das in der gleichgeschalteten Presse und bei Offiziellen von NSDAP und SA häufig in gröbster Form antisemitisch bis hin zu „totschlagen“.<sup>202</sup>

Und der Rundfunk? Dies war ein Luxus, den sich durch das preisgünstige Angebot des Volksempfängers mehr und mehr, aber eben noch immer nicht alle „Volksgenossen“ leisten konnten.<sup>203</sup> Zu wichtigen Reden der NS-Herrschenden wurden die Einwohner auf den Marktplatz oder ins Gasthaus zitiert<sup>204</sup>, wo unter dem Gruppendruck keiner mehr ausscheren konnte. In Neukirchen werden wohl überwiegend die Männer dieser „Einladung“ gefolgt sein, auch um danach noch in der Gaststube weiter zu politisieren - natürlich im Sinne des NS-Regimes. Politik war in der Schwalm Männersache.

Durch diese öffentlichen Übertragungen wurde vor allem auch die Schuljugend indoktriniert, welche sich häufig geschlossen die Reden der NS-Prominenz anhören musste. Verbunden mit den NS-Feiersymbolen wie Fahnen, Aufmarsch und Fackelzug hatten diese Übertragungen einen hohen emotionalen Stellenwert. Dies galt auch für die öffentlichen Rundfunkübertragungen, welche sich mit dem Volkstum beschäftigten, wie beispielsweise am Erntedankfest oder zur Tracht der Schwalm.

Allgemein war das „Luxusobjekt“ Radio in der Region nicht in dem gewünschten Maße verbreitet, vor allem, da die technischen Möglichkeiten der Übertragung

---

<sup>202</sup> Bericht aus Kassel vom 04.05.1934, in: Thomas KLEIN, Geheime Staatspolizei, Bd.1, S. 88.

<sup>203</sup> Der Volksempfänger, welcher 1933 noch mindestens 76 RM gekostet hatte, d.h. zwei Wochenlöhne eines gut verdienenden Arbeiters, wurde 1938 in einer kleineren Version, der sogenannten „Goebbelschnauze“, für nur noch 35 RM angeboten. So ließ sich die Zahl der Rundfunk empfangenden Haushalte von 25% in 1933 auf 65% in 1941 steigern. Hinzu kam eine monatliche Rundfunkgebühr von 2, RM. Es bleibt bei dem geringen Einkommen der Kleinbauern, Landarbeiter, kleinen Handwerker und Händler der Region trotzdem doch recht fraglich, ob der Rundfunk bis zum Kriegsbeginn ein weit verbreitetes Medium in ländlichen hessischen Haushalten war.

<sup>204</sup> In Kassel geschlossen am 30.01.1937 sogar die Geschäfte, damit „die Einbeziehung aller in den Gemeinschaftsempfang“ funktionierte. Nun konnte sich niemand mehr mit einer Ausrede dem Zwang entziehen, so „dass am Abend des 30. Januar jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau sagen kann: *Ja, ich habe meinen Führer gehört.*“ Kasseler Post, 29.1.1937, in: Jörg KAMMLER, Dietfrid KRAUSE-VILMAR, Siegfried KUJAWSKI, Wolfgang PRINZ, Robert WILMSMEIER, Volksgemeinschaft und Volksfeinde. Kassel 1933-1945, Kassel 1984, S. 79.



noch unausgereift waren, und der Empfang auf dem platten Land oft nur mit sehr hochwertigen, teuren Geräten möglich war.<sup>205</sup> Und politisch Andersdenkende machte spätestens seit Kriegsbeginn der Besitz eines Radios als potentielle Hörer von Feindpropaganda verdächtig.

Und wollten sich die Volksgenossen einmal von all den anstrengenden Diensten in HJ, Frauenschaft und Ortgruppe erholen, von den Verpflichtungen zu „Winterhilfswerk“ und „Eintopfsonntag“, so bot sich noch immer ein seichtes Lichtspiel als Ablenkung vom Alltag an, denn das Kino hatte eine herausragende Bedeutung für die nationalsozialistische Einflussnahme. Lichtspielvorführungen gab es häufig auch in den Landstädten ohne eigenes Lichtspieltheater, und selbst auf den kleinsten Dörfern sorgten die Unterorganisationen der NSDAP wie die Gaufilmstelle in Kassel oder „Kraft durch Freude“ für Filmvorführungen zu günstigen Preisen. Man war sich seitens der Nazi-Partei der ideologischen Wirkung oder Einlullung durchaus bewusst, und propagandistisch besonders wertvolle Filme waren dann auch eine Pflichtveranstaltung in Schule oder HJ.

Vor jedem Hauptfilm spielte man einen Kulturfilm, der in den frühen Jahren der NS-Herrschaft vordergründig unpolitisch war, in seiner Tendenz jedoch zur Festigung des deutschen Volkstums beitragen sollte. Die nachfolgende, propagandistisch aufbereitete Wochenschau brachte neben dem tendenziösen oder seichten Hauptfilm die NS-Parolen bis in die kleinsten Ortschaften. Dies galt in späteren Zeiten auch für die NS-Hetz- und Propagandafilme wie „Kolberg“ oder „Jud Süß“, welche in Neukirchen bei ihrer Aufführung im Saal der Gastwirtschaft Wennerhold auf großes Interesse stießen.<sup>206</sup>

Eine gesellschaftspolitische Indoktrination erfolgte darüber hinaus durch die Veranstaltungen der Organisation „Kraft durch Freude“. Diese veranstaltete vor allem die beliebten „Deutsche Abende“, wo die Beeinflussung angeblich „Unpolitischer“ durch die NS-Ideologie geschickt verpackt transportiert wurde und antisemitische Inhalte in humoristischer Verkleidung sowie NS-„Heldenstücke“ zur Aufführung kamen, welche auch zum Repertoire der von HJ und BdM veranstalteten Geselligkeitsabende gehörten. Ebenso gab es gelegentlich Theater-, Konzert- und Varietévorstellungen direkt vor Ort, ein wichtiger Faktor in der Provinz. Politische Veranstaltungen der NSDAP erfreuten sich dagegen nicht so

---

<sup>205</sup> Bereits 1935 hatte der Regierungspräsident in einem Schreiben an die Landräte des Bezirks anfragen lassen, „inwieweit die Bevölkerung mit Rundfunkgeräten ausgestattet ist und in wieweit sich Unzuträglichkeiten daraus ergeben, dass Kurhessen außer Frankfurt keine eigenen größeren Sender aufzuweisen hat.“ ebd., S. 81.

Siehe dazu auch Thomas KLEIN, Der Regierungsbezirk Kassel, S. 772, wo der Regierungspräsident von Monbart 1936 des längeren auf die geringe Verbreitung von Rundfunkgeräten und den überaus schlechten Empfang der Sendungen im Regierungsbezirk Kassel hinweist.

<sup>206</sup> Frau E.W. aus Neukirchen erzählt im Februar 2007, dass gerade der berühmte Film „Jud Süß“ auf großes Interesse stieß, und einige Volksgenossen ihn sich mehrfach ansahen.

sehr der Zustimmung der ländlichen Bevölkerung, wie die Klage über das mangelnde Interesse und die fortdauernd geringe Anteilnahme andeutet.<sup>207</sup>

Es sollte sich im NS-Staat niemand langweilen, die NSDAP und ihre Organisationen hatten immer eine Pflichtveranstaltung oder ein Unterhaltungsangebot parat, wobei durch den Nachbarschaftsdruck im kleinstädtischen/ländlichen Rahmen die Beeinflussung sehr erfolgreich war. Ferner waren diese regional organisierten Veranstaltungen durch ihre Praxisnähe mehr in das eigene Leben einzubinden, als die offizielle Verlautbarungen aus dem fernen Berlin.

Für die Kinder und Jugendlichen war die Mitgliedschaft in den Jugendgruppen der Hitlerjugend, von Pimpfen und Jungmädeln (10-14 Jahre), Jungvolk und BdM (14-18 Jahre), fast unumgänglich. Dazu trug auch der Druck aus der Lehrerschaft bei. Die Kinder wurden bei regionalen NS-Aktionen immer wieder instrumentalisiert<sup>208</sup>, wie der oben bereits geschilderte „Zusammenstoß“ im Jahre 1933 mit den Reichsbannerleuten zeigt.<sup>209</sup>

Es gab auf Dauer unter den Eltern der Kinder und Jugendlichen und unten letzteren selbst kaum jemanden, der sich in der engen Umgebung von Kleinstadt oder Dorf dem Druck entziehen konnte, Mitglied in einer NS-Organisation zu werden.<sup>210</sup> Welches Kind wollte schon abseits stehen, wenn vielfältige Reize für die Attraktivität von Jungvolk oder BDM warben, wenn auch auf Dauer manchem Pimpf die ständigen Aktionen zu viel wurden. Doch ein Ausscheren war unter dem Gruppendruck und ohne Alternativen fast unmöglich, standen doch auch die evangelischen Jugendgruppen unter NS-Einfluss. Noch stärker wurde der Druck auf die Eltern und auch auf die Kinder, als im Dezember 1936 das Gesetz über die Hitler-Jugend erlassen wurde, wodurch die gesamte deutsche Jugend der Pflichtmitgliedschaft unterworfen wurde, damit sie „außer im Elternhaus und in

---

<sup>207</sup> Thomas KLEIN, *Der Regierungsbezirk Kassel*, S. 770.

<sup>208</sup> Einige Beispiele dazu: „Jetzt wird auch die Hitlerjugend in diesen gehässigen Kampf eingespant. Die Kinder werden auf ein Lastauto geladen und schreien im Sprechchor: „Juda verrecke“. Oder sie marschieren durch Straßen, in denen Juden wohnen und singen: „Wenn das Judenblut vom Messer rinnt, dann geht’s nochmal so gut“ oder das andere „Kampflied“: „Köpfen rollen, Juden heulen“. DEUTSCHLANDBERICHTE der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934-1940, Nachdruck Frankfurt 1980, Jahrgang 1935, S. 1033, September 1935, Hessen.

<sup>209</sup> *Schwalm-Bote* 27.02.1933 und 05.04.1933, sowie zur Richtigstellung des Vorfalls Bernd LINDENTHAL in *Hessisch-Niedersächsische Allgemeine*, Ausgabe Schwalm, 03.05.2008.

<sup>210</sup> Während die Organisationsquote vor 1933 bei etwa 1,4% lag, stieg sie nach der Machtergreifung auf 30% und lag 1934 bereits bei 46%. 1936 erfolgte die Zusammenfassung der gesamten deutschen Jugend in der Hitlerjugend, wobei trotz kontinuierlich steigender Mitgliederzahlen ein Beitrittszwang erst im März 1939 erlassen wurde. Damit waren die Geburtsjahrgänge ab 1926 zu beinahe 100% erfasst. Gisela MILLER-KIPP, „Der Führer braucht mich“. Der Bund Deutscher Mädels (BDM): Lebenserinnerungen und Erinnerungsdiskurs. Weinheim und München 2007.

der Schule in der Hitler-Jugend körperlich, geistig und sittlich im Geiste des Nationalsozialismus“ erzogen werde.<sup>211</sup>

Immer wieder war in diesen Jahren in der Regionalpresse über Verwicklungen von Hitlerjungen in Aktionen zu lesen. Eingeworfene Fensterscheiben und die Drangsalierung jüngerer Juden werden in den Erzählungen der Überlebenden wiederholt erwähnt. Viele Hitlerjungen waren aktiv an den Zerstörungen und Plünderungen der Pogromnächte des 8. und 9. November 1938 beteiligt.<sup>212</sup> Die NS-Führung hatte frühzeitig erkannt, wo sie ansetzen musste, um zu bedingungsloser Gefolgschaft zu erziehen.

## 1936 – das Olympiajahr

Für die Nachbarn der Neukirchener Juden standen in diesem Jahr ganz andere Dinge im Vordergrund als etwa die antisemitische Propaganda der Nazis. Da waren zum einen die Olympischen Spiele, deren Ereignisse in aller Breite von der Presse und dem Rundfunk bis in das kleinste Dorf getragen wurden. Hier konnte man sich unter dem Mantel des „unpolitischen“ Sports als Gleicher unter Gleichen fühlen und stolz auf sein Deutschland sein – ohne dabei gleich die allgegenwärtige Propaganda spüren zu müssen. Da saßen die Neukirchener dann in den Gasthäusern und lauschten den Rundfunkübertragungen aus der fernen Reichshauptstadt – und siegte gar ein Deutscher, so fiel ein wenig Glanz auch auf sie.

Seit März 1935 bestand wieder eine allgemeine Wehrpflicht, der junge Nationalsozialisten begeistert folgten. Und nun fand sogar ein großes Herbstmanöver der neuen Wehrmacht im Raum Treysa-Ziegenhain-Neukirchen statt – ein Ereignis, welches manch altem Soldaten den Glanz in die Augen trieb. Bei dieser Gelegenheit bereitete man dann die hiesige Bevölkerung auch gleich ein wenig auf einen vielleicht bevorstehenden Krieg vor: Man übte auch in Neukirchen unter der Regie des örtlichen Luftschutzwarts, des höchst engagierten Lehrers Rehwald, die Verdunkelung der Stadt.<sup>213</sup>

Mit großem propagandistischem Aufwand wurde in den Zeitungen des Kreises die Ablösung des bisherigen Kreisleiters und gleichzeitigen Landrats Wisch gefeiert, welcher sein Kreisleiteramt abgeben musste, um dem jungen NSDAP-Angehörigen Schuchardt den Weg frei zu machen. Der neue Kreisleiter war im benachbarten Oberaula aufgewachsen, wo sein Vater die Pfarrstelle innehatte. Er war ebenfalls Pfarrer geworden und hatte diese Tätigkeit lange Jahre in Wehrda im Kreis Hünfeld ausgeübt. Gauleiter Weinrich sandte persönlich zu diesem

---

<sup>211</sup> *Ziegenhainer Zeitung* 02.12.1936.

<sup>212</sup> Siehe dazu auch Barbara GREVE, *Zerbrochene Lebenskreise*, S. 232.

<sup>213</sup> Bereits seit dem Beginn der Nazizeit fanden Luftschutz und Verdunklung in der Regionalpresse regelmäßig durch kleinere Artikel und Grafiken Aufmerksamkeit.

kommunalpolitischen Ereignis eine Grußadresse, welche die ganze erste Seite der *Ziegenhainer Zeitung* füllte.<sup>214</sup>

Auch für den Neukirchener Oberlandjägermeister Roßmann gab es im Juli des Jahres einen Grund zu feiern, denn er wurde als Ortsgruppenleiter der nunmehr durch Riebelsdorf erweiterten Ortsgruppe Neukirchen der NSDAP eingeführt. Er müsse in seinem Amt durch die Tat den echten Nationalsozialismus vorleben, forderte der stellvertretende Kreisleiter Keller (Röllshausen). Der neue NSDAP-Ortsgruppenleiter Roßmann gelobte, sein Amt im nationalsozialistischen Geiste zu verwalten, bevor man zum gemütlichen Teil des Abends mit Darbietungen der örtlichen NS-Jugendgruppen überging.<sup>215</sup> Nur wenig später lud Roßmann namens der Ortsgruppe Ziegenhain zum ersten Kameradschaftsabend des „Kameradschaftsbundes deutscher Polizeibeamter“ in das benachbarte Nausis – ein Abend, welchen er unter das Motto „Die Polizei – dein Freund“ stellte – eine Einschätzung, die von den jüdischen Menschen der Umgegend mit Sicherheit nicht geteilt wurde!

Die jüdischen und christlichen Neukirchener lebten mehr und mehr in Parallelwelten. Die Verdrängung der Juden aus der örtlichen Wirtschaft hatte dabei für die Landbevölkerung durchaus weiter greifende Folgen, wie sich aus einer Notiz des Bürgermeisters aus dem November 1936 ersehen lässt<sup>216</sup>:

„[Es] erscheint der Hausschlachter Johannes G. aus Seigertshausen und erklärt mir folgendes:

Wie in den vergangenen Jahren, so muss ich auch in diesem Jahr den Leuten, bei denen ich schlachte, die Därme liefern. Es ist mir aber die Beschaffung derselben geradezu unmöglich, und zwar deshalb, weil ich als Parteigenosse von einem Juden nicht kaufe und die christlichen Händler nicht beliefert werden. Der Drogist M. in Neukirchen kann trotz größter Anstrengung keine Därme bekommen, während der Jude Schwalm aus Treysa und der jüdische Händler Stahl aus Kassel Därme liefern können. Schwalm, Treysa, hat sie sogar einem Hauschlachter nach Leimsfeld gebracht. Der Jude Nussbaum, der in Neukirchen in den letzten Jahren die Därme lieferte, ist in diesem Jahr nach Frankfurt/Main verzogen.<sup>217</sup> Es wäre doch richtig, wenn an seine Stelle ein christlicher Händler treten würde, was man aber anscheinend unterbinden will. Ich beziehe meine Därme schon seit Jahren

---

<sup>214</sup> *Ziegenhainer Zeitung* 27.09.1936.

<sup>215</sup> Nach *Ziegenhainer Zeitung* 01.07.1936.

Georg Roßman, geb. 1883, wurde nach Kriegsende in Haft genommen. Im August 1947 wurde er mit der Angabe, er sei gesundheitlich schwer beeinträchtigt, aus dem Internierungslager Darmstadt entlassen. Sein Spruchkammerverfahren wurde durch die Weihnachtsamnestie 1947 hinfällig. HStAM Bestand 330 Neukirchen B 7005 sowie 330 Neukirchen B 7096.

<sup>216</sup> HStAM Bestand 330 Neukirchen B 3500.

<sup>217</sup> Es handelte sich hier um das auf Öle, Fette und Därme spezialisierte Geschäft von Natalie Nussbaum, welches der Drogist Martin M. Mitte 1936 erworben hatte.

von dem Händler H., Kassel. Dieser hat mir auch erklärt, dass er als Nationalsozialist nicht von Juden kaufen würde und anderswo sei es unmöglich, Därme zu bekommen.

Ich bitte doch, hier einmal eingreifen zu wollen.“

Daraufhin wandte sich der Bürgermeister Ritter umgehend an den zuständigen Landrat Wisch: „Ich bitte von Seiten des Landratsamts Ermittlungen anstellen zu lassen, ob hier eine Machenschaft der jüdischen Händler im Spiele steht.“ Ob der Bürgermeister ernstlich glaubte, die jüdischen Händler würden böswilliger Weise Därme horten und den „Volksgenossen“ damit die Wurst entziehen, sei dahin gestellt. Aus heutiger Sicht erscheint der Vorgang höchst surreal.

### **1936/1937 – die erste Abwanderungswelle**

Im Bericht des Landrats hieß es im Februar 1936, dass die Juden auf dem Land nicht mehr so ängstlich seien: „[...] bei jeder kleinen Belästigung stellen sie Strafantrag usw. Die Frechheit und Unverschämtheit dieser Menschen ist immer noch dieselbe geblieben“. Ergänzend dazu spricht der Berichtspassus „E“ der Staatspolizeistelle Kassel über „Juden“ vom Januar 1936 eine deutlichere Sprache: „Allmählich wird es auch weitesten jüdischen Kreisen klar, dass es an der Zeit ist, sich nach einer Existenzmöglichkeit außerhalb Deutschlands umzusehen. Zahlreiche Passanträge zur Auswanderung zeugen von dieser Absicht. Im Übrigen ist die Auswirkung der Nürnberger Gesetze deutlich erkennbar [...] Die Bedeutung und Gefährlichkeit der jüdischen Arbeit in Deutschland werden immer mehr erkannt. Entsprechende Aufklärungsarbeit, besonders bezüglich des Handels, bleibt jedoch auch weiterhin noch in hohem Maße zu leisten.“<sup>218</sup>

Doch noch immer gehörten die jüdischen Geschäfte zum Stadtbild von Neukirchen. Nur vier Geschäftsleute, die Firmen Albert Levi/Viehhandel, Jakob Spier/Manufaktur- und Modewaren, die Firma Natalie Nussbaum/Därme und Farben, sowie die eigentlich nur auf dem Papier existierende Firma Dina Sonn/Metzgerei und Fellhandel, waren bis dahin aufgelöst resp. verkauft worden, und die Familien hatten ihre Heimatstadt verlassen.

---

<sup>218</sup> Thomas KLEIN, Geheime Staatspolizei, Januar 1936, S. 376.

**Tabelle 5: Jüdische Geschäfte in Neukirchen im Jahre 1936**

Julius Bacharach	Schuhwaren
Adolf Grünebaum	Manufakturwaren
Mendel Levi	Rindviehhandel
Werner Nagel	Manufaktur- und Leinenwaren
Adolf Nussbaum	Buchbinder/Papierwaren
Dina Nussbaum <sup>219</sup>	Fellhandlung
Jacob Nussbaum I	Manufakturwaren
Markus Nussbaum I	Manufakturwaren
Markus Nussbaum II	Manufakturwaren
Max Nussbaum I/Leopold Nussbaum	Manufakturwaren
Max Nussbaum II	Manufakturwaren
Natalie Nussbaum <sup>220</sup>	Därme, Felle, Tapeten, Farben
Moritz Sonn	Pferde und Rindviehhandel
Johanna Spier	Manufaktur- und Leinenwaren

Die zweite Hälfte des Jahres 1936 wurde von den Juden Neukirchens mit gemischten Gefühlen erlebt. Einerseits gab es noch immer den Bauern, welcher sein Vieh „bedenkenlos an den Juden [gibt], wenn er glaubt nur einen Pfennig mehr bekommen zu können“, weshalb die Staatspolizeistelle Kassel denn auch noch einen großen Schulungsbedarf hinsichtlich einer stramm nationalsozialistischen Ausrichtung der Bauern sah, welche als raffgierig und unverantwortlich geschildert wurden. Geradezu literarisch äußerte sich der Verfasser, dass dem Bauern die ideologischen „Zusammenhänge von Blut und Boden in Fleisch und Blut übergehen“ müssten.<sup>221</sup> Andererseits war spätestens nach der Olympiade auch jedem bis dahin „unpolitischen“ Juden klar, dass nun die letzten Rücksichten hinsichtlich ausländischer Besucher fallen würden, und dass es keine Besserung der Verhältnisse mehr geben würde.

Im Vorlauf und für die Dauer der Olympischen Spiele war die antijüdische Propaganda fast total eingestellt worden war, um im Ausland einen guten Eindruck zu machen. Der „Stellvertreter des Führers“, Rudolf Heß, hatte dazu eine Anweisung erlassen, welche ausdrücklich judenfeindliche Schilder extremeren [!] Inhalts an den Ortsrändern verbot: „[...] es genügen Schilder wie: Juden sind hier unerwünscht.“<sup>222</sup> Nun fielen diese außenpolitischen Rücksichten mit dem Ende der Spiele weg. Die Diskriminierung und Verfolgung der Juden erhielt in der

---

<sup>219</sup> Umzug nach Frankfurt im Jahre 1936.

<sup>220</sup> ebenso.

<sup>221</sup> Thomas KLEIN, Geheime Staatspolizei, Februar 1936, S. 389.

<sup>222</sup> Thomas KLEIN, Geheime Staatspolizei, u.a S. 768.

Folge einen anderen Schwerpunkt und hatte nun als vorrangige Zielsetzung die wirtschaftliche Ausplünderung im Rahmen der Kriegsvorbereitungen. Unverdrossen beantragten indes noch immer jüdische Händler die Ausstellung von Wandergewerbescheinen. Diese durften ihnen zu diesem Zeitpunkt nicht allein wegen ihres Judentums versagt werden, jedoch sollte „bei deren Erteilung Juden gegenüber mit besonderer Vorsicht vorgegangen werden.“<sup>223</sup> Und da werden sich sicherlich viele Gründe der „besonderen Vorsicht“ gefunden haben. Im Oktober 1936 erschien in der *Ziegenhainer Zeitung* ein Aufruf zur Beantragung von Wandergewerbescheinen, in welchem darauf hingewiesen wurde, dass die Antragsteller in der für sie zuständigen Wirtschaftsgruppe organisiert sein müssen. Dies galt zweifellos für die örtlichen Händler, welche Zwangsmitglieder der „Wirtschaftsgruppe Einzelhandel“ waren. Ob dies auch für die im ambulanten Handel tätigen Juden wie Sally Werner Nagel oder Johanna Spier zutraf, lässt sich nicht mehr rekonstruieren. Da diese sowie weitere Neukirchener Kaufleute jedoch weiterhin versuchten, wenigstens mit dem Handel auf den Dörfern noch ein paar Pfennige zu verdienen, scheint eine Zwangsmitgliedschaft zuzutreffen, denn es ist bekannt, dass Sally Werner Nagel bis zur Pogromnacht 1938 für die Textilfirma Barth in Kassel reiste.

Hinsichtlich der Auswanderungsbestrebungen aus dem Kreis sprechen die Zahlen nun tatsächlich eine deutliche Sprache. So beantragten im Jahre 1935 im Kreis Ziegenhain und in der Stadt Treysa 85 Personen, darunter 43 Juden, einen Reisepass und bekamen diesen auch ausgehändigt.<sup>224</sup> Legt man hier nun das Verhältnis zwischen der Zahl der Einwohner des Kreises, die 1935 etwa bei 40. 000 lag, und der Zahl der noch im Kreis lebenden Juden, etwa 600, zugrunde, so sprechen diese Angaben für sich. Der Emigrationsprozess hatte begonnen. „Zahlreiche Passanträge zur Auswanderung, insbesondere nach Palästina, zeugen von einer erhöhten Auswanderungslust der Juden. Da in manchen Orten beobachtet worden ist, dass sämtliche Juden Pässe beantragt haben, ist anzunehmen, dass hier eine zentrale Anweisung vorliegt.“<sup>225</sup> Die Annahme einer „zentralen Anweisung“ war zwar nur ein Hirngespinnst der Gestapo, die Zahlen für die folgenden Jahre bestätigen aber eine Zunahme der Fluchtbewegungen aus der Region. Dieser Prozess der Ab- und Auswanderung galt auch für Neukirchen.<sup>226</sup>

Martin Nussbaum, geb. 1909, war der Sohn von Moritz Nussbaum und Natalie Goldschmidt. Er arbeitete im Kaufhaus Höxter in Ziegenhain. Seit März 1935 bemühte er sich um einen Reisepass. Sein Antrag wurde jedoch vom Landrat abgelehnt, „da bei der Persönlichkeit des Nussbaum die Gefahr besteht, dass er

---

<sup>223</sup> Joseph WALK, Sonderrecht, S. 158.

<sup>224</sup> HStAM Bestand 180 Ziegenhain Nr. 4278 und Nr. 4279 .

<sup>225</sup> Thomas KLEIN, Geheime Staatspolizei, 04.11.1935; HStAM Bestand 165 Nr. 3820.

<sup>226</sup> Zu den Ab- und Auswanderungen siehe ausführlich Barbara GREVE, Exil oder Tod, sowie dies., Fragebögen – Stempel – Formulare.

bei einer Reise in das Ausland deutsche Interessen schädigen wird.<sup>227</sup> Gegen diesen Entscheid legte Martin Nussbaum umgehend Beschwerde ein. Auf Nachfrage musste der Landrat gegenüber dem Regierungspräsidenten zugeben, dass „bestimmte Tatsachen, die die Annahme rechtfertigen, dass Nussbaum bei einer Reise ins Ausland Belange des Reiches gefährde“, nicht anzugeben seien. Doch nun musste Landrat Wisch das Gesicht wahren und fuhr fort:

„Nussbaum ist in der Bevölkerung und mir selbst als ein zurückhaltender Jude bekannt, aber auch gleichzeitig als ein Jude, der im Hintergrund wirkt, und so liegt unbedingt die Annahme nahe, dass, wenn Nussbaum die Gelegenheit hat, öfters in das Ausland zu fahren, er Nachrichten nach dort bringt, die das Ansehen des Reiches schädigen. Unsererseits ist damit zu rechnen, dass Nussbaum evtl. Gelder in das Ausland verschickt, da sein jetziger Chef, Thilo Höxter in Ziegenhain, sein Geschäft am hiesigen Platze verkaufen will.

Dagegen habe ich gegen die Aushändigung eines Passes an Nussbaum nichts einzuwenden, wenn derselbe diesen zur Auswanderung benutzen will.“<sup>228</sup>

Diese Begründung folgt den haltlosen und unbewiesenen Vorwürfen, welche immer wieder in Verbindung mit der Ausstellung von Reisepässen aufgestellt wurden. Prinzipiell gingen die zuständigen Amtspersonen davon aus, dass Juden, welche ins Ausland reisen, über die tatsächlichen Verhältnisse in Deutschland berichten würden – eine Annahme, welche wohl nicht unbegründet war. Landrat und Regierungspräsident einigten sich letztlich auf die Auswanderungsformel zur Passausstellung. Martin Nussbaum kehrte nach der Schließung des Kaufhauses Höxter in Ziegenhain im Juni 1936 zu seiner Mutter nach Neukirchen zurück. In der Folge zog er mit ihr und dem Bruder Ferdinand nach Frankfurt. Von dort aus gelang ihm unbekanntem Datums die Emigration.<sup>229</sup>

Betrachtet man die Entwicklung der jüdischen Bevölkerung in Neukirchen einmal genauer, so waren von den 1930 in der Stadt gemeldeten 98 jüdischen Personen aller Alterstufen sechs verstorben und 21 Personen verzogen, zwölf davon innerhalb Deutschlands und neun ins europäische und außereuropäische Ausland. Während bei den innerdeutschen Umzügen zum Teil persönliche Motive eine Rolle spielten, sind die anderen Abwanderungen bis auf die des Schneiders Levi Sonn III eindeutig als Emigration zu werten. Im Oktober 1935 hielten sich noch 64 Juden in Neukirchen auf.<sup>230</sup> Von diesen wanderten nach dem „Reichsbürgererlass“ allein im Jahre 1936 acht Personen in die USA und Palästina aus, acht weitere zogen nach Frankfurt.

---

<sup>227</sup> HStAM Bestand 180 Ziegenhain Nr. 4510.

<sup>228</sup> HStAM Bestand 180 Ziegenhain Nr. 4510.

<sup>229</sup> Zu Natalie und Ferdinand Nussbaum siehe ausführlicher weiter unten.

<sup>230</sup> Die Differenz ergibt sich daraus, dass sich einige Abwanderungen nicht haben klären lassen.



Bis zum September 1935 hatten sich die meisten Juden in Neukirchen nicht in dem Maße bedroht gefühlt, als dass über eine umfangreichere Ab- oder Auswanderung ernsthaft nachgedacht wurde. Dem standen neben persönlichen Bindungen, dem Alter, der Sprache und der Kultur oft auch finanzielle Gründe entgegen, hatte doch die Mehrzahl der jüdischen Händler gerade so ihr bescheidenes Auskommen. Letztlich waren es zu einem Großteil die Familien(mitglieder) der wohlhabenderen jüdischen Geschäftsleute in Neukirchen, welche zuerst die Zeichen der Zeit genauer zu deuten wussten.

Dies galt beispielsweise auch für Jakob und Else Spier, eine geborene Jakob aus Kirchhain. Nachdem die Seniorchefin Käthe Spier im Juni 1935 verstorben war, nahmen die Emigrationsvorbereitungen des Ehepaares konkrete Formen an. Jakob Spier verkaufte zu Beginn des Jahres 1936 das einst führende Textilkaufhaus des Ortes an den Textilkaufmann Heinrich J. aus Bad Ems, Mitglied der NSDAP seit 1933.<sup>231</sup> Der Bürgermeister notierte dazu unter dem Datum vom 28.4.1936: „Die Übernahme des Kaufhauses Spier durch den Kaufmann J. aus Bad Ems wird hier allgemein begrüßt. Die NS-Hago ist mit der Übernahme durch den arischen Kaufmann einverstanden.“<sup>232</sup> Aus dem Geschäftsjahr 1934 liegt dazu eine Bilanz vor, welche einen ungefähren Eindruck von den Dimensionen bietet, in denen sich die Umsätze und Gewinnspannen dieses als „wohlhabend“ eingestuften jüdischen Händlers in der Kleinstadt bewegten.<sup>233</sup>

Jakob Spier war bereits seit 1933 im Besitz eines Reisepasses, da er sich wiederholt privat und geschäftlich ins Ausland begeben hatte. Nun hielt ihn nichts mehr in seiner Heimatstadt. Das Ehepaar reiste von Bremen nach New York, wo Jakob und Else Spier am 4. Juni 1936 amerikanischen Boden betraten. Obwohl sich in den Archivalien keine Auswanderungspapiere haben finden lassen, gehörten

---

<sup>231</sup> Bis Mitte des Jahres 1936 konnten jüdische Eigentümer ihre Unternehmen meist noch zu einem annähernd angemessenen Preis verkaufen, da erst gegen Ende des Jahres 1936 NSDAP-Gauwirtschaftsberater Einspruch erheben konnten. Dies bedeutete aber in keinem Fall einen glatten Verkaufsablauf, sondern nur eine erweiterte Chance für einen halbwegs gerechtfertigten Preis. Selbst wenn ein solcher erzielt werden konnte, hieß dies noch lange nicht, dass die erzielten Werte auch zugänglich waren oder gar transferiert werden konnten. Siehe dazu Irntrud WOJAK, Peter HAYES (Hrsg.), „Arisierung“ im Nationalsozialismus. Jahrbuch 2000 zur Geschichte und Wirkung des Holocaust/Fritz Bauer Institut, Frankfurt. Frankfurt 2000, S. 17.

<sup>232</sup> HStAM Bestand 330 Neukirchen B 3497.

NS-Hago: Nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation, eine Gliederung der NSDAP zur weltanschaulichen und wirtschaftlichen Ausrichtung des Mittelstandes im nationalsozialistischen Sinne.

Zur gleichen Zeit versuchte die Firma S. aus Hersfeld, das Geschäft des 84jährigen Georg R. zu übernehmen. Der stellvertretende Kreisleiter Keller befürwortete dies mit der Bemerkung, „dass Herr S. das Textilgeschäft hier anfangen müsse, [...] wäre dringend erforderlich, da dieses nur von jüdischen Kaufleuten hier betrieben wird.“ HStAM Bestand 330 Neukirchen B 3497.

<sup>233</sup> HStAM Bestand 330 Neukirchen B 7024.

Jakob und Else Spier wohl nicht zu der Minderheit, welche mehr oder weniger heimlich auswanderte, da für einen Vermögenstransfer umfangreiche Behörden-genehmigungen notwendig waren. Doch kam diese heimliche Flucht nun wohl häufiger vor, vor allem wohl, wenn man über kein nennenswertes Vermögen verfügte: „Gerade in letzter Zeit ist häufig die Wahrnehmung gemacht worden, dass Juden, ohne ihren steuerlichen Verpflichtungen nachgekommen zu sein und ohne sich abgemeldet zu haben, nach dem Ausland verzogen sind. Es kann sich hierbei vornehmlich nur um Juden handeln, die sich bereits in der Zeit kurz nach der Machtübernahme haben Auslandspässe ausstellen lassen, und das sind bestimmt die geschäftstüchtigsten und damit die schädlichsten gewesen“, heißt es dazu im Lagebericht der Staatspolizeibehörde Kassel vom Januar 1936.<sup>234</sup>

Mit der weiteren Wahrnehmung seiner Interessen beauftragte Jakob Spier den Rechtsanwalt und Notar Dr. Hermann Reis aus Marburg<sup>235</sup>, welcher sich seit Januar 1934 nur noch „Rechtsberater“ nennen durfte und seit Juli 1936 nur noch als Devisenberater firmierte. Rechtsanwalt Reis ließ daraufhin im August 1936 mehrere Aufstellungen der Außenstände bei der ehemaligen Firma Spier anfertigen. Die dort genannten Forderungen reichten von 1,50 RM bis hin zu 350 RM als höchster Schuldsomme. Insgesamt betrugen die Außenstände der 182 Schuldner inklusive einer großen Schuldforderung an den sich bereits in Frankreich aufhaltenden Neukirchener Schneider Levi Sonn III etwa 10.000 RM. Möglicherweise sollte diese Summe mit zur Bezahlung der diversen staatlichen Zwangsabgaben wie beispielsweise der „Reichsfluchtsteuer“ dienen.

---

<sup>234</sup> Thomas KLEIN, Geheime Staatspolizei, S. 385. Bereits im Dezember 1935 hatte der Ziegenhainer Landrat Wisch eine ähnliche Entwicklung bemängelt. Thomas KLEIN, Der Regierungsbezirk Kassel, S. 678.

<sup>235</sup> Dr. jur. Hermann Reis hatte familiäre Bindungen nach Treysa. Sein Name wird immer wieder in Verbindung mit juristischen und devisenrechtlichen Hilfen für die verfolgten Juden in der Schwalm genannt. Hermann Reis wurde Anfang September 1942 von Marburg nach Theresienstadt und von dort 1944 weiter nach Auschwitz deportiert. John K. DICKINSON hat über ihn den Schlüsselroman *German and Jew, The life and death of Sigmund Stein* (i.e. Hermann Reis) geschrieben (Chicago 1967). Siehe zu seiner Person auch Barbara HÄNDLER-LACHMANN, Thomas WERTHER, Vergessene Geschäfte - verlorene Geschichte. Jüdisches Wirtschaftsleben in Marburg und seine Vernichtung im Nationalsozialismus. Marburg 1992, S. 226ff.



**Abb. 16: Julius Nussbaum**

Julius Nussbaum, Sohn des Markus Nussbaum II, der schon 1932 einem antisemitischen Angriff ausgesetzt gewesen war, betrieb wie sein Bruder Sally ebenfalls seine Auswanderung. Dazu stellte er am 10. Juni 1936 einen Antrag auf Ausreise nach New York. Beinahe wäre diese noch gescheitert, denn die United States Line wies ihn im November 1936 darauf hin, dass sein Reisepass nur noch eine begrenzte Gültigkeitsdauer habe. Für die Einreise in die USA müsse dieser aber noch weitere sechs Monate Gültigkeit aufweisen. Zu seinem Glück wurde seinem Antrag auf Verlängerung sofort stattgegeben, denn noch waren die Nazis daran interessiert, möglichst viele Juden ausreisen zu lassen. So konnte er Deutschland am 29. Dezember 1936 mit dem Dampfer „Washington“ ab Hamburg verlassen. Er kam am 8. Januar 1937 in New York an.

Julius Nussbaums Akten sind ein exemplarisches Beispiel für die oft zu verfolgende Verschleppung der sogenannten „Wiedergutmachung“: Sein erster „Antrag aufgrund des Gesetzes zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts“ erfolgte am 11.9.1950, das letztes Schreiben der Akte datiert vom 4.11.1960. Julius Nussbaum verstarb über den Anträgen, seine Witwe Ilse Haas starb am 25.11.1964. Die Akte wurde 1970 geschlossen.<sup>236</sup>

Andere Neukirchener Juden wollten oder konnten den Schritt in die Emigration nicht vollziehen. Noch waren viele nicht so weit, die lebensbedrohliche Situation vorzusehen. Familiäre Bindungen, mangelnde Sprachkenntnisse, Unruhen in Palästina, ungewisse Berufsaussichten oder schlicht Mangel an finanziellen Möglichkeiten ließen sie resignieren und sich immer mehr zurückziehen. Andere versuchten die Ablösung von der Heimat in kleinen Schritten. Sie zogen zuerst in die nächste Großstadt, in der Hoffnung, dort weniger aufzufallen und besser gegen

---

<sup>236</sup> HHStAW Abt. 518 Pak. 972 Nr. 8

die antisemitischen Schmähungen gewappnet zu sein.<sup>237</sup> Bevorzugtes Ziel waren Frankfurt am Main, wo man sich meist im Ostend niederließ. Andere bevorzugten aus privaten Gründen Köln (Familie Stern) oder Wiesbaden (Geschwister Nussbaum). Erst nach dem Novemberpogrom 1938 sah man Frankfurt nicht mehr als Endziel an, sondern als eine Durchgangsstation auf dem Weg in die Emigration, die man möglichst schnell hinter sich bringen wollte. Doch für allzu viele war es zu spät. Sie führte dieser Weg in den Tod.

Aus Neukirchen waren es zuerst nur vereinzelte Juden, welche den Umzug nach Frankfurt wagten, so beispielsweise Samuel und Paula Sonn. Sie verließen die Stadt im April 1936 zusammen mit ihren Söhnen Meinhard und Manfred (s.o.). Seitdem Amtsgericht und Kirche keine Aufträge mehr an Juden vergeben durften, hatte das Geschäft die Familie nicht mehr ernähren können. Darüber hinaus plante der Sohn Manfred gezielt seine Auswanderung nach Südafrika, ein Unterfangen, welches sich durch die Nähe zu den zuständigen Stellen in Frankfurt besser durchführen ließ. So zog man ins Ostend, zunächst in der Hanauer Landstraße 38. Manfred Sonn konnte Deutschland im Juli 1936 in Richtung Südafrika verlassen. Sein Bruder Meinhard lebte bis zur Pogromnacht in Frankfurt. Er wurde dort verhaftet und nach Buchenwald verschleppt. Nachdem er Anfang Februar 1939 entlassen worden war, konnte er im Sommer des gleichen Jahres zusammen mit seiner Ehefrau über Großbritannien in die USA flüchten.



**Abb. 17: Sally Nussbaum**

---

<sup>237</sup> Für viele Juden war die Großstadt eine erste Zuflucht, bei der man die Hoffnung auf eine Besserung der Lage noch aufrechterhalten konnte. In der Großstadt war man unbekannt und hoffte weniger aufzufallen. Kassel und vor allem Frankfurt waren das erste Ziel für die jüdische Bevölkerung der Region. In geringerem Maße wurden auch Berlin, Köln, Düsseldorf und das benachbarte Rheinland/Westfalen gewählt, wobei häufig familiäre Beziehungen eine Rolle spielten. In den Großstädten konnte man auch die Hilfe der Auswandererberatungsstellen in Anspruch nehmen, um zu emigrieren. Doch vielen blieb die Emigration aus den unterschiedlichsten Gründen verwehrt. Sie wurden von Frankfurt oder von ihren neuen Wohnorten aus in die Vernichtungslager deportiert.

41

Eidesstattliche Erklärung!

Nachdem ich auf die Bedeutung einer eidesstattlichen Erklärung aufmerksam gemacht wurde, erkläre ich, der unterzeichnete Maynard Sonn, new York an Eides statt: Mein Vater Samuel Sonn, früher wohnhaft in Neukirchen, Krs. Ziegenhain, war gelernter Buchbinder, er eröffnete im Jahre 1908 eine Buchbinderei, verbunden mit einer Papier- und Buchhandlung, (Gesangbücher, Bibeln u.s.w.) Er arbeitete als Buchbinder für das Amtsgericht und umliegende Kirchen. Im Jahre 1923 legte er sich auch Cigarren und Gigaretten zum Verkauf zu. Nachdem ich im Jahre 1926 aus der Lehre nach Hause kam, erweiterte mein Vater sein Geschäft mit Manufakturwaren, Betten und Bettfedern und ich reiste für unser Geschäft. Das Amtsgericht Neukirchen wird bestätigen können, das wir Manufakturwaren führten, da sich vielleicht noch heute Zahlungsbefehle und vollstreckbare Urteile dort befinden, denn die Leute glaubten, dass sie durch die damaligen Zeiten, an Juden ihre Schulden nicht zu zahlen brauchten. Ich wurde sogar daraufhin von einigen Gläubigern im Jahre 1933 blutig geschlagen. Nebenbei war mein Vater auch als Schächter tätig, für Neukirchen, Ober- und Niederaula. Die Schächtmesser wurden ihm durch die Partei im März 1933 fortgenommen.

Da mein Vater eine 4köpfige Familie von seinem Geschäft ernähren musste und meinen Bruder Manfred und mich je für 3 Jahre in die Lehre schickte und dafür zahlen musste, sowie Wohnung- und Ladenmiete aufzubringen hatte, muss sein Einkommen mindestens Mk. 400.-- bis Mk. 450.-- betragen haben.

Nachdem die Behörden nicht mehr bei ihm arbeiten lassen durften und auch sein Verdienst beim Schächten ausgefallen war, konnten wir nur noch von dem Manufakturwaren Geschäft leben.

In 1936 verzogen wir nach Frankfurt/M. und dort reiste mein Vater für die Firma Schleiffenbaum und Kauss in landwirtsch. Maschinen, Beweis die vorliegende eidesstattliche Erklärung des Generalvertreters Norbert Tannenbaum, früher Frankfurt/M. Beim Abtransport im April 1942 ins Lager wurden ihm alle Papiere fortgenommen.

New York den

1958

United States of America

State of New York

County of New York

Subscribed before me this 7 day of Aug. 1958

*Maynard Sonn*

*Roméo Di Ponte*

ROMEO DI PONTE  
 NOTARY PUBLIC, State of New York  
 No. 03-0266873, Qual. in Bronx Co.  
 Certificate filed in New York County  
 Commission Expires March 30, 1959



beglaubigung gemäß im Gesandtschaftsamt  
 der Bundesrepublik

416 13 1958

DEUTSCHLAND IN NEW YORK

Abb. 18: 1958 gibt Meinhard Sonn, nunmehr Maynard Sonn, Auskunft über die wirtschaftlichen Verhältnisse seines Vaters Samuel Sonn

Frankfurt 13 Okt. 1940

Devisenstelle S. Frankfurt

JS 28-8410

Der Reichsminister hat angeordnet  
 Devisenstelle S I  
 Frankfurt/Main  
 Eing. 16 OKT. 1940  
 Anl.

Antwortlich Ihres werten Schreibens  
 beantworte ich hiermit, die an mich gestellte Frage

Ich ist seit dem 20 Juli Arbeitsloß  
 bin, und durch überanstrengung, vorerst  
 keine Arbeit aufnehmen kann. Bestreite  
 ich meinen Lebensunterhalt seit dem 1 August  
 1940 durch Unterstützung der Jüdischen Gemeinde  
 Abtlg. Wohlfahrtspflege, 67 Mk 80 Pfg.  
 und kleine Gelegenheitsarbeiten

Achtungsvoll  
 Samuel Sonn  
 Hanauer Landstr. 38 I

Hamborch  
 Nr. 160 H.  
 Frankfurt

N. B. Ab 1 November ist meine  
 Wohnung, Hanauer Landstr. 36 I

Abb. 19: Schreiben von Samuel Sonn an die Devisenstelle S in Frankfurt:

Antwortlich Ihres werten Schreiben,  
 beantworte ich hiermit, die an mich gestellte Frage.

Da ich seit dem 20 Juli Arbeitsloß  
 bin, und durch überanstrengung, vorerst  
 keine Arbeit aufnehmen kann. Bestreite  
 ich meinen Lebensunterhalt seit dem 1 August  
 1940 durch Unterstützung der Jüdischen Gemeinde  
 Abtlg. Wohlfahrtspflege, 67 Mk 80 Pfg.  
 und kleine Gelegenheitsarbeiten

Achtungsvoll  
 Samuel Sonn  
 Hanauer Landstr.38 I

Die zurückbleibenden Eltern Sonn waren bereits 57 (Samuel S.) und 55 (Paula S.) Jahre alt. Samuel Sonn konnte in Frankfurt bis zum Novemberpogrom als Vertreter für landwirtschaftliche Maschinen arbeiten.<sup>238</sup> Er wurde am 12. November 1938 verhaftet und bis zum 30. des Monats in Buchenwald festgehalten. Seit Juli 1940 war Samuel Sonn arbeitslos und, wie er selbst schrieb, „durch Überanstrengung“ arbeitsunfähig. Seither lebte er mit seiner Ehefrau von einer kleinen Unterstützung der Wohlfahrtsstelle der Jüdischen Gemeinde sowie kleineren Gelegenheitsarbeiten. Das Ehepaar wohnte zuletzt in der Hanauer Landstraße.<sup>239</sup> Am 24. Mai 1942/11. Juni 1942 wurden beide von Frankfurt „nach dem Osten“ deportiert. In Lublin-Majdanek wurden die kräftigen, arbeitsfähigen jüngeren Männer aus dem Zug geholt. Der nunmehr 60jährige Samuel Sonn gehörte nicht dazu. Danach fuhr der Deportationszug in das Durchgangsghetto Izbica, eine völlig überfüllten Kleinstadt südlich von Lublin, die einst etwa 1200 Einwohner gehabt hatte. Nun lebten hier zwischen 6000 und zeitweilig bis zu 12 000 Menschen. Es herrschten unbeschreibliche hygienische Zustände, da es keine Kanalisation gab. Die Straßen versanken in Schmutz und Schlamm. Ungeziefer plagte die Menschen. Die Häuser waren hoffnungslos überbelegt und die Ernährung völlig unzureichend. Wahrscheinlich blieben die fast zweitausend Menschen aus Frankfurt, ältere Männer, Frauen und Kinder der beiden letzten Frankfurter Transporte, nur kurze Zeit in diesem Durchgangsghetto, bevor sie weiter in das Vernichtungslager Sobibor transportiert und dort sofort nach der Ankunft vergast wurden. Es gibt keine Überlebenden und keine Spuren dieser Transporte. Samuel und Paula Sonn wurden mit dem Datum des Kriegsendes, dem 8. Mai 1945, für tot erklärt.

Die 1868 geborene Marianne Nussbaum hatte in Neukirchen zusammen mit ihrer drei Jahre jüngeren Schwester Bertha im Elternhaus in der Untergasse gewohnt. Beide Schwestern waren unverheiratet. Nachdem Bertha Nussbaum bereits im April 1934 versucht hatte, das Elternhaus zu verkaufen, zogen die Geschwister nun endlich im Frühjahr 1937 nach Wiesbaden, wo Marianne Nussbaum früher einmal gearbeitet hatte. Darüber hinaus gab es verwandtschaftliche Beziehungen in die Stadt, denn ganz in der Nähe ihrer neuen Wohnung lebte der Bruder Leopold. In Wiesbaden führten die Geschwister in die Emser Str. 26a in einer 3-Zimmer-Wohnung „eine bürgerlich eingerichtete Haushaltung“. Marianne Nussbaum war inzwischen gesundheitlich beeinträchtigt und wurde von ihrer Schwester Bertha betreut.<sup>240</sup> Doch auch hier waren die Schwestern nicht vor weiterer Verfolgung und Ausplünderung sicher. Da Marianne Nussbaum als relativ wohlhabend galt,

---

<sup>238</sup> Neben einer „jüdischen“ Infrastruktur gab es in Frankfurt bis zur Zwangsarisierung nach dem Novemberpogrom 1938 eine große Zahl „jüdischer“ Betriebe, so dass viele der vom Lande zuwandernden Juden dort Arbeit fanden.

<sup>239</sup> HHStAW, Abt. 518 Pak. 1026 Nr. 7.

<sup>240</sup> Alle Angaben zu Marianne und Berta Nussbaum HHStAW Abt. 518 Pak. 963 Nr. 10 sowie Abt. 519/3 Pak. 5829, Pak. 5859.

vermutete die Zollfahndungszeitstelle Wiesbaden bereits im Juli 1938: „Es besteht der begründete Verdacht, dass Marianne Nussbaum plötzlich nicht ordnungsgemäß auswandert und Vermögenswerte entgegen den Devisenbestimmungen ins Ausland verbringt. Im Ausland kann sie mit der Unterstützung von Verwandten rechnen.“<sup>241</sup> – eine infame Unterstellung hinsichtlich des Alters und des gesundheitlichen Zustandes der Beschuldigten. Auf Grund dieses Verdachtes wurde aber im Rahmen einer Sicherungsanordnung<sup>242</sup> ihr Bank-Depot über etwa 20.000 RM gesperrt. Marianne Nussbaum nahm dies jedoch nicht gleichmütig hin, sondern protestierte höchst energisch gegen diese Verfügung, welche ihr in der Folge nur mehr monatlich 300 RM zum Lebensunterhalt ließ. Sie war so empört, dass sie in ihrem Antwortschreiben erwiderte, durch diese Beschränkung nun die erste Rate der „Judenvermögensabgabe“ nicht zahlen zu können – angesichts der Schrecken der Pogromnacht eine höchst gefährliche Bemerkung. Letztlich nutzte ihr aber ihr couragierter Protest nichts. Aufgrund ihres Alters und ihrer angegriffenen Gesundheit setzte sie deshalb zur Sicherheit und Rettung ihres restlichen Vermögens ein Testament auf, in welchem sie ihre Schwester Bertha zur Alleinerbin mit der Auflage bestimmte, ihr zur „Jahrzeit“, d.h. ein Jahr nach ihrem Tod, einen Grabstein setzen lassen. Marianne Nussbaum verstarb in Wiesbaden am 24.10.1941.

Bertha Nussbaum, geb. 1871, wurde am 31. August 1942 von Wiesbaden aus deportiert. Auf der Viehverladestelle<sup>243</sup> in Wiesbaden stand dazu ein Sonderzug bereit, welcher die Menschen nach Frankfurt brachte. Ein erhalten gebliebenes Foto dokumentiert den scheinbar geordneten Einstieg der Menschen bei strömendem Regen in Personenwagen 3ter Klasse.<sup>244</sup> „Der Fahrpreis vom Wohnort zur

---

<sup>241</sup> ebd.

<sup>242</sup> Diese Anordnung stützte sich auf das am 01.12.1936 erlassene „Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Devisenbewirtschaftung“, welchem Vorschriften zur Verhinderung von Vermögensverschiebungen und Genehmigungspflicht über Vermögen zugefügt wurden. Dieses Gesetz wurde vor allem Juden gegenüber angewandt. Gleiches galt für eine am 05.12.1936 erlassene Erweiterung zum „Verdacht auf Vermögensverschiebung durch Auswanderer“. Zitiert nach Josef WALK, Sonderrecht, S. 176/177.

<sup>243</sup> Sowohl aus Gründen der reibungslosen Abfertigung der oft mehr als tausend Menschen als wohl auch zu deren Herabwürdigung wurden bei der „Verladung“ der Opfer in städtischem Besitz befindliche und leicht zugängliche Transportflächen gewählt, wie z.B. die Viehverladestelle Wiesbaden, den Schlachthof Dortmund, den Güterbahnhof Berlin-Grunewald, die Großmarkthalle Frankfurt sowie in Neukirchen und Oberaula die Güterabfertigung und Viehverladung der Regionalbahn Treysa-Hersfeld. Da diese Flächen nur zeitweise genutzt wurden, gingen an den anderen Tagen bzw. zu anderen Tageszeiten die dort gewöhnlich stattfindende Geschäfte weiter.

<sup>244</sup> Alfred GOTTWALD, Diana SCHULLE, Die „Judendeportationen“ aus dem Deutschen Reich 1941-1945. Wiesbaden 2005, S. 319.



Sammelstelle Frankfurt/M ist nach Möglichkeit von den Juden selbst zu bezahlen“, hieß es dazu in einem Schnellbrief der Staatspolizeistelle Frankfurt.<sup>245</sup>

In Frankfurt war das Altersheim an der Rechneigrabenstraße 18-20, gleich hinter dem Alten Jüdischen Friedhof, zum Sammelpunkt bestimmt worden. Den Weg dorthin mussten die meist älteren Juden aus der Stadt und dem Regierungsbezirk Wiesbaden mit ihrem bis zu 50kg schweren Gepäck „[...] im Hinblick auf die in Frankfurt/M. herrschende schwierige Verkehrslage [...] unbedingt zu Fuß zurücklegen.“ Er führte vor aller Augen für die 521 Menschen „über Wiesenhüttenstraße, Hermann-Göring-Ufer, Mainkai, Schöne Aussicht, Mainluststraße zur Rechneigrabenstraße.“<sup>246</sup> Am 1. September 1942 fuhr der Deportationszug mit 1110 Insassen nach Theresienstadt ab. Von dort wurde Bertha Nussbaum am 29. September 1942 mit dem 5. Transport weiter nach Treblinka verschleppt. In diese Transporte aus Theresienstadt nach Treblinka wurden besonders viele deutsche Juden eingereicht, „obwohl sie eben deswegen nach Theresienstadt gekommen waren, weil sie von den Deportationen „nach dem Osten“ ausgeschlossen waren. Ihr „Privileg“ bestand nun darin, dass sie zu den Vernichtungseinrichtungen „im Osten“ nicht direkt, sondern über den Umweg Theresienstadt deportiert wurden.“<sup>247</sup> Bertha Nussbaum wurde wie alle anderen Insassen des Zuges in Treblinka sofort nach ihrer Ankunft ermordet.

### **Natalie Nussbaums Weg in den Tod**

Natalie Nussbaum, geb. 1873, war die Witwe des 1924 verstorbenen Moritz Nussbaum. Das Ehepaar hatte sechs Kinder, welche zwischen 1902 und 1916 geboren wurden. Die Familie besaß in der Obergasse 53 ein repräsentatives Eckhaus, in welchem sich auch das Ladengeschäft befand. Nachdem zuerst mit Lebensmitteln gehandelt worden war, spezialisierte sich die Firma immer mehr auf den Handel mit Därmen, Fetten, Tapeten, Ölen und Farben en gros und en detail. Der Hausname war deshalb auch „Feiste“ oder „Fett-Jidd“.

Bereits vor Beginn der Nazizeit hatte die einzige Tochter Regina Nussbaum einen Reisepass für Palästina erhalten. Von dort schickte sie 1935 ein Schreiben an die Familie, dass sie mittellos und krank sei – man möge ihr doch Geld senden. Es scheint, als ob diese Bitte Erfolg gehabt hätte, wobei aus den Akten nicht hervorgeht, inwieweit dieser Grund vorgeschoben und der eigentliche Grund die Rettung eines Teils des Vermögens der Familie (als Mitgift?) war. Regina Nussbaum heiratete 1935 Max Grossmann und lebte in Haifa/Palästina.<sup>248</sup>

---

<sup>245</sup> ebd., S. 317.

<sup>246</sup> ebd.

<sup>247</sup> THERESIENSTÄDTER GEDENKBUCH. Die Opfer der Judentransporte aus Deutschland nach Theresienstadt 1942-1945, hg. vom Institut Theresienstädter Initiative, Academia, 2000, S. 23.

<sup>248</sup> Alle Angaben zu Natalie Nussbaum aus HHStAW Abt. 518 Pak. 11124.

Ihr Bruder Theodor hatte sich umgehend nach der Machtergreifung der Nazis ebenfalls einen Reisepass ausstellen lassen. Zwei Jahre später schrieb er aus Amsterdam an den Bürgermeister von Neukirchen und bat um eine Verlängerung der Gültigkeitsdauer, welche ihm anstandslos gewährt wurde. Im Jahr darauf emigrierte er aus den Niederlanden nach Haifa.

Der Bruder Martin, welcher in Ziegenhain im Kaufhaus Höxter gearbeitet hatte, kehrte nach der Emigration seines Arbeitgebers im Juni 1936 nach Neukirchen zurück, um seiner Mutter beim Verkauf des Geschäftes in der Obergasse beizustehen. Nach dem frühen Tod ihres Ehemannes hatte Natalie Nussbaum die Firma couragiert alleine weiter geführt, sah sich nun aber wegen des Rückgangs der Umsätze durch den anhaltenden Kaufboykott der Bevölkerung im Spätsommer des Jahres 1936 zu einem Verkauf gezwungen. Der Drogist Martin M. erwarb Haus und Geschäft für 19.000 RM, wobei über den tatsächlichen Wert der Immobilie keine Aussagen gemacht werden können.<sup>249</sup>

Im August 1936 verließ Natalie Nussbaum mit ihren Söhnen Martin und Ferdinand Neukirchen und zog nach Frankfurt ins Ostend in die Palmstr. 10, von wo aus beide Söhne ihre Auswanderung betrieben. Diese glückte jedoch nur noch Martin Nussbaum, während sein Bruder Ferdinand zusammen mit der Mutter mit dem 1. Frankfurter Transport am 19. November 1941 nach Litzmannstadt, wie man die polnische Stadt Lodz umbenannt hatte, verschleppt wurde. Das dortige Ghetto war unter den Frankfurter Juden bereits ein Begriff, denn die *Frankfurter Zeitung* hatte bereits im Mai 1940 über seine Einrichtung berichtet.<sup>250</sup>

In den Tagen vor dem Transport gab es bereits Gerüchte. Diese waren so massiv, dass der Vorstand der Jüdischen Gemeinde gezwungen wurde, sie im Freitagsgottesdienst zu zerstreuen. Aber dies gelang ebenso wenig, wie es die Gaffer von den Pöbeleien und dem „Schauspiel“ der mit ihren Habseligkeiten durch die Straßen getriebenen Juden abhielt. Da es sich um die erste Deportation aus Frankfurt und erst die zweite aus dem Großdeutschen Reich handelte<sup>251</sup> und noch keinerlei Nachrichten, sondern nur Gerüchte vorlagen, gingen die Menschen letztlich völlig arglos ihrem Schicksal „im Osten“ entgegen. Die Verschleppung geschah ohne jede Vorwarnung: „Am Morgen des 19. Oktober 1941, einem Sonntag, drangen [...] zwischen sechs und sieben Uhr morgens bewaffnete SA-Angehörige

---

<sup>249</sup> Dieser Verkauf wurde erst am 06.01.1938 ins Grundbuch eingetragen. HHStAW Abt. 518 Pak. 11124.

<sup>250</sup> Siehe dazu „Und keiner hat für uns Kaddisch gesagt ...“ Deportationen aus Frankfurt am Main 1941 bis 1945. Begleitpublikation zur gleichnamigen Ausstellung im Jüdischen Museum der Stadt Frankfurt am Main. Frankfurt 2004, S. 187.

<sup>251</sup> Die erste Deportation aus dem Reichsgebiet fand am 18. Oktober 1941 von Berlin aus statt. Götz Aly konstatiert, dass die ersten Großdeportationen aus den vom Lufkrieg heimgesuchten Städten wie Köln, Berlin und Frankfurt erfolgten. Dies sieht er auch für die zweite Deportationswelle nur zehn Tage später, welche neben Frankfurt auch Kassel erfasste. Götz ALY, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus. Frankfurt am Main 2005, S. 140.

in die Wohnungen der jüdischen Familien ein [...]“ und erklärten: „Es wird Ihnen hiermit eröffnet, dass Sie innerhalb von zwei Stunden Ihre Wohnung zu verlassen haben. Die beauftragten Beamten sind gehalten, bis Sie ihre Koffer gepackt und Ihre Wohnung ordnungsgemäß hergerichtet haben, bei Ihnen zu bleiben und Sie alsdann zum Sammelplatz zu bringen. [...] Außerdem haben Sie sich selbst ein Schild um den Hals zu hängen, auf dem Ihr Name und Geburtstag angegeben sind sowie Kenn-Nummer.“<sup>252</sup>

Unter den Augen der Bewacher musste eine Vermögenserklärung ausgefüllt werden, damit die Wertgegenstände und der vorhandenen Hausrat „ordnungsgemäß“ beschlagnahmt werden konnten. Anschließend versiegelte die Gestapo die Wohnungen, damit „dem Reich“ keine Werte entgingen, denn der Besitz sollte in der Folge versteigert werden. Für ihre Aufgabe waren die SA-Männer zuvor in einem Merkblatt darüber aufgeklärt worden, sich nicht „durch Bitten oder Drohungen oder sonst irgend etwas etwa weich stimmen zu lassen“. Die „notwendige Härte“ sollte in jedem Fall gewahrt bleiben. Ferner hatten sich die beteiligten Beamten zu verpflichten, „dass keiner sich das Eigentum der Juden aneignet, dass die Juden nicht misshandelt oder sonst wie schikaniert werden. Zwei SA-Führer bzw. Parteigenossen, Gestapo oder Polizei gehen in die Wohnungen der Juden. [...] Hierzu stellt die SA 250 ordentliche, handfeste Männer. Anzug: Uniform mit Pistole.“<sup>253</sup>

Bewacht von diesen Männern mussten die 68jährige Natalie Nussbaum und ihr Sohn Ferdinand sowie weitere Bewohner der umliegenden Häuser mit ihrem unförmigen Gepäck durch ein Spalier einer aufgewiegelten Menge laufen, welche die verzweifelte Menschen mit faulem Gemüse bewarf und bespuckte.<sup>254</sup> Ziel war das neu eingerichtete Sammelager für die zu Verschleppenden im Keller der Frankfurter Großmarkthalle am Ostbahnhof. Hier wurden sie unter Drohungen und Misshandlungen zu den verschiedenen Stationen der Registrierung und Ausplünderung getrieben. Besonders entwürdigend waren dabei für die Frauen die Leibesvisitationen vor den Augen der SA- und Gestapomänner. Noch in der Nacht wurden die mehr als 1100 eingeschüchterten Menschen unter Geschrei auf Einzelabteile 3. Klasse eines Personen-Sonderzugs verteilt.

Der Zug kam am Mittag des 21. Oktober 1941 in Litzmannstadt auf dem Bahnhof Radogoszcz (Radegast) direkt neben dem Ghetto an. Nach 35 Minuten waren die Waggons „entladen“. Mit ihren Koffern und Bündeln beladen mussten die Frankfurter Juden zu Fuß in das Ghetto laufen. Hier wurden die „Neueingesiedelten“

---

<sup>252</sup> Zitiert nach Monica KINGREEN: Gewaltam verschleppt aus Frankfurt. Die Deportationen der Juden aus den Jahren 1941-1945, in: Monica KINGREEN (Hrsg.), „Nach der Kristallnacht“. Jüdisches Leben und antijüdische Politik in Frankfurt am Main 1938-1945. Frankfurt am Main/New York 1999, S. 358, dort zitiert nach HHStAW Abt. 649-495.

<sup>253</sup> Aktennotiz des SA-Standartenführers, zitiert nach Adolf DIAMANT: Gestapo Frankfurt am Main. Zur Geschichte einer verbrecherischen Organisation in den Jahren 1933-1945. Frankfurt am Main 1988, S. 208.

<sup>254</sup> „Und keiner hat für uns Kaddisch gesagt ...“, S. 184.

Rabbi Dr. Leop. Neuhaus

2241 Hugelwood Ave.

Detroit 6 (Mich.)

Sehr geehrte Frau Heidelberger!

March 2/1947.

Nach Laugen, Laugen Suchen habe ich endlich alle von Ihnen gesuchten gefunden:

- 1) Frau Dina Nussobaum geb. Lonn, geb. 6. 8. 1877 in Keuteichen, wohnhaft Frankfurt (H.), Bäumweg 52 (nicht 58)
- 2) Hannah (eigentl. Johanna), geb. 8. 5. 1905 in Keuteichen, wohnhaft in Frankf., Bäumweg 52.
- 3) Levi Nussobaum, geb. 1. 5. 1899 in Keuteichen, wohnhaft Frankfurt, Uhländstr. 46
- 4) Toni Nussobaum, geb. Katz, geb. 26. 2. 99 in Uhländstr., wohnhaft Frankf., Uhländstr. 46
- 5) Albert Benschorn, geb. 20. 4. 1913 in Mörfelden, wohnhaft Frankfurt (H.), Gr. Kollgraben 29
- 6) Frieda Benschorn, geb. 20. 4. 09 in Keuteichen, geb. Wittmann, Frankf., Gr. Kollgraben 29
- 7) Sally Benschorn, geb. 13. 7. 39 in Frankfurt, wohnhaft dort Gr. Kollgraben 29
- 8) Bertha Nussobaum, geb. 19. 11. 12 in Keuteichen, wohnhaft Frankf., Bäumweg 52

Sind sämtlich am 19. Oktober 1941 von Frankf. nach Łitzemansdorf deportiert worden und im Jahre 1943/44, nach Auflosung des Lagers Łitzemansdorf nach Lublin - Ost in das Vernichtungslager deportiert worden. Von dort sind leider von diesem Transport mit 6 Personen zurückgekehrt. Es tut mir leid, Ihnen solche

Abb. 20 a: Der ehemals in Frankfurt lehrende Rabbiner Dr. Neuhaus bemühte sich nach dem Krieg, Angehörige über das Schicksal ihrer Familienmitglieder zu informieren.

<sup>255</sup> Zum Ghetto Lodz siehe Hanno LOEWY, Gerhard SCHOENBERNER (Red.), „Unser einziger Weg ist Arbeit“: das Ghetto Lodz 1940-1944, Wien 1990.

zuerst in Sammellager gezwängt, bevor sie in die bereits völlig überfüllten und hygienisch katastrophalen Wohnungen eingewiesen wurden. Diese befanden sich meist in einstöckigen Holzhäusern. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits 160 000 Juden im Ghetto, nun kamen mit den neuen Transporten noch einmal ca. 20 000 vor allem ältere Menschen dazu, wodurch die Lagerleitung vor gravierende Probleme gestellt wurde.<sup>255</sup>

traurige Nachrichten mitteilen an vnn. ven.  
 So hat mich Überwindung gekostet Ihnen  
 dies alles zu schreiben. —————  
 Ich wünsche Ihnen von Herzen  
 glückliche Reise nach ארץ ישראל  
 alles Gute für die Zukunft.  
 אני מנסה אולי בקושי לומר  
 ואלו שיש להם אחרים הימים  
 עם כבוד  
 ה' יתן לנו ארצה זבת חלב ודבש  
 ניהו י"ג  
 Rubiner Ahnen

Abb. 20 b: Die hebräischen Zeilen lauten: Ich sende meinen Segen zu euch mit Grüßen und allen guten Wünschen für das Ende aller Tage [wenn der Messias kommt].

Wer immer von den Alten – und dazu zählte Natalie Nussbaum mit ihren 68 Jahren – diesen ersten sehr strengen Winter mit seinen Hungerrationen überlebte<sup>256</sup>, wurde, sofern er nicht Arbeit hatte, seit dem 4. Mai 1942 zur Vernichtung nach Chelmno/Kulmhof weitertransportiert. Dies wurde offiziell mit dem berechtigten Aussiedlungs-Aushang Nr. 374 bekannt gemacht, welcher die Illusion erweckte, in ein anderes Lager zu kommen. Da nur 12 1/2 Kilo Gepäck auf dieser „Aussiedlung“ mitgenommen werden durften, empfahl man den Betroffenen zynischerweise den Verkauf der letzten (Wert)Gegenstände. Zur „Aussiedlung“ wurden wiederum Züge von etwa 1000 Personen zusammengestellt, die bis zum Bahnhof Warthbrücken fuhren, wo die Deportierten in eine Schmalspurbahn steigen mussten. Hier in Warthbrücken waren große Lagerhallen errichtet worden, in denen die allerletzten Habseligkeiten zurückgelassen werden mussten, bevor die Opfer zur Ermordung in die drei in Chelmno stehenden Gaswagen getrieben wurden. Ihre Leichen wurden im sogenannten Waldlager bei Chelmno verscharrt und später verbrannt.

Natalie Nussbaum gilt als unbekannt verschollen.

In der Akte zum Wiedergutmachungsantrag<sup>257</sup>/Entschädigungsakte bemühte sich der Schwiegersohn Max Grossmann aus Tel Aviv in den 50er Jahren um eine Klärung der Todesumstände. Dort findet sich ein maschinengeschriebener Brief aus dem Jahre 1958 von einem „Onkel Max“ aus Leipzig.<sup>258</sup> Dieser Brief soll im genauen Wortlaut wiedergegeben werden, da er ein Beispiel für die Probleme ist, mit denen sich Überlebende oder Angehörige von Ermordeten in der Nachkriegszeit auseinandersetzen mussten. Darüber hinaus gestattet er auch einen ausschnittweisen Blick auf die Ausbeutungs- und Täuschungsmanöver des nationalsozialistischen Systems.

---

<sup>256</sup> „Aus der Leichenhalle werden die Toten ohne Unterlass nach allen Teilen des Friedhofs getragen. Eine Geschäftigkeit herrscht hier wie auf einem Markt. Tag für Tag gibt es gleichzeitig einige Dutzend Beerdigungen. Die Gräber sind schmal [...] ungefähr 60 cm in der Breite [...] Särge gibt es nicht. Der Leichnam liegt zwischen zwei Brettern, in alte Papierfetzen gepackt. Es gibt auch keine Tragbahnen. Die Leichen liegen wie tote Fische in einem Netz, das an zwei Stangen getragen und am Grab vom Toten befreit wird. [...] Wie der Sand am Meer, wie die Sterne am Himmel - so zahlreich sind die Sterbenden. [...] Vom Frankfurter Transport starben in sechs Monaten [Oktober 1941 bis April 1942] 18 Prozent.“ Oskar ROSENFELD, *Wozu noch Welt. Aufzeichnungen aus dem Ghetto Lodz*. Hrsg. von Hanno LOEWY. Frankfurt am Main, 1994 (=Schriftenreihe der Arbeitsstelle des Fritz-Bauer-Instituts, 7), S. 79.

<sup>257</sup> HHStAW Abt. 518 Pak. 11124.

<sup>258</sup> Die verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen den Empfängern des Briefes und „Onkel Max und Tante Suse“ aus Leipzig haben sich nicht klären lassen.

Leipzig, den 4. Dezember 1958

„Meine Lieben! Euer Brief vom 27.11.kam heute an und ich will ihn sofort beantworten. Der vom Amtsgericht Frankfurt a.M. angegebene Todestag der lieben Mutter stimmt nicht, denn ich habe wenige Wochen nach dem Abtransport aus Litzmannstadt einen Brief der lieben Mutter erhalten, worin sie die Verhältnisse dort [in Lodz] schildert und der in dem Satz endet: Gott schütze Euch vor Gleichem.

Kurze Zeit darauf erhielt ich von der Lagerleitung eine gedruckte Karte, die etwa so aussah:

<b>Herr</b>	
<b>Frau</b>	<i>Natalie Nussbaum (im Original handschriftlich)</i>
<b>Fräulein</b>	
<b>wohnt hier</b>	<i>Bäckergasse (im Original handschriftlich)</i>
<b>und befindet sich wohl und bittet um Geldsendung.</b>	
<b>Der Judenälteste</b>	
<b>– gedruckte Namensunterschrift –</b>	

Die gleiche Karte erhielt Onkel Emil in Dortmund auch. Die Lagerinsassen wurden einfach aufgefordert, die Adressen ihrer in Deutschland lebenden Angehörigen anzugeben und an diese wurden alsdann solche Karten geschickt. Onkel Emil und ich sandten daraufhin regelmäßig Geld an die angegebene Adresse der lieben Mutter, über dessen Empfang wir nie irgendeine Anzeige erhielten. Ich bin auch fest überzeugt, dass die liebe Mutter von dem Gelde auch nie einen Pfennig gesehen oder bekommen hat. – Das ging bis zum Sommer 1942, bis ich nach Theresienstadt kam und dadurch alle Verbindungen abgebrochen wurden. Auf alle Fälle aber ist die liebe Mutter in Litzmannstadt angekommen und hat dort noch eine Zeit lang gewohnt, und der Tag der Deportation ist nicht ihr Todes-Tag. Leider habe ich aus der damaligen Zeit keine Unterlagen mehr, da ich fortgesetzt umziehen musste und deshalb möglichst wenig Sachen mitschleppen konnte, die oben angegebenen Tatsachen aber kann ich jederzeit beedien, sie entsprechen der Wahrheit.

Uns geht es gut, wir sind gesund; das Leben wird immer ruhiger, weil die Bekannten um einen herum aussterben. Nun ist der Weihnachtsmonat, der ein bisschen Leben bringt mit Stollenbäckerei und allerhand Vorbereitungen.<sup>259</sup>

Lebt alle wohl und seid herzlich begrüßt von (weiterer Text handschriftlich)

Eurem Onkel Max

Viele herzliche Grüße. Ich wünsche euch guten Erfolg. Eure Tante Suse.

---

<sup>259</sup> Unter den assimilierten, d.h. vor allem den städtischen Juden, wurden von vielen nicht nur die jüdischen Feiertage begangen, sondern gerade das Weihnachtsfest als sogenanntes „Weihnukka“ gestaltet. Siehe dazu die Ausstellung des Jüdischen Museums Berlin vom 28.10.2005-29.01.2006, das dazugehörige, gleichnamige Begleitbuch, sowie den Aufsatz von Monika RICHARZ, Der jüdische Weihnachtsbaum – Familie und Säkularisierung im deutschen Judentum des 19. Jahrhunderts, in: Michael GRÜTTNER, Rüdiger HACHMANN, Heinz-Gerhard HAUPT (Hrsg.), Geschichte und Emanzipation. Festschrift für Reinhard Rürup, Frankfurt am Main/ New York 1999, S. 275-289.

Der mit seiner Mutter zusammen verschleppte Ferdinand Nussbaum war der jüngste Sohn von Natalie und Moritz Nussbaum. Nach dem Besuch der Jüdischen Volksschule in Neukirchen von 1922-1930 lernte er Kaufmann und arbeitete zunächst in Gotha. Sein Bruder Martin schrieb dazu 1953 im Entschädigungsantrag: „Da er noch sehr jung war, hat er erst ab 1933 begonnen zu verdienen, trotz seiner Jugend aber hatte er bereits, weil er ein äußerst tüchtiger Verkäufer [war], ein Gehalt von 220,- [RM] plus Kommission und wäre wahrscheinlich weit höher gekommen, wenn nicht die bekannten Umstände eingetreten wären.“<sup>260</sup>

Blatt 1.

## Umzugsgutverzeichnis

(in doppelter Ausfertigung einzureichen)  
Vor Ausfüllung Merkblatt für die Mitnahme von Umzugsgut durchlesen!

Beförderungsart:\*)

**F r a c h t g u t**

Name und genaue Anschrift des Auswanderers: Zum Antrag vom **27. Nov. 1939**

**Ferdinand Israel Nussbaum**  
**Frankfurt/Main, Palmstr. 10 II**

Efb. Nr. **)	Abfchnitt***)	Stück	Gegenstand (genaue Bezeichnung)	Einkaufspreis ****)	Zeitpunkt der Anschaffung	Bemerkungen
1	1	17	Gebetbücher für die versch. Feiertage	--	vor 1933	
2	1	1	Büchle Schillers Gedichte	--	vor 1933	
3	1	1	Deutsche Literatur v. Arnold	--	vor 1933	
4	1	1	Gottscheds Philosophie	--	vor 1933	
5	1	1	Deklamatorium v. Bern	--	vor 1933	
6	3	1	Trost bei Goethe	--	1939	Geschenk
7	3	1	Jüdische Religionlehre		1935	
8	3	1	"Faust" v. Goethe		1934	Geschenk
9	1	1				

**Abb. 21: Umzugsgutverzeichnis Ferdinand Nussbaum (Auszug)**

Ferdinand Nussbaum plante, nach Chile auszureisen. Das Verzeichnis seiner wenigen Bücher zeigt, wie tief er sich in der deutschen Kultur verwurzelt sah.

Es war für Ferdinand Nussbaum in Frankfurt nicht möglich gewesen, eine Anstellung in seinem erlernten Beruf zu finden. So arbeitete er als Kellner. Nach der Pogromnacht wurde er verhaftet und nach Buchenwald in das berüchtigte Sonderlager gebracht, von wo er erst einen Monat später entlassen wurde. Er bemühte sich nun sofort intensiv um eine Auswanderung, um seinen Geschwistern möglichst schnell nachfolgen zu können. Diese Vorbereitungen für eine Emigration

<sup>260</sup> HHStAW Abt. 519/3 Pak. 23353.



nach Chile waren bereits so weit gediehen, dass er binnen Wochen das Visum erwartete. Ein genehmigtes Verzeichnis des Umzugsguts sowie die benötigten Unbedenklichkeitsbescheinigungen des Frankfurter Oberbürgermeisters und des Finanzamtes Frankfurt mit Datum vom 29.11.1939 lagen bereits vor. „Doch seine Bemühungen, ins Ausland zu kommen, sind durch den Ausbruch des Krieges vereitelt worden, so wurde er in 1942 nach Litzmannstadt deportiert und vergast“, sagte sein Bruder Martin Nussbaum 1953 in Bogota/Kolumbien aus.<sup>261</sup> Vermutlich waren es auch fehlende Visa, abgelaufene Genehmigungen oder unzureichende Devisen, welche ihn an der rechtzeitigen Emigration hinderten. Am 20. Oktober 1941 wurde er aus Frankfurt in das Ghetto Litzmannstadt deportiert. Im Sommer 1943 war Ferdinand Nussbaum dort noch am Leben, wie der Mitgefangene Robert Schick nach dem Krieg aussagte. Beide hätten zu diesem Zeitpunkt im Buchhaltungsbüro der Lagerverwaltung gearbeitet. Danach verliert sich seine Spur. Ob Ferdinand Nussbaum infolge der Mangelversorgung an Hunger oder einer der grassierenden Krankheiten starb, ob er anderweitig zu Tode geschunden wurde oder aber infolge der Auflösung des Ghettos nach Auschwitz deportiert wurde, ist ebenso wenig bekannt wie das genaue Datum seines Todes.

### **Flucht und Ende der Familie Dina Nussbaum**

Die Witwe Dina Nussbaum, geb. 1877, war 1936 ebenfalls nach Frankfurt gezogen. Ihre sechs Kinder, welche sie in Neukirchen mühevoll durch den Handel mit verschiedensten Lebensmitteln und Kleintierfellen durchgebracht hatte, hatten alle geheiratet oder einen Beruf erlernt. Ihr jüngster Sohn Julius, ein Metzger, war bereits 1934 nach Palästina ausgewandert, desgleichen die mit David Bär Ziegelmann verheiratete Tochter Rosa. Dina Nussbaum zog mit ihrer jüngsten Tochter Bertha im Dezember 1936 ins Ostend in die Mendelssohnstr. 48. Hier lebten die beiden Frauen, bis sie in ein sogenanntes Ghetto-Haus im Baumweg 52 umziehen mussten.<sup>262</sup> Am 8. November 1941 erging an Dina und Bertha Nussbaum die Aufforderung, sich drei Tage später „zur Umsiedlung“ in ihrer Wohnung bereitzuhalten. Über das Ziel der Deportation wurden sie nicht informiert. Eine gleich lautende Aufforderung traf auch ihren aus Abterode nach Frankfurt gezogenen Sohn Levi Nussbaum, dessen Ehefrau Toni sowie deren neunjährigen Tochter Hannelore, desgleichen Dina Nussbaums unverheiratete Töchter Bertha und Johanna.

Auf der Deportationsliste für diesen Transport standen überwiegend Familien mit mehreren Kindern; das Durchschnittsalter lag bei 39 Jahren. Nur wenige alte Menschen wie Dina Nussbaum waren darunter. Eigentlich hätte sie mit ihren 64

---

<sup>261</sup> ebd. Die Annahme einer Vergasung in Litzmannstadt beruht wahrscheinlich auf den Transporten aus dem Ghetto in das Vernichtungslager Chelmno/Kulmhof.

<sup>262</sup> Häuser, in denen Juden zwangsweise auf engstem Raum leben mussten, nachdem sie aus ihren ursprünglichen Wohnungen vertrieben worden waren.

Jahren nach den von Adolf Eichmann Ende Oktober 1941 erlassenen Deportationsrichtlinien vom Transport in das „Reichskommissariat Ostland“ ausgenommen werden müssen.<sup>263</sup> Der 20jährige Karlheinz Nussbaum, unehelicher Sohn der Emma/Emilie Nussbaum Reuter und Enkel Dina Nussbaums, welcher in Frankfurt aufgewachsen war, befand sich ebenfalls auf der Deportationsliste.<sup>264</sup> Emma Nussbaum hatte 1931 den „Arier“ Fritz Reuter geheiratet, mit dem sie in einer „privilegierten Mischehe“ lebte. Über ihr Schicksal wird weiter unten berichtet werden. Die Deportationsfahrt von Frankfurt nach Minsk dauerte sechs Tage. Die Deportierten hatten zwar einige Lebensmittel, es gab aber bald kein Wasser mehr, so dass sich unbeschreibliche Szenen abspielten, und es die ersten Toten gab.<sup>265</sup> Nach der Ankunft im kriegszerstörten Minsk mussten die Verschleppten durch die Ruinen der Stadt zum Sonderghetto I laufen. Dieses lag in einem noch einmal extra abgetrennten Teils des Minsker Ghettos. Hier wurden den mehr als 1000 Menschen aus Frankfurt vier Straßenzüge mit kleinen Holz- oder Steinhäusern zugewiesen, in denen zum Teil noch die Leichen der kurz zuvor ermordeten weißrussischen Juden lagen. Diese waren nur wenige Tage zuvor zum Teil direkt im Ghetto, zum Teil in der Kaserne Tutschinka umgebracht worden. „Dort hielt man sie teilweise ohne Nahrung fest, bevor man sie abschlachtete.“<sup>266</sup>

---

<sup>263</sup> Hitler selbst hatte als Zielorte Minsk und Riga bestimmt. Adolf Eichmann setzte diese Anweisung in einem Schreiben an die Chefs sämtlicher Gestapostellen um und verbot ausdrücklich die Deportation von Menschen über 60 Jahren. Offensichtlich kam es aber zu regionalen Übertretungen dieser Anweisung, wie die unterschiedlich praktizierten Altersbegrenzungen z.B. in Stuttgart und Frankfurt (Höchstalter 65 statt 60 Jahre) belegen. Diese Altersbegrenzung galt darüber hinaus nur für diese Transportwelle in das Reichskommissariat Ostland und nicht für die anderen Deportationsziele. Für den Frankfurter Transport scheint dies eine eigenmächtige Entscheidung des Leiters der dortigen Gestapo, SS-Obersturmbannführer Oswald Poche, gewesen zu sein, der auf Grund seiner willfährigen Haltung gegenüber dem Gauleiters Jakob Sprenger wohl dessen Zustimmung sicher war. Derartige Eigenmächtigkeiten rückten Poche jedoch im RSHA letztendlich in ein schlechtes Licht.

Siehe dazu Friedrich HOFFMANN, *Die Verfolgung der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen*, Baden-Baden 2001, S. 125f, sowie „Und keiner hat für uns Kaddisch gesagt...“, S. 33/Anm.113 und Alfred GOTTWALD, Diana SCHULLE, *Die „Judendeportationen“*, S. 87 und 93.

<sup>264</sup> Offensichtlich verfügte Emma Nussbaum nicht über ausreichende Mittel zum Unterhalt ihres Sohnes. Auch die Großmutter Dina Nussbaum war „nicht in der Lage, auch bei gutem Willen, einen Beitrag zur Unterhaltung des Karlheinz Nussbaum zu bezahlen, da sie keinerlei Vermögen besitzt und ohne Einkommen ist“, wie es im Antwortschreiben des Neukirchener Bürgermeisters Weber vom 29.07.1927 an die Stadt Frankfurt heißt. HStAM Bestand 330 Neukirchen B 2519.

<sup>265</sup> Eindringlich und bedrückend beschreibt dies der damals 13jährige Berthold Adler/Bernie Lane in: Monika KINGREEN, *Gewaltsam verschleppt aus Frankfurt*, S. 363.

<sup>266</sup> Christian GERLACH, *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrussland 1941-1944*. Hamburg, Hamburger Edition 1999, S. 625.

Die Juden der Transporte aus dem Reich wurden „zunächst nicht ermordet, sondern durchweg am Leben gelassen“, denn der Generalkommissar Kube war der Meinung, dass „Menschen, die aus unserem Kulturkreis kommen, doch etwas anderes als die bodenständigen vertierten Horden“ der weißrussischen Juden seien, eine Haltung, die jedoch nur der Absicherung des Generalkommissars diene und an den generellen Mordplänen und seiner letztendlichen Zustimmung nichts änderte.<sup>267</sup>

Mit der Ankunft des Zuges in Minsk verliert sich die Spur der Familie Nussbaum. Die meisten der Verschleppten wurden bereits unmittelbar nach ihrer Ankunft im nahen Vernichtungslager Maly Trostinec in Gaswagen ermordet. Nur die Arbeitsfähigen wurden in Familiengruppen in die Häuser eingewiesen, wo sich vier bis sechs Personen einen Raum teilen mussten. Es gab zwar einen kleinen Kochofen, allerdings war die Wasserversorgung äußerst kritisch, da sich nur ein einziger Brunnen im Sonderghetto I befand. Die Deportierten wurden umgehend in Arbeitskommandos eingeteilt. Arbeit war die einzige Möglichkeit, Nahrungsmittel zu erhalten, um zu überleben. In den folgenden Monaten fanden immer wieder Massenerschießungen im Ghetto statt. Die letzten Überlebenden des Sonderghettos I wurden überwiegend am 8. Mai 1943 erschossen, nur zehn deutsche Juden erlebten die Befreiung am 3. Juli 1944.

Mit Datum vom 31.12.1945 wurde Dina Nussbaum für tot erklärt.

Die Familie Dina Nussbaum ist ein gutes Beispiel dafür, welche Schwierigkeiten überlebende Angehörige nach dem Krieg hatten, um die wahren Umstände und Sterbeorte ihrer Familienmitglieder zu erfahren. So berichtete der sehr zuverlässige Zeuge Rabbiner Dr. Leopold Neuhaus im März 1947, dass Dina Nussbaum mit ihren Töchtern Bertha und Johanna sowie Frieda Nussbaum Bendheim und Levi Nussbaum bereits am 19. [20.] Oktober 1941 nach Litzmannstadt deportiert worden wären und nach Auflösung des dortigen Ghettos weiter nach Majdanek. Für diese erste Deportation aus Frankfurt hatte die Staatspolizeistelle eine besonders umfangreiche Liste von fast 1200 Menschen zusammengestellt, von denen offensichtlich noch einige Personen gestrichen und für die nächstfolgende Deportation aus Frankfurt, welche dann nach Minsk ging, vorgemerkt wurden. Die Familie Nussbaum scheint zu diesem Personenkreis gehört zu haben, denn die Angaben von Rabbiner Dr. Neuhaus sind grundsätzlich als korrekt anzusehen. Erst neuere Forschungen haben hier Klarheit gebracht.<sup>268</sup>

Ob Dina Nussbaums Enkel Karlheinz Nussbaum „im Osten“ Zwangsarbeit bis zum Tod leisten musste, gleich oder bald nach seiner Ankunft in Minsk nach Maly Trostinec geschickt und dort mittels Gaswagen ermordet wurde, infolge von Hunger, Seuchen oder Krankheit starb oder bei einer der Massenerschießungen umkam, ist nicht bekannt. Er wurde für tot erklärt.

---

<sup>267</sup> ebd., S.754f sowie Anm. 1364.

<sup>268</sup> Alfred GOTTWALD, Diana SCHULLE, Die „Judendeportationen“, S. 72

## 1937 – Frankfurt als sicherer Ort?

Die Situation verschlechterte sich für die jüdischen Kaufleute Neukirchens immer mehr. Es gab keine nennenswerten Umsätze mehr, und Angestellte konnte man sich schon lange nicht mehr leisten. Noch wohnten die jüdischen Händler in ihren eigenen Häusern, doch mussten sie überwiegend von ihren Ersparnissen leben. Der Damm war gebrochen, fast alle sannern jetzt darüber nach, die Stadt zu verlassen, denn die antijüdische Stimmung in der Region nahm von Tag zu Tag zu. So rühmte man sich erstmals, dass „dieser Tage [...] der letzte Jude unseren Ort verlassen [hat]. Damit weist Großpropperhausen zum ersten Male eine rein deutsche Bevölkerung auf.“<sup>269</sup> Durch derartige Meldungen war man aufgeschreckt. Es war jedoch ein grausamer Irrtum, dass das Leben an einem anderen Ort in Nazi-Deutschland letztlich weniger von Hass und Verfolgung geprägt sein würde als in dem „beschaulichen“ Neukirchen. Der nationalsozialistische Terror schlug überall gleichermaßen zu.

Der jüdische Viehhandel war praktisch zum Erliegen gekommen, nachdem der Reichsminister für Landwirtschaft am 25. Januar 1937 eine Verordnung erlassen hatte, in der es hieß, dass Viehhändler zukünftig einer Zulassung bedürften. Diese sei „von verschiedenen sachlichen Voraussetzungen und persönlicher Zuverlässigkeit abhängig.“<sup>270</sup> Damit war eine solche Zulassung für Juden nicht mehr erhältlich.

Diese Verordnung traf auch den Viehhändler Mendel Levi, welcher bei den Bauern in der Umgebung von Neukirchen einen guten Ruf gehabt hatte. Er war tüchtig, galt als ehrlich und war bei den Landwirten beliebt. Doch infolge der Einschüchterungen und des Viehhandelsverbots für Juden musste er sein Viehhandelsgeschäft auflösen. Die Familie zog aus ihrem Haus in der Bahnhofstraße 17 am 20. Dezember 1937 nach Frankfurt in die Sternstraße 36. Dort bemühten sich die erwachsenen Kinder Hermann, Rosalie, Bella und Ida Levi um ihre Auswanderung in die USA. Hermann Levi wurde nach der Pogromnacht in Frankfurt verhaftet und nach Dachau transportiert. Nach seiner Entlassung gelang ihm wie seinen Geschwistern die Flucht. Einzig der 36jährige Bruder Moritz Levi, der wohl seelisch erkrankt war und sich vermutlich in der Heilanstalt Gießen befand, konnte nicht mehr auswandern. Er starb angeblich am 3. März 1941 im Arbeitslager Chelm.

---

<sup>269</sup> *Schwalm-Bote* 07.09.1937.

<sup>270</sup> Josef WALK, Sonderrecht, S. 181, siehe dazu auch Barbara HÄNDLER-LACHMANN, Purim, Purim, liebe Leut, wißt ihr, was Purim bedeutet? Jüdisches Leben im Landkreis Marburg im 20. Jahrhundert. Marburg 1995, S. 69ff.



**Abb. 22: Dieser Stein in der Gedenkwand am Frankfurter Börneplatz ist die einzig greifbare Erinnerung an den Menschen Moritz Levi in seiner Heimat Deutschland.**

Als Sterbeort wird für Moritz Levi im „Gedenkbuch der Bundesrepublik Deutschland“ Chelm/Cholm genannt. Dort existierte ein Zwangsarbeitslager der Wasserwirtschaftsinspektion, welches vom 1.1.1940 bis zum 6.11.1942 bestand.<sup>271</sup> Da hier mehr als 1000 Juden Zwangsarbeit leisten mussten, erschien dies vordergründig plausibel. Inzwischen haben neuere Forschungen jedoch ergeben, dass es sich bei der Angabe dieses Sterbeortes durch die NS-Bürokratie um eine böswillige Verschleierung der Ermordung jüdischer Geisteskranker im Rahmen der sogenannten T4-Aktion handelte.

„Der noch immer bestehenden Zustand, dass Juden und Deutsche in Heil- und Pflegeanstalten gemeinsam untergebracht sind, kann nicht weiter hingenommen werden [...]“ heißt es dazu in einem Rundbrief des Reichsministers des Inneren vom 30. 8.1940 an den Oberpräsidenten in Kassel.<sup>272</sup> „Ich beabsichtige daher, die [...] Juden am 1. Oktober 1940 in eine Sammelanstalt zu verlegen. [...] Der Ab-

---

<sup>271</sup> Gudrun SCHWARZ, Die nationalsozialistischen Lager. Frankfurt am Main 1996, S. 138.

<sup>272</sup> Alle folgenden Angaben zu dieser Aktion aus Ernst KLEE, „Euthanasie“ im NS-Staat. Die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“. Frankfurt am Main 1985, 9. A., S. 259-263.

transport erfolgt an dem genannten Tage [...]“ Offiziell sollten die Anstaltsinsassen aus den hessischen Heil- und Pflegeanstalten in eine Sammelanstalt des Generalgouvernements, die „Irrenanstalt Cholm, Post Lublin“, gebracht werden. Dies war jedoch nur ein Täuschungsmanöver, wie eine Notiz über die Ankunft der Patienten im Kalender des Direktors der Tötungsanstalt Brandenburg, Irmfried Eberl, andeutet.

Beurkundet wurden die Tötungen durch ein eigens dafür geschaffenes Sonder-Standesamt Chelm/Cholm II. Da niemand den tatsächlichen Todestag kontrollierte, musste das angegebene Todesdatum nicht mit dem tatsächlichen Todestag übereinstimmen. So konnte man noch einen Profit erwirtschaften, indem unter dem Namen dieser „Irrenanstalt Cholm“ Kostenrechnungen über die angeblichen Pflegekosten bis hin zu den Einäscherungskosten für die Getöteten verschickt wurden.

Mendel und Emma Levi waren bereits im Besitz eines Visums für Kuba, als im Oktober 1941 das Auswanderungsverbot für die Dauer des Krieges erlassen wurde. Nur wenige Tage später, am 22. November 1941, erhielten sie die Aufforderung zur „Umsiedlung nach dem Osten“. Der 67jährige Mendel Levi und die 60jährige Emma Levi wurden wie alle anderen Opfer dieses 3. Frankfurter Transports in Kowno am Morgen des 25. November 1941 erschossen und verscharrt.<sup>273</sup>

Die Firma Adolf Grünebaum hatte in Neukirchen mit Manufakturwaren gehandelt, d.h. mit Eisenwaren und Baumaterialien, sowie mit all den Gegenständen, welche die Landbevölkerung täglich benötigte. Die Familie besaß in zentraler Lage ein repräsentatives Wohn- und Geschäftshaus, dem ein großes Lagerhaus angeschlossen war. Dem Umsatz und den Steuerleistungen nach galt Adolf Grünebaum als wohlhabend.<sup>274</sup>

Seine Tochter Johanna hatte Kontoristin gelernt. Man sagte ihr eine zionistische Einstellung nach, und dies veranlasste sie vermutlich, bereits im Januar 1936

---

<sup>273</sup> Unter den am 25. November 1941 ermordeten 2934 Juden aus Frankfurt, München und Berlin befanden sich 1600 Frauen und 175 Kinder, wie der Führer des Einsatzkommandos 3 der Einsatzgruppe A, SS-Standartenführer Karl Jäger, penibel vermerkte. Siehe dazu Monika KINGREEN: *Gewaltsam verschleppt aus Frankfurt*, S. 366- 368. Dort befindet sich ein Augenzeugenbericht der Erschießungen (S. 367).

Eine andere Zeugin schreibt: „Ten thousands foreign Jews have been brought here. I saw them walking with their suitcases. They were told they were being taken to work and ordered to bring their most valuable possessions with them. Then they were killed at the Ninth Fort. They say the young people among them, not suspecting anything, danced the night before. In the morning they were taken in groups of 50 to their death. Lithuania is now called the cemetery of Europe’s Jews.“ *Diary of Elena Kutorgiene*, December 4, 1941. Zitiert aus: UNITED STATES HOLOCAUST MEMORIAL MUSEUM (Hrsg.), *Hidden History of the Kovno Ghetto*. Washington, D.C. 1999, S. 70.

<sup>274</sup> Alle Angaben zur Familie Grünebaum aus HHStAW Abt. 519/3 Max Grünebaum, HStAM Bestand 330 Neukirchen B 7096 und Bestand 330 Kirchhain 2269.

einen Reisepass für Palästina zu beantragen, um sich vor Ort über eine mögliche Auswanderung zu informieren. Dort heiratete sie bereits im April des gleichen Jahres und wurde dadurch automatisch eingebürgert. Die Tochter Brunhilde wanderte ebenfalls nach Palästina aus, und der Bruder Max ersuchte im Dezember 1936 um die Genehmigung für eine „4-5wöchige Besuchs- und Informationsreise nach Palästina“.<sup>275</sup> Er legte dazu ein Schriftstück des Palästina-Amtes in Berlin vor<sup>276</sup> und durfte daraufhin Devisen in Höhe von 125 RM beantragen.<sup>277</sup> Dieser Weg schien Max Nussbaum wohl der einfachste, denn an eine Rückkehr dachte er ernsthaft wohl nicht.

---

<sup>275</sup> HStAM Bestand 330 Neukirchen B 1600.

<sup>276</sup> Das Palästina-Amt war die offiziell betraute Stelle, welche für die Durchführung der Auswanderung nach Palästina zuständig war und sich um Visa, Transportdokumente, Passagen etc. kümmerte.

In dem genannten Schriftstück wird auch auf das *Sonderkonto I* Bezug genommen. Diese finanztechnische Lösung war bereits im August 1933 vom Reichswirtschaftsministerium eronnen worden, um einen Devisentransfer zu vermeiden. Einzahlungen auf diese Konten (ab einem Betrag von 15.000 RM auf Sonderkonto I, ab 50.000 RM auf Sonderkonto II) wurden dazu benutzt, den Geldwert in Waren nach Palästina transferieren zu können. Josef WALK Sonderrecht, S. 229.

<sup>277</sup> HHStAW Abt. 519/3, Max Grünebaum.

# Kaufhaus ADOLF GRÜNEBAUM

Anschrift: <b>Postfach 8</b>	Fernsprecher Nr. 29		Bank-Konto: Kreissparkasse Ziegenhain Fil. Neukirchen	Postcheckkonto: Frankfurt a. M. No. 18026
---------------------------------	------------------------	---	---	---

Befrist: An den **NEUKIRCHEN** (Kr. Ziegenhain)  
den 15. 12. 36,  
Herrn Bürgermeister  
der Stadt Neukirchen

Ich beabsichtige, Mitte Januar eine 4-5 wöchige Besuchs-  
Informationsreise nach Palästina zu machen, und bitte ich um Ihre  
Mitteilung, ob hiergegen irgendwelche Bedenken vorliegen.

*Max Grünebaum*

**Abb. 23: Brief von Max Grünebaum an den Neukirchener Bürgermeister, 1936.**  
Bei Auslandsreisen musste dieser ebenso wie der zuständige Ortsgruppenleiter und das Finanzamt seine Zustimmung geben und die Unbedenklichkeit erteilen.



**Abb. 24: Adolf und Rosalie Grünebaum**



Um ihr Vermögen zu retten, machten Adolph und Rosalie Grünebaum ihrem Sohn Max eine zu diesem Zeitpunkt noch mögliche Schenkung in Höhe von 26.000 RM. Davon konnte Max Grünebaum die 1000 Engl. Pfund des sogenannten „Vorzeigegeldes“ begleichen, welches die britische Mandatsregierung als Einwanderungsbasis forderte. Um möglichst viele Sachwerte zu retten, verkaufte Max Grünebaum in Neukirchen auch noch ein ihm gehörendes Stück Wald. Diese Parzelle konnte der neue Eigentümer aber nicht nutzen, da Max Grünebaum vor Beendigung aller Formalitäten ausgewandert war. In den Akten existiert dazu ein skurriler Schriftwechsel aus dem Jahre 1940, in dem Max Grünebaum darauf hingewiesen wird, dass er sich der Devisenstelle gegenüber strafbar mache, wenn er die Angelegenheit nicht in [deutsche] Ordnung bringe – eine Drohung, die ihn in Palästina wohl kaum beeindruckt haben dürfte. Anfang April 1937 kam Max Grünebaum als Flüchtling in Palästina an, lebte zuerst in Tel Aviv und siedelte später nach New York/USA über.<sup>278</sup>

Der 67jährige Vater Adolf Grünebaum hatte inzwischen das Wohn- und Geschäftshaus an Heinrich H. verkauft<sup>279</sup> Er sah wegen seines hohen Alters und der Auswanderungsbestrebungen seiner Kinder keine Zukunft mehr in Neukirchen. So zog das Ehepaar Grünebaum am 10. September 1937 zusammen mit der Tochter Thea nach Kirchhain, wo diese den jüdischen Lehrer Semmy Plaut heiratete, mit dem sie auswandern wollte. Hier traf die Familie auch letztmals mit der Tochter Erna zusammen, welche mit ihrem aus Kirchhain stammenden Mann Max Heilbrunn in Mönchengladbach gelebt hatte und nun ebenfalls auswanderte.

Adolf Grünebaum hatte sich bereits seit längerem verzweifelt um eine Ausreise für sich und seine Ehefrau bemüht. Diese Bemühungen setzte er nun von Kirchhain aus in verstärktem Maße fort. Er musste sich dabei den zahllosen Schikanen unterwerfen, denen die Antragsteller ausgesetzt waren, und deren Ziel nicht nur die finanzielle Ausplünderung der Ausreisewilligen war, sondern auch deren persönliche Demütigung. Als die Kirchhainer NSDAP-Ortsgruppenleitung zur Stellungnahme zu dem Auswanderungsbegehren aufgefordert wurde, antwortete diese mit einem Schreiben, das vor Niedertracht nur so strotzt:

---

<sup>278</sup> HHStAW Abt.. 519/3 Max Grünebaum. sowie HHStAW Abt. 518 Pak. 972.

<sup>279</sup> HHStAW Abt. 519/3 Max Grünebaum. Die Kaufsumme wurde nicht sofort voll bezahlt; Ende 1938 standen noch 5.400 RM aus.

„Der befragte Jude ist erst seit einigen Wochen hier wohnhaft. Er ist von Neukirchen, Kreis Ziegenhain, hierher verzogen, um von hier aus auszuwandern. Grünebaum ist ein genau so großer Halunke und Halsabschneider wie viele andere seiner Rassegenossen. Seine Umsiedlung nach Kirchhain entspricht einer vielerorts geübten jüdischen Taktik. Die Verbrecher verlassen den Ort ihrer Taten, gehen in ein anderes Land und wickeln dann von hier aus ihre Außenstände und sonstigen Verbindlichkeiten ab. Man kann dies immer und immer wieder feststellen, dass eine jüdische Familie nie sofort ins Ausland geht, sondern immer erst ihren Bau wechselt und dann erst auswandert. So auch der Jude Grünebaum. Der Bürgermeister Ritter aus Neukirchen hat ihn mir als einen großen Halunken geschildert. Allgemein wollen wir uns freuen, wenn er den Staub von Deutschland rasch abschüttelt und in das Land seiner Väter nach Palästina geht. Jehova möge ihm helfen!!!!“<sup>280</sup>

Nachdem Thea und Semmy Plaut Anfang 1939 die Ausreise geglückt war<sup>281</sup>, hielt Adolf und Rosalie Grünebaum nichts mehr in Kirchhain. Am 10. September des Jahres zogen sie nach Frankfurt in die Grüner Str. 36, später zwangsweise in das Ghettohaus Gaußstr. 30, wo beide von den Resten ihres Vermögens lebten, welches auf einem Sicherungskonto nur begrenzt zugänglich war.<sup>282</sup> Im Zuge der Ausplünderung musste Adolf Grünebaum im April/Mai 1940 an Kunden, welche noch Restaußenstände bei der ehemaligen Firma Grünebaum/Neukirchen hatten, etwa fünfzig vorgedruckte Postkarten über einen Gesamtbetrag von 970,65 RM verschicken, und sie auffordern, die ausstehenden Schulden auf ein Sicherungskonto einzuzahlen.<sup>283</sup>

---

<sup>280</sup> Barbara HÄNDLER-LACHMANN, Harald HÄNDLER, Ulrich SCHÜTT: Purim. S. 193 und 195.

<sup>281</sup> Semmy Plaut scheint sich bereits im November 1938 nicht mehr in Kirchhain befunden zu haben, denn er steht nicht auf der Liste der nach dem Pogrom verhafteten Männer in Kirchhain. Bernd KLEWITZ, Kirchhain. Alltag im Dritten Reich. Marburg 1990, S. 104/Abb. 22.

<sup>282</sup> Sicherungskonten dienten der Verfügungsbeschränkung über jüdische Vermögen. Auf diese Konten musste das vorhandene Bargeld laut Erlass des Reichsministeriums für Wirtschaft vom 16.08.1939 eingezahlt werden. Der monatlich zur Verfügung stehende Betrag wurde anhand der monatlich auflaufenden Kosten des Antragstellers z. T. willkürlich festgelegt. Jede weitere zukünftige Abhebung war dabei genehmigungspflichtig und musste begründet werden. Kosten für jüdische Rechtskonsulenten oder Devisenberater, die Beschaffung von Gegenständen für die bevorstehende Auswanderung, die Verwaltungskosten der dazu notwendigen Papiere, Beiträge medizinischer oder sozialer Art für die Kultusgemeinde etc. wurden über dieses Konto abgewickelt.

<sup>283</sup> Es handelte sich um Kunden aus Asterode, Berfa, Friedigerode, Frielingen, Gersdorf, Görzhain, Hausen, Heimbaldshausen, Hersfeld, Immichenhain, Kirchhain, Kleinropperhausen, Lingelbach, Nausis, Neukirchen, Oberaula, Olberode, Schrecksbach, Wahlshausen und Willingshain.

Alle Auswanderungsbemühungen des Ehepaares zerschlugen sich jedoch, unter anderem wohl wegen des fortgeschrittenes Alters und einer chronischen Erkrankung Rosalie Grünebaums.<sup>284</sup> Am 1. September 1942 wurde das Ehepaar mit dem 8. Großen Transport, einem sogenannten „Alterstransport“, aus Frankfurt nach Theresienstadt verschleppt. Beide gehörten mit 67 und 72 Jahren zu diesem Personenkreis. Zum Sammellager wurde das Altersheim im Rechneigraben bestimmt, wo auch die Abfertigung durch die Gestapo stattfand.

Nach der Ankunft auf dem Bahnhof Bauschowitz bei Theresienstadt mussten die verstörten Alten mit ihrem bis zu fünfzig Kilogramm schweren Gepäck ungeachtet der Strapazen der vorangegangenen Tage die etwa drei Kilometer lange Strecke bis zur Festung zu Fuß zurücklegen, bevor sie in der sogenannten „Schleuse“ registriert, entwürdigend durchsucht und der letzten Wertsachen beraubt wurden. „Hunderte alter Menschen lagen auf den schmutzigen Böden umher, denn es dauerte viele Stunden, ehe jeder einzelne geschleust, d.h. ausgeraubt war.“<sup>285</sup> Danach erfolgte die Verteilung auf die Gebäude<sup>286</sup>, wo bereits drangvolle Enge herrschte, war doch zu diesem Zeitpunkt der Höhepunkt der Belegung des Ghettos erreicht. Zu dieser Zeit vegetierten mehr als 53 000 Menschen in der Stadt, die für 7000 Einwohner gedacht war. „Auf 1 Ghettobewohner entfallen 1,62 qm [...] Die letzten Transporte mussten auf den Dachböden [...] untergebracht werden. Sie besitzen keine hinreichende Isolierung gegen Wärme und Kälte, die Dachdeckung ist vielfach undicht, es gibt keine Beleuchtungsanlagen, keine Aborte, keine Wasserleitung.“ Was dies alles für alte und teilweise gehbehinderte oder anderweitig eingeschränkte Personen bedeutete, lässt sich leicht ausmalen. „Der Sommer 1942 gehört tatsächlich zu den grausamsten Kapiteln der Theresienstädter Geschichte.“<sup>287</sup>

Der Schock der Ankommenden war nach den Versprechungen und Vorstellungen, die über das „Musterghetto“ Theresienstadt kursierten, unbeschreiblich, fuhren doch die Deportierten „mit der Überzeugung ab, dass sie in einem privilegierten Altersghetto bis zu ihrem Lebensende Unterkunft, Verpflegung und medi-

---

Es mag den Anschein haben, dass eine Summe von letztlich 970 RM bei einem im Jahre 1940 erzielten Ausplünderungsergebnis von mehr als 15 Millionen RM nicht zu Buche schlagen würde. Aber es waren gerade diese kleinen Summen, welche einen nicht unerheblichen Teil dieser geraubten Gelder ausmachten

<sup>284</sup> HHStAW Abt. 519/3 Pak. 2224.

<sup>285</sup> Bericht von Rosi Weglein über ihre Ankunft in Theresienstadt, in: Uta KNOLL-TIESLER, Gottfried KÖSSLER, Oliver TAUKE, Konfrontationen. Bausteine für die pädagogische Annäherung an Geschichte und Wirkung des Holocaust, Heft 4: Ghetto, S. 43.

<sup>286</sup> Margarete Pedde berichtet in ihrem Tagebuch von der Ubikation [Haus] 41, in welcher zu diesem Zeitpunkt hauptsächlich alte Ehepaare aus Frankfurt dicht gedrängt hausten. Ludmilla CHLADKOVA, Von einem Haus im Theresienstädter Ghetto, in: THERESIENSTÄDTER STUDIEN 1998, S. 131-141, hier S. 134.

<sup>287</sup> Konfrontationen S. 47 sowie Anita TARSI: Das Schicksal alter Frauen aus Deutschland im Ghetto Theresienstadt, in: THERESIENSTÄDTER STUDIEN 1998, S.100-130.

zinische Betreuung zugestanden bekämen.“<sup>288</sup> Sie mussten aber feststellen, „dass sie oft Sachen eingepackt hatten, die für das Lagerleben auf geradezu groteske Weise unbrauchbar waren.“<sup>289</sup> So verfielen viele der alten Menschen geradezu in eine Starre und verloren endgültig allen Lebensmut. Adolf Grünebaum lebte unter diesen Umständen noch fünf Wochen.<sup>290</sup> Rosalie Grünebaum kämpfte sich trotz ihrer Diabetes-Erkrankung fast ein Jahr lang durch, bevor auch sie am 8. Juli 1943 verstarb.

### **„Nur raus! Aber wohin?“**

Bereits nach der Verkündung der „Nürnberger Gesetze“ hatten in Neukirchen die Umzüge in die Großstadt, vor allem nach Frankfurt am Main, begonnen. Hier hoffte man, nicht täglich mit den Einschränkungen und Drangsalierungen eines Lebens konfrontiert zu werden, welches sich nur noch innerhalb weniger Gassen vor aller Augen in demütigender Form abspielte. Die Zugezogenen hofften, dass niemand sie erkannte und sofort wusste, dass sie jüdischen Glaubens waren. Doch das war ein Irrtum, denn fast alle Familien zogen in das Frankfurter Ostend, welches schon immer überproportional von Juden bewohnt worden war. Hier gab es eine gewachsene jüdische Infrastruktur, Synagogen aller Glaubensrichtungen, jüdische Gemeindeeinrichtungen, Hilfsorganisationen sowie bis zum Handelsverbot Ende 1938 koschere Lebensmittelgeschäfte. Das vermittelte eine gewisse Geborgenheit. Dadurch konnte man sich in einer Pseudosicherheit unter Nachbarn wiegen, welche das gemeinsame Schicksal verband.

Zwischen der Machtergreifung der Nazis und dem Erlass der „Reichsbürgergesetze“ waren von den 1930 in Neukirchen gemeldeten Personen achtzehn verzogen, davon zehn innerhalb Deutschlands. Neun Personen waren in das europäische Ausland und nach Palästina emigriert, vier Personen waren verstorben. Zwischen den „Reichsbürgergesetzen“ und dem Novemberpogrom waren 21 Personen von Neukirchen nach Frankfurt abgewandert. Dem standen fünf Abwanderungen in andere deutsche Städte und nur acht Auswanderungen nach Palästina oder in die USA gegenüber. Nach dem Novemberpogrom verzogen weitere 23 Personen.

---

<sup>288</sup> THERESIENSTÄDTER GEDENKBUCH S. 21.

<sup>289</sup> ebd.

<sup>290</sup> „In drei Monaten - August, September und Oktober 1942 - starben 10 346 Häftlinge. Unter ihnen waren 5827 Häftlinge, die aus Deutschland angekommen waren, 56,2% aller Verstorbenen.“ THERESIENSTÄDTER GEDENKBUCH S. 21.

Tabelle 6 **Aus- und Abwanderungen aus Neukirchen zwischen 1930 und 1940**<sup>291</sup>

	innerhalb Deutsch- lands - ohne Frankfurt	Frankfurt am Main	Palästi- na	eu- rop. Aus- land	USA	auße- reurop. Aus- land	ver- stor- ben	ausge- wand. Land/ Jahr unbek.
1930-1932			1				3	
1933				3				
1934	8		3				1	
1935	2		3				2	
	<b>10</b>		<b>6</b>	<b>3</b>			<b>4</b>	
1936	1	8	1		3	1	1	
1937	11	8	2					
bis 11/1938		5		2	1			
	<b>12</b>	<b>21</b>	<b>3</b>	<b>2</b>	<b>4</b>	<b>1</b>	<b>1</b>	
ab 11/1938 u. 1939	1	10	4	6	2			
1940		1				4	2	
<b>insgesamt</b>	<b>23</b>	<b>32</b>	<b>14</b>	<b>11</b>	<b>6</b>	<b>5</b>	<b>10</b>	<b>7</b>

Die Aus- und Abwanderungen aus Neukirchen erreichten ihren ersten Höhepunkt nach den „Nürnberger Gesetzen“. Bis zu diesem Datum waren die Umzüge nach Frankfurt, innerhalb Deutschlands oder ins Ausland vordergründig zionistisch motiviert oder privater Natur, z.B. im Rahmen einer Ausbildung (für Palästina) oder der Familienzusammenführung, wobei individuell-politische Entscheidungen mit Sicherheit eine Rolle gespielt hatten. Dies galt eindeutig für die Auswanderungserkundungen ohne Rückkehr. In der Folgezeit war Frankfurt das Ziel der Wahl, gefolgt von anderen größeren Städten Deutschlands sowie den USA und Palästina, wohingegen das europäische Ausland keine große Rolle als Emigrationsziel spielte.

Doch allgemein fühlte man sich in dem kleinen Landstädtchen Neukirchen wohl noch nicht in dem Maße bedroht, dass über eine umfangreichere Ab- oder Auswanderung ernsthaft nachgedacht wurde. Die Gegenargumente wie fortgeschrittenes Alter, ererbter und erworbener Besitzstand, mangelnde Fremdsprachenkenntnisse und persönlicher Bindungen an Familie, Sprache und Kultur überwo-

<sup>291</sup> Die Tabelle wurde nach Angaben in HStAM Bestand 180 Ziegenhain Nr. 4510, und Nr. 4553 sowie 330 Neukirchen B 1590 und B 1597 zusammengestellt.

Verzogen die Auswandernden zuerst nach Frankfurt, so wurden sie im Auswanderungsjahr sowohl für Frankfurt als auch für das Auswanderungsland genannt.

Die Zahlen sind mit der Tabelle am Ende des Textes nicht kompatibel, da hinsichtlich der Abwanderungen/ Auswanderungen nicht für alle genannten Personen eindeutige Angaben vorliegen. Die hier genannten Daten sollen nur eine Tendenz aufzeigen.

gen die Schikanen. Zu viele persönliche und sachliche Gründe standen einem Verlassen des Heimatortes entgegen. Selbst das europäische Ausland schien durch unzureichende Informationen und die fremde Sprache keine Alternative darzustellen, um im fortgeschrittenen Alter einen Neuanfang zu wagen.

Um sich von jüdischer Seite besser über potentielle Einwanderungsländer informieren zu können und neben den Formalien auch einen Überblick über die dortigen Lebenshaltungskosten zu haben, wurde 1938 der PHILO-Atlas, ein Handbuch für jüdische Auswanderung, wie es im Untertitel heißt, herausgegeben. Hier gab es zu den einzelnen Ländern detaillierte Informationen über geographische und vor allem auch über klimatische Bedingungen, denen sich mitteleuropäische Einwanderer gegenüber sehen würden. Ferner wurden höchst praktische Fragen aufgegriffen, wie etwa Passagekosten, Lebenshaltungskosten oder medizinische Versorgung sowie die Adressen von Hilfsvereinen im Ausland.

Die USA waren bei vielen zwar das Wunschziel, doch gab es restriktive Einwanderungsbestimmungen. Und letztlich wäre auch dieser Schritt mit so vielen Unwägbarkeiten verbunden gewesen, dass man ihn zu Beginn der Naziherrschaft nicht oft in Erwägung zog. Selbst wenn rudimentäre Kenntnisse des Englischen vorhanden waren, so reichten diese doch nicht für eine Berufstätigkeit aus. Außerdem war man sich schon darüber im Klaren, dass man als Flüchtling nicht unbedingt erwünscht war: „Sie haben dort draußen nicht auf uns gewartet. Emigranten sind für jedes Land eine Last, und es ist nicht angenehm zu fühlen, dass man lästig ist. Es ist ein großer Unterschied, ob man in ein Land kommt wie eine Art Botschafter, einer, der etwas zu tun und zu bringen hat, oder als ein Geschlagener, der Unterschlupf sucht“.<sup>292</sup> Hinzu kamen die zunehmenden Schwierigkeiten, ein Affidavit<sup>293</sup> als Voraussetzung der Emigration in die USA oder eines der nur begrenzt ausgegebenen Zertifikate zur Einreise in andere Länder zu erhalten. Palästina, „Erez Israel“, das gelobte Land und erträumte Ziel der zionistischen Bewegung, war zu Beginn der Emigrationswelle nur bei wenigen Auswanderern das erklärte Ziel. Zu fremd waren Klima, Sprache und Sitten, zu ungewohnt die geforderte körperlich schwere Arbeit beim Aufbau des Landes. So gingen anfangs überwiegend junge Menschen diesen Weg, ältere wurden im Land selbst oft ihrer Illusionen beraubt und nicht wenige scheiterten. Hinzu kamen die unsicheren politischen Verhältnisse, arabische Aufstände und die ungeklärte Situation unter der britischen Mandatsregierung.

Und selbst wenn man sich innerlich zu einer Auswanderung entschlossen hatte, standen dem noch so viele Hürden entgegen, sei es, dass man keine Visa bekam, einfach kein Geld mehr hatte oder im letzten Moment an einer der vielen Genehmigungen scheiterte, wie einiger der geschilderten Schicksale zeigen.

---

<sup>292</sup> Sebastian HAFFNER, *Geschichte eines Deutschen*, Stuttgart/München 2000, S. 228.

<sup>293</sup> Eine Bürgerschaft eines Einwohners der USA für sämtliche anfallenden Kosten der Neuankömmlinge.

## 1938 – Frühjahr und Sommer

Die Nationalsozialisten herrschten nun schon fünf Jahre. Nachdem sie ihre innenpolitischen Positionen ausgebaut und gefestigt hatten, folgten nun die Allmachts-träume eines erheblich erweiterten Großdeutschen Reichs. Dazu gehörte der am 12. März 1938 durch den Einmarsch von Truppen erzwungene „Anschluss“ Österreichs, welchen sich die Regierung Hitler am 10. April durch eine Volksabstimmung nachträglich akklamieren ließ. Anlässlich dieser Volksabstimmung veranstalteten die Nationalsozialisten im Kreis Ziegenhain eine Fülle von Versammlungen, in die jedes Dorf einbezogen wurde. Regionale und überregionale Naziredner wiesen dabei die rechte Linie. Es ist daher nicht verwunderlich, dass es bei der Abstimmung 25.515 Ja-Stimmen, aber angeblich nur 9 Nein-Stimmen gab. Damit war der Kreis Ziegenhain wieder „in vorderster Front“ der Zustimmung zur Politik Adolf Hitlers – wobei das fast einstimmige Ergebnis dieser Abstimmung ebenso wie das der Reichstagswahl 1935 nur unter dem Druck der Verhältnisse zustande kam und in seiner Gesamtheit fragwürdig ist.

In Österreich kam es nach dem erzwungenen Anschluss umgehend zu antisemitischen Aktionen. Die Zahl der Auswanderer aus dem Reich begann stark anzusteigen, wobei diese Entwicklung für Neukirchen und den Kreis Ziegenhain anhand der ausgestellten Reisepässe nicht in dieser Weise nachvollzogen werden kann.<sup>294</sup> Für auswanderungs“willige“ Juden wurde es immer schwerer, ein Einreiseland zu finden. Dieser dramatischen Situation, welche sich nach dem Novemberpogrom noch bedrohlich verschärfen sollte, wollte man auf der Konferenz von Evian begegnen. Die Neukirchener Juden werden mit bangem Blick die dortigen Beteuerungen und fadenscheinigen Begründungen verfolgt haben, welche letztlich zu einem Scheitern und einer weiterhin ungeklärten Situation hinsichtlich der Aufnahmeländer für die Flüchtlinge führten.

Die Abwanderung jüdischer Einwohner aus Neukirchen nach Frankfurt setzte sich 1938 nicht fort. Einzig der Buchbinder und Papierwarenhändler Adolf Nussbaum zog im Februar 1938 zusammen mit seiner Frau Cäcilie und der Tochter Irma nach Frankfurt. Er hatte sein Geschäft in der Untergasse 4 unter den bedrängenden Umständen nicht mehr länger halten können. Niemand mochte mehr Hefte, Bibeln oder Gesangbücher „beim Juden“ kaufen. Während den beiden Kindern Irma und Leopold offensichtlich die Flucht gelang, verblieben Adolf und Cäcilie Nussbaum in Frankfurt. Im August 1941 wohnten sie dort in der Uhlandstr. 60 im Ostend. Dabei handelte es sich vermutlich um ein sogenanntes „Judenhaus“, in welchem Juden einzig noch wohnen durften.

Das Ehepaar wurde am 15. September 1942 von Frankfurt nach Theresienstadt deportiert. Aus der Zeit von Dezember 1942 bis Februar 1943 hat sich das Tagebuch einer Theresienstädter Mitgefangenen erhalten, welche über das

---

<sup>294</sup> Siehe dazu ausführlich Barbara GREVE, Exil oder Tod.

Haus L 415/Hauptstr. 15 berichtet, in dem alte deutsche Juden untergebracht worden waren.<sup>295</sup> Dieses Gebäude war ein Eckhaus am Marktplatz. In dem Haus hielten sich immer zwischen dreihundert bis vierhundertfünfzig Menschen auf, wenn auch die Zahl häufig schwankte. Unter ihnen waren im Oktober des Jahres 1942 auch 78 Personen des Transportes XII/3 vom 16.9.1942 aus Frankfurt, so dass sich dort vielleicht auch der 63jährige Adolf Nussbaum zusammen mit seiner Ehefrau befand.

„Zum Wohnen wurden alle Räume dieses zweistöckigen Hauses ausgenützt, auch die Kammern ohne Fenster sowie der Boden. Das Erdgeschoss diente später als Ortsgeschäft, so dass die Kapazität des Hauses noch kleiner wurde. [...] Männer und Frauen waren hier voneinander getrennt, [...] Gemischt war die große Ubikation Nr. 41, wo 70 Häftlinge zusammenlebten – 36 Männer und 34 Frauen. Meistens waren es alte Ehepaare, die sich nicht trennen wollten und denen hier ermöglicht wurde, nebeneinander zu vegetieren. Sie stammten meistens aus Frankfurt.“<sup>296</sup>

Das Ehepaar schaffte es beinahe zwei Jahre lang, die katastrophalen Zustände in diesem „Musterghetto“ zu überleben, bevor Adolf und Cäcilie Nussbaum am 16. Mai 1944 weiter nach Auschwitz deportiert und dort vermutlich sofort ermordet wurden.

---

<sup>295</sup> Margarete Pedde in: Ludmila CHLADKOVA, „Von einem Haus im Theresienstädter Ghetto“, S. 131-141.

<sup>296</sup> ebd. S.134





**Abb. 25: Sommer 1938**

Niemand konnte sich vorstellen, dass von diesen lachenden Menschen vier Jahre später nur noch Martin Nussbaum leben würde.

Oben v.li.: Sally Werner Nagel, Siegbert Sonn, Gerda Bachrach.

Unten v.li.: Martin Nussbaum, Lotte Zalcmann

Trotz der außenpolitischen Ereignisse verlief in Neukirchen das Jahr 1938 bis in den Herbst hinein ruhig, wenn man einmal von den täglichen Demütigungen, Sticheleien und judenfeindlichen Schildern in den Geschäften absah. Es kam zu keinen gravierenden Zwischenfällen und zu keinen weiteren Ab- oder Auswanderungen. Die Ruhe war jedoch trügerisch, denn von Seiten der NS-Bürokratie wurden Schlag auf Schlag Verordnungen erlassen, um die Juden zu verunsichern und ihnen das Leben schwer zu machen. Die Erlasse bedeuteten eine verstärkte Kontrolle sowie eine systematische Erfassung von Vermögenswerten.

*Alle Verordnungen nach Joseph WALCK, Sonderrecht.*

**26.04.1938**

Jeder Jude [...] hat sein gesamtes in- und ausländisches Vermögen anzumelden und zu bewerten; ausgenommen sind Gegenstände zum persönlichen Gebrauch des Anmeldepflichtigen und Hausrat, der kein Luxusgegenstand ist [...] Die Anmeldepflicht entfällt, wenn der Gesamtwert des anzumeldenden Vermögens ohne Rücksicht auf die Verbindlichkeiten 5 000 RM nicht übersteigt.

*Der Beauftragte für den Vierjahresplan / Reichsminister des Inneren*

Unter diese Verordnung fielen alle Juden, welche Hausbesitz hatten und ein Geschäft betrieben, also Julius Bachrach, Max Nussbaum I, Max Nussbaum II, Leopold Nussbaum, Markus Nussbaum I, Markus Nussbaum II und Moritz Sonn, da der Wert ihrer Immobilien automatisch die genannte Summe überstieg. Auch zur Miete lebende jüdische Einwohner mussten detailliert Auskunft darüber geben, welches Vermögen sie besaßen und wovon sie ihren Lebensunterhalt bestritten. Auf der Basis dieser Vermögensaufstellungen wurde dann nach dem Novemberpogrom die „Judenvermögensabgabe“ berechnet.

**14.05.1938**

Vertraulich!

Gesetzwidrige Verbringung von Vermögen ins Ausland durch jüdische Auswanderer [...] machen rechtzeitige Sicherungsmaßnahmen erforderlich [...] Das inländische Vermögen kapitalfluchtverdächtiger Personen [...] ist zu erfassen.

*Reichsminister für Wirtschaft*

Diese „Sicherungsanordnung“ betraf die Konten all derjenigen Juden, bei denen man ein Auswanderungsvorhaben auch nur vermutete. Diese Konten waren damit dem Betroffenen nicht mehr frei zugänglich. Es wurde nur noch eine bestimmte monatliche Summe zugeteilt. Im August 1939 wurde diese Bestimmung noch einmal verschärft und galt nun grundsätzlich für alle noch in Deutschland lebenden Juden, unabhängig davon, ob sie eine Emigration planten.

**14.06.1938**

Der Grundsatz, dass der Arierparagraph im Gebiet der Wirtschaft nicht gilt, wird heute nicht mehr aufrechterhalten. Möglichst schnelle Ausschaltung der Juden auch aus der Wirtschaft ist anzustreben. Allerdings ist es nicht erwünscht, dass Sparguthaben, die von Juden kommen, von den Sparkassen abgelehnt werden.

*Reichsminister für Wirtschaft*

Durch die Sperrkonten waren die Sparkassen eng in die Ausplünderung der Verfolgten eingebunden. Selbst geringfügigste Beträge fielen diesem Raub anheim,

wie beispielsweise die 30 RM des Sparguthabens der neunjährigen Hannelore Nussbaum.<sup>297</sup>

### **23.07.1938**

Juden, die deutsche Staatsangehörige sind, haben unter Hinweis auf ihre Eigenschaft als Jude bis zum 31.12.1938 die Ausstellung einer Kennkarte zu beantragen. Bei allen mündlichen Anträgen an Behörden haben sie die Kennkarte unaufgefordert vorzulegen, bei schriftlichen Anträgen auf ihre Eigenschaft als Juden hinzuweisen und Kennwort und Kennnummer der Kennkarte anzugeben.

*Reichsminister des Inneren*

Im Bereich Neukirchen mussten ebenfalls alle Juden Kennkarten beantragen und bekamen Kennnummern zugewiesen. Damit bekam die Nazi-Administration eine lückenlose Übersicht über die sich noch in Deutschland aufhaltenden jüdischen Menschen. Die Kennkarten trugen ein großes rotes „J“. Sie mussten bei den Deportationen an der letzten bürokratischen Station in den Sammellagern abgegeben werden und erhielten je nach Deportationsziel den verschleiern den Vermerk „evakuiert“ oder „evakuiert nach dem Osten“.<sup>298</sup>

### **17.08.1938**

Juden, die keinen Vornamen führen, der in dem vom Innenministerium am 18.8.38 herausgegebenen Runderlass als jüdischer Vorname angeführt ist, haben vom 1.1.39 ab als weiteren Vornamen den Namen „Israel“ (für männliche Personen) oder „Sara“ (für weibliche Personen) anzunehmen.

*Reichsminister des Inneren/Reichsminister für Justiz*

Dies galt für alle noch in Neukirchen lebenden Juden, da die einzigen, welche davon aufgrund ihrer „jüdischen“ Vornamen ausgenommen gewesen wären, Levi Sonn III und Mendel Levi, Neukirchen bereits verlassen hatten. Alle anderen dort

---

<sup>297</sup> Hannelore Nussbaum war die Tochter von Levi Nussbaum aus Neukirchen und Toni Katz aus Abterode. Sie wurde 1929 in Abterode geboren, wo ihre Eltern lebten. Ihre Existenz geht einzig aus einem Gedenkstein in der Gedenkwand am Frankfurter Börneplatz sowie aus einem Schreiben ihres Vaters vom 10.11.1938 aus Abterode hervor, in dem dieser der Devisenstelle des Oberfinanzpräsidenten Kassel die familiären Vermögensverhältnisse darlegt. Levi Nussbaum verweist darin ohne Namensnennung auf seine neunjährige Tochter, „welche ca. Mk. 30 auf der Sparkasse hat.“

HHStAW Abt. 519/3 Pak. 5596. Vgl. zu dieser Thematik ausführlich Susanne MEINL, Jutta ZWILLING, Legalisierter Raub, Die Ausplünderung der Juden durch die Reichsfinanzverwaltung in Hessen. Frankfurt am Main 2004, S. 153f.

<sup>298</sup> Im Gegensatz zu anderen Landkreisen wie beispielsweise Marburg-Biedenkopf haben sich Originale oder Kopien dieser Kennkarten für den Kreis Ziegenhain nicht erhalten. Ob sie (willentlich) vernichtet wurden oder anderweitig abhanden kamen, lässt sich nicht mehr feststellen.

noch lebenden Juden hatten einen „deutschen“ Vornamen, da sich diese Namensgebung im Zuge der zunehmenden Emanzipation und der gesuchten gesellschaftlichen Anerkennung seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert immer mehr im gesellschaftlichen Verkehr und den offiziellen/staatlichen Akten durchgesetzt hatte. Vorreiter dieser Haltung waren dabei in der Region die jüdischen Schullehrer, welche damit in den orthodoxen und in ihren Augen rückständigen Landgemeinden ein Beispiel fortschrittlichen Denkens geben wollten.<sup>299</sup>

### **28.9.1938**

Es sind Maßnahmen zur Verhinderung der Auswanderung von Juden aus Deutschland in benachbarte Länder zu ergreifen.

*RFSSuCdDP*<sup>300</sup>

Trotzdem durfte Markus Nussbaum I mit seiner Frau Johanna noch im Frühjahr 1939 nach Holland zu seinen Töchtern ausreisen. Zum einen war es zu diesem Zeitpunkt politisch opportun, möglichst viele Juden aus Deutschland zu vertreiben, vor allen nach ihrer Inhaftierung in einem Konzentrationslager. Zum anderen war Markus Nussbaum mit seinen 70 Jahren nicht mehr arbeitsfähig. So war man wohl zu diesem Zeitpunkt froh, das betagte Ehepaar finanziell auszuplündern und dann schnellstens loszuwerden.

### **05.10.1938**

Alle deutschen Reisepässe, deren Inhaber Juden sind, werden ungültig. Die früher ausgestellten Reisepässe sollen abgeliefert werden. Auslandspässe werden wieder gültig, wenn sie mit einem „J“ versehen worden sind.

Die Reisepässe sind den Inhabern nach der Abstempelung mit dem Buchstaben J zurückzugeben.

*Reichsminister des Inneren*

Die bereits ausgestellten Auslandsreisepässe wurden auch in Neukirchen mit dem großen roten „J“ gestempelt. Weitere Pässe wurden später für die erzwungene Auswanderung nach dem Novemberpogrom erteilt.

---

<sup>299</sup> Daneben trägt jeder Jude für die rituellen Handlungen in der Synagoge einen hebräischen „Synagogennamen“, wobei die „deutschen“ Namen häufig ähnlich den hebräischen gewählt wurden, z.B. Moses/Moritz, Levi/Ludwig.

<sup>300</sup> Dieses monströse Kürzel bezeichnete den „Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei“, Heinrich Himmler.

Am 24.04.1940 wurde diese Bestimmung nochmals modifiziert, um möglichst viele Juden noch zu einer Auswanderung zu bewegen. Die Auswanderung wehr- und arbeitsfähiger Juden in das europäische Ausland, besonders in sogenannte „Feindstaaten“, blieb aber verboten, die Ausweitung der Auswanderung nach Palästina war unerwünscht. Joseph WALK, Sonderrecht, S. 320.

## Blinde und taube Nachbarn

Dann kam der Abend des Pogroms. Nachdem es bereits am 7. November 1938 in Kassel zu heftigen Angriffen auf jüdische Personen und Einrichtungen gekommen war, setzte sich der Pogrom am 8. November in Nordhessen und damit auch im Kreis Ziegenhain fort, bevor er auf das ganze Reich übergriff.<sup>301</sup> Auch in Neukirchen blieben die noch etwa dreißig jüdischen Nachbarn nicht verschont.

Am späten Nachmittag des 8. November hatten sich einheimische und auswärtige Nazis im Saal der Gastwirtschaft Wennerhold versammelt. Nach dem Ende der Veranstaltung stürmten sie in die kleine Stadt und begannen ihr Zerstörungswerk. Dabei soll es sich um „auswärtige“ SA-Schläger gehandelt haben, wie sich eine Zeitzeugin erinnert.<sup>302</sup> Die Nazi-Täter gingen schnell und gezielt ihrem Zerstörungswerk nach.

Erstes Ziel war die Synagoge, welche im Inneren verwüstet und nur deshalb nicht in Brand gesteckt wurde, weil durch die enge Bebauung unweigerlich die Nachbarhäuser in Mitleidenschaft gezogen worden wären.<sup>303</sup> Der heiligste Besitz der Gemeinde, die Thorarolle, wurde aus dem Ahron-ha-kodesch herausgezerrt und zusammen mit Gebetbüchern und anderen brennbaren Kultgegenständen durch eine schmale Gasse bis zum Marktplatz getragen.<sup>304</sup> Dies kann nicht lautlos vor sich gegangen sein, so dass viele Neukirchener Bürger selbst bei geschlossenen Fenstern der Lärm der hastenden Nazis gehört haben müssen. Auf dem Marktplatz wurden die heiligen Rollen und die Gebetbücher neben der Kirche auf einen großen Haufen geworfen und angezündet.

Julius Bachrach wohnte am Marktplatz nahe dieser Gasse. Hier hatte er seinen kleinen Kolonialwarenladen und Kohlenhandel. Nun wollte schon lange keiner mehr bei ihm kaufen. Seine Ehefrau Meta und die 17jährige Tochter Grete hatten im Geschäft geholfen. Sie alle saßen nun aufgeschreckt in ihrer Wohnung im

---

<sup>301</sup> Siehe dazu ausführlich Wolf Arno KROPAT, Kristallnacht in Hessen. Der Judenpogrom vom November 1938, Wiesbaden 1988 (Schriften der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen X). Zur Pogromnacht in der Region siehe Senta Wallach SELIGMANN, Meine Erinnerungen an die Kristallnacht, in: Heimatvertriebene Nachbarn Bd. 3, S. 447-452 sowie Barbara GREVE, Zerbrochene Lebenskreise, S. 231f.

<sup>302</sup> Gespräch mit Frau C.W., geb. 1925, am 11.01.2007 in Neukirchen. Der Einsatz ortsfremder Nazis ist auch für andere Ortschaften belegt.

<sup>303</sup> Die Ortschronik schreibt dazu, dass sich der damalige Oberbrandmeister Zulauf den SA-Männern entgegenstellte, um ein Niederbrennen zu verhindern. Dass soll ihm einigen Ärger mit den Nazis eingetragen haben. Auf die Zerstörung und Plünderung geht die Chronik jedoch nicht ein. Wolfgang MANTZ et al, Wissenswertes, S. 115.

<sup>304</sup> In der Nazizeit wurden Kultgegenstände in die Kasseler Hauptsynagoge ausgelagert, wo sie dem Brand der Synagoge zum Opfer fielen. Ein genaues Datum dafür hat sich nicht eruieren lassen, vermutlich lag es aber nach dem Novemberpogrom. Da die Synagoge in Neukirchen aber bis zum Pogrom noch von den Juden genutzt wurde, war noch mindestens eine rituelle Grundausrüstung für die Gottesdienste vorhanden.

Obergeschoss, als plötzlich eine Horde Nazis unter Führung des Oberlandjägermeisters Roßmann<sup>305</sup> in sein Haus einzudringen versuchte. Julius Bachrach wollte dies aber unter keinen Umständen zulassen und wehrte sich vom Obergeschoss aus vehement, indem er Holzscheite auf die Eindringenden herab warf und einige Nazis damit verletzte. Die Eindringlinge ließen sich jedoch nicht abhalten. Sie zerstörten alles, was ihnen im Weg stand, um in den kleinen Laden zu kommen. Nun wollte Julius Bachrach wenigstens seine Wohnräume verteidigen und griff sich dazu eine Axt. Seine Frau Meta konnte ihn jedoch angsterfüllt überreden, besser die Flucht zu ergreifen. Als er über das Dach in ein Nachbarhaus flüchten wollte, blieb er zwischen zwei Latten hängen und wurde von den Verfolgern mit Fußtritten und Stöcken misshandelt.<sup>306</sup> Doch er konnte verletzt entkommen und flüchtete sofort nach Darmstadt zu seinem christlichen Schwager Wilhelm Müller. Julius Bachrach brauchte zwei Wochen, um sich von den Misshandlungen einigermaßen zu erholen. Durch seine erfolgreiche Flucht war er der einzige Jude in Neukirchen, welcher nicht verhaftet und nach Buchewald in das dort eigens errichtete Sonderlager transportiert wurde.

Der Schläger-Trupp der Nazis zog in dieser Nacht weiter von „Judenhaus“ zu „Judenhaus“, verwüstete die Läden, plünderte und drang in die Wohnungen der verängstigten Menschen ein, wo abermals willkürlich zerstört und geplündert wurde.<sup>307</sup> Die jüdischen Menschen waren einerseits empört über das, was ihnen angetan wurde, angesichts der Brutalität des Vorgehens aber gleichzeitig völlig verstört. Die Nazi-Täter schüchterten die Menschen weiter ein und misshandelte sie. Selbst vor den Frauen machte man nicht Halt. Meta Nussbaum, Ehefrau des Moritz Nussbaum, wurde heftig ins Gesicht geschlagen, als sie sich vor ihren Ehemann stellte, um ihn zu beschützen. Als sie sich gegen die Angriffe zur Wehr setzte, wurden ihr mehrere Zähne ausgeschlagen.

Noch nach elf Uhr in der Nacht drangen die Nazi-Täter in das Haus der 78jährigen Johanna Sonn in der Blaufärbergasse 4 ein. Frau Sonn lebte hier mit ihrer kranken Tochter Mathilde, der verwitweten Schwiegertochter Berta Sonn und dem 18jährigen Enkel Ludwig. Die Eindringlinge bedrohten die eingeschüchterten Frauen und den Jugendlichen, verwüsteten das Mobiliar und zerschlugen das Geschirr.

---

<sup>305</sup> Die Rolle, welche der Oberlandjägermeister und seit 1936 Ortsgruppenführer der NSDAP, Roßmann, im Verlauf des Pogroms spielte, konnte nicht geklärt werden. Laut Aussage von Julius Nussbaum hatte er bezüglich der Ausschreitungen nach dem Krieg mit ihm Kontakt aufgenommen. Der erwähnte Brief ist in der Akte jedoch nicht erhalten. HHStAW Abt. 518 Pak. 10394.

<sup>306</sup> Nach Schmucl LEVI, Erinnerungen, S. 460.

<sup>307</sup> Am 26.06.1939 erging eine Rundverfügung des Regierungspräsidenten in Kassel an die Landräte des Kreises, dass keine Bescheinigungen über in der Pogromnacht zerstörtes Mobiliar mehr auszustellen seien. Dies behinderte nach dem Krieg im Zuge der sogenannten „Wiedergutmachung“ die Antragsteller oft erheblich bei der Beweisführung ihrer Schäden. Wolf-Arno KROPAT, Kristallnacht in Hessen. S. 147.

Einzig im „Judenhaus“ Untergasse 83, wo in der ersten Etage die Familie Nagel und darüber Emma Nussbaum wohnten, schien größerer Schaden abgewendet worden zu sein. Dass der Überfall bei der Familie Nagel glimpflich ablief, war jedoch nicht dem Einsehen der Nazi-Schläger, sondern allein einem mutigen Helfer zu verdanken. Im Erdgeschoss des Hauses lebte die christliche Familie Kunz. Der Schwiegersohn Adam Trieschmann stellte sich den Nazi-Tätern in den Weg und schrie, dass er jeden erschlagen würde, der in das Haus eindringe. Seine Schwiegermutter sei todkrank und könne durch den Lärm aus Panik sofort sterben.<sup>308</sup>

Wenn auch diesem tapferen Vorgehen zuerst Erfolg beschieden war, so waren sich Sally Werner Nagel und die anderen Juden Neukirchens doch nicht sicher, ob die Nazis nicht noch einmal wiederkommen würde. Deshalb versteckten sich alle männlichen Juden bis zum Morgen im Wald.

All diese Ereignisse geschahen über mehrere Stunden hinweg, lautstark und mit einem erheblichen Maß an krimineller Energie vor den Augen der Neukirchener – und kaum eine Handvoll hat den Mut aufgebracht, in irgendeiner Form zu helfen und die Betroffenen zu schützen. Und nur wenige wollen sich heute noch daran erinnern.

---

<sup>308</sup> Gedalya NIGAL/Gerhard Nagel hat diesen Vorfall in bedrückender Weise in seinen Erinnerungen geschildert. Erinnerungen Novemberpogrom, in: Heimatvertriebene Nachbarn Bd. 2, S. 468.

## Exkurs: Der jüdische Friedhof

Die Nazi-Täter machten auch vor dem jüdischen Friedhof nicht halt. Nach einer Aussage des damaligen Bürgermeisters Hipka im Jahre 1946 anlässlich der Spruchkammerverfahren wurden sämtliche Grabsteine geschändet. Als Hauptverantwortlicher wurde der Immichenhainer SA-Obersturmführer Lorenz Rohd bezeichnet, „ein ganz fanatischer Bruder.“<sup>309</sup> Nikolaus Schacht, damaliger Ortsbauernführer, habe den Friedhof später wieder herrichten lassen.

Der Friedhof wurde von der Stadt erworben. Bürgermeister Ritter versuchte ihn in der Folge unauffällig zu schützen. So antwortete er im April 1943 auf die Begehren einer Nazi-Dienststelle wegen angeblich geschichtlich oder kulturhistorisch wertvoller Grabsteine, wobei der Blick wohl eher auf eventuell vorhandene Metalle gerichtet war, mit folgendem Schreiben: *Auf dem Friedhof scheinen keine wertvollen Steine zu sein, die für andere Zwecke umgearbeitet werden können. Es sind meistens Rotsandsteine vorhanden, die ich am liebsten bis zum Ende der Verwesungsperiode stehen lassen möchte, weil eine Benutzung des Gräberfeldes doch nicht vorher erfolgen kann.*

Die Reichsvereinigung der Juden, eine Zwangsorganisation, welche von den Nazis in ihren Vernichtungsprozess eingebunden worden war, hatte bereits im Dezember 1942 wegen des Geländes angefragt. Bürgermeister Ritter bot darauf hin im Namen der Stadt einen Kaufpreis von 300 RM für das Gelände, denn die Stadt habe letztlich keinen Nutzen davon, da die Verwesungsperiode 30 Jahre betrage.

In den Jahren 1946-48 wurde der Friedhof schließlich an die ausgelöschte „Jüdische Kultusgemeinde zu Neukirchen“, vertreten durch die JRSO, zurückgegeben.<sup>310</sup> Diese musste dafür aber die an die Reichsvereinigung gezahlten 300 RM an die Stadt zurückzahlen – auch dies ein Beispiel für den „sensiblen“ Umgang mit der Nazivergangenheit.

---

<sup>309</sup> Lorenz Rohd will an den Zerstörungen angeblich nicht beteiligt gewesen sein, „was ihm als ganz fanatischen Bruder hier absolut niemand glaubt.“ (Bürgermeister Hipka, 1946) Ein Sturmführer Roth, Immichenhain, wird bereits im September 1935 anlässlich der Einweihung eines *Stürmer*-Kastens in Nausis genannt. (*Ziegenhainer Zeitung* 11.09.1935) Da die Kosten für die Wiederinstandsetzung bei 2.500 RM lagen, einer beträchtlichen Summe in damaliger Zeit, müssen die Zerstörungen recht gravierend gewesen sein. HStAM Bestand 330 Neukirchen B 7338.

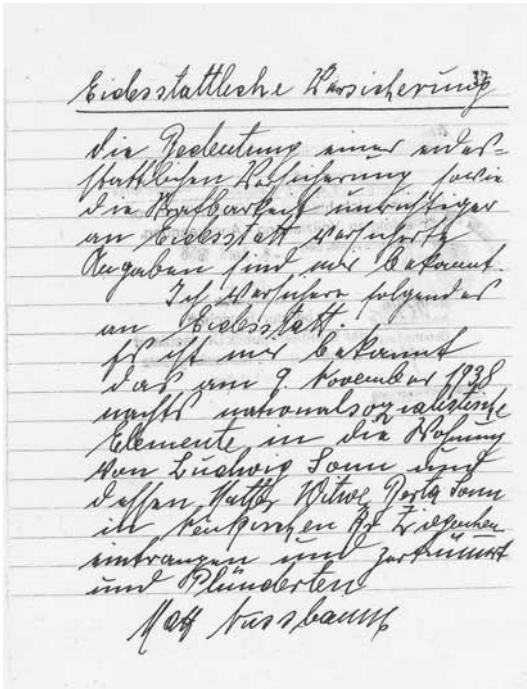
<sup>310</sup> JRSO = Jewish Restitution Successor Organisation. HStAM Bestand 330 Neukirchen B 7146



Max Nussbaum, welcher sich nach Argentinien hatte retten können, schrieb 1955 in einem Brief an die Stadtverwaltung über die Pogromnacht und berichtete von eingeschlagenen Schaufenstern, geplünderten Waren sowie Zerstörung und Diebstahl. Eine Antwort oder gar Entschuldigung erhielt er nicht. Der damalige Bürgermeister Kimmel musste zu einem Antwortschreiben erst vom Regierungspräsidenten ausdrücklich aufgefordert werden und äußerte sich nun folgendermaßen:

*Die Angaben des Antragstellers können von hier nicht bestätigt werden. Personen, die über den Umfang der angeblichen Zerstörungen bei der sog. Novemberaktion [sic!] Angaben machen können, sind nicht bekannt geworden. Der Antragsteller soll nach 1945 mit Einwohnern Neukirchens in brieflicher Verbindung gestanden haben. Vielleicht kann der Obengenannte Zeugen namhaft machen, die zur Sache gehört werden können.*

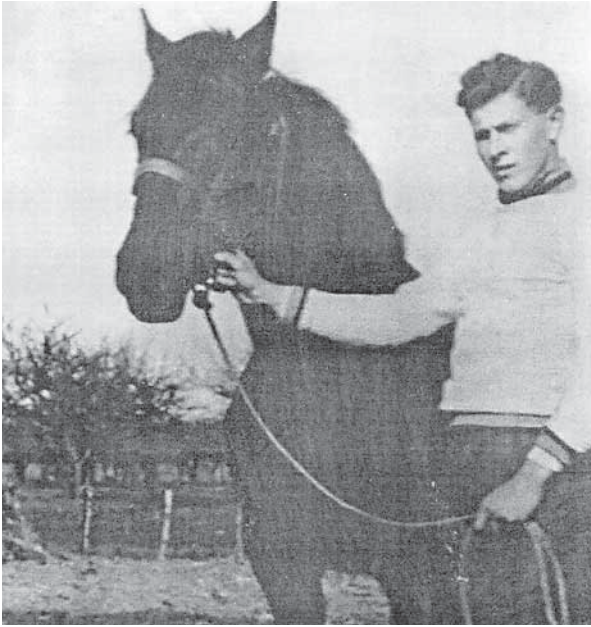
Die mangelnde Sensibilität dieses Schreibens wird noch dadurch unterstrichen, dass der Name des „Antragstellers“, Max Nussbaum, an keiner Stelle des Schreibens genannt wird. Bürgermeister Kimmel ergänzte, dass er auch nur den Namen des Bürgermeisters der NS-Zeit angeben könne, den des Amtswalters der NSDAP kenne er nicht, *da ich erst seit dem 8.3.1949 Bürgermeister bin.*<sup>311</sup> Offensichtlich gab in Neukirchen niemanden, den man hätte fragen können.



Seiderstättliche Kassiererin  
Die Plünderung eines un-  
verkündeten Raubüberfalls wurde  
die Hauptaufgabe im Verhältnis  
an Seiderstätt war nicht  
Begebenheit sind mir bekannt.  
Ich übernehme folgende  
an Seiderstätt.  
Es ist mir bekannt  
dass am 9. November 1938  
einige unvernünftige  
Elemente in der Hoffnung  
Herr Lischow Sohn auf  
Laffers Platz Witwe Postle Sonn  
ist kumpfen auf zu gehen  
imbrängen und zu rauben  
im Plünderer  
Max Nussbaum

**Abb. 26: Aussage Max Nussbaum über die Plünderung im Haus der Witwe Berta Sonn**

<sup>311</sup> HStAM Bestand 330 Neukirchen B 6855.



**Abb. 27: Ludwig Sonn im Exil in Holland 1940**



**Abb. 28: Das Spritzenhaus 1957, rechts die Synagoge (mit verschindeltem Obergeschoss)**

Es half den jüdischen Männern nichts, dass sie sich die ganze Nacht im Wald versteckt hielten. Der Oberlandjägermeister und Ortsgruppenleiter Pg. Roßmann verhaftete am nächsten Morgen jeden einzelnen auf Anweisung der Gestapo-stelle Kassel und sperrte sie alle mitten im Ort in das eng zwischen Wohnhäusern und Geschäften liegende Spritzenhaus direkt neben der Synagoge: Moritz Sonn I, den erst 18jährigen Ludwig Sonn, Leopold Nussbaum, Werner Nagel, Markus Nussbaum I, Markus Nussbaum II und Max Nussbaum I.<sup>312</sup> Da alle sehr niedergeschlagen waren, sollen sie unter der Anleitung seines Vaters hebräische und zionistische Lieder zur Aufmunterung gesungen haben, erzählt Gedalya Nigal / Gerhard Nagel, in seinen Erinnerungen.<sup>313</sup> Dem Spritzenhaus direkt gegenüber lag in der belebten Untergasse eine Bäckerei, so dass viele Menschen die Zerstörungen der Synagoge, die Verhaftungen und vielleicht auch den Gesang der sieben Männer mitbekommen haben müssen.

Am frühen Morgen des 10. November war um 5.03 Uhr an alle Landräte ein Funkspruch der Staatspolizeistelle Kassel mit dem Inhalt ergangen, bei eventuellen Ausschreitungen nur einzuschreiten, wenn *deutsches* Leben und *deutsches* Eigentum gefährdet seien.<sup>314</sup> Zwar enthielt dieser Funkspruch die ausdrückliche Anweisung „Misshandlungen dürfen in keinem Fall vorkommen“, sowie ein Plünderungsverbot, aber für beides war es schon zu spät. Es war auch in Neukirchen bereits misshandelt und geplündert worden. Nur den letzten Satz der Anweisung hatte man ordnungsgemäß und weitestgehend befolgt: „Nach Möglichkeit ist darauf zu achten, dass begüterte Juden festgesetzt werden.“ Doch gab es (noch) „begüterte“ Juden in Neukirchen? Vielleicht hielt man nach der jahrelang verinnerlichten Propaganda grundsätzlich alle Juden für begütert und nahm deshalb den 62jährigen Markus Nussbaum II ebenso fest wie den 18jährigen Ludwig Sonn. Mit jener Anweisung war jedenfalls das Stichwort gefallen, und es begann die Phase restlose Ausplünderung der Juden, bis man sie schließlich „evakuierte“. Über ihre Vermögensverhältnisse hatten sich die Nazis schließlich rechtzeitig informiert.

Doch zunächst einmal wurden die häufig verletzten und zusammengeschlagenen Männer per Sammeltransport in Bussen nach Kassel in die Kaserne in der Hohenzollernstr. 106 gebracht. Mit bürokratischer Gründlichkeit wurden die Kosten dieser Aktion später wieder eingetrieben:

---

<sup>312</sup> Max Nussbaum II wurde am 10.11.1938 in Kirchhain festgenommen und von dort nach Buchenwald gebracht. Bernd KLEWITZ, Kirchhain. Alltag im Dritten Reich. Marburg 1990, S. 104.

<sup>313</sup> Nach Gedalya NIGAL, Erinnerungen Novemberpogrom, S. 468.

<sup>314</sup> HStAM Bestand 180 Marburg Nr. 4827. Hervorhebung. durch d. Verf.

## Der Landrat

Durch den Transport der festgenommenen Juden nach Kassel sind für die Omnibusfahrt 240,- RM Unkosten entstanden. Auf die dortige Stadt [Ziegenhain] entfällt ein Betrag in Höhe von 6,- RM, den die Kreiskommunalkasse einziehen wird. Für die Aufbringung der Kosten ist zunächst die Ortspolizeibehörde zuständig. Ich gebe Ihnen aber anheim, die Kosten wieder von denjenigen einzuziehen, durch deren Transport sie entstanden sind.<sup>315</sup>

Als spätester Termin zur Einlieferung wurde in dem Funkspruch der 11. November 1938, 13 Uhr genannt.<sup>316</sup>

Von Kassel aus ging es dann in der Nacht zum 12. November mit dem Zug weiter nach Weimar, wo man die Festgenommenen mit Lastwagen zum Konzentrationslager Buchenwald fuhr. Spätestens vor dem Tor wurden sie von SS-Schlägern erwartet, und viele wurden noch einmal grausam zusammengeschlagen.<sup>317</sup> „Wir mussten von dem Fahrzeug herunter springen und durch ein Spalier von SS-Schlägern, die mit Stöcken und Eisenstangen ausgerüstet waren, bis zum Buchenwaldtor laufen.“<sup>318</sup> Im Sonderlager „angekommen, warf man die Leute in eine schmutzige Waschküche. Nachts kamen noch Transporte, einige Leute in Pyjamas und Nachthemden. Je intelligenter oder angesehener ein Jude aussah, desto mehr wurde er misshandelt. [...] Unser Lager hatte keinen geteerten Boden. Es war hügelig, schmutzig und nach starkem Regen fast unpassierbar [...] Gleich am ersten Tag wurden wir [...] kahlgeschoren und rasiert. [...] Wir bekamen weder Freitag noch Schabat etwas zu essen noch zu trinken.“ Als es dann endlich ein verdorbenes Essen gab, entstand „eine Durchfallepidemie, wie man sie sich schrecklicher nicht ausmalen kann.“ Da es kaum Wasser gab, „fingen wir an den Dachtraufen die Regentropfen auf. [...] Einige tranken [sogar] ihren eigenen Urin!“<sup>319</sup>

---

<sup>315</sup> HStAM Bestand 330 Ziegenhain Nr. 937. Siehe dazu auch HStAM Bestand 180 Hersfeld Nr. 3698.

Man folgte hier, wie auch später bei den Deportationen, dem Prinzip, dass der Geschädigte den Schaden selber bezahlen müsse. Die dafür angesetzten 50 RM für die Fahrt in den Tod wurden den Verschleppten an den Deportations-Sammelstellen abgenommen. Hinsichtlich der Transporte nach dem Novemberpogrom wollte man der Bevölkerung wohl auch nicht den Anblick der vielfach schwer verletzten und zusammengeschlagenen Nachbarn zumuten, so dass die Transporte aus den einzelnen Ortschaften auch bei vorhandenen Bahnanschlüssen per Bus und nicht per Bahn erfolgten.

<sup>316</sup> HStAM Bestand 180 Marburg Nr. 4827.

<sup>317</sup> Harry STEIN, *Juden in Buchenwald 1937-1942*, Weimar 1992, S. 41.

<sup>318</sup> Bericht von Gustav Beutler, 1968, *Buchenwaldarchiv* 32 IX-70, zitiert nach Harry STEIN, *Juden in Buchenwald*, S. 41.

<sup>319</sup> Gedalya NIGAL/Gerhard Nagel berichtet hier, was ihm sein Vater über seine Erlebnisse in Buchenwald erzählt hatte. *Erinnerungen Novemberpogrom*, S. 469.

Bald entwickelte sich ein schwunghafter Lagerhandel, nicht nur mit dem völlig unzureichenden Wasser, sondern z.B. auch mit Toilettenpapier, d.h. Seiten aus alten Zeitschriften. „An die erste Nacht in Buchenwald denken sicher alle „Aktionshäftlinge“ heute noch mit Schrecken zurück.“<sup>320</sup> Sally Werner Nagel hat sie später seinem 12jährigen Sohn Gerhard in deutlichen Worten beschrieben. Die Zustände im sogenannten „Sonderlager“ waren unvorstellbar und nur unter Mobilisierung aller psychischen und physischen Kräfte und mit sehr viel Glück zu ertragen und zu überleben. Das Lager war „für die Aufnahme dieser Masseneinlieferungen in keiner Weise vorbereitet. In der ersten Zeit war man noch nicht einmal in der Lage, die Juden mit Wasser und Brot zu versehen. Darüber hinaus fehlte es an allem und jedem.“<sup>321</sup> Täglich gab es „stundenlange Appelle, die die Leute über sich ergehen lassen mussten, obwohl sie keine Kraft hatten dort zu stehen, und oft zusammenbrachen.“<sup>322</sup>

Die teilweise ebenfalls schwer misshandelten Frauen, die Kinder und die alten Leuten blieben traumatisiert in Neukirchen zurück. Ihre Wohnungen waren verwüstet, die Geschäfte zerstört und zum Teil geplündert, doch die Sorge um die Angehörigen übertraf alle materiellen Schäden. Es gab keine Beruhigung. Da half auch die Postkarte nichts, welche Sally Werner Nagel aus Buchenwald schreiben durfte. Sie ist allerdings ein Zeugnis dafür, wie stark selbst unter den unmenschlichen Umständen noch der Glaube zivilisierter und assimilierter jüdischer Deutscher an ein vernunftbestimmtes System war, wie sich aus der Bitte, man möge ihm doch Nadel und Faden senden, ablesen lässt.<sup>323</sup>

Der schwer kriegsbeschädigte Sally Werner Nagel wurde als ehemaliger Frontkämpfer nach vier Wochen Lagerhaft aus Buchenwald entlassen:<sup>324</sup> „Mein Vater glich mehr einer Leiche als einem lebendigen Menschen. Seine Haare waren abgeschnitten, sein Gesicht fahl, eingefallen und verhungert. Als erstes bat er, sich waschen zu können. Vier Wochen hatte er keine Seife und kein Bad gesehen.“

---

<sup>320</sup> Siegfried Oppenheim in Peter O. CHOTJEWITZ, Renate CHOTJEWITZ-HÄFNER: Die mit Tränen säen. Israelisches Reisejournal. München 1980, S. 194S. 202-206.

<sup>321</sup> Nach dem SS-Ermittlungsbericht aus dem Jahre 1944 anlässlich der Korruptionsaffäre um den ehemaligen Lagerleiter Koch. Harry STEIN, Juden in Buchenwald 1937-1942, Gedenkstätte Buchenwald 1992. S. 47.

<sup>322</sup> Gedalya NIGAL, Erinnerungen Novemberpogrom, S. 469.

<sup>323</sup> Laut Siegfried Oppenheim handelte es sich um einen überwiegend vorgeschriebenen Text, der wohl nur durch individuelle Bitten um persönliche Dinge ergänzt werden durfte. Harry STEIN, Das Sonderlager im Konzentrationslager Buchenwald nach den Pogromen 1938, in: Monica KINGREEN (Hrsg.), Nach der Kristallnacht. S. 19-54.

<sup>324</sup> Erlass des Chefs der Sicherheitspolizei, i.e. Heinrich Himmler, vom 28.11.1938. Offensichtlich wurde dieser Erlass nur zögernd umgesetzt, wie die Erinnerungen von Gedalya Nigal widerspiegeln. Ob Werner Nagel erst im Zuge der Freilassung der über 50jährigen Juden nach dem 12.12.1938 entlassen wurde, obwohl er 1891 geboren worden war, oder ob er bereits zu den nach dem 28.11.1938 Entlassenen zählte, und dem damals 11jährigen Jun-

## Nach dem Pogrom

„Am nächsten Tag bekümmerte ich mich nicht weiter darum, weil ja der ganze Ort in Aufruhr war. Auch war die Familie Sonn dermaßen eingeschüchtert, dass sie einem aus dem Weg ging. Auch war es mir peinlich, danach zu fragen, was eigentlich geschehen sei.“

So beschreibt eine Nachbarin den Morgen des 9. November 1938. Alle konnten nun die materiellen und physischen Schäden sehen, die emotionalen Verletzungen jedoch mussten die jüdischen Mitbürger mit sich selber ausmachen, denn fast alle Nachbarn machten die Augen zu, so, wie sie auch in der Nacht zuvor Augen und Ohren versperert hatten. Nur vor den Glasscherben unter den Füßen konnte man die Augen nicht verschließen, doch dafür verschloss man den Mund – für viele Jahrzehnte – und selbst heute noch bleiben die Nachbarn stumm.

In den Tagen nach dem Pogrom überschlugen sich die Ereignisse. Noch während man von jüdischer Seite an das Aufräumen der Zerstörungen ging, wurden am 12. November die Landräte über die vom „Beauftragten für den Vierjahresplan“, dem preußischen Innenminister Hermann Göring, erlassene „1. Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus der deutschen Wirtschaft“ informiert. Jüdische Geschäfte und Betriebe hatten zum 31. Dezember 1938 zu schließen. Eine Beschlagnahmung der Warenlager wurde angeordnet. Die jüdischen Familien versuchten deshalb, möglichst viele Waren möglichst unauffällig in den eigenen Schränken zu verstecken, wie sich Gedalya Nigal erinnert. Und es waren nicht nur Privatleute, welche aus dieser Beschlagnahmeaktion ihren Nutzen zogen und beschlagnahmte Waren „für spottbilliges Geld“<sup>325</sup> erwarben, auch die führenden Kaufleute des Städtchens bereicherten sich daran, wie den Rückerstattungsakten zu entnehmen ist.<sup>326</sup>

Am 12. November 1938 wurde „den Juden deutscher Staatsangehörigkeit in ihrer Gesamtheit [...] die Zahlung einer Kontribution von 1.000.000.000 RM [1 Mrd.] an das Deutsche Reich auferlegt.“<sup>327</sup> Diese Nachricht wurde den in Buchenwald eingesperrten jüdischen Männern in rüdester Form per Lautsprecher anlässlich eines der vielen Appelle mitgeteilt:

„Alle Judenvögel herhören! Erstens: Ihr bleibt solange hier, bis ihr eure Geschäfte, Fabriken und Häuser verkauft habt und beweisen könnt, dass ihr schleunigst auswandern werdet. Zweitens: Durch eure Schuld ist dem deutschen Volk großer Schaden entstanden. Ihr seid verantwortlich für die Zerstörungen in den deutschen Städten. Deshalb wird angeordnet: Die Versicherungsbeiträge für eure

---

gen die Zeit nur so lang vorkam, lässt sich nicht mehr klären. Gedalya NIGAL, Erinnerungen Novemberpogrom, S. 469.

<sup>325</sup> ebd. S. 468.

<sup>326</sup> HStAM Bestand 330 Neukirchen B 6852.

<sup>327</sup> Josef WALK, Sonderrecht, S. 255.

Wohnungen und Geschäfte erhaltet nicht ihr, sondern das deutsche Volk. Drittens: Eure Frechheit muss bestraft werden. Deshalb wird den Juden in Deutschland eine Konventionalbuße auferlegt. Sie beträgt eine Milliarde Reichsmark.“<sup>328</sup>

Diese Beschimpfungen verstärkten neben der Sorge um das eigene Leben mit Sicherheit noch die Sorge um die Familien zu Hause.

Nun ging es ans „Arisieren“ der Sachwerte. Goebbels hatte bereits wenige Tage nach dem Pogrom verlauten lassen: „Die Juden können ihre Geschäfte verkaufen, von ihren Renten leben oder sich nutzbringender Arbeit zuwenden. Wenn aber die Juden weiterhin provozieren, müsste auch diese Tätigkeit eingeschränkt werden.“<sup>329</sup> Damit war der Bogen von der Arisierung hin zur Zwangsarbeit schon gespannt.

Um den Profiteuren zuvorzukommen und um dem Reich und der NSDAP entsprechende Sachwerte zu sichern, hatte Gauleiter Weinrich die bereits erwähnte Anordnung erlassen, dass die seit der Pogromnacht getätigten Verkäufe jüdischen Eigentums nichtig seien und erst dann erfolgen dürften, wenn der Beauftragte des Vierjahresplans, d.h. Innenminister Hermann Göring, eine dahingehende Bestimmung erlassen hätte. Dieser Anordnung auf der ersten Seite des *Schwalmkreis* folgte eine kurze Notiz an unauffälliger Stelle und in kleiner Schrift auf der zweiten Seite: „Wer will jüdische Einzelhandelsgeschäfte übernehmen?“<sup>330</sup> Die Wirtschaftsgruppe Einzelhandel forderte darin Interessenten schon jetzt zur Meldung auf, denn ihre Beauftragen stünden „mit den maßgeblichen Stellen von Partei und Staat in ständiger Verbindung.“

Auch in Neukirchen hatte man sich über die Verteilung jüdischen Eigentums schon so seine Gedanken gemacht. Umgehend nach dem Bekanntwerden der Nachricht von der Zwangsveräußerung jüdischer Immobilien gingen seit dem 3. Dezember 1938 „Wunschzettel“ bei der Stadtverwaltung ein, auf denen die vielfältigen Kaufwünsche notiert und teilweise ausführlich begründet wurden. Eine Liste mit dem Vermerk des Einheitswertes, der Zahl der dort zur Zeit wohnenden Personen sowie des evtl. Aufenthaltes der männlichen Familienmitglieder im KZ wurde am 4. Dezember 1938 erstellt. Sie belegt einen Gesamt-Einheitswert der Immobilien von 69.541 RM.<sup>331</sup> Am 24. Januar 1939 folgte eine weitere Aufstellung zu Händen des Landrats, in welcher die zusammen mit dem NS-Ortsgruppenleiter Roßmann ausgewählten Bewerber für die Immobilien präsentiert wurden. Es wird deutlich, dass besonders alte NSDAP-Mitglieder sowie die Stadt als zukünftige Käufer jüdischer Immobilien Berücksichtigung finden sollten.

---

<sup>328</sup> Bericht Ernst CRAMER, in *Welt am Sonntag*, 06.11.1988, zitiert nach Harry STEIN, *Juden in Buchenwald 1937-1942*, S. 47.

<sup>329</sup> *Schwalmkreis* 15.11.1938.

<sup>330</sup> *Schwalmkreis* 24.11.1938.

<sup>331</sup> HStAM Bestand 330 Neukirchen B 7146.

**Tabelle 7<sup>332</sup> Arisierungsvorschläge für die Immobilien der jüdischen Einwohner von Neukirchen**

Jüdische Gemeinde Neukirchen 04.12.1938		Einheitswert	<u>Pers-</u> <u>nenzahl</u> <u>Anwe-</u> <u>send</u>	K Z	Käufer- vorschlag	Preis- Vor- schlag RM
<b>Julius Bachrach</b>	Marktplatz 66	4.830,-	1	-	Stadt Neukirchen	--
<b>Markus Nussbaum I</b>	Hintergasse 20	4.310,-	2	1	W. <sup>333</sup> , Polsterer	6.000,-
<b>ders.</b>	Hofstatt 40 Lagerhaus	2.150,-			Stadt Neukirchen	1.000,-
<b>Markus Nussbaum II</b>	Adolf-Hitler- Str.70	11.700,- 2.150,-	2	1	Johann.Georg R. <sup>334</sup>	--
<b>Leopold Nussbaum / Max Nussbaum I</b>	Adolf-Hitler- Str. 217 1/2	11.500,-	3	-	Karl.Sch., Mineralwasser	--
<b>Max Nussbaum II</b>	Untergasse 164	7.000,-	4	1	Stadt Neukirchen	--
<b>Adelheid Nussbaum</b>	Obergasse 74	2.790,-	1	-	Karl B.	2.790,-
<b>Moritz Sonn</b>	Obergasse 81	3.910,-	2	1	Stadt Neukirchen	2.500,-
<b>Johanna Sonn =Wwe. L. Sonn</b>	Hintergasse 194 1/2	3.910,-	4	1	Johann.Heinrich K., Maurer	4.000,-
<b>Synagoge</b>	Untergasse 141	----	2	-	Stadt Neukirchen	--
<b>Arthur Stern (Hausbesitzer) Fam. Nagel(Mieter)</b>	Obergasse 83	8.000,-	1	1	Valentin K., Dachdecker	7.000,-

Im Zuge des erzwungenen Immobilientransfers erwarb die Stadt Neukirchen für 5.000 RM Immobilien: die Synagoge und den Friedhof der Jüdischen Gemeinde sowie das Haus des Julius Bachrach am Marktplatz<sup>335</sup>. Für weitere 4.500 RM kaufte sie das Haus Max Nussbaum II in der Untergasse 164.<sup>336</sup>

<sup>332</sup> Tabelle nach HStAM Bestand 330 Neukirchen B 7146 (Personenzahl, Einheitswert und Aufenthalt im Konzentrationslager) sowie B 7096 (Käufervorschlag, Preisvorschlag).

<sup>333</sup> Der Polsterer W. hatte das Haus in der Hintergasse 20 laut Kaufvertrag bereits am 18.11.1938 von Markus Nussbaum I erworben. Siehe dazu oben. HStAM Bestand 330 Neukirchen B 7096.

<sup>334</sup> Johann Georg R. war Mitglied der NSDAP seit 1932, Karl B. und Johann Heinrich K. waren NSDAP-Mitglieder seit 1937, dem Datum der Aufhebung der Aufnahmesperre in die NSDAP.

<sup>335</sup> Das Haus der seit dem 18. Jahrhundert in Neukirchen ansässig gewesenen Familie Bachrach ist heute das Heimatmuseum. Im Nachbarhaus welches ebenfalls zum Museum gehört, und in dem die Familie Willy Spier einst lebte, ist eine kleine Judaica-Schau aufgebaut. Einen Hinweis auf die früheren Bewohner der beiden Häuser und ihr Schicksal sucht man jedoch vergebens.

Im Ort steht als Gedenkzeichen eine Erinnerungstafel vor der Synagoge, desgleichen auf dem jüdischen Friedhof. Seit 1976 liegt im Rathaus ein [inzwischen inhaltlich überholtes]



Von der Arisierung war auch der 62jährige Markus Nussbaum II betroffen, welcher in Neukirchen nur „Kornjidd“ genannt wurde. Die Familie handelte mit Manufakturwaren, Futter- und Düngemitteln sowie Getreide. Das Wohn- und Geschäftshaus befand sich in exponierter Lage des Ortes; außerdem gehörte zum Geschäft noch ein Lagerhaus. Der Sohn Julius, welcher schon 1932 ein Opfer der antisemitischer Ausschreitung eines SA-Führers geworden war (s.o.), hatte Deutschland bereits Ende 1936 mit dem Ziel New York verlassen. Zur gleichen Zeit beantragte auch sein Bruder Sally einen Reisepass und forcierte seine Auswanderung in die USA, welche er noch vor dem Novemberpogrom erreichte.

Markus Nussbaum II war ein sogenannter „Aktionsjude“, wie wohlhabende Juden nach dem Pogrom genannt wurden. Er war ebenso wie die anderen jüdischen Männer der Stadt nach der Schreckensnacht verhaftet worden und hatte in Buchenwald die Lagernummer 25693 erhalten. Nach seiner Rückkehr am 26.11.1938 wurde er gezwungen, seinen Besitz zu verkaufen. Er konnte dabei Immobilien und Grundstücke im (Schätz)Wert von insgesamt 20.600 RM sowohl an die Stadt als auch an verschiedene Interessenten veräußern. Diese Summe entsprach jedoch zum einen nicht dem eigentlichen Tageswert, zum anderen stand das Geld der Familie nicht zur Verfügung, sondern musste von den Käufern auf ein Sicherungskonto eingezahlt werden. Von diesem wurde den Eheleuten Nussbaum für den Lebensunterhalt monatlich 300 RM zugeteilt, wie die Devisenstelle des Oberfinanzpräsidenten Kassel im Mai 1939 mitteilte.<sup>337</sup> Der im März 1939 geschätzte Betrag von nur 150,50 RM für das Warenlager der Firma Nussbaum war mit Sicherheit zu gering bewertet. Er wurde ebenfalls einbehalten und als Restzahlung für die zweite Vermögensabgabe geltend gemacht. Am 17. Juli 1939 verließ Markus Nussbaum mit seiner Ehefrau Meta und der 25jährigen Tochter Bertha seine Heimatstadt. Sie zogen nach Frankfurt in die Merianstr. 33 im Ostend. Nur wenige Tage zuvor hatte ihm der Bürgermeister Ritter noch bescheinigt, „dass über das von ihm hier seit dem 3. März 1907 betriebene Kaufmannsgeschäft nichts Nachteiliges bekannt ist“.<sup>338</sup>

Markus Nussbaum II war vermögend, und so war die erpresste Vermögensabgabe von mehr als 7.800 RM für die drei Personen nicht außergewöhnlich hoch. Doch nun hatte der NS-Staat den Zugriff auf seinen gesamten Besitz. In der Vermögenserklärung, welche er im Februar 1940 noch einmal abgeben musste, betrug sein Gesamtvermögen noch immer fast 14.000 RM. Anlässlich eines weiteren

---

Gedenkbuch mit den Namen und Lebensdaten der deportierten jüdischen Bürger aus. Im Jahre 1993 wurde vor der Synagoge ein Gedenkstein enthüllt. Seither findet jedes Jahr am 9. November eine Gedenkveranstaltung mit anschließendem Gedenkvortrag statt.

<sup>336</sup> HStAM, Bestand 330 Neukirchen B 7146.

<sup>337</sup> Alle Angaben zur Pogromnacht und zu den Verkäufen: HHStAW Abt. 518 Pak. 972 und 519/3 Pak. 590.

<sup>338</sup> HStAM Bestand 330 Neukirchen B 7096.

(erzwungenen) Immobilientransfers an den Wagnermeister C.<sup>339</sup>, welcher „stark mit dem Reichsnährstand verbunden“ sei, schrieb der damalige Ortsbauernführer Nikolaus Schacht im Dezember 1940:

„Bei dem Juden Markus N u s s b a u m handelt es sich um einen ganz gefährlichen Menschen, der es immer verstanden hat, seinen Willen durchzusetzen, was besonders bei der Aufwertung seiner nicht unerheblichen Forderungen bei Schuldnern nach der Inflation zum Ausdruck gekommen ist. Der Gauner kann wohl immer noch nicht erkennen, was jetzt die Uhr geschlagen hat. [...] Die ganze Angelegenheit ist nach meinem Ermessen ein Hinhaltungsmanöver von Nussbaum, der entweder denkt, dass sich die Verhältnisse noch einmal ändern sollten, oder aber, dass er dadurch einen höheren Preis erzielen würde.“<sup>340</sup>

Doch all dieses Geld half nicht, ein Visum zu bekommen, um das Leben zu retten. Markus Nussbaum hatte das wohl bis zuletzt versucht. Das Ehepaar und die Tochter Bertha wurden am 22. November 1941 von Frankfurt nach Kowno deportiert und dort am 25. November erschossen.

Die einzige Erinnerung an Bertha Nussbaums Leben ist das Fragment eines Kofferanhängers aus dünner Pappe, auf welchem mit Bleistift ihr Name und der Kennort Ziegenhain vermerkt sind.<sup>341</sup>

### „Du bist unser einziges Kind“<sup>342</sup>

„Es bedurfte erst der Erfahrung der direkten Lebensbedrohung, um den Juden vor Augen zu führen, dass die Bindungen und Positionen in Deutschland nicht mehr zu halten waren.“<sup>343</sup> Man war sich auf jüdischer Seite nun nach den schrecklichen Erfahrungen des Pogroms und vor allem der Lagerhaft in Buchenwald überdeutlich bewusst, in welche Richtung die Politik der Nazis in Zukunft weisen würde, und versuchte umgehend, vor den eigenen Auswanderungsbemühungen zuerst die Kinder und Jugendlichen in Sicherheit zu bringen. Doch nicht immer waren diese Bemühungen erfolgreich.

Ende 1938 lebten noch Ludwig Sonn (\*1920), Grete Bachrach (\*1921), Siegbert Sonn (\*1925), Irene Nussbaum (\*1926) und Max Nussbaum (\*1932) in der Stadt. Gerhard Nagel (\*1927) sowie Ernst Meier (\*1925) und Walter Israel Spier (\*1927) besuchten eine jüdische Schule in Frankfurt und lebten dort im Israelitischen Waisenhaus.

---

<sup>339</sup> Zu den Erwerbungen des Wagnermeisters C. anlässlich von Arisierung und Deportation siehe auch den Abschnitt über die Witwe Johanna Sonn.

<sup>340</sup> ebd., Sperrung im Original.

<sup>341</sup> Dieses Fragment wurde im Fort IX in Kowno gesichert. Es befindet sich im UNITED STATES HOLOCAUST MEMORIAL MUSEUM in Washington und ist abgedruckt in Hidden History of the Kovno Ghetto. UNITED STATES HOLOCAUST MEMORIAL MUSEUM (Hrsg.), Washington 1997, S. 73.

<sup>342</sup> Gedalya NIGAL, Erinnerungen Novemberpogrom, S. 471.

<sup>343</sup> Konrad KWIET, Gehen oder bleiben? S. 135.



**Abb. 29: Nach vielen Jahren trafen sich die geretteten „Kinder“ noch einmal.**  
Von li.: Ludwig Sonn, Ernst Spier, Walter Spier, Gerhard Nagel, Salli Levi.

Der 18jährige Ludwig Sonn wurde erst im April 1939 aus der Lagerhaft in Buchenwald entlassen und war damit von den Neukirchener Juden am längsten inhaftiert gewesen. Nach seiner Rückkehr flüchtete er umgehend nach Venlo in Holland, wo er bei Bauern eine landwirtschaftliche Ausbildung machen wollte, um dann so schnell wie möglich nach Palästina zu emigrieren. Diese Hoffnung wurde durch den Kriegsausbruch 1939 und die Besetzung der Niederlande im Mai 1940 zerstört. Ludwig Sonn konnte jedoch Kontakte zum niederländischen Untergrund knüpfen und sich in den folgenden Jahren bei einer Bauernfamilie verbergen. Dort erlebte er das Kriegsende und wanderte dann nach Israel aus.

Grete Bachrach war das einzige Kind von Julius und Meta Bachrach. Sie besuchte in Neukirchen die Jüdische Volksschule und nach deren Auflösung bis zum Ende ihrer Schulpflicht die Stadtschule. Danach half sie im elterlichen Geschäft am Marktplatz.

Grete Bachrach war sehr kurzsichtig. Im Zuge der immer weiter vorangetriebenen Einschränkung des Lebensraums jüdischer Bürger bedurfte jedes Verlassen des Heimatortes einer Genehmigung. Diese musste sie auch im Mai 1941 beantragen, um sich bei einem Kasseler Optiker eine neue Brille anpassen zu lassen.

Grete Bachrach war 20 Jahre alt, als sie am 31. 05. 1942 zusammen mit ihrer Mutter von Neukirchen/Treysa über Kassel und Lublin-Ost nach Sobibor deportiert wurde. Nach der Ankunft des Zuges hatte sie noch zwei Stunden zu leben.

Siegbert Sonn war das einzige Kind aus der zweiten Ehe des Moritz Sonn I mit Bertha Katzmann. Er besuchte in Neukirchen die Israelitische Volksschule von 1932 bis 1933 und danach die Stadtschule, wo seine „Entlassung“ mit Datum vom 9. November 1938 vermerkt ist. Nach diesem Datum war der Schulbesuch für jüdische Schüler nur noch in jüdischen Schulen erlaubt. Am 15. 11.1938 erging dann offiziell ein Erlass des Reichsministeriums für Wissenschaft über den Schulunterricht an Juden mit folgendem Wortlaut: „Nach der ruchlosen Mordtat von Paris kann es keinem deutschen Lehrer... mehr zugemutet werden, an jüdische Schulkinder Unterricht zu erteilen. Auch versteht es sich von selbst, dass es für deutsche Schüler unerträglich ist, mit Juden in einem Klassenraum zu sitzen... [Ich] ordne daher mit sofortiger Wirkung an: Juden ist der Besuch deutscher Schulen nicht gestattet.“<sup>344</sup> Damit war Siegbert Sonn im Alter von 13 Jahren von jeglicher weiteren Schulbildung ausgeschlossen, da sich die nächste jüdische Schule in Frankfurt befand.

In den folgenden drei Jahren muss sich Siegbert Sonn sehr einsam gefühlt haben. Als einzige Gesprächspartnerin seines Alters war nur noch Irene Nussbaum in Neukirchen verblieben, bevor auch die Familie Nussbaum im Dezember 1940 auswanderte. Nun blieben Siegbert Sonn nur noch die vier Jahre ältere Grete Bachrach oder sein 70jähriger Vater und die 55jährige Mutter.

Siegbert Sonn musste ebenso wie seine Eltern einige Tage vor der Deportation eine Vermögenserklärung ausfüllen. Darin verweist er in jugendlichem Stolz und deutlich durch große Schrift hervorgehoben auf sein eigenes Gesamtvermögen von 1402 Mark und 2 Pfennigen. Auch diese Summe wurde wenige Tage später ein Raub der Finanzbehörden.

Im Mai 1942, als die Familie den Bescheid für die „Umsiedlung nach dem Osten“ bereits erhalten hatte, musste Siegbert Sonn noch vom 4. bis 27. Mai als Erdarbeiter in Neukirchen Zwangsarbeit leisten, wie auf seiner Steuerkarte vermerkt wurde.<sup>345</sup> Es blieben ihm dann noch vier Tage in seiner Heimatstadt.

Im Alter von 16 Jahren wurde er zusammen mit seinen Eltern am 31. 05. 1942 aus Neukirchen über Kassel nach Lublin verschleppt. Hier hielt der Zug nach zweitägiger Fahrt mitten in der Nacht an einer Eisenbahnrampe neben dem „alten Flugplatz“. Unter Geschrei und Schlägen wurden alle Männer zwischen 15 und 50 Jahren von der SS aus dem Zug geprügelt wurden und mussten sich in Viererreihen aufstellen. Für einen Abschied blieb vielen keine Zeit. Die Männer waren als Zwangsarbeiter für das „Kriegsgefangenenlager Majdanek“ vorgesehen, wo-

---

<sup>344</sup> Joseph WALCK, Sonderrecht, S.256.

<sup>345</sup> HHStAW Abt. 519/3 Moritz Sonn.

Dafür erhielt Siegbert Sonn den sogenannten „Juden-Regellohn“ von 0,23 RM pro Stunde. Monica KINGREEN, Gewaltsam verschleppt aus Frankfurt, S. 277.

hin sie nun in schnellem Tempo unter Schlägen über die Hauptstraße in das etwa 1,5 km entfernte Lager getrieben wurden.

Siegbert Sonn wurde wie die anderen 98 Männer unter dem Datum vom 3. Juni 1942 in Majdanek registriert. Die Häftlingsnummern mussten zusammen mit einem Davidstern aus einem roten und gelben Dreieck auf der aus Lumpen bestehenden Häftlingskleidung befestigt werden. „Zum Abschluss wurde die Zuteilung auf die Felder [d.h. Baracken, d.Verf.] vorgenommen, und jeder Neuankömmling hatte sich in die sog. Lagerordnung einzufinden: Appell, gehorchen, marschieren, arbeiten, Ordnung halten.“<sup>346</sup> Von jetzt an herrschte ein Terrorsystem, das auf Angst und Schrecken aufgebaut war. Die Ernährung war völlig unzureichend: Wassersuppe und ca. 200g schlechtes Brot, keine 1000 Kalorien bei täglicher Schwerstarbeit. Schlamm, Dreck, Wassermangel und Ungeziefer in der zerlumpten Bekleidung und den Strohsäcken der Stockbetten führten schnell zu tödlichen Erkrankungen. „Es war den Häftlingen verboten, Kämme, Zahnbürsten, Taschentücher oder Toilettenpapier zu besitzen.“<sup>347</sup> Die Häftlinge wurden täglich zwischen 4 und 5 Uhr morgens von den Barackenpritschen gejagt und mussten sich zum Appell melden. Im Laufschrift wurden sie dann zur Arbeit am Aufbau des Lagers, zum Straßenbau oder anderweitiger Schwerstarbeit außerhalb des Lagers getrieben. Gegen 12 Uhr gab es wieder einen Appell und eine Wassersuppe, dann ging die Arbeit bis gegen 18 Uhr weiter. Der abendliche Appell konnte sich wegen vieler Schikanen über Stunden hinziehen, ehe jeder der schwer arbeitenden Häftling knapp 200g Sägemehl-Brot und als Zutat eine verfaulte Kartoffel, gelegentlich einen Klecks dünne Marmelade oder an „Festtagen“ eine Scheibe Pferdedurst oder einen Löffel Magerkäse erhielt. Schläge und Strafappelle waren an der Tagesordnung. Die meisten Häftlinge hielten diese Torturen nicht lange aus und starben an körperlicher und geistiger Entkräftung. „Die durchschnittliche Lebenserwartung eines Häftlings in Majdanek betrug unter diesen extremen Bedingungen drei Monate.“<sup>348</sup> Siegbert Sonn hielt die mörderischen Strapazen in Majdanek nur wenige Tage länger aus. Er starb am 19. September 1942, zwei Wochen vor seinem 17. Geburtstag.

Gerhard Nagel war 1938 elf Jahre alt. Er besuchte zur Zeit des Pogroms eine jüdische Schule in Frankfurt und wohnte dort in einer Pension für diese jüdischen Kinder vom Lande. Nach seiner Freilassung aus Buchenwald bemühte sich sein

---

<sup>346</sup> Frank BAJOHR, Vom antijüdischen Konsens zum schlechten Gewissen. Die deutsche Gesellschaft und die Judenverfolgung 1933-1945, in: Dieter POHL, Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die Deutschen, die NS-Führung und die Alliierten. München 2006, S. 10-77, hier S.49.

<sup>347</sup> ebd. S. 51

<sup>348</sup> Monica KINGREEN, Die gewaltsame Verschleppung der Juden aus den Dörfern und Städten des Regierungsbezirks Kassel in den Jahren 1941 und 1942, in: Helmut BURMESTER, Michael DORHS, (Hrsg.), Das achte Licht. Hofgeismar 2002, S. 223-242, hier S. 231.

Vater Sally Werner Nagel umgehend, ihn so schnell wie irgend möglich aus Deutschland herauszubringen:

„Später noch am selben Tag nahm mich mein Vater zur Seite und sprach so (ungefähr) zu mir: Mein liebes Kind, ich bin mir bewusst, dass es vielleicht unpädagogisch ist, mit dir darüber zu reden. Du bist ein junges Kind und in deinem Alter solltest du über ganz andere Sachen hören und dich interessieren. Aber leider leben wir in einer nicht normalen Zeit, und es muss sein. Also höre: Du bist unser einziges Kind, und daher wollen wir alles tun, um auf jeden Fall dich zu retten. Du sollst draußen in der großen Welt dann erzählen, was uns die Nazis angetan haben.“<sup>349</sup>

Gerhard Nagel fand nun in Frankfurt im Jüdischen Waisenhaus Aufnahme, der letzten Zufluchtsstätte für viele jüdische Kinder vom Land. Hier wurden sie gut versorgt und liebevoll durch das Heimleiterhepaar Rosa und Isidor Marx betreut. Isidor Marx war bemüht, so viele Kinder wie möglich aus Deutschland herauszubringen. Dafür knüpfte er Tag und Nacht Kontakte mit jüdischen Organisationen und wohlhabenden jüdischen Privatpersonen in aller Welt.

Doch zuerst schien es nicht so, als ob Gerhard Nagel bald würde auswandern können. Selbst nachdem Isidor Marx durch Vermittlung und Hilfe von Baron James Armand de Rothschild die Zusage für 35 Einwanderungszertifikate nach Palästina erhalten hatte, stand er noch nicht auf der Auswanderungsliste. „Ich dachte nicht an mich, da ich ja erst vor kurzem ins Waisenhaus gekommen war und also bestimmt noch nicht ‚an der Reihe‘ war.“ Nur durch einen für ihn glücklichen Zufall kam sein Name auf die Auswanderungsliste, und er konnte Deutschland im April 1939 zusammen mit 34 weiteren Kindern und Jugendlichen verlassen. Der Junge ahnte nicht, dass es ein Abschied für immer von seinen Eltern sein würde.

Am 25. April legte die „Galiläa“ im Hafen von Haifa an. Nun war er gerettet. Wie traumatisiert diese Flüchtlingskinder jedoch waren, zeigt sich in seiner Erinnerung: „Auch noch in Palästina [...] machten wir noch viele Wochen die Fenster zu, bevor wir uns erlaubten, etwas über Politik und Nazis zu sprechen.“<sup>350</sup>

---

<sup>349</sup> Gedalya NIGAL, *Erinnerungen Novemberpogrom*, S. 471. Siehe dazu auch Helga KROHN, *Vor den Nazis gerettet*, S. 78-82.

<sup>350</sup> ebd. Über Ernst Meier und Walter Israel Spier sowie Irene und Max Nussbaum wird an anderer Stelle dieses Buches ausführlich berichtet.

## Der November 1938 im Spiegel der Regionalpresse

Im *Schwalmkreis*, der Regionalzeitung, welche Anfang 1938 aus dem *Schwalm-Boten* und der *Ziegenhainer Zeitung* gebildet worden war, spielten entgegen dem propagandistischen Vorgehen des Jahres 1935 judenfeindliche Artikel während des Jahres 1938 keine herausragende Rolle. Außenpolitische Themen wie der Anschluss Österreichs, die Sudetenkrise, die Konferenz von Evian, das Münchner Abkommen und der Einmarsch in die Tschechoslowakei nahmen den breitesten Raum ein. Auch auf die Kämpfe in Palästina wurde wiederholt eingegangen. Dies änderte sich erst im Oktober 1938, als sich in Treysa das „gesunde Volksempfinden“ dadurch Luft machte, dass der Tierarzt Abraham Höxter zusammen mit dem Diakon Titus Fröhling unter Schmähreden durch die Stadt geführt wurde, bevor beide in „Schutzhaft“ genommen wurden. Der Tierarzt, welcher aus Neukirchen stammte, hatte seine Praxis bereits seit Jahrzehnten in Treysa. Er besaß einen außergewöhnlich guten Ruf und war nebenher selbständig in der Arzneimittelforschung tätig. Seit Beginn der Nazizeit war Abraham Höxter Repressalien ausgesetzt gewesen, so dass er seine Praxis aufgeben musste und nur gelegentlich noch unauffällig in Anspruch genommen wurde. Nun wurde er aufgrund einer Impfkation gegen die Maul- und Klauenseuche, bei der er sich, da er keine Instrumente mehr besaß, Spritzen beim Diakon des örtlichen Krankenhauses geliehen hatte, als „Volksschädling“ gebrandmarkt und vor den „erregten Volksgenossen“ des „verbrecherischen Spiels“ beschuldigt: „Dem Juden [ist] jedes Mittel recht, um seine unsauberen Geschäfte durchführen zu können“, ereiferte sich Kreisleiter Schuchardt auf dem Treysaer Marktplatz.<sup>351</sup> Damit war der Boden für das bereits am 8. November im Kreis Ziegenhain stattfindende Pogrom bereitet.

Am Abend des 7. November 1938, als die Nachricht vom Pariser Attentat des Herschel Grynszpan auf den deutschen Legationsrat Ernst vom Rath erst in ein paar Abendblättern erschienen war, kam es bereits in drei nordhessischen Städten zu den ersten judenfeindlichen Ausschreitungen in Hessen. Besonders Kassel war davon betroffen. Am Morgen des 8. November berichtete dann auch der *Schwalmkreis* anweisungsgemäß in großer Aufmachung über das Attentat. Im *Völkischen Beobachter*, dem NSDAP-Parteiblatt, wurden den Juden am gleichen Tag ernste Konsequenzen angedroht.

Im Kreis Ziegenhain begannen die Angriffe auf die jüdischen Mitbürger ebenfalls bereits am 8. November 1938: „Auch im Kreis Ziegenhain Volkswut gegen Juden entbrannt [...] Hier und da hat sich die Volkswut auch durch Angriffe auf jüdische Geschäfte, Synagogen und sonstige Einrichtungen Luft gemacht“, schrieb der *Schwalmkreis* am Morgen des 9. November. Dabei wurden die Exzesse in Treysa auf „einige zertrümmerte Fensterscheiben“ als Ausdruck der „maßlosen Erbitterung der Volksgenossen über das unverschämte Treiben des Weltjudentums“ heruntergespielt, ebenso die Zerstörungen und Misshandlungen in Ziegen-

---

<sup>351</sup> *Schwalmkreis* 17.10.1938.

hain, welche sich dort angeblich auf das „Ausräumen der Synagoge und eines jüdischen Geschäfts“ beschränkt hätten. Neukirchen fand keine Erwähnung, ebenso wenig Oberaula, Frielendorf, Merzhausen und all die anderen Orte im Kreis Ziegenhain, in denen die antisemitischen Nationalsozialisten ihre Stunde gekommen sah, denn „das, was wir jetzt erleben, ist nichts weiter als eine Quittung an das Weltjudentum für seine maßlose Hetze gegen Deutschland.“<sup>352</sup>

Allgemein zum Pogrom war in der gleichen Ausgabe des *Schwalmkreis* unter der Überschrift „Demonstrationen gegen Juden“ in nur sechs Zeilen von „erheblichen spontanen Demonstrationen der Bevölkerung gegen die Juden“ die Rede. Eine weitere Berichterstattung gab es nicht.

Nur vier Tage später setzte eine Kampagne ein, welche neben den Verhaftungen und den Aufräumarbeiten in den verwüsteten Wohnungen und Läden die schwer traumatisierten jüdischen Menschen zusätzlich verunsicherte. Viele versuchten, umgehend ihr Heimatland zu verlassen und ihre Bemühungen um Visa, Affidavits und Zertifikate wurden von den Zeitungen verhöhnt. Fast täglich schrieb nun auch der *Schwalmkreis*: „Niemand will die Juden haben“ – und allzu viele sollten dies noch am eigenen Leib erfahren. Dabei fanden sämtliche judenfeindliche Restriktionen breite Erwähnung, derer man habhaft werden konnte. Diese betrafen sowohl europäische Länder als auch einige südamerikanische Staaten und sogar Australien. Gleichzeitig wurde über anhaltende Kämpfe zwischen Engländern, Palästinensern und Juden berichtet und die Situation als lebensbedrohlich dargestellt: „Palästina ist eine Hölle.“<sup>353</sup>

Während die „kleinen Nazis“ dies alles wohl mit Genugtuung vernahmen, wurden eventuell mitleidvolle Zeitgenossen damit beruhigt, dass Juden überproportional an Verbrechen beteiligt seien und als Devisenschieber und Rasseschänder aufträten. Wer dann immer noch nicht von der Schädlichkeit der Juden für das deutsche Volk überzeugt war, dem wurde die angeblich enge Verbindung zwischen Judentum und Bolschewismus aufgezeigt, dem propagandistischen Schreckgespenst der 30er Jahre für jeden ordentlichen Bürger.<sup>354</sup>

Begleitend erschienen die einschneidenden Verordnungen zur Arisierung. Dabei war der Andrang auf den jüdischen Besitz wohl so groß, dass sich Gauleiter Weinrich zu einer Anordnung veranlasst sah, welche der *Schwalmkreis* an prominenter Stelle des Titelblattes abdruckte. „[...]wilde Käufe von jüdischem Eigentum, die sich mit der nationalsozialistischen Einstellung nicht vereinbaren lassen“, hätten zu unterbleiben und seien sogar rückwirkend ungültig – denn zuerst wollte der Staat mit seinen vielen Unterorganisationen sein Schnäppchen machen, ehe sich die „alten Kämpfer“ oder gar „Volksgenossen“ bereichern durften.<sup>355</sup>

---

<sup>352</sup> *Schwalmkreis* 09.11.1938.

<sup>353</sup> *Schwalmkreis* 20.10.1938, 24.11.1938, 23.12.1938.

<sup>354</sup> *Schwalmkreis* 22.11.1938.

<sup>355</sup> *Schwalmkreis* 24.11.1938.



## Eine Puppe – 4,50 RM

Zur Zeit des Pogroms im November 1938 hielten sich noch neunundzwanzig jüdische Menschen in Neukirchen auf.

Der 70jährige Markus Nussbaum I, welcher in der Hintergasse 20 ein kleines Manufakturwarengeschäft betrieb und mit Spezereien handelte, war ebenfalls nach Buchenwald gebracht worden. Sofort nach seiner Rückkehr unternahm er intensive Anstrengungen, um mit seiner Ehefrau Johanna geb. Goldschmidt möglichst umgehend zu seinen Töchtern nach Holland auszuwandern. Der Pogrom und die Folgen hatten ihm endgültig die Augen geöffnet, und ihm war klar, dass ein Bleiben in Neukirchen nicht mehr möglich war.

Das Ehepaar erhielt im März 1939 auf ein Jahr befristete Reisepässe. Über den Verkauf des Wohn- und Geschäftshauses war am 18. November 1938 vor dem örtlichen Notar Dr. Kaiser ein Kaufvertrag zwischen Markus Nussbaum I und dem ortsansässigen Sattlermeister Heinrich W. und dessen Ehefrau Gertrud abgeschlossen worden.<sup>356</sup> Das Gebäude wechselte für 6.000 RM den Besitzer. Der Garten wurde für 1.500 RM an Philipp P. verkauft. Das noch vorhandene Warenlager wurde im Rahmen der Arisierung von der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel übernommen und auf 699 RM geschätzt. Es ist zu vermuten ist, dass diese Beträge nicht den tatsächlichen Wert der Immobilien und Waren darstellten. All diese Summen gingen auf ein Sicherungskonto. Von diesem Konto durfte Markus Nussbaum I für Auswanderungsbelange insgesamt 2600 RM abheben. So konnte das Ehepaar für die Auswanderung benötigte Gegenstände erwerben und die Speditionskosten von 400 RM begleichen.

In der Folge versicherte sich Markus Nussbaum I der Dienste des „jüdischen Devisenberaters“ Rechtsanwalt Dr. Hermann „Israel“ Reis aus Marburg, der vielen in der Region zur Auswanderung getriebenen Juden eine große Hilfe war. Dieser erstellte die Listen des Umzugsguts, damit dieses gegen die entsprechende Ausbeutungs-Zahlung vom Oberfinanzpräsidenten in Kassel freigegeben werden konnte. Alle mitgeführten Gegenstände mussten mindestens vierzehn Tage vor der geplanten Auswanderung bis zum letzten Taschentuch mit Kaufwert und Kaufdatum in dreifacher Ausfertigung bei der Devisenstelle angezeigt werden.

Laut Mitteilung der Devisenstelle betrug die Ausplünderungs-Summe für Markus Nussbaum und seine Ehefrau 3000 RM, welche an die Deutsche Golddiskontbank Berlin als „Auflage für Umzugsgut“ zu entrichten waren. Diese sogenannte „Dego“-Abgabe betrug seit dem Juni 1938 90% des jeweiligen Anschaffungswertes. Bei Gegenständen, welche nach 1932 erworben worden waren, konnte die Abgabe bis auf weit über 100% steigen. Das war jedoch nicht die einzige Summe, welche auswanderungs„willige“ Juden nach der Pogromnacht zu entrichten hatten, denn hinzu kam nun die Judenvermögensabgabe in Höhe von 20% des Ver-

---

<sup>356</sup> Dieser Kauf musste nach dem Verkaufsverbot vom 24.11.1938 (s.o.) nachträglich bestätigt werden.

mögens. Diese diene dazu, die von Hermann Göring so genannte „Sühneleistung“ für die Schäden des Pogroms in Höhe von einer Milliarde RM in fünf Raten bis zum 15. November 1939 abzutragen. Bei Auswanderung wurde die Restsumme sofort fällig. Die Reichsfluchtsteuer hingegen betraf Markus Nussbaum I nicht. Seine finanzielle Situation beschrieb er selbst folgendermaßen:

„Ich werde im Mai 1939 70 Jahre alt. Meine Ehefrau ist 65 Jahre alt. Wir haben uns in einem kleinen Manufakturwarengeschäft ernährt. Wir waren bescheiden eingerichtet, haben uns aber davor gehütet, unser Haus und unseren Garten zu belasten. Unsere Möbel und unsere Garderobe ist abgebraucht, und wir haben sie jetzt ergänzt, weil wir unser Grundvermögen verkauft haben. Wir ziehen zu unserer Tochter und müssen wenigstens dafür sorgen, dass wir genügend Möbel, Kleidung und Wäsche mitbringen, denn wir können nichts mehr verdienen und sind darauf angewiesen, dass unsere Tochter und unser Schwiegersohn uns unterhalten.“<sup>357</sup>

Eine eventuelle Rentenzahlung wurde mit der Auswanderung natürlich ebenfalls hinfällig. So verwundert es auch nicht, dass in den Umzugslisten wirklich jeder noch so geringfügige Gegenstand des bescheidenen Haushalts aufgelistet wurde: „Außerdem wollen wir mitnehmen: 20 leere Einmachgläser, 20 gefüllte Einmachgläser aus dem eigenen Garten, 1 Säckchen Zwiebeln, 1 Säckchen Kamille [...]“<sup>358</sup>

---

<sup>357</sup> HHStAW Abt. 518 Pak. 20047 und 519/D in K(arton) Kassel 89.

<sup>358</sup> ebd.

Markus Israel Nussbaum I.  
 Sukkirchen Nr. Liegenhain  
 Jude, noch ohne Kennkarte.

Neukirchen, den 3. April 1939

(Devisenstelle)  
 Eing. 4. APR 1939  
 12.2.15

An den

Herrn Oberfinanzpräsidenten  
 (Devisenstelle)

Kassel.

*gepflegt: Dr. Paul Reis  
 Jüdischer Presen Local  
 Rem. nach K. A. 11296 Stattdg.*

Zu den für mich eingereichten Anträgen des jüdischen Devisenberaters Hr. Hermann Israel REIS vom 21. März und 28. März 1939 wegen Ueberführung von Umzugsgut mache ich noch folgenden Nachtrag:

Es sind im Zusammenhang mit der Auswanderung noch die folgenden Gegenstände angeschafft worden.

lt. Beleg Nr 30.)	8,40 Stralgula.....RM.	20.16
lt. " Nr 31.)	1 Teppich....."	67.--
lt. " Nr 32.)	1 Lampe....."	22.90
lt. " Nr 33.)	1 Teewagen mit 2 Deckchen...."	15.25
lt. " Nr 34.)	1 Aktentasche....."	10.75
lt. " Nr 35.)	1 Kleid....."	43.25
lt. " Nr 36.)	1 Brille mit Ersatzteilen...."	28.--
lt. " Nr 37.)	1 Dtzd. Taschentücher, 1 Badetuch....."	16.--
lt. " Nr 38.)	1 Paar Pantoffel....."	3.23
lt. " Nr 39.)	Bänder und Schürze....."	1.15
lt. " Nr 40.)	1 Butschachtel....."	5.25
lt. " Nr 41.)	1 Schal....."	2.95
lt. " Nr 42.)	3 Nachthemden, 2 Hemden....."	24.94
lt. " Nr 43.)	geltend für ein Nähkästchen..."	16.--
lt. " Nr 44.)	1 Wärmflasche....."	3.50
lt. " Nr 45.)	1 Filzhut....."	7.95
lt. " Nr 46.)	1 Paar H. Handschuhe....."	1.95
<b>KKX ohne Beleg:</b>	1 Puppe....."	4.50

RM. 294.73

Es wird wiederholt versichert, dass andere, wie in den eingereichten Listen und Nachträgen enthaltenen Gegenstände nicht zum Versand kommen.

*Markus Israel Nussbaum I.*

Abb. 30: Die liebevollen Großeltern Markus und Johanna Nussbaum nahmen neben all den anderen kleinen Dingen des täglichen Bedarfs auch eine Puppe für ihre Enkelin Elli mit in die Emigration nach Holland.

HHSaW Abt. 518 Paket 20047

Markus Nussbaum I und seine Ehefrau Johanna hatten sich vermutlich einen endlich friedlichen und verfolgungsfreien Lebensabend in der Nähe ihrer Kinder vorgestellt. Sie waren fürsorgliche Großeltern, denn in der Umzugsliste befindet sich unter dem „Altbesitz“ ein Puppenwagen mit einer Puppe sowie unter den neu angeschafften Gegenständen eine weitere Puppe im Wert von 4.50 RM für ihre Enkeltochter Elli Gobes. Doch es kam alles ganz anders ...

Im Mai 1939 konnten Markus und Johanna Nussbaum endlich ausreisen. Ob sie dabei von ihrer Tochter Jenny, einer Krankenschwester, begleitet wurden, oder ob diese sich bereits in den Niederlanden aufhielt, ist unbekannt. In Maastricht lebte das Ehepaar zuerst in der Pieterstraat 15 und später im Tongerseplein 19a. Von dort wurden beide nach der Besetzung der Niederlande unbekanntem Datums zuerst in das Konzentrations- und Durchgangslager s'Hertogenbosch/Vught eingeliefert und dann weiter nach Westerbork transportiert, bevor sie schließlich am Dienstag, dem 20. Juli 1943, im Alter von 70 und 74 Jahren mit dem letzten der insgesamt 19 Todestransporte in das Vernichtungslager Sobibor verschleppt wurden. In Sobibor wurden die 2.209 Menschen aus Westerbork nach der Ankunft des Zuges am 23. Juli 1943 sofort ins Gas getrieben und ermordet. Niemand überlebte.

## Exkurs: s´Herzogenbosch/Vught – Westerbork

s´Hertogenbosch/Vught war ein Durchgangslager, in dem die Familien auseinandergerissen [wurden] und Männer, Frauen und Kinder streng getrennt voneinander lebten. Die medizinischen und hygienischen Verhältnisse waren äußerst mangelhaft, die Verpflegung absolut unzureichend.

„Vught stellt gewiss eine der bittersten Episoden der Judenverfolgung in den Niederlanden dar.“ So erschien vielen der Weitertransport nach Westerbork eine „Erleichterung im Elend“. „[...] nach Vught bedeutete Westerbork ein großes Aufatmen, war Westerbork ein Paradies. [...] Die monatelang ausgehungerten [...] Vughter aßen nicht, sondern sie fraßen, schlangen alles hinunter, was ihnen vorgesetzt wurde, sie waren unersättlich.“ Manche wären lieber nach Polen verladen worden – ohne um ihr tatsächliches Schicksal dort zu wissen! – als weiter in Vught zu bleiben: „Wenn ich zwischen Vught und Polen zu wählen hätte, [...] dann lieber Polen. So wie es in Vught zugeht, kann es in Polen gar nicht zugehen. Eine Hölle, eine Hölle.“

Westerbork war seit Juni 1942 unter deutscher Leitung. Es lag auf freiem Feld nahe der deutsch-holländischen Grenze und „war der größte Verschiebebahnhof in Westeuropa, von welchem aus rund 100 000 holländische Juden in die Vernichtungslager verfrachtet wurden.“

Die Deportationszüge führen überwiegend dienstags ab. Aus den Tagen der Deportation von Markus und Johanna Nussbaum liegen Aufzeichnungen vor:

„Dienstag, 1. Juni (1943)

Die Transporte rufen nach wie vor Abscheu hervor. Sie erfolgen in Viehwagen, die eigentlich zum Transport von Pferden vorgesehen sind. Die Deportierten liegen nicht auf Stroh, sondern zwischen ihren Essensbeuteln und ihrem wenigen Gepäck auf dem nackten Boden. [...] Der Zug: Eine lange, rüdische Schlange, aus alten, schmutzigen Waggons, die das Lager in zwei Hälften teilen. [...] Die Verbannten: Beladen mit einem Proviantbeutel, der von der Schulter herabhängt und an der Hüfte baumelt, und einer zusammengerollten Decke über die andere Schulter. Schäbige Umsiedler, die nichts anderes mehr besitzen als das, was sie anhaben. Männer, still, mit starren Gesichtern, schluchzende Frauen. Und humpelnde Alte, die unter ihrer Last auf der schlechten Straße und durch Schlammpfützen nach vorne stolpern. [...] Die Verbannten, die sich dem Zug durch die Absperrung nähern, werden [...] umzingelt [...] und [...] gezählt. Dann gehen sie auf direktem Weg in den Zug. Wer zögert, wer trödelt, dem wird nachgeholfen. Angetrieben, manchmal gestoßen, manchmal geschlagen, mit der Faust, mit dem Stiefel überzeugt, regelrecht in den Zug getreten. [...] Kurzer Prozess; häufig ein paar Maulschellen. [...] Sobald die Wagen voll sind, die vorgeschriebene Menge an Verbannten abgeliefert worden ist, werden die Wagentüren bis auf einen Spalt geschlossen. [...] Abfahrt: Ein Wink mit der Hand. Die Pfeife schrillt, meistens

gegen elf Uhr; allen im Lager geht der Ton durch Mark und Bein. Die rüdigte Schlange macht sich mit gefültem Wanst davon.

Samstag, 17. Juli (1943)

Es geht wieder auf Dienstag zu. Nervöse Stimmung. Es ist nahezu sicher, dass alle, die noch einen grünen Stempel haben und alle, die keinen Stempel haben, auf Transport gehen. [...] die Alteingesessenen in Westerbork (werden) den größten Teil des kommenden Transports (stellen). [...] Der Obersturmführer räumt auf: Dienstag fährt vorläufig mal wieder der letzte Transport ab, und mit ihm möglicherweise jeder, der nicht zum sogenannten bleibenden Teil von sechstausend Personen gehören wird.

Sonntag, 18. Juli (1943)

Ich weiß genau, dass ich nicht überleben werde, wenn ich nach Polen geschickt werde, und ich *gehe* am Dienstag. Arbeiten kann ich nicht mehr, und Wertlosen wird man bestimmt nichts zu essen geben. [...] Was hören wir schon aus Polen? So gut wie nichts. Ein einziges Mal kommt heimlich ein Brief durch, in dem ein paar nichtssagende Zeilen stehen, und daran klammert man sich und schöpft neuen Optimismus.

Mittwoch, 21. Juli (1943)

Gestern ein Tag zweifachen Jammers. Erst der Transport. [...] Jede Woche heißt es: Das ist der schrecklichste Transport. Alle Transporte sind schrecklich. Jedes Mal ist es wieder herzerreißend zu sehen, wie Mütter und Väter oder nur Mütter mit ihren kleinen Sprösslingen, eine gelbe Karte auf der Brust, oder gebeugt gehende alte Leute mit ihrem letzten, ärmlichen Besitz beladen ausziehen, dem eisernen Willen eines Menschenhassers ausgeliefert. [...] Dieser Transport war überhaupt schrecklich, weil Legionen von Familien mit kleinen Kindern weitergeschickt wurden. [...] Es war schrecklich, weil es erschreckend heiß war. Psychologisch gesehen war es wahrscheinlich der grausigste Transport, der je von Westerbork in den Osten abgefahren ist.<sup>359</sup>

Die neunjährige Elli Gobes durfte nicht lange mit ihrer Puppe spielen. Sie wurde ebenso wie ihre Großeltern und ihr fünfjähriger Bruder Emanuel, ihre Eltern Friederike Nussbaum Gobes und Louis Gobes sowie ihre Tante Jenny Nussbaum im Spätsommer 1943 von Westerbork nach Auschwitz deportiert und dort sofort ermordet.<sup>360</sup>

---

<sup>359</sup> Alle Zitate aus Philip MECHANICUS, Im Depot. Tagebuch aus Westerbork, Berlin 1993.

<sup>360</sup> Gedenkbuch GEDENKSTÄTTE BERGEN-BELSEN.

## Die „kleine“ Flucht – von Neukirchen nach Frankfurt

Die Neukirchener Juden waren in ihren Handels- und Sozialkontakten hauptsächlich in den Raum Hersfeld/Fulda und Frankfurt orientiert. Der Norden mit Kassel und den umliegenden Regionen spielt keine so große Rolle. So war jetzt Frankfurt für viele auch das erste Ziel der Wahl, als es galt, sich einen Zufluchtsplatz zu suchen. Hier befanden sich Konsulate, Behörden und jüdische Hilfsorganisationen, wie beispielsweise die Auswandererberatungsstelle in der Braubachstraße oder die Filiale des Palästina-Amtes. Viele Länder hatten hier Konsulate, so dass man hoffen konnte, auf diesem direkten Weg in den Besitz eines Visums zu kommen. Alle Kultuseinrichtungen konnte man am Sabbat gut zu Fuß erreichen. Und es gab viele Zugezogene mit gleichem Schicksal; häufig traf man Nachbarn wieder. Einige Frauen aus Neukirchen hatten auch nach Frankfurt geheiratet und waren mit ihren Familien nun dort verwurzelt, wie Frieda Nussbaum Bendheim, Dina Sonn Boessmann und Paula Sonn Mattes. Kontakte zu den alteingesessenen Frankfurter Juden waren hingegen kaum vorhanden.

Nach den Schrecken des November-Pogroms wurde die Stadt auf dem erhofften Weg in die Emigration mehr und mehr als Durchgangsstation angesehen. Damit wurde sie für viele zur tödlichen Falle. Bereits seit Juni 1938 hatte die Frankfurter Gestapo aufgrund dieser Entwicklung versucht, ein Zuzugsverbot zu erreichen; Erfolg hatte sie damit allerdings erst im Juni 1939, nachdem noch einmal eine Welle von Flüchtlingen in die Stadt gekommen war.

Nicht alle hierher Geflohenen hatten das Glück, ein Affidavit oder gar ein Visum zu erhalten. Älteren oder gesundheitlich eingeschränkten Juden blieb jede Hoffnung auf Ausreise verwehrt. Dies galt beispielsweise für die Neukirchener Ehepaare Adolf und Rosalie Grünebaum, Mendel und Emma Levi, Markus und Meta Nussbaum und noch mehr für Witwen wie Natalie Nussbaum, Dina Nussbaum und Klara Nussbaum oder für die betreuungsbedürftige Adelheid Nussbaum. Und wer sich bereits aufgrund seiner Gebrechen in einem Altersheim befand, konnte schon gar nicht mehr auf eine Ausreise hoffen. Umzüge nach 1939 führten häufig in sogenannte „Ghettohäuser“, Häuser, in die hinzugekommene, aber auch alteingesessene Frankfurter Juden zwangsweise eingewiesen wurden und in denen oftmals drangvolle Enge herrschte, da den Ehepaaren und sogar den Familien häufig nur ein Zimmer in einer der Wohnungen zur Verfügung stand.

Während das Leben in Frankfurt in den Jahren vor dem Novemberpogrom zwar eingeschränkt und oft demütigend, aber noch nicht von Not gekennzeichnet war, nahm diese nach dem Pogrom zu. Viele der aus den ländlichen Gemeinden Zugewanderten wurden zu Sozialfällen und konnten – auch in Neukirchen – erst recht nach Kriegsausbruch nur mit Unterstützung der Reichsvereinigung der Juden überleben, welche ihnen die nötigen Mittel zum Lebensunterhalt stellte. Die Vermögenserklärungen sprechen dazu eine deutliche Sprache.

## In „Mischehe“

Aus dem Kreis Ziegenhain sind aus den Akten der nationalsozialistischen Zeit nur drei sogenannte „Mischehen“ bekannt. Diese Ehen, bei denen ein Ehepartner christlichen Glaubens war, bildeten im ländlichen Bereich die Ausnahme. In den größeren Städten wie Marburg, Kassel und erst recht Frankfurt gab es diese konfessionsverschiedenen Ehen jedoch häufiger.

Emma Nussbaum, geb. 1893, war die älteste Tochter von Siegmund Nussbaum und Dina Sonn. Im Jahre 1927 war sie wie ihre beiden Schwestern Rosa und Frieda in Frankfurt „in Stellung“. Sie hielt sich wohl schon länger in der Stadt auf, denn sie hatte dort bereits 1921 den unehelichen Sohn Karlheinz geboren.<sup>361</sup>

In Frankfurt heiratete Emma Nussbaum im März 1931 den Nichtjuden Fritz Reuter. Diese Ehe war in der NS-Terminologie eine sogenannte „privilegierte Mischehe“, d.h. eine Ehe eines „deutschblütigen“ Mannes mit einer jüdischen Frau, in der die Kinder einer christlichen Kirche angehören.<sup>362</sup> So wurden die im September des Jahres 1931 geborenen Zwillinge evangelisch getauft.

Bei Beginn der Deportationen schien Emma Reuter durch ihren „Mischehe-Status“ geschützt. So wurde sie von den Deportationen der Jahre 1941 und 1942 freigestellt, bei denen ihre Mutter Dina, ihre Schwestern Bertha, Frieda und Johanna sowie der Bruder Levi mit Familie verschleppt wurden.

In Frankfurt lebten nach der letzten großen Deportation Mitte 1942 nun fast nur noch Juden über 65 Jahre oder sogenannte „Mischehe“-Partner. Diese waren der Frankfurter Gestapo ein Dorn im Auge, wobei sie sich der Unterstützung des Gauleiters Sprenger sicher sein konnte, denn dieser strebte schon lange einen „judenfreien“ Gau an. So lebten Emma Nussbaum Reuter und ihre Familie in ständiger Angst.

Emma Nussbaum Reuter wurde zur Zwangsarbeit bei der Druckerei Osterried verpflichtet. Anfang 1943 erhielt sie eine Mitteilung, welche sie zu einer Vernehmung in die Gestapodienststelle Lindenstraße befahl.<sup>363</sup> Dort wurde sie vom Leiter des Judenreferats, Heinrich Baab, vernommen. Heinrich Baab war als ein übler Schläger bekannt, der seine Opfer grausam seelisch und körperlich quälte.<sup>364</sup> Emma Nussbaum Reuter wurde wie die anderen festgenommenen Leidens-

---

<sup>361</sup> HStAM Bestand 330 Neukirchen B 2519.

<sup>362</sup> Die Angaben zu Emma Nussbaum Reuter wurden entnommen aus HHStAW Abt. 518 Pak. 693 Nr. 12.

<sup>363</sup> Diese Vorladungen erreichten in Frankfurt ihren Höhepunkt im Februar und März 1943. Sie wurden auf Grund von Denunziationen und Falschanzeigen ausgestellt. „Und keiner hat für uns Kaddisch gesagt...“, S. 459.

<sup>364</sup> Heinrich Baab wurde, auch im Hinblick auf die Deportation von Emma Nussbaum Reuter, im Jahre 1950 zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Erst nach dem Tod des ehemaligen hessischen Ministerpräsidenten Georg August Zinn wurde Heinrich Baab am 21.12.1972 begnadigt. Zinn hatte die Begnadigungsgesuche stets abgelehnt.



genossen mit konstruierten Strafbeständen konfrontiert, welche häufig auf Denunziationen von Dienststellen der NSDAP zurückgingen. Sie wurde zwecks „Schutzhaft“ in das Gefängnis Hammelgasse eingeliefert. Diese Festnahme war gleichbedeutend mit der folgenden Sammelüberstellung auf dem „Schubweg“ in ein Konzentrationslager. Für Mischehepartner war dies das KZ Auschwitz.

Während Emma Nussbaum Reuter von der Gestapo festgehalten wurde, blieben ihre beiden 11jährigen Söhne ohne Aufsicht in der Wohnung zurück, da der Ehemann Fritz Reuter zu dieser Zeit in Frankreich als (Zwangs?)Angehöriger der Organisation Todt diente.<sup>365</sup> Erst nach einigen Tagen wurden die beiden Jungen abgeholt und im Kinderheim „Waldfrieden“ untergebracht. Fritz Reuter versuchte in der Folge alles, um seine Frau wieder freizubekommen. Er richtete Gesuche an das Reichssicherheitshauptamt und sogar direkt an Albert Speer. Doch es war alles vergebens: Am Montag, dem 10. Mai 1943, wurde Emma Nussbaum Reuter zusammen mit anderen Beschuldigten in einem Gefangenen-Sammeltransport zu einem fahrplanmäßigen Zug am Gleis 21 des Frankfurter Hauptbahnhofs gebracht und von dort mit mehreren Zwischenaufhalten nach Auschwitz deportiert. Hier bekam die 45jährige vermutlich eine Häftlingsnummer auf den linken Unterarm tätowiert. Für den 20. Mai, wenige Tage nach ihrer Verschleppung nach Auschwitz, gibt es eine Eintragung im dortigen Gefangenenbuch: „Die Belegstärke des Frauenlagers Auschwitz-Birkenau beträgt 20 635 weibliche Häftlinge, davon sind 6788 Frauen arbeitsunfähig. An diesem Tag sind 9337 weibliche Häftlinge beschäftigt und 4510 bleiben ohne Arbeit.“<sup>366</sup>

Am 9. August, also drei Monate nach ihrer Ankunft in Auschwitz, verstarb Emma Nussbaum Reuter angeblich an einer Sepsis. Dies wurde durch das Sonderstandesamt Auschwitz II im Lager Birkenau bestätigt. Fritz Reuter erhielt eine Sterbeurkunde, auf dem der Sterbeort Auschwitz, das Datum und der Zeitpunkt des Todes beurkundet wurden. Mit gleicher Post ging den Angehörigen der „Verstor-

---

Anlässlich der Verurteilung von Baab heißt es am 6. April 1950 In einem Pressebericht in der FAZ, er habe ein „Sondervernichtungsprogramm“ für Juden verfolgt. Das Urteil „lebenslänglich“ veranlasste den damaligen Berichterstatter dazu, die Wiedereinführung der Todesstrafe im Grundgesetz zur Diskussion vorzuschlagen. Friedrich HOFFMANN, Die Verfolgung der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen in Hessen, Dokument 8, S.299. Auch Klaus Moritz und Ernst Noam gehen ausführlich auf den Prozess gegen Heinrich Baab ein. Klaus MORITZ, Ernst NOAM, NS-Verbrechen vor Gericht. 1945-1955. Dokumente aus hessischen Justizakten, Wiesbaden 1978 (Schriften der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen II, Justiz und Judenverfolgung Bd. 2), S. 238-256.

<sup>365</sup> Die Organisation Todt war bereits seit 1938 für alle militärischen Bauvorhaben zuständig und militärisch strukturiert und uniformiert.

<sup>366</sup> Danuta CZECH, Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939-1945, Reinbek bei Hamburg 1989, S.499.

benen“ ein Merkblatt zu, in welchem auf die Möglichkeit hingewiesen wurde, die angebliche Asche der Verstorbenen an einen Friedhof übersenden zu lassen.<sup>367</sup>

### **Unsicherheit und Unsichtbarkeit**

Es waren nun nur noch wenige jüdische Menschen, welche sich bei Kriegsbeginn am 1. September 1939 noch in Neukirchen aufhielten. Für fast alle sollte die kleine Stadt zur Falle werden, aus der sie nicht mehr herauskamen, so sehr sie sich auch bemühten. Das Schicksal Sally Werner Nagels und seiner Ehefrau Klara ist ein Beispiel dafür.<sup>368</sup>



**Abb. 31: Klara Nagel**

---

<sup>367</sup> Nach Monica KINGREEN: „Die Aktion zur kalten Erledigung der Mischehen“ – die reichsweit singuläre systematische Verschleppung und Ermordung jüdischer Mischehepartner im NSDAP-Gau Hessen-Nassau 1942/43, in: Alfred GOTTWALD, Norbert KAMPE, Peter KLEIN: NS-Gewaltherrschaft, Berlin 2005 (Publikationen der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannseekonferenz, Band 11), S. 187-201, hier S. 191.

<sup>368</sup> Alle Angaben nach HHStAW Abt. 519/3 Sally Werner Nagel, Stadtarchiv Kassel Bestand S 3 Nr. 346; Gedalya NIGAL, Erinnerungen Novemberpogrom, S. 470; Monica KINGREEN, Die gewaltsame Verschleppung, S. 223-242.



**Abb. 32: Sally Werner Nagel**

Sally Werner Nagel suchte nach seiner Entlassung aus den Konzentrationslager Buchenwald und der glücklichen Rettung seines Sohnes Gerhard in der Folge für sich und seine Ehefrau Klara verzweifelt nach einer Möglichkeit, Deutschland zu verlassen: „[...] er wäre sogar in den Dschungel gegangen.“

Wegen seiner Kriegsverletzung und seines Alters gab es für ihn, der doch immer zionistischen Ideen angehangen hatte, keine Hoffnung, nach Erez Israel, in das gelobte Land auszuwandern. Und obwohl er fließend Englisch und Französisch sprach, Hebräisch konnte und Spanisch lernte, wurde ihm, nachdem endlich das begehrte Affidavit aus Amerika eingetroffen war, eine Wartenummer zugewiesen, welche erst nach Ausbruch des Krieges zum Tragen gekommen wäre.

Sally Werner Nagel hatte keine Einkünfte mehr, denn bereits im Juli 1938 war die Gewerbeordnung dahingehend geändert worden, dass Juden der Hausierhandel (Wandergewerbe) verboten worden war.<sup>369</sup> So musste er mit seiner Frau von den 79 RM Rente als Schwerekriegsbeschädigter sowie den bescheidenen Ersparnissen leben. Das Ehepaar besaß im Oktober 1939 noch ein Gesamtvermögen von 727,92 RM. Hinzu kamen die 2 RM, welche die erzwungene Ablieferung von Gold- und Silbergegenständen ans Leihhaus in Kassel erbracht hatten. Die monatliche Miete für die Wohnung in der Untergasse betrug 27 RM und für Lebensmittel, Kleidung etc. waren etwa 80 RM monatlich nötig, welche dem Ehepaar vom Sicherungskonto, auf dem alles Geld festgehalten wurde, zugeteilt wurden.

---

<sup>369</sup> Joseph WALK, Sonderrecht S. 232.

Im Frühjahr 1940 schien die Ausreise endlich in Sicht. Sally Werner Nagel durfte 200 RM von seinem Sicherungskonto abheben, um wiederholt das amerikanische Konsulat in Stuttgart aufsuchen zu können. Die für die Ausreise geforderten Listen mit den wenigen Dingen, welche das Ehepaar noch besaß und in die Emigration mitnehmen wollte, lagen den zuständigen Behörden vor. Beide hatten sich auf die notwendigsten Kleidungsstücke sowie Betten und eine Nähmaschine beschränkt, da ein sogenannter „Lift“ mit Möbeln oder anderweitig sperrigem Umzugsgut für sie nicht zu bezahlen gewesen wäre. Endlich schien die ersehnte Rettung in Sicht, als am 09. Mai 1940 die Ausreisegenehmigung erteilt wurde.<sup>370</sup> Darin gestand man dem Ehepaar Nagel sogar 67 RM für alle Bedürfnisse während der Reise zu. Am 1. Juni 1940 sollte sie der Dampfer „Manhattan“ von Triest aus endlich in die USA bringen. Doch da wurde verlangt, sämtliche Transfer- und Fahrtkosten mit Devisen zu bezahlen.<sup>371</sup> Gleiches galt für die Verlängerung des Affidavits. „Doch Geld war nicht da, und mein Vater schrieb in einem seiner letzten Briefe: *Um schmutziges Geld müssen wir hierbleiben.*“<sup>372</sup>

Sie saßen in der Falle: eine Auswanderung in letzter Minute gescheitert, ein Umzug nicht möglich. So blieb nur das Ausharren in Neukirchen und ein banges Abwarten, was das Schicksal bringen würde.

Seit dem 1. September 1941 muss das Ehepaar Nagel ebenso wie die wenigen anderen noch in Neukirchen lebenden Juden den „Judenstern“ deutlich sichtbar auf der Kleidung tragen. Anfang April 1942 ging ihnen die Deportationsaufforderung zu, verschleiernd als „Evakuierung“ bezeichnet. Gleichzeitig musste Sally Werner Nagel eine 16seitige Vermögenserklärung ausfüllen, in der nicht nur Bargeld oder Sparguthaben, sondern auch die Anzahl der Unterhosen, Bettvorleger und eingeweckten Vorräte genauestens aufzulisten war.

Am 30. Mai 1942 wurde Sally Werner Nagel mit seiner Ehefrau Klara am frühen Morgen vom Gendarmen zum Güterverladebahnhof in Neukirchen begleitet. Das Gepäck brachte ein Nachbarsjunge auf einem Handwagen zur örtlichen Viehverladung, wo es in einen Viehwaggon verladen wurde. Das kleine Häuflein der übrig gebliebenen Neukirchener Juden musste einen zweiten besteigen. Zuerst ging die Fahrt nach Treysa. Ob dort die Viehwaggons an einen regulären Zug nach Kassel angekoppelt wurden oder ob die Deportierten in ein bewachtes Sonderabteil eines fahrplanmäßigen Zuges umsteigen konnten, ist nicht bekannt.

---

<sup>370</sup> Stadtarchiv Kassel Bestand S 3 Nr. 346.

<sup>371</sup> Das Scheitern der Auswanderung gründete sich vermutlich auf das Affidavit, welches bereits 1939 ausgestellt worden war und nun verlängert werden musste. Die Kosten dafür waren wohl in Dollar zu begleichen. Hinsichtlich der Reisekosten gab es zwar im Oktober 1940 neue Devisenbestimmungen; diese bezogen sich aber nur auf die Reiseroute in oder über den Fernen Osten und nicht auf die USA.

<sup>372</sup> Gedalya NIGAL, Erinnerungen Novemberpogrom, S. 470.

In Kassel mussten die Menschen zu Fuß zum Sammellager in den Turnhallen der Bürgerschulen in der Schillerstraße laufen. Dort mussten sie auf dem Fußboden die Nacht verbringen. Am nächsten Morgen, während immer weitere Verschleppete eintrafen, begannen die Gepäck- und Leibesvisitationen, bei denen es wiederholt zu Schlägen kam. Die noch vorhandenen Geldbeträge wurden eingefordert, um später der Finanzkasse zugeführt zu werden. Sally Werner Nagel trug noch 65 RM sowie vier Briefmarken und sein Sparkassenbuch der Kreissparkasse Ziegenhain mit einem Guthaben von 13,64 RM bei sich. Unter der laufenden Nummer 467 kam alles in einen braunen Umschlag, der mit Namen und Adresse versehen wurde. Zwei Beamte unterschrieben den Beleg.

Am Abend wurde das Gepäck verladen. Da die Turnhallen inzwischen heillos überfüllt waren, konnten in der zweiten Nacht nicht alle einen Platz zum Liegen finden. Am nächsten Morgen mussten die Menschen drei Stunden lang mit ihrem Handgepäck im Hof der Bürgerschulen warten, bevor sie unter Bewachung zum Bahnhof laufen mussten. „In jedem Wagen waren 64 Personen [...]. Von den Helfern der jüdischen Gemeinde bekam jeder 500g Brot, ca. 20g. Margarine und ca. 50g Wurst sowie eine Flasche Kaffee. In jedes Abteil wurde eine Korbflasche mit ca. 30 Liter Wasser gestellt. [...] Die Türen wurden verplombt und gegen 1 Uhr mittags fuhren wir los.“<sup>373</sup> An der polnischen Grenze sollte noch einmal Wasser gefasst werden, aber wegen der Kürze des Aufenthalts war das nicht für alle Abteile möglich. Dann ging die Fahrt, mit vielen Aufenthalten wegen der Militärtransporte, quer durch Polen weiter. Es war sehr heiß, doch die Fenster durften nicht mehr geöffnet werden. Durch die lange Fahrt machten sich mehr und mehr gesundheitliche Probleme unter den Verschleppten bemerkbar. Hitze, Hunger und Durst quälten nach zwei Tagen Fahrt die Menschen.

Mitten in der zweiten Nacht hielt der Zug auf dem Bahnhof Lublin-Ost, wo alle arbeitsfähigen Männer zwischen fünfzehn und fünfzig Jahren herausgetrieben wurden, um zur „Vernichtung durch Arbeit“ in das Konzentrationslager Majdanek gebracht zu werden. Sally Werner Nagel war mit seinen gerade fünfzig Jahren und seiner Kriegsverletzung nicht darunter. Dann fuhr der Zug weiter.

Es hat sich bis heute nicht eindeutig klären lassen, ob er jemals das ursprüngliche Ziel, das Durchgangsghetto Izbica, erreichte. In der Forschung wird heute davon ausgegangen, dass er in dem völlig überfüllten Ghetto höchstens einen Zwischenhalt einlegte und sofort weiter in das Vernichtungslager Sobibor nahe der Grenze zur Ukraine geleitet wurde. Sobibor war als Vernichtungslager damals gerade zwei Wochen „in Betrieb“. Kommandant war zu dieser Zeit Franz Stangl, der auch den Aufbau des Lagers befehligt hatte.

---

<sup>373</sup> Bericht von Robert EISENSTÄDT über die gewaltsame Verschleppung im Mai 1942, in: Helmut BURMEISTER, Michael DORHS (Hrsg.), Das achte Licht. Beiträge zur Kultur- und Sozialgeschichte der Juden in Nordhessen. Hrsg. vom Verein für hessische Geschichte und Landeskunde e.V., Hofgeismar 2002, S. 243-247, hier S. 245.

Die Züge hielten etwas außerhalb des Lagers und einige Waggons wurden abgekoppelt und durch das Tor in das Lager gefahren. Dort wurden die Waggons von SS-Personal und ukrainischer Waffen-SS geöffnet und die Menschen gewaltsam herausgetrieben. Es gab zu diesem Zeitpunkt noch keine Rampe, so dass die Alten und Kinder aus den Waggons springen mussten. Viele verletzten sich dabei. Alles ging unter Gebrüll und Geschrei vor sich; das SS-Personal war mit Schlagstöcken und Peitschen ausgerüstet.<sup>374</sup> Männer sowie Frauen und kleine Kinder mussten sich getrennt aufstellen. Kranke, Gebrechliche, Kinder und Körperbehinderte wurden sofort in das etwa 400m entfernte Lager 3 transportiert. Niemand von ihnen konnte aufgrund der Bauweise des Lagers bis dahin ahnen, was ihm bevorstand. Erst im letzten Moment, wenn die Menschen vor der Grube standen, begriffen sie, was mit ihnen passieren würde. Doch wenige Sekunden darauf wurden sie mit einem Genickschuss erschossen.<sup>375</sup>

Die übrigen Verschleppten wurden nach Männern und Frauen getrennt zum Auskleideplatz getrieben. Hier mussten sie sich nackt ausziehen. Ihre Kleider mussten sie ordentlich zusammenfalten, die Schuhe zusammenbinden und Wertgegenstände an einem Kiosk abgeben. All dies geschah unter der Vorspiegelung, dass sie ihre Sachen später würden abholen können.<sup>376</sup> Dann wurden sie durch den sogenannten „Schlauch“, einen Gang, dessen Stacheldrahtzaun mit Zweigen durchflochten war, weiter getrieben. Während den Frauen vorher in einer Baracke noch die Haare abgeschnitten wurden, trieb man die Männer direkt in die Gaskammern. Die Leichen mussten von jüdischen Arbeitskommandos in die Massengräber geworfen werden. Der gesamte Vorgang vom Öffnen des Lagertors bis zu den Massengräbern dauerte nicht mehr als zwei Stunden. Danach gab es keine Spuren der Menschen mehr, und die nächsten Waggons rollten ins Lager. Es gibt keine Überlebenden dieses Transports.

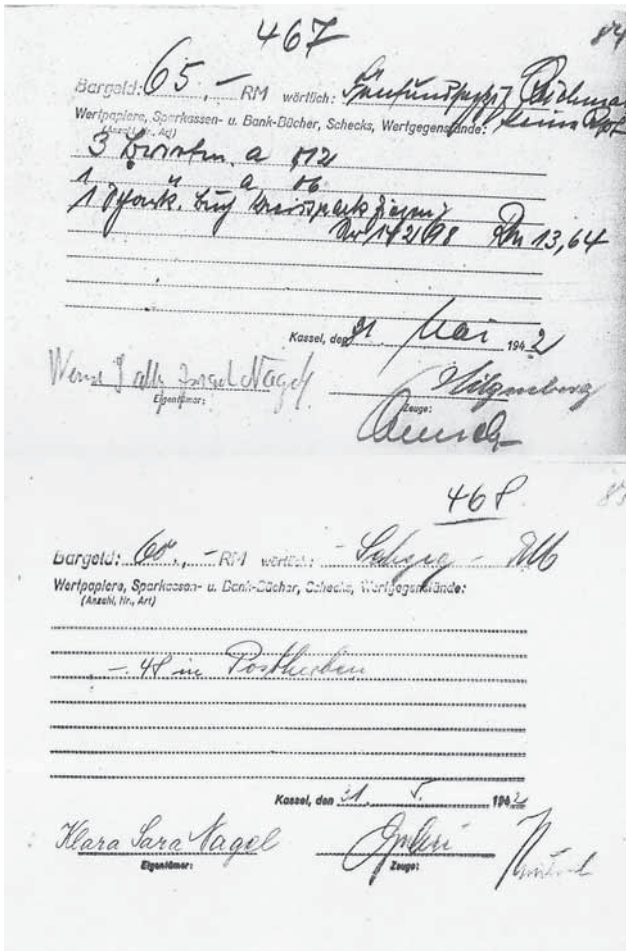
---

<sup>374</sup> Gitta SERENY, *Am Abgrund: Gespräche mit dem Henker. Franz Stangl und die Morde von Treblinka*. München 1995, S 141f.

Stanislaw Szmajzner beschreibt hier die Ankunft seines Transports in Sobibor nur wenige Tage zuvor, am 24.05.1942. Franz Stangl war zu dieser Zeit Kommandeur von Sobibor. Anhand eines Vorfalls bei der Ankunft dieses Transports wird sehr eindringlich die „Moral“ der NS-Schergen deutlich. ebd. S. 143.

<sup>375</sup> Jules SCHELVIS, *Vernichtungslager Sobibor*, Hamburg-Münster 2003, S. 75.

<sup>376</sup> Nach der Anfangsphase der Vernichtung hielt später an der Rampe oder vor dem Auskleiden ein SS-Mann eine kurze Ansprache über den angeblichen Verlauf der folgenden Aktionen, um die Opfer in Sicherheit zu wiegen. Dort durften zur Verschleierung des Folgenden sogar einige Fragen gestellt werden. ebd.



**Abb. 33:** Die „Verwaltung und Verwertung jüdischen Vermögens“ war vom Reichsfinanzministerium akribisch geregelt worden. In den Sammellagern wurden den Menschen die letzten selbst noch so geringen Wertgegenstände und das restliche Bargeld abgenommen. Dieser Vorgang wurde auf einem Begleitbogen erfasst und musste mit der Unterschrift des Eigentümers bestätigt werden. Gleichzeitig unterschrieben noch zwei Beamte. Begleitbogen und Wertsachen wurden dann in einem braunen A5-Umschlag mit einer Kennnummer (hier Nr. 467 und 468 des Transports vom 1. Juni 1942) verwahrt. Die Unterschriften von Klara und Sally Werner Nagel sind das letzte schriftliche Zeugnis vor ihrer Fahrt in den Tod.

Der Vorsteher des Finanzamts. Ziegenhain, 1. Oktober 1942 <sup>109</sup>  
O 5205 - 24 -  
 Geheime Staatspolizei, Staatspolizeistelle  
K a s s e l  
**Betr.:** Verwaltung und Verwertung jüdischen Vermögens.  
 Der Jude Sally Werner Israel Nagel, geb. 17.11.91 in Neukirchen und  
 dessen Frau Clara Sara geb. Schuster, geb. 4.12.96 in Mainz, zuletzt  
 wohnhaft in Neukirchen sind am 1.6.1942 in das Ausland abgeschoben  
 worden.  
 Das zuletzt hier festgestellte Vermögen an Bargeld, Wertgegenständen  
 Wäsche und Hausrat betrug rd. 1360,- M.  
 Ich bitte um Feststellung und Mitteilung, ob die nach § 8 der 11.  
 Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25.11.1941 gegebenen Voraussetzungen  
 vorliegen.

*2/brill* *EV* *E*

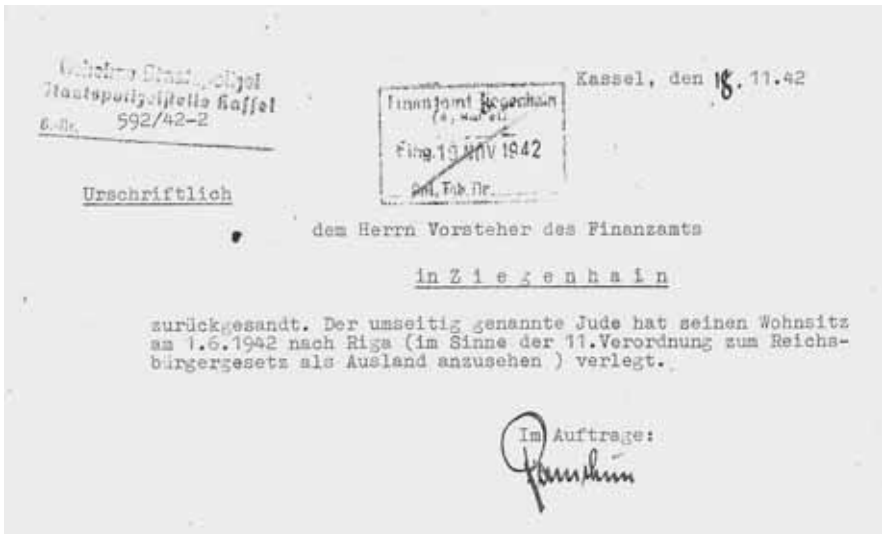
Abb. 34:

Der Vorsteher des Finanzamts Ziegenhain, 14. Oktober 1942 <sup>112</sup>  
O 5210 - 24  
 Geheime Staatspolizei  
 Staatspolizeistelle  
K a s s e l  
**Betr.:** Sicherstellung des Vermögens von Juden.  
 Der Jude Sally Werner Israel Nagel, geboren am 17.11.  
 1891 in Neukirchen, wohnhaft zuletzt in Neukirchen  
 Kr. Ziegenhain ist am 1.6.1942 in das Ausland abge-  
 schoben worden. Das Vermögen ist wie folgt festge-  
 stellt:  
 1. Sparguthaben . . . . 14.19 M ✓  
 2. Bargeld . . . . . 82.-- " ✓  
 3. Postwertzeichen . . . 0.42 " ✓  
 4. Kleider, Wäsche . . . 28.-- " ✓  
 Zusammen = 124.61 M  
 Ich beantrage die Feststellung des Vermögensverfalls in  
 Sinne der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz.

*EV* *E*

Abb. 35:





**Abb. 36:** Die Wertgegenstände wie Möbel und Hausrat wurden von den Finanzämtern am Wohnort der Deportierten versteigert. Wertgegenstände, welchen den Deportierten im Sammellager abgenommen worden waren, wurden von den örtlichen Versteigerungsunternehmen angeboten. Bargeld wurde direkt an die Reichsfinanzkasse überwiesen. Die Gesamtsumme wurde dann dem zuständigen Finanzamt übermittelt.

Der Begriff „in das Ausland abgeschoben“, war ein verschleiender Terminus für die Deportation.

Um der „Verwertung“ des Vermögens der Deportierten einen rechtlichen Anschein zu geben, war am 25. November 1941, nachdem die Deportationen „ins Ausland“ nach Litzmannstadt, Minsk und Kowno bereits begonnen hatten, die XI. Verordnung zum Reichsbürgergesetz erlassen worden. Dort heißt es, dass ein Jude seine die deutsche Staatsangehörigkeit „mit der Verlegung des gewöhnlichen Aufenthalts in Ausland“ verliert, ergänzt durch den Paragraphen 3: „Das Vermögen des Juden [...] verfällt mit dem Verlust der Staatsangehörigkeit dem Reich. (WALK, Joseph, Sonderrecht, S. 357). Die zwangsweise Verbringung in ein Arbeits- oder Vernichtungslager außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches galt dabei perfider Weise als „gewöhnlicher Aufenthalt“. Der Text in der Abb. bezieht sich auf Sally Werner Nagel.

Der in der Abbildung genannte Deportationsort Riga wurde kurzfristig durch Izbica (mit der nachfolgenden Ermordung in Sobibor) ersetzt. Dies hat in der Folge zu der fälschlichen Annahme geführt, dass auch Klara und Sally Werner Nagel nach Riga deportiert wurden. Erst neuere Forschungen haben ergeben, dass der Transport vom 1. Juni 1942 aus Kassel nach Izbica/Sobibor ging. (Gottwald/Schulle)

## Schlag auf Schlag – Erlasse und Verordnungen

Die Neukirchener Juden lebten nun ein Leben in Unsicherheit, in Unsichtbarkeit und waren dem täglichen Spießrutenlaufen in dem kleinen Landstädtchens ausgesetzt. In rascher Folge wurden für die „inneren Feinde“ nach Kriegsbeginn immer neue Erlasse und Verordnungen bekannt gegeben, welche ihnen das Leben schwer machen sollten, um sie in letzter Minute doch noch zur Auswanderung zu veranlassen. Gleichzeitig wurden die Hürden eben dieser Auswanderung immer höher, so dass sich viele in einem Treufelskreis befanden, aus dem sie nicht mehr herauskamen und der mit ihrer Ermordung endete.

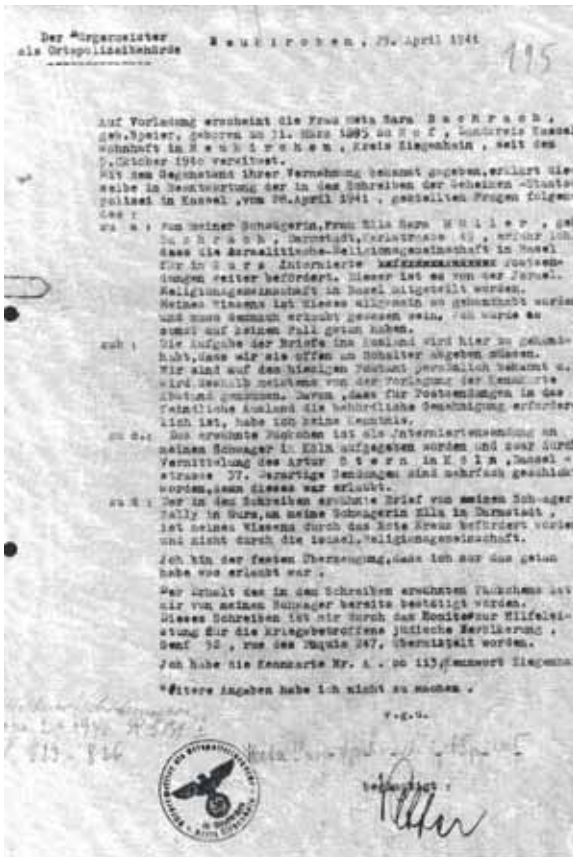


Abb. 37: Selbst das Versenden von Briefen und Päckchen konnte zu einer einschüchternden Vorladung auf die Polizeistation führen, wie Meta Bachrach erfahren musste.

Die folgende, chronologisch geordnete Auswahl der Verfügungen, welche bis zum Deportationsdatum 31. Mai 1942 nach ihrer eventuellen Relevanz für das kleine Häuflein der Ausgestoßenen und Entrechteten in Neukirchen zusammengestellt wurde, mag davon ein Beispiel geben.<sup>377</sup>

### **1938**

- 15.11. Jüdischen Schülern wird der Besuch deutscher Schulen untersagt.
- 29.11./02.12. Am „Tag der deutschen Solidarität“ herrscht für Juden zwischen 12 und 20 Uhr eine Ausgangssperre.
- 03.12. Führerscheine und Kraftwagenzulassungsbescheinigungen werden für ungültig erklärt und müssen abgeliefert werden.

### **1939**

- 21.02. Alle Gold- und Silbergegenstände, auch ritueller Art, sowie der Schmuck sind bei einer öffentlichen Ankaufsstelle abzuliefern.
- 02.03. Die Benutzung von Schlaf- und Speisewagen wird verboten.
- 15.03. Illegale Auswanderung zieht die Einweisung in ein Konzentrationslager nach sich.

### **Kriegsbeginn**

- 01.09. Juden ist das Verlassen ihrer Wohnungen zwischen 20 Uhr und 6 Uhr morgens, sommers zwischen 21 und 5 Uhr, verboten.
- 12.09. Juden werden zum Einkauf der Lebensmittel spezielle Geschäfte zugewiesen.<sup>378</sup> Sie dürfen meist nur zu bestimmten Zeiten einkaufen.
- 20.09. Juden ist der Besitz eines Radioapparats verboten.
- 19.10. Juden haben ihre Radioapparate abzuliefern.
- 19.10. Die Judenvermögensabgabe wird von 20% auf 25% erhöht.
- 01.12. Juden erhalten bis zum auf weiteres keine Sonderrationen, keinen Kakao, keinen Reis.
- 07.12. Juden erhalten keine Kleiderkarten, keine Spinnstoffe, Schuhe oder Leder.

---

<sup>377</sup> Nach Josef WALK, Sonderrecht. Zwischen dem 09. November 1938 und dem Kriegsausbruch wurden 229 antijüdische Maßnahmen erlassen, zwischen dem 01. September 1939 und dem Beginn der Deportationen im Oktober 1941 waren es noch einmal 253 Erlasse und Verfügungen.

<sup>378</sup> Schreiben der Geheimen Staatspolizeileitstelle Kassel vom 17.9.1939, STAM Bestand 180 Marburg Nr. 4825. Marion Kaplan erwähnt dazu, dass selbst hierbei die Ausplünderung weiterging und Juden in Kassel im März 1942 beispielsweise aus den ihnen zugeteilten minimalen Beträgen von ihren Sicherungskonten 10% mehr als alle anderen für ihre Lebensmittel bezahlen mussten. Marion Kaplan, *Der Mut zum Überleben*, S. 217/Anm. 28, i.e. S. MILTON/F. BOGIN (Hg.), *Archives of the American Joint Distribution Committee*, New York, Part I, London/New York 1995, S. 216.

## 1940

- 11.03. Lebensmittelkarten werden mit dem Buchstaben „J“ gekennzeichnet.  
Grundrationen werden nicht gekürzt, Juden sind aber vom Bezug nicht rationierter „und meist unerhältlicher“ Lebensmittel wie frischem Obst, frischem Gemüse, Fleisch ausgeschlossen.
- 19.07. Juden dürfen ab 30.09.1940 kein Telefon mehr besitzen.

## 1941

- 04.03. Ein Geheimerlass regelt die Heranziehung aller arbeitsfähigen Juden zum Arbeitseinsatz in Gruppen. Diese sind getrennt von den übrigen Arbeitern in Lagern unterzubringen.
- August Wehrfähigen Juden zwischen 18 und 45 Jahren wird die Auswanderung verboten.
- 01.09. Ab 15.09.1941 ist es Juden, die das sechste Lebensjahr vollendet haben, verboten, sich in der Öffentlichkeit ohne einen „Judenstern“ zu zeigen. Juden ist es verboten, ohne schriftliche polizeiliche Erlaubnis ihre Wohngemeinde zu verlassen.
- 18.09. Juden dürfen öffentliche Verkehrsmittel nur noch dann benutzen, wenn es noch einen Platz für sie gibt. Sie dürfen nur in den niedrigen Klassen fahren und Sitzplätze nur einnehmen, wenn andere Reisende nicht mehr stehen.
- 09.10. An Wochenenden und Festtagen soll Juden möglichst keine Erlaubnis zur Benutzung der Eisenbahn erteilt werden.
- 10.10. Juden erhalten nur ausnahmsweise Bezugsscheine für Kleidung, Wäsche, Schuhe und Besohlungsleder. Nähmaterial können sie nur vierteljährlich bis zu einem Betrag von 20 Rpf beziehen.
- 23.10. Die Auswanderung von Juden aus Deutschland ist ausnahmslos für die Dauer des Krieges verboten.
13. 11. Juden ist der Besitz von Photoapparaten, Ferngläsern, Schreibmaschinen und Fahrrädern verboten. Die Gegenstände sind abzuliefern.
- 25.11. Juden verlieren die deutsche Staatsangehörigkeit [...] mit der Verletzung des Aufenthalts im Ausland.<sup>379</sup> Das Vermögen eines Juden verfällt mit dem Verlust der Staatsangehörigkeit dem Deutschen Reich.
27. 11. Juden wird verboten, über ihr bewegliches Vermögen zu verfügen.
12. 12. Die Benutzung öffentlicher Fernsprecher ist bei Polizeistrafe verboten.

## 1942

03. 01. Angesichts der nahe bevorstehenden Endlösung der Judenfrage wird die Auswanderung von Juden deutscher Staatsangehörigkeit [...] aus dem Reich unterbunden
- 05 .01 Pelz- und Wollsachen sind [für die Ostfront] abzuliefern

---

<sup>379</sup> Als Ausland galten dabei infamerweise nicht nur die Emigrationsländer sondern auch die unter deutscher Besetzung stehenden Deportationsorte in Polen (Lodz, Auschwitz, Izbica etc.), Lettland (Riga) oder der Tschechoslowakei (Theresienstadt).

- 08. 01. Die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel wird auf das Äußerste eingeschränkt und faktisch verboten.
- 14. 02. In Bäckereien sind Schilder anzubringen, dass Juden keinen Kuchen mehr kaufen dürfen.
- 15. 02. Juden dürfen keine Haustiere mehr halten.
- 17. 02. Der Bezug oder Kauf von Zeitungen ist Juden verboten.
- 13. 03. Wohnungen, welche von Juden bewohnt werden, müssen einen schwarzen Judenstern an der Eingangstür haben.
- 12. 05. Juden dürfen nur noch jüdische Friseure aufsuchen.
- 26. 05. Der Verkauf von Lebensmitteln an Juden wird weiter eingeschränkt.

All diese zum Teil absurden, für die Betroffenen aber in ihren Folgen äußerst ernst zu nehmenden Erlasse und Verordnungen hatten gravierende Bedeutung für die Neukirchener Juden, welche nun nicht nur in ihrer materiellen Lebensführung bis hin zum letzten Nähfaden empfindlich eingeschränkt waren, sondern auch in den Möglichkeiten, z.B. in Frankfurt bei den jüdischen Hilfsorganisationen, der Auswandererberatungsstelle oder der Frankfurter Zweigstelle des Palästina-Amtes vorsprechen oder in den Konsulaten ihre Auswanderung vorantreiben zu können. Selbst für die aller kleinsten Besorgungen musste ein umständliches Genehmigungsverfahren in Gang gesetzt werden. Hinzu kam die oft desolante finanzielle Situation. Schon seit Jahren lebten viele jüdische Neukirchener von ihren (geringen) Ersparnissen und den oft winzigen Zuwendungen der jüdischen Wohlfahrt, so dass jegliche Bestrebungen zur Erweiterung des individuellen Freiraums, den man sich vielleicht mit finanziellen Mitteln hätte leisten können, unterbleiben mussten. Wer zu dieser Zeit noch in Neukirchen lebte, war alt, arm oder anderweitig durch die Umstände gebunden.

Seit September 1941 mussten auch in Neukirchen alle Juden sichtbar den gelben Stern tragen, bei jedem Gang, welcher sich nicht vermeiden ließ. Die Haustüren mussten seit dem März 1942 ebenfalls gekennzeichnet werden. Damit wollten die Nazis die Assoziation an Aussätzige wie zu Zeiten der Pest aktivieren. Im Sommer saßen die jüdischen Nachbarn des Abends eingesperrt in ihren Wohnungen und konnten nur noch tagsüber den Kontakt untereinander halten. Und war dies schon für die alten Menschen eine bedrückende Situation, wie einsam müssen sich die jungen Menschen Siegbert Sonn und Grete Bachrach gefühlt haben, nachdem alle gleichaltrigen Ansprechpartner ausgewandert waren.

## Es ist Krieg

Und dann begann der Krieg. Die Situation der noch in Neukirchen lebenden Juden verschlechterte sich von Tag zu Tag. Zu Kriegsbeginn waren noch siebzehn Juden unterschiedlichen Alters in der Stadt gemeldet: Da war zum einen die 1860 geborene Johanna Sonn, welche mit ihrer verwitweten Schwiegertochter Berta Sonn die kranke Tochter Mathilde pflegte, zum anderen Sally Werner Nagel und seine Ehefrau, welche noch immer auf eine Ausreise hofften, weiter die Familien Moritz und Bertha Sonn und Julius und Meta Bachrach mit Grete Bachrach und Siegbert Sonn sowie die Familie Max Nussbaum II. Julius Bachrach starb im Oktober 1940 im Alter von nur 49 Jahren. Er hatte die Schrecken der Zeit und vor allem des Pogroms wohl nicht überwinden können. Zuletzt musste die Familie von 15 RM monatlich leben, die ihnen von der Jüdischen Wohlfahrtspflege in Frankfurt gezahlt wurden.<sup>380</sup> Nach dem Tod des Vaters blieben die beiden Frauen bis zu ihrer Deportation am 31. 05. 1942 allein in dem Haus am Marktplatz, welches inzwischen der Stadt gehörte, zurück.

Im Dezember 1940 gab es die letzte Auswanderung aus Neukirchen. Max Nussbaum II konnte mit seiner Familie Deutschland endlich verlassen. Seine Familie und seine Nichte Bernie Höxter werden die einzigen Überlebenden der Familie Moses Nussbaum, Neukirchen, sein.

Die Familie Nussbaum konnte ihren Stammbaum in Neukirchen über mindestens zwei Jahrhunderte zurückverfolgen, und das Wohn- und Geschäftshaus, welches heute dem Verfall preisgegeben ist, war einst eines der repräsentativsten Gebäude der Stadt. Max Nussbaum II hatte vier Geschwister, von denen die beiden Brüder Levi und Leopold im ersten Weltkrieg „für das Vaterland“ gefallen waren. Die Schwester Ella hatte 1919 in Kassel Juda Katz aus Guxhagen geheiratet. Sie starb vor 1940. Der Ehemann zog mit den beiden Kindern Max, geb. 1920, und Sophie, geb. 1921, nach Berlin. Hier suchte Max Katz am 6. Mai 1941 kurz vor seinem 21. Geburtstag den Freitod. Seine Schwester Sophie wurde wie der Vater Juda Katz am 29. Januar 1943 vom Güterbahnhof Berlin-Moabit nach Auschwitz deportiert, wo sich die Spuren verlieren. „Nach einer Selektion auf der ‚alten Judenrampe‘ von Birkenau wurden 140 Männer sowie 140 Frauen als Häftlinge in das Lager eingewiesen“, unter denen sich vielleicht die erst 21jährige Sophie Katz befand, „die übrigen 724 Menschen sogleich in den alten Gaskammern von Birkenau getötet.“<sup>381</sup> Rosa war die jüngere Schwester Max Nussbaums. Sie heiratete den Kaufmann Louis Höxter aus Schweinsberg. Nach der Eheschließung lebte das Paar in Schweinsberg, wo Louis Höxter am Marktplatz 13 ein Textilwarengeschäft betrieb. Rosa Höxter betreute den Ladenverkauf, während Louis Höxter seine Waren im ambulanten Handel auf den umliegenden Dörfern anbot. In Schweinsberg wurden auch die drei Töchter geboren: Bernie, Erika und Ilse. Louis Höxter war

---

<sup>380</sup> Stadtarchiv Kassel, Bestand S 3/363.

<sup>381</sup> Danuta CZECH, Kalendarium, S. 399.

ein angesehenen Mann und der letzte Vorsitzende der dortigen jüdischen Gemeinde. Er wurde am 25. April 1941 verhaftet, „weil [er] nach wie vor mit deutschen Volksgenossen in enger Verbindung gestanden habe“<sup>382</sup>, und im Konzentrations- und Arbeitserziehungslager Breitenau vom 13. Mai bis 18. Juli 1941 gefangen gehalten, bevor er weiter nach Buchenwald transportiert wurde. Dort ist er am 2. April 1942 auf ungeklärte Art umgekommen.<sup>383</sup> Die Witwe Rosa Höxter wurde mit ihren Töchtern Erika und Ilse am 30. Mai 1942 mit dem „2. Abwanderungstransport“ von Schweinsberg<sup>384</sup> über Kassel nach Izbica/Sobibor deportiert.<sup>385</sup> Überlebende dieses Transports sind nicht bekannt.

Bernie Brakha Höxter Rabinovitz, Nichte Max Nussbaums II, ist die einzige Überlebende ihrer Familie. Sie wurde von ihrer sehr religiösen Mutter schon früh nach Berlin in das Kinderheim AHAWA geschickt.<sup>386</sup> Von dort kam sie mit einem Kindertransport der Jugend-*Alija* im Mai 1936 nach Palästina. Hier hatte die Gruppe um die Leiterin des Berliner Heimes, Beate Berger, in Kiriyyat Bialik ein neues AHAWA-Heim aufgebaut. Für Bernie Höxter war alles neu, der Sand und die Hitze, doch sie hatte kein Heimweh, wie sie erzählt. Die Kinder erhielten im Heim eine gute Grundlage für ihre kommende Ausbildung. Bernie Höxter wurde Krankenschwester. Im Jahre 1942 ging sie zum britischen Militär und wurde von der britischen Armee in Ägypten (u.a. El Alamein) und Italien (Bari, Trani und Caserta) eingesetzt, wo sie viel gute Arbeit leisten konnte, wie sie sagt. Als nach dem Krieg durch Überlebende und die Jewish Brigade Listen mit den Namen der Überlebenden der Shoa kursierten, konnte sie kaum einen deutschen Namen darauf finden. Sie hatte keine Angehörigen mehr – Eltern und Schwestern waren ermordet worden. Heute lebt Brakha Rabinovitz in Israel. Sie hat zwei Töchter, sechs Enkel und zwei Urenkel.<sup>387</sup>

Max Nussbaum II, der einzig noch lebende Sohn von Moses und Klara Nussbaum, trug in Neukirchen den Spitznamen „Gold-Max“. Er war mit Frieda, einer geborenen Buxbaum aus Allendorf, verheiratet. Das Paar hatte zwei Kinder: Irene, geb. 1926, und Martin, geb. 1932. In Neukirchen bewohnte die Familie das Haus Nr. 164/Untergasse 34, wo sie in einem Ladengeschäft mit Manufaktur- und

---

<sup>382</sup> HStAM Bestand 180 Marburg Nr. 4823 Bl. 36.

<sup>383</sup> Todesmitteilung des Standesamtes Weimar II, HStAM 330 Neukirchen B 7096.

<sup>384</sup> HStAM Bestand 180 Marburg Nr. 3593.

<sup>385</sup> Zum Ablauf dieses Transports siehe Sally Werner Nagel.

<sup>386</sup> Die genauen Gründe der Wahl eines so weit von Schweinsberg entfernten Heimes haben sich in dem Gespräch mit Bernie Brakha Rabinovitz nicht klären lassen. Sie geht davon aus, dass ihre Mutter ein sehr orthodoxes Heim für sie aussuchte, während andere Quellen das AHAWA-Heim als zwar religiös, aber durch die sozialistische und zionistische Haltung der Erzieherinnen doch nicht der zeremoniellen Enge der Orthodoxie verhaftet schildern. Siehe dazu Regine SCHEER, AHAWA. Das vergessene Haus. Spurensuche in der Berliner Auguststraße. Berlin 1992, S. 149.

<sup>387</sup> Telefongespräch mit Bernie Brakha Rabinovitz, Juli 2007.

Modewaren handelte. Die Waren wurden auch ambulant auf den Dörfer der Umgebung vertrieben.

In der Pogromnacht wurden die Schaufenster des Ladens eingeschlagen und der Warenbestand geplündert. Auch in der darüber liegenden Wohnung der Familie gab es Zerstörungen und Diebstahl. Ob Max Nussbaum in dieser Nacht in Neukirchen war, hat sich nicht klären lassen. Er wurde am 10. November 1938 in Kirchhain festgenommen und von dort nach Buchenwald gebracht.<sup>388</sup> Mit seinem florierenden Neukirchener Geschäft fiel auch er unter die Anordnung, ganz besonders auf vermögende Juden zu achten und diese umgehend festzunehmen. Aus Buchenwald wurde Max Nussbaum mit der Auflage entlassen, umgehend auszuwandern und seinen Besitz arisieren zu lassen.

Er betrieb nun so schnell wie möglich die Auswanderung seiner Familie. Der 1932 geborene Sohn Martin, welcher aufgrund des 1938 ausgesprochenen Schulverbots in Neukirchen keine Schule besuchen durfte, wurde derweil nach Frankfurt geschickt, um im dortigen Philantrophin, einer jüdische Schule, zu lernen. Eine Erkrankung zwang ihn jedoch nach Neukirchen zurück, wo er in der Folge ebenso wie seine 14jährige Schwester Irene bis zur Auswanderung ohne Unterricht blieb. Die Eltern setzten inzwischen alle Hebel in Bewegung, um Deutschland verlassen zu können. Jedes Land, das noch Flüchtlinge aufnahm, war ihnen recht. Doch dies brauchte seine Zeit, und nach Kriegsbeginn wurde es immer schwerer, ein Land zu finden, welches bereit war, jüdische Flüchtlinge aufzunehmen.

Zu den Vorbereitungen gehörte auch, die mit im Haushalt lebende und fast 80jährige Großmutter Klara Hahn „gut“ versorgt zu wissen. Sie war zu alt und zudem sehbehindert, so dass sie keine Chance auf eine Einreisegenehmigung hatte. Man fand für sie in Frankfurt einen Platz im Jüdischen Altersheim in der Reuterstraße 91.

Im April 1939 war zunächst eine Emigration nach Ekuador im Gespräch, welche sich jedoch zerschlug. Spätestens seit dem Frühjahr 1940 war die Familie dann damit beschäftigt, die Auswanderung nach Argentinien konkret voranzutreiben. Das Visum hatte Max Nussbaum über eine Quote als Landwirt erhalten. Dazu hatte er im Inneren Argentinien, weit entfernt von der Hauptstadt Buenos Aires, in der Region Misiones ein völlig unbrauchbares Stück Land von der Größe eines Hektars erworben.<sup>389</sup> Nun hoffte die Familie, Deutschland schon Ende Mai oder

---

<sup>388</sup> HStAM Bestand 330 Kirchhain Nr. 3486, Bestand 180 Marburg Nr. 4827. Weitere Angaben aus dem Briefwechsel mit Martin Nussbaum, Argentinien.

<sup>389</sup> Eine Einwanderung nach Argentinien war zu diesem Zeitpunkt sehr ungewöhnlich, da seit August 1938 Visa nur noch bei einer Einladung von Verwandten resp. besonderen Kenntnissen in einem bestimmten Beruf erteilt wurden. Über beide Voraussetzungen verfügte die Familie Nussbaum nicht. Ob hier eventuell ein Schreiben des Bürgermeisters Ritter vorlag, welcher bereits dem Lehrer Schaumberg, einst Besitzer eines Gartens, gute landwirtschaftliche Kenntnisse bescheinigt hatte, könnte vermutet werden. Siehe dazu Wolfgang BENZ, Die Juden in Deutschland, S. 493 sowie HStAM Bestand 330 Neukirchen B 7096 (Schaumberg) und B 7338 (Entnazifizierung Justus Ritter).



Anfang Juni 1940 verlassen zu können. Die Überprüfung der Gegenstände, welche als Umzugsgut mitgenommen werden sollten, datiert auf den 21. Mai 1940, und am 2. Juli wurde dem Oberfinanzpräsidenten in Kassel durch den „Rechtskonsulenten“, den Rechtsanwalt Dr. Herrmann „Israel“ Reis aus Marburg als Vertreter der „Jüdischen Devisenbank für jüdische Auswanderer“ mitgeteilt, das Max Nussbaum II und Familie definitiv für den Dampfer Buenos-Aires-Marú gebucht hätten. Am 4. Juli wurde endlich die Auswanderungsgenehmigung erteilt.<sup>390</sup>

Aber zuvor musste die finanzielle Ausplünderung durch den Reichsfinanzminister abgeschlossen werden. Max Nussbaum II musste eine „Degeo“-Abgabe in Höhe von 520 RM auf das mitzunehmende Gepäck leisten. Die Familie hatte dabei in ihrem „Lift“, dem vorgeschriebenen Umzugscontainer, schon auf die Mitnahme jeglichen sperrigen Umzugsguts verzichtet. Man hatte nur die nötigsten Haushaltswaren für einen Neuanfang in Argentinien eingepackt. Sämtliche anfallenden Kosten wie Transitgebühren, Passagen etc. wurden von den bereits in den USA lebenden Brüdern Frieda Nussbaums übernommen. Nur durch derartige Hilfe war es der Familie überhaupt noch möglich, das Land zu verlassen.<sup>391</sup>

Es wurde Dezember, ehe Max und Frieda Nussbaum mit ihren Kindern endlich Deutschland verlassen konnten. Damit war der fragile Plan aus Schiffspassagen und Transitzenehmigungen wieder zusammengebrochen. Am 10.12.1940 fuhren sie, wie sich Martin Nussbaum erinnert, von Berlin aus in einem „Judenwaggon“, welcher an lokale Züge angehängt und von der SS bewacht wurde, zuerst bis Paris. Dort wurden die Flüchtlinge vom JOINT, einer jüdischen Hilfsorganisation, während der Nacht mit Lebensmitteln und Wasser versorgt. Dann ging es weiter durch Frankreich und mit einem Transitvisum durch Spanien nach Portugal, wo die Familie in Lissabon Frieda Nussbaums Zwillingsschwester Bertha und deren Mann Max Höxter aus Gemünden traf.

Lissabon war zu diesem Zeitpunkt vor allem von französischen jüdischen Flüchtlingen überfüllt. Hinzu kamen die Reisenden, welche die Weltausstellung besuchen wollten. So war es für die inzwischen neun Personen äußerst schwierig, eine Unterkunft zu finden. Dabei hatte die Familie noch das Glück, in der Hauptstadt bleiben zu können, denn andere Flüchtlinge wurden über das ganze Land verteilt. Nachdem das Problem einer Unterkunft gelöst war, musste das Überleben der Gruppe in der einmonatigen Wartezeit bis zur Abfahrt ihres Schiffes gesichert werden. Sie waren vollkommen mittellos. So wurden sie vom dortigen Jüdischen Hilfsverein mit Betten und etwas materieller Unterstützung versorgt, da sie keine Devisen hatten mitnehmen dürfen. Pro Person wurden von den Hilfskomitees etwa 0,25 \$ pro Tag ausbezahlt, eine Summe, die weit unter dem geschätzten Existenzminimum von 0,75 \$ lag.<sup>392</sup>

---

<sup>390</sup> Stadtarchiv Kassel Bestand S 3 Nr. 346.

<sup>391</sup> Telefongespräch mit Martin Nussbaum, März 2008.

<sup>392</sup> Patrick VON ZUR MÜHLEN, *Fluchtweg Spanien-Portugal. Die deutsche Emigration und der Exodus aus Europa 1933-1945*, Bonn 1992, S 160.

Zwei Monate nach ihrem Aufbruch aus Neukirchen betrat Max Nussbaum mit seiner Familie am 10. Januar 1941 endlich argentinischen Boden. Zuerst wohnten alle neun Mitglieder der beiden Familien in Buenos Aires in einer Wohnung zusammen. Der sehr rührige dortige Jüdische Hilfsverein half ihnen mit Betten und etwas materieller Unterstützung. Man lebte in äußerst bescheidenen Verhältnissen – aber man lebte! Max Nussbaum fand eine Stelle als Arbeiter und Frieda Nussbaum arbeitete als Putzfrau. Beide konnten sich ihr ganzes weiteres Leben lang nie ganz von dieser Flucht im letzten Augenblick erholen und litten bis zu ihrem Lebensende darunter.

Martin Nussbaum besuchte in Buenos Aires endlich wieder eine (deutsche) Schule, die Pestalozzi-Schule, „heute noch eine der besten Privatschulen der Stadt“. Diese Schule unterrichtete viele Emigrantenkinder. Der Unterricht wurde auf Deutsch und Spanisch erteilt, so dass den Kindern die Eingewöhnung leichter fiel.

Der gesamte Besitz der Familie, welcher in zwei „Lifts“ von Hamburg nach Argentinien gehen sollte, wurde bereits in Hamburg beschlagnahmt und von den dortigen Behörden versteigert. In den Entschädigungsakten hat sich jedoch das Verzeichnis des Umzugsguts erhalten. Es gibt ein Bild davon, mit welcher liebevoller Zuwendung unter den immer rigideren Einschränkungen und Ausgrenzungen sich die Eltern um das materielle Wohl ihrer Kinder gesorgt hatten. Heute leben Irene und Max Nussbaum in Buenos Aires.



**Abb. 38: Martin Nussbaum 1939**



**Abb. 39: Irene Nussbaum 1945**



**Abb. 40: Max und Frieda Nussbaum  
in Buenos Aires 1959**

## Aus Frankfurt verschleppt

Wer von den Neukirchener Juden älter als sechzig Jahre und vielleicht auch noch arm war, der hatte nicht mehr lange zu leben. Auf diese grausame Feststellung lässt sich das Schicksal der Zurückgebliebenen reduzieren. Es waren überwiegend alte Menschen, vor allem alte Frauen, welche alleine zurückblieben, nachdem ihre Familienangehörigen ausgewandert waren.<sup>393</sup> Welche moralischen Kämpfe es innerhalb der Familien gegeben hat, sie zurückzulassen, ist immer wieder in der Memoirenliteratur nachzulesen. „Frau und alt sein kam in dieser Situation einem Todesurteil gleich.“<sup>394</sup> Dies galt auch für die alten Frauen aus Neukirchen.

Da war zum einen Klara Nussbaum, geb. 1862, die Großmutter der oben genannten Familie des Max Nussbaum II. Nachdem dieser mit seiner Familie im Dezember 1940 auswandern konnte, blieb Klara Nussbaum in Frankfurt im Jüdischen Altersheim in der Reuterstraße 91 zurück. Sie hätte aufgrund ihres hohen Alters und ihrer Sehbehinderung kein Visum mehr bekommen. Doch ihr blieb kein ruhiger Lebensabend, denn aus dem Altersheim wurde sie am 18. August 1942 bei der sogenannten „Altersdeportation“ zusammen mit den anderen Bewohnern des Heimes nach Theresienstadt verschleppt.

Bei der Ankunft in Theresienstadt herrschte große Hitze. Die alten Frauen erlitten während der Registrierungsformalitäten entwürdigende Szenen, die ein Mithäftling folgendermaßen beschrieb: „Gestern zogen die Nazis den Frauen, die aus Deutschland kamen, die Kleider aus und besahen sie nackt. Sie wollten vielleicht Gold oder Silber finden.“<sup>395</sup> Die 79jährige Klara Nussbaum überlebte den Schrecken und die Strapazen des Transports sowie die menschenunwürdigen Zustände der Unterbringung in Theresienstadt nur um wenige Tage und verstarb bereits am 24. August 1942.

Ein ebensolches Schicksal traf auch die ledige Emma Nussbaum, geb. 1874, welche in einer kleinen Wohnung über der Familie Nagel in der Obergasse 83 gelebt hatte. Nach der Pogromnacht zog sie im Juli 1939 nach Frankfurt in die „Versorgungsanstalt für Israeliten“, einer wohltätigen Stiftung des 19. Jahrhunderts, welche am Röderbergweg 77 ein Heim für alte und erwerbsunfähige Menschen jüdischen Glaubens unterhielt. Hier lebte Emma Nussbaum, bis das Heim im Juli 1941 für Wehrmachtzwecke geräumt werden musste und die Bewohner in ein provisorisch als Altenheim eingerichtetes Gebäude am Hermesweg 5-7 umziehen mussten. Am 21. November 1941 wurden die Bewohner des Altersheims in das Sammellager im Keller der Großmarkthalle gebracht. Dort traf die

---

<sup>393</sup> Die Lebenserwartung lag in den dreißiger Jahren bedeutend niedriger als heute, so dass man mit 60 Jahren bereits als alt galt.

<sup>394</sup> Marion KAPLAN, *Der Mut zum Überleben*, S. 207.

<sup>395</sup> Egon Redlich, zitiert nach Monica KINGREEN, *Gewaltsam verschleppt aus Frankfurt*, S. 377.

67jährige auf ihren Bruder Markus, dessen Ehefrau Meta und deren Tochter Bertha. Der Deportationszug der 3. großen Frankfurter Deportation mit 992 Verschleppten fuhr am nächsten Tag nach Kowno ab.

Die Frankfurter Verschleppten „wurden auf dem Bahngelände von Kowno durch litauische „Partisanen“ und Angehörige des deutschen Polizeibataillons 11 aus den Zügen geholt. Sie wurden jedoch nicht in das Ghetto gebracht, sondern die Straße entlang getrieben, welche durch das geteilte Ghetto zum Gefängnis im Fort IX der historischen Stadtbefestigung führte. Dieses lag 3-4 Kilometer außerhalb der Stadt. Die fast tausend Menschen brauchten etwa zwei Stunden, ehe sie den Bestimmungsort im Fort IX erreichten. Dort mussten sie die Nacht in den Zellen verbringen. Am Morgen des 25. November wurden die Frankfurter unter Vortäuschung von Fröhlsport in kleineren Gruppen zu den vorbereiteten Gruben getrieben und dort ausnahmslos erschossen. „Dies war die erste systematische Vernichtung ganzer Transporte verschleppter Juden aus Deutschland.“<sup>396</sup>

Adelheid Nussbaum, geb. 1875, war unverheiratet und bedurfte in der Regelung ihrer Angelegenheiten des Beistandes. Sie lebte im Haus der Familie ihres Bruders Adolf Nussbaum. Zu ihrem Pfleger war nach dessen Umzug nach Frankfurt Max Nussbaum II bestellt worden. Es scheint, als habe dieser ihr ebenso wie seiner Mutter einen Platz in einem jüdischen Altersheim in Frankfurt gesucht, denn nach dessen Auswanderung wurde Adelheid Nussbaum am 8. Dezember 1940 in das Altersheim Wöhlerstraße 6 aufgenommen. In der Folge kümmerte sich der nunmehr bestellte letzte Gemeindevorsitzende Moritz Sonn als Pfleger um die Regelung ihrer Angelegenheiten.

Am 18. August 1942 wurde Adelheid Nussbaum nach Theresienstadt deportiert. Dieser Transport umfasste hauptsächlich die Bewohner der zehn jüdischen Altenheime in Frankfurt, Patienten des Altersheims des Jüdischen Krankenhauses, Krankenschwestern und Gemeindeangestellte, darunter den schon erwähnten

---

<sup>396</sup> SS-Standartenführer Karl Jäger legte eine unglaubliche, geradezu manische Exaktheit beim Zählen der Opfer an den Tag, indem er penibel die Zahlen der täglich Ermordeten, säuberlich getrennt nach Männern, Frauen und Kindern, notieren ließ. Der sogenannte Jäger-Report ist eines der menschenverachtendsten Dokumente der Shoa. Unter den am 25. November 1941 ermordeten 2934 Juden aus Frankfurt, München und Berlin nannte er als Führer des Einsatzkommandos 3 der Einsatzgruppe A 1600 Frauen und 175 Kinder. Karl Jäger schrieb weiter: „Nur durch geschickte Ausnutzung der Zeit ist es gelungen, [...] die in Kauen anfallende Arbeit so zu erledigen, dass keine Stockung im Dienstbetrieb eingetreten ist.“ Doch es geht noch ungeheuerlicher weiter: „Die Erschießung in Kauen selbst, wo genügend einigermaßen ausgebildete Partisanen zur Verfügung stehen, kann als Paradeschießen betrachtet werden [...]“ Ernst KLEE, Willy DRESSEN, Volker RIESS, „Schöne Zeiten“. Judenmord aus der Sicht der Täter und Gaffer, Frankfurt am Main 1988, S. 60.

„Wer letztendlich den Befehl für die Ermordung dieses ursprünglich zur Ansiedlung in Kaunas gedachten Transports gab, d.h. ob dieser bereits bei Abfahrt des Zuges feststand oder erst vor Ort entschieden wurde, ist bis heute nicht bekannt.“ Monika KINGREEN, Gewaltsam verschleppt aus Frankfurt, S. 367.

Rabbiner Dr. Neuhaus. Hierdurch wurden in der Logik der NS-Schergen deren Unterhaltskosten, welche von der „Jüdischen Wohlfahrtspflege“ getragen wurden, eingespart, und die Gebäude konnten einer Nutzung durch NS-Institutionen zugeführt werden.

Sammellager für diese Personen waren das Altersheim in der Rechneistraße und eine Haftstätte am Hermesweg. Bereits am Sonntagnachmittag, dem 16. August 1942, hatten die Bewohner der Altenheime „reisefertig“ zu sein. Dies war oft nur mit Hilfe der Pflegekräfte möglich, da sie teilweise bettlägerig waren. „[...] dreifach angezogen, ein Koffer, ein Brotbeutel“<sup>397</sup>, so sah das Gepäck aus. Die alten Menschen wurden dann in eines der beiden Sammelzentren gebracht. Oftmals ging dies auf Grund der Hilfsbedürftigkeit nur mit Last- oder Leiterwagen. Dort mussten die zum Teil verwirrten Alten die nächsten beiden Nächte auf Matratzenlagern verbringen, bevor die Abfertigung durch die Gestapo stattfand. Am Morgen des 18. August wurden sie dann zum Deportationszug gebracht, der sich am späten Nachmittag nach Theresienstadt in Bewegung setzte. Bereits auf dem Transport verstarben elf Menschen. Adelheid Nussbaums Spur verliert sich hier. Es ist unbekannt, ob sie in Theresienstadt unter den dort herrschenden unmenschlichen Bedingungen verstarb oder in die Vernichtungslager Treblinka oder Auschwitz weiterverschleppt wurde.

Am 10.10.1942 erfragte der Oberfinanzpräsident den Verbleib von Adelheid Nussbaum, da das Altenheim ja aufgelöst sei. Der zuständige Beamte des Polizeipräsidenten teilte daraufhin wenige Tage später mit, dass die „Evakuierung“ bereits am 18. August des Jahres erfolgt sei und die Bewohner „umgesiedelt“ worden seien. Die Unterlagen gingen nun dem zuständigen Finanzamt zwecks endgültiger Ausplünderung zu, denn auch Adelheid Nussbaums restliches Vermögen fiel unter die 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25.11.1941: Das Vermögen von über die Reichsgrenzen Verschleppten verfiel automatisch dem Staat.

Es waren jedoch nicht nur alte Frauen, welche sich durch den Umzug von Neukirchen nach Frankfurt ein wenig Sicherheit und Versorgung versprochen hatten, sei es, dass ihre Kinder bereits ausgewandert waren, sei es, dass der geschützte Rahmen einer sozialen Einrichtung ein wenig mehr Geborgenheit vermittelte als die erzwungene Einsamkeit am Heimatort.

---

<sup>397</sup> So beschreibt Tilly Cahn die Szene, welche sich nicht etwa im Winter, sondern im Hochsommer abspielte. ebd., S. 376



**Abb. 41: Johanna Nussbaum**

Nach dem Schrecken der Lagerhaft in Buchenwald hatte auch Leopold Nussbaum (63) mit seiner Frau Johanna (51) in Frankfurt Zuflucht gesucht. Leopold Nussbaum hatte in Neukirchen in der heutigen Kurhessenstr. 8 zusammen mit seinem Bruder Max Nussbaum I ein Manufakturwaren- und Modegeschäft geführt. Die Firma bestand seit 1875 und hatte zunächst mit Kolonialwaren gehandelt, bevor man sich auf modische „städtische“ Artikel einstellte. Für die Landbevölkerung aus den umliegenden Dörfern war das Kaufhaus Nussbaum lange Zeit eine gern aufgesuchte Adresse, konnte man doch dort all das Zubehör an Stoffen, Bändern, Schmuck und Perlen zur Schwälmer Tracht erwerben. Die Bauersfrauen mussten jedoch deshalb nicht extra in die Stadt kommen, denn „Herr Nussbaum hatte ein ausgedehntes Reisegeschäft und war mit Pferd und Wagen jeden Tag auf der Reise, während seine Frau und Tochter das Hausgeschäft besorgten“, wie Max Grünebaum 1963 schrieb, der selber oft mit ihm „auf der Reise“ war. Die beiden Kinder Edith, geb. 1913 und Julius, geb. 1915, arbeiteten im Geschäft mit.

Während der Pogromnacht wurde das Geschäftshaus, in welchem sich auch die Wohnung der Familie befand, verwüstet und geplündert und in der Folge Waren abtransportiert. Dazu heißt es in einem Schreiben des Bürgermeisters vom Dezember 1949: „Soviel mir bekannt ist, wurden die Waren 1938 von der Partei sichergestellt, durch Sachverständige abgeschätzt [sic!] und an die dortigen Textilwarengeschäfte S., J. und P. verteilt.“ Heinrich J. und Eckard S. erklärten im Jahre 1950 dazu, sie hätten im Rathaus „Manufakturwaren, welche von Juden stammen“, erworben, wüssten aber nicht, von wem diese Sachen stammten. Der Erlös betrug angeblich 984 RM, welche Leopold Nussbaums Sicherungskonto zuflossen. Die Stadt gab später an, laut Rechnungsbuch nicht der Verkäufer gewesen zu sein.<sup>398</sup> So schob es einer auf den anderen. Ein Unrechtsbewusstsein war auch später bei keinem der Beteiligten vorhanden!

Nach der Pogromnacht wurde Leopold Nussbaum verhaftet und nach Buchenwald transportiert. Dort erhielt er die Gefangenenummer 25.792. Am 26. November 1938 wurde er aus der Haft entlassen. Sein Geschäft fiel der „Arisierung“ zum Opfer. Am Haus- und Grundbesitz war Heinrich L., NSDAP-Mitglied seit 1932, interessiert.<sup>399</sup> Der Einheitswert des Hauses wurde in einer Aufstellung vom 4.12.1938, welche auch in Neukirchen zum Zweck der Ausplünderung der örtlichen Juden angelegt werden musste, mit 11.500 RM angegeben. Er lag damit weit über den übrigen jüdischen Liegenschaften, da es sich um ein Haus in bester Verkehrslage handelte. Der Erlös der Immobilie wurde auf dem bereits bestehenden „Sicherungskonto“ festgelegt und stand Leopold Nussbaums Familie nur in kleinsten Beträgen zur Verfügung. Davon wurden dann auch die 7.500 RM für die Judenvermögensabgabe bezahlt.

Leopold Nussbaum zog bereits am 29. Januar 1939 mit seiner Frau, der Tochter Edith und dem Sohn Julius nach Frankfurt in den Baumweg 57. Hier wurde der 65jährige weiter finanziell ausgeplündert. Am 21. Februar 1939 erging der Erlass, dass alle Gold- und Silbergegenstände, auch ritueller Art, sowie der Schmuck bei einer öffentlichen Ankaufstelle abzuliefern seien. Nach den Angaben seines Sohnes musste das Ehepaar Nussbaum Schmuck, darunter eine ererbte goldene Uhr

---

<sup>398</sup> HStAM Bestand 330 Neukirchen B 6852

Julius Nussbaum, geb. 1915, richtete 1949 im Rahmen seines Entschädigungsantrages ein Schreiben an das Landratsamt Ziegenhain bezüglich der anlässlich des Novemberpogroms abtransportierten Waren. Dies wurde von einem Landratsbediensteten Pfromm bearbeitet, welcher daraufhin eine Anfrage an den Neukirchener Bürgermeister richtete, die mit den Worten begann: „Der Jude Julius Nussbaum...“. Dies lässt die Vermutung aufkommen, dass es sich hierbei um eben denselben Landratsbediensteten Pfromm handelte, welcher mit gleicher Formulierung (Die [alte] Jüdin...) bereits die Korrespondenz mit Johanna Sonn bezüglich ihres verordneten Umzugs in ein „Judenhaus“ nach Treysa führte, und der im Mai 1942 ebenfalls dazu ausersehen war, die Kennkarten der aus Neukirchen deportierten nach deren Verschleppung abzuholen und abzustempeln. Soviel zu den Kontinuitäten innerhalb der Verwaltung nach 1945.

<sup>399</sup> HStAM Bestand 330 Neukirchen B 7096.



des Vaters Jakob Nussbaum sowie Silberbestecke im Gegenwert von 1000 RM im Pfandhaus abliefern.

Edith und Julius Nussbaum gelang in der Folge die Auswanderung in die USA, und auch der Vater Leopold Nussbaum hatte seine Auswanderung nach Argentinien schon so weit vorangetrieben, dass die De-go-Abgabe für Umzugsgut in Höhe von 1000 RM bereits gezahlt worden war. Gleichzeitig war der „Lift“ von 1.320 kg bereits für den Dampfer „La Plata“ von Bremen nach Buenos-Aires vermerkt. Wodurch ihre Ausreise schließlich verhindert wurde bleibt unbekannt. Spätestens im Jahre 1941 mussten Leopold und Johanna Nussbaum in das Ghettohaus Uhlandstr. 60 umziehen. Hier lebten sie bescheiden von den Resten ihres Vermögens, welches sie in kleinen Beträgen aus dem Sicherungskonto zugeteilt erhielten. Wertsachen besaßen sie keine mehr.

Am 30. Juni 1942 verfügte die Reichsvereinigung der Juden zwangsweise im Auftrag des RSHA, dass mit allen Juden, welche noch ein Vermögen von mehr als 1000 RM besitzen, ein Heimeinkaufsvertrag abzuschließen sei. Dies geschah oft unter dem Druck, sonst nicht in das als „Vergünstigung“ angesehene Altersghetto Theresienstadt verschleppt zu werden, sondern „nach dem Osten“. Leopold Nussbaums Heimeinkaufsvertrag über 7140,50 RM für sich und seine Ehefrau Johanna kostete das Ehepaar das gesamte Restvermögen an Bargeld und Wertpapieren. Im Vertrauen auf die Integrität der „Reichsvereinigung“ wurde den alten Menschen eine Pseudosicherheit vorgegaukelt. So heißt es in Punkt 4 des Vertrages, dass sich die Reichsvereinigung verpflichte, Heimunterkunft und Verpflegung zu gewähren sowie sich um die hygienischen und medizinischen Belange der Einzelnen zu kümmern.

Am 13. September 1942 wurden Leopold und Johanna Nussbaum zur Sammelstelle in der Rechneigrabenstr. 18-20 gebracht, wo ihnen in einer zweitägigen bürokratischer Prozedur ihre letzten Habseligkeiten genommen wurden. Deportationsdatum war der 15. September 1942. Abfahrtsort war bei diesem Transport nicht die Großmarkthalle, sondern ein Bahngleis nördlich des Osthafens:

„Auf Lastwagen stehend oder auf unseren Bündeln hockend wurden wir zu einem offenen Bahngleise in der Nähe des Osthafens befördert. Während der ganzen Fahrt wurden wir von einer johlenden Menge beschimpft und verhöhnt [...] Lange, lange standen wir, bis endlich der Zug kam, der uns aufnahm: 1.300 Menschen – alte und junge und viele ganz junge, die sich ängstlich, ihr Los schon ahnend, an ihre Mütter kuschelten.“<sup>400</sup>

---

<sup>400</sup> Ferdinand Levi, um 1955, zitiert nach „Und keiner hat für uns Kaddisch gesagt ...“, S. 307.

Am Bahngleis waren die hilflosen Menschen den Misshandlungen und Beleidigungen des „alten Kämpfers“ Ernst Holland ausgesetzt, bevor sie in den Zug gestoßen wurden.<sup>401</sup>

Am 16. September 1942 erreichte der Transport mit mehr als 1300 Menschen den zum Lager Theresienstadt gehörenden Bahnhof Bauschowitz. Der lange Weg ins „Musterghetto“ begann mit dem Marsch zur sogenannten „Schleuse“, Baracken, in denen die entwürdigende Aufnahme-prozedur stattfand, bevor die Menschen in die bereits völlig überfüllten Häuser eingewiesen wurden.

Hier starb Leopold Nussbaum am 5. Februar 1943 im Alter von 66 Jahren. Seine 58jährige Ehefrau Johanna überlebte ihn nur um wenige Wochen. Sie starb am 25. April 1943.

Manche hochbetagten Menschen verloren mit dem Erhalt der Deportationsaufforderung jeglichen Lebenswillen. Sie konnten dem Druck und dem ungewissen Schicksal nicht standhalten und setzten ihrem Leben selbst ein Ende, wie die 78jährige Schönchen Nussbaum Katzenstein aus Neukirchen, Ehefrau des Frankfurters Isaak Katzenstein. Als beide am 11. Juni 1942 den Bescheid zur „Umsiedlung nach dem Osten“ erhielten, setzten sie ihrem Leben selbst ein Ende. Schönchen Katzenstein starb am 6. Juni 1942. Ihr 79jähriger Ehemann starb nur wenige Tage später, am 26. Juni 1942.

### **Berta und Johanna Sonn - die letzten Jahre**

Über die Menschen, welche in Neukirchen blieben, weil sie noch immer hofften, wegen ihrer Familienangehörigen an den Ort gebunden waren oder weil ihnen die Mittel zur Emigration fehlten, ist aus der Zeit zwischen dem Novemberpogrom und ihrer Deportation nur wenig bekannt. Einige haben, wie Meta und Grete Bachrach, überhaupt keine Spuren hinterlassen, es gibt keine bekannten Angehörigen, kein Todesdatum, nichts. Von anderen, wie Siegbert Sonn, blieb einzig ein unscharfes Foto, ein Zeugnis und eine Karteikarte in der Gedenkstätte Majdanek/Polen als Erinnerung an ein Leben.<sup>402</sup>

Am Beispiel von Johanna Sonn und Bertha Nagel-Sonn aber lässt sich der Prozess der Entwürdigung und Vertreibung, der Bereicherung, aber auch der kleinen Gesten gegenüber den Entrechteten nachvollziehen.

Johanna Sonn wurde am 2. Januar 1860 in Nieder Klein geboren. Sie war die zweite Ehefrau des Levi Sonn I und musste nach dem Tod ihres Mannes im Jahre 1896 nicht nur ihre eigenen vier Kindern, sondern auch noch die drei Kinder aus der ersten Ehe ihres Mannes mit Pauline Goldschmidt durchbringen. Johanna Sonn führte den kleinen Manufakturwarenhandel ihres Mannes fort, bis sie das Geschäft ihrem Sohn Moritz nach dessen Rückkehr aus dem Ersten Weltkrieg

---

<sup>401</sup> Zu Ernst Holland siehe „Und keiner hat für uns Kaddisch gesagt ...“, S. 464f.

<sup>402</sup> Archiv der Gedenkstätte Majdanek.

übergab. Im Haus in der Hintergasse 194 ½, der heutigen Blaufärbergasse 4, lebte nur noch die pflegebedürftige Tochter Mathilde, während der Sohn Sally nach Berlin verzogen war.<sup>403</sup> Der Sohn Levi war noch in den letzten Wochen des Ersten Weltkriegs gefallen, die anderen Kinder seit langem aus dem Haus. Johanna Sonn bewohnte im Obergeschoss des Hauses vier Zimmer, welche ihr Sohn Sally rückblickend folgendermaßen beschrieb: ein Schlafzimmer mit zwei Betten, einem Schrank und einem Tisch mit zwei Stühlen; ein ebenso eingerichtetes Fremdenzimmer; ein Wohnzimmer mit einem Schreibtisch, einem Sofa, einem Tisch mit sechs Stühlen, zwei Kommoden, einem großen Spiegel und einer Nähmaschine, welches von einem großen Etagenofen geheizt werden konnte. Ein weiterer Raum enthielt drei Schränke mit Wäsche, darunter die Aussteuer der Tochter Mathilde.<sup>404</sup>

Das Erdgeschoss des Hauses bewohnte ihre Schwiegertochter, die Witwe ihres Sohnes Moritz. Dieser war 1927 an einer Lungenerkrankung gestorben, welche er sich im Ersten Weltkrieg zugezogen hatte. Der 1920 geborene einzige Sohn Ludwig lebte bei seiner Mutter. Der Manufakturwarenhandel war offensichtlich schon vor 1936 aufgegeben worden, denn weder Johanna noch Berta Sonn sind in einer zu diesem Zeitpunkt erstellten Liste jüdischer Geschäftsleute in Neukirchen verzeichnet.<sup>405</sup> Das Leben der Frauen verlief bis zum November 1938 trotz aller Bedrängnis wohl relativ ruhig. „Frau (Berta) Sonn bezog Kriegsrente von ihrem durch Kriegseinwirkung verstorbenen Ehemann. Sie lebte in bescheidenen Verhältnissen.“<sup>406</sup>

In der Pogromnacht 1938 drang gegen elf Uhr nachts „eine Bande von Nazis vom Nachbardorf“<sup>407</sup> in das Haus der Frauen ein, verwüstete das Mobiliar und zerschlug das Geschirr. Eine Nachbarin sagte dazu im Februar 1958 aus<sup>408</sup>:

*Die Witwe Berta Sonn [...] war mir persönlich bekannt. Sie war eine unmittelbare Nachbarin von mir. Ich selbst bin früher auch ab und zu in ihre Wohnung gekommen, und es ist mir daher bekannt, dass sie eine Zweizimmerwohnung im Erdgeschoss inne hatte. Gekocht hat sie bei ihrer im Obergeschoss wohnhaften Schwiegermutter.*

*Ich habe nichts gesehen und glaube auch nicht, dass in der sogenannten Kristallnacht irgend welche Einrichtungsgegenstände oder Wertsachen von ihr vernichtet bzw. unbrauchbar gemacht worden sind; denn später wurden die Einrichtungsgegenstände auf den Marktplatz in Neukirchen gebracht und vom Finanz-*

---

<sup>403</sup> Sally Sonn konnte noch rechtzeitig emigrieren und lebte nach dem Krieg in Cochabamba/Chile.

<sup>404</sup> HHStAW Abt. 518 Pak. 1892.

<sup>405</sup> HStAM Bestand 330 Neukirchen B 3500.

<sup>406</sup> HHStAW Abt. 518 Pak. 1709 Nr. 5 Berta Sonn.

<sup>407</sup> ebd., Eidesstattliche Versicherung Levi Ludwig Sonn 1956.

<sup>408</sup> Die folgenden Aussagen wurden entnommen aus HHStAW Abt. 518 Pak. 1709 Nr. 5 Berta Sonn sowie Abt. 518 Pak. 1892 Nr. 8 Johanna Sonn.

*amt Ziegenhain versteigert, nachdem Frau Sonn mit einem Sammeltransport Neukirchen verlassen hatte.*

*Die Schwiegermutter der Frau Sonn kam im Jahre 1941 oder 1942 – die genaue Zeit kann ich nicht mehr angeben – in das jüdische Altersheim in Treysa. Diese hat ihre gesamten Einrichtungsgegenstände mitgenommen.*

*Weitere Angaben in dieser Angelegenheit kann ich nicht machen.*

*Anna C.*

Zwei Jahre später klang das ganz anders. Was den Sinneswandel der Frau C. bewirkt hatte, ist unbekannt.

*Es trifft zu, dass das Haus der Berta Sonn in der sogenannten Kristallnacht von SA-Leuten gestürmt wurde. Am nächsten Tag, als ich Frau Sonn besuchte, stellte ich fest, dass die Spiegelscheibe des Waschtisches in ihrem Schlafzimmer zertrümmert war. Auch lag ein älterer Geschirrschrank umgekippt auf dem Fußboden. Das Geschirr war zum überwiegenden Teil kaputt. Da schon alles so lang zurückliegt, vermag ich mich auf Einzelheiten nicht mehr zu entsinnen.*

*(27. Juni 1960)*

Eine weitere Nachbarin aus der Blaufärbergasse sagte unter gleichem Datum aus:

*Berta Sonn geb. Nagel wohnte seinerzeit in unmittelbarer Nähe von mir. Ich kann mich entsinnen, dass das Haus der S. in der sogenannten Kristallnacht 1938 um Mitternacht von SA-Leuten gestürmt wurde. Dabei hörte ich unter anderem ein starkes Geräusch, das sich anhörte, als ob ein Geschirrschrank umgeworfen worden sei. [...] Nach dem Geräusch rief eine der Frauen: „Schlagt uns doch gleich tot!“ Eine Männerstimme aus dem Hausflur rief dann den SA-Leuten zu: „Nicht angreifen!“. Alsdann verstummte wieder alles. Am nächsten Tag bekümmerte ich mich nicht weiter darum, weil ja der ganze Ort in Aufruhr war. Auch war die Familie Sonn dermaßen eingeschüchtert, dass sie einem aus dem Weg ging. Auch war es mir peinlich, danach zu fragen, was eigentlich geschehen sei. Aus diesem Grund vermag ich nicht anzugeben, ob die SA-Leute in der fraglichen Nacht Hausrat der Berta Sonn zerstört haben. [...]*

*Anna N.*

Am gleichen Tag wurde auch noch der Land- und Gastwirt Heinrich B. vernommen, welcher in der Kurhessenstraße wohnte. Er bestätigte den Überfall:

*[...] Einzelheiten darüber weiß ich allerdings nicht, denn wir alle, meine Frau und meine Kinder trauten uns nicht auf die Straße, weil wir fürchteten, dass uns Gewalt angetan würde, zumal wir mit Frau Sonn eng befreundet waren.*

*Am nächsten Tag habe ich mich von den Zerstörungen selbst überzeugt. Dabei konnte ich feststellen, dass viel zerbrochenes Porzellan in der Wohnung verstreut*

*umherlag. Ob noch mehr Hausrat bzw. Möbel zerstört waren, kann ich nicht mehr angeben.*<sup>409</sup>

Der 18jährige Enkel Ludwig Sonn flüchtete zusammen mit den anderen Männern des Ortes in den nahe gelegenen Wald. Bei seiner Rückkehr am frühen Morgen wurde er verhaftete und als jüngster Jude aus Neukirchen nach Buchenwald transportiert. Nach seiner Entlassung beantragte Ludwig Sonn umgehend einen Reisepass und gab als Reiseziel England an. Der Pass wurde ihm am 10. Februar 1939 ausgehändigt. Im Herbst 1939 ging Ludwig Sonn zuerst nach Venlo in Holland. Aus der erhaltenen Aufstellung des Reisegepäcks lässt sich ablesen, dass an eine baldige Rückkehr nicht gedacht war. Im Mai 1940, nach dem Überfall der Deutschen auf die Niederlande, konnte sich Ludwig Sonn mithilfe der niederländischen Untergrundorganisation bei einer Bauernfamilie verbergen, wo er das Ende des Krieges erlebte. Danach emigrierte er nach Palästina, wo er sich fortan Levi Sonn nannte.

Zu Kriegsbeginn lebte neben den drei Frauen der Familie Sonn auch noch die Schwester von Johanna Sonn, die 81jährige Fanny Spier geb. Nussbaum, mit im Haus, denn ihre Angehörigen waren alle bereits aus Neukirchen verzogen. Die Frauen waren nun allen Einschränkungen und Zahlungen unterworfen, von denen es, wie oben beschrieben, in der Folge etliche gab. Als die kranke Mathilde Sonn 1940 im Alter von 51 Jahren starb, durfte sie nicht mehr in Neukirchen begraben werden, sondern nur auf dem als Zentralfriedhof für den Kreis Ziegenhain ausgewiesenen Friedhof in Ziegenhain-Niedergrenzebach. Gleiches galt wohl auch für die Schwester und Tante Fanny Spier, welche im August 1941 verstarb.

Anfang April 1942 erhielt die nunmehr 81jährige Johanna Sonn zusammen mit ihrer Schwiegertochter Berta die Aufforderung zur „Evakuierung nach dem Osten“. Zunächst schien es noch so, als ob Berta Sonn wegen der Gebrechlichkeit ihrer Schwiegermutter von der Deportation zurückgestellt werden könnte. Dies erwies sich jedoch als vergebliche Hoffnung, denn es kam genau umgekehrt, wie das Schreiben des Landratsbediensteten Pfromm zeigt<sup>410</sup>:

*10.4.42 / Der Landrat*

*Die Jüdin Berta Sara Sonn, geb 7.7.88 wird evakuiert. Die alte Jüdin Johanna Sara Sonn geb. Nussbaum, geb. 2.11.60, wird nicht mit evakuiert und kann nach Treysa umziehen, um sich von den noch dort zurückbleibenden Juden betreuen zu lassen.*

*Ich ersuche Erforderliches zu veranlassen.*

*i.A. Pfromm*

---

<sup>409</sup> Levi Ludwig Sonn wird den Gesamtschaden durch Zerstörung und Diebstahl später mit 1020 RM angeben.

<sup>410</sup> HStAM Bestand 330 Neukirchen B 7096.

Darauf hin schrieb der Bürgermeister Ritter an Berta Sonn: „*Ich habe die Mitteilung erhalten, dass Sie doch evakuiert werden müssen.*“<sup>411</sup>

Am Abend des 29. Mai 1942, einem Samstag, ging Berta Sonn zu der Nachbarin Walper, um anzufragen, ob ihr Sohn Friedhelm ihr am nächsten Morgen mit ihrem Gepäck behilflich sein könne. „Sie müsste sich am Bahnhof zum Abtransport melden, dürfe aber nur so viel Gepäck mitnehmen, wie sie tragen könne.“<sup>412</sup> Zusammen mit seinem Schulfreund Heini Combächer verlud Friedhelm Walper am nächsten Morgen mehrere Gepäckstücke auf einen Handwagen und fuhr damit zum Bahnhof. „Wir beiden Jungen glaubten uns am Ziel. Frau Sonn beschied uns aber zum Güterverladebahnhof. Dort stand ein Zug mit mehreren Viehwagons an der Verloaderampe. In einen wurde das mitgebrachte Gepäck verladen, in den anderen mussten die Juden steigen.“ Es war Sonntag, der 31. Mai 1942. Berta Sonn wurde am 1. Juni 1942 von Kassel nach Izbica/Sobibor verschleppt und dort vermutlich umgehend ermordet. Es gibt keine Überlebenden dieses Transports.

Die „alte Jüdin“ Johanna Sonn, wie der Landratsbedienstete Pfromm sie titulierte hatte, schrieb bereits am 15. April 1942 an den Landrat, um ihren Umzug nach Treysa zu verhindern. Dagegen hatte dieser grundsätzlich nichts einzuwenden, wenn die Pflege der alten Frau gesichert sein würde. Der Ortsgruppenleiter Roßmann äußerte sich dazu aber folgendermaßen<sup>413</sup>:

*„...ich bin der Ansicht, dass wir endlich von den Juden Abschied nehmen und jetzt ist die beste Gelegenheit dazu. Es wird sie uns später auch keiner mehr abnehmen. Sie kann sich heute hinlegen und kein Mensch weiß, wie lange sie gepflegt werden muß. Es ist nicht auszuschließen, dass dann der Stadt auch noch Unkosten entstehen. Wir haben heute die Gelegenheit sie los zu werden und wir nehmen daher Abschied von ihr. Der gestellte Antrag muß daher abgelehnt werden.*

*Neukirchen, den 18.4.42*

*Heil Hitler  
Roßmann  
Ortsgruppenleiter*

So musste Johanna Sonn ihre Heimatstadt wenige Tage später zwangsweise verlassen. Wegen ihres Alters und ihrer Gebrechlichkeit wurde sie vorerst in Treysa in das Haus der jüdischen Familie Schön in der Steingasse 17 gebracht, ein sogenanntes „Judenhaus“, in das alle noch nicht deportierten Juden der Umgegend

---

<sup>411</sup> ebd.

<sup>412</sup> Adolf BISKAMP, Friedhelm WALPER, Die israelitische Kultusgemeinde in Neukirchen, in: Heimatvertriebene Nachbarn Bd. 2, S. 473-483

<sup>413</sup> HStAM Bestand 330 Neukirchen B 7096.

eingewiesen worden waren.<sup>414</sup> Die 81jährige war der dramatischen Lage nicht gewachsen und erfasste wohl auch die Tragweite dieser Umsiedlung nicht ganz, wie aus ihren unbeholfenen Briefen an den damaligen Bürgermeister Ritter hervorgeht:

*Treysa, 12. Juni [1942]*

*Gehrter Herr Bürgermeister*

*Ich wollte heute nachhaus ist aber so schlecht Wetter, ich wollte Sie noch mal anfragen, ich kann doch immer wieder Nachhauße komen, das kann alles so [...] ich habe meine ganze Möbel noch stehen, das kann doch nicht [...]genommen werden sind 3 [...] Schränke ein größer Kleiderschrank 1 Komode brauche Sie vielleicht noch den Küchen Schrank mit Porzellan alles noch da viele Einmachgläser auf Boden. Ich hatte dieße Woche schon alles [...] wollte wieder Nachhause Schreiben Sie mir doch bitte und ich habe wirklich Heimweh*

*Mit [...] Gruss an Sie und ihre Frau*

*Hochachtungsvol Johanna Sonn wwe.*

*Die Leute wo ich bei bin die sachen solte dableim ich heute nich Nachaus ich kan mir doch ein Schein holen*

„Ich habe wirklich Heimweh...“ - war die hochbetagte Johanna Sonn doch aus ihrer gewohnten Umgebung herausgerissen und zu ihr völlig fremden Leuten gebracht worden. Da fehlten ihr nicht nur ihre vertrauten Möbel, sondern mit Sicherheit auch die sorgende Hand der Schwiegertochter. Der Greisin gelang es jedoch tatsächlich, kurzfristig nach Neukirchen zurückzukehren. Bürgermeister Ritter sah sich daraufhin veranlasst, ihr zu mitzuteilen:

---

<sup>414</sup> Noch 1959 wird von Seiten der Stadtverwaltung auf eine Anfrage geantwortet: „[...] dass Frau Sonn seinerzeit im jüdischen Altersheim in Treysa aufgenommen wurde und ihren gesamten Hausrat mitgenommen hat“ – obwohl man hätte wissen müssen, dass es in Treysa nie ein „jüdisches Altersheim“ gegeben hatte. Schließlich war dies schon 1955 vom damaligen Bürgermeister richtiggestellt worden. HStAM Bestand 330 Neukirchen B 6855 und HHStAW Abt. 518 Pak. 1892 Nr. 8 Bl.34-36.

*Wwe. Sonn geb, Nußbaum<sup>415</sup>, hier*

*Es ist nicht statthaft, dass Sie ihre Wohnung hier wieder beziehen können, da Ihre Umsetzung nach Treysa auf Anordnung der Aufsichtsbehörde erfolgt ist.*

*Sie müssen heute wieder nach Treysa zurückfahren, andernfalls Sie damit rechnen müssen in ein Konzentrationslager zu kommen.*

*Neukirchen, 14. Juli 1942 Der Bürgermeister [Ritter]*

Mehr konnte er ihr wohl nicht entgegenkommen.

Johanna Sonn musste Neukirchen also zwangsweise wieder verlassen. Sie sorgte sich um ihre letzten Besitztümer und versuchte, diese nach Treysa schaffen zu lassen. Ihre Nachbarin Anna Elisabeth C. sagte dazu in einer Zeugenvernehmung aus dem Jahre 1955 anlässlich der sogenannten „Wiedergutmachung“ aus<sup>416</sup>:

*Mein Mann ist im letzten Krieg gefallen. Im Jahre 1942 kaufte er das Haus der Johanna Sonn, welches direkt an die Rückseite unseres Hauses angrenzte, von dieser. Als wir das Haus übernahmen, war es vollkommen leer.*

*Die Bewohner, Frau Johanna Sonn und ihre Schwiegertochter Berta Sonn, waren nicht mehr da. Die Berta Sonn war bereits in ein mir unbekanntes Sammellager gebracht worden. Ihre Möbel waren vom Finanzamt verkauft worden, soweit sie dieselben nicht schon selbst verkauft hatte. Die Johanna Sonn kam dann in ein Altersheim nach Treysa. Als sie einige Tage dort war, kam sie zurück und ließ ihre Möbel usw. nach Treysa fahren. Sie verkaufte aber auch schon selbst Möbel. Ich kann mich entsinnen, dass außer Möbel auch Holz und Kohlen nach Treysa transportiert wurden. Vermutlich hat Frau Sonn auch ihre Wäsche mitgenommen, da sie ja frei über ihre Sachen verfügen konnte. Sie selbst hat mir gesagt, dass sie alles mitnehmen könne, weil sie nach Treysa in ein Altersheim käme. Sie war zu der Zeit 81 Jahre alt. Die Möbel wurden von dem Landwirt Justus R. nach Treysa gefahren. M. Erachtens war die Wohnung der Frau Sonn, als sie nach Treysa kam, vollkommen leer. Um welche Möbel usw. es sich im Einzelnen gehandelt hat, die Frau Sonn nach Treysa fahren ließ, kann ich nicht sagen.*

---

<sup>415</sup> Bürgermeister Ritter verzichtete hier wohl bewusst auf den Zwangsvornamen Sara. In seinem Entnazifizierungsverfahren wurde Justus Ritter als minderbelastet eingestuft. Dort heißt es, daß er zwar seit dem 15. Juli 1932 NSDAP-Mitglied gewesen sei, sich aber „in den Jahren des Dritten Reichs aktiv für die rassisch Verfolgten eingesetzt und diese laufend mit Kleidungsstücken und Lebensmitteln versorgt habe.“ So berichtete die Bäckersfrau M., dass er an ihrem Laden eigenhändig ein Schild entfernt habe, welches den Verkauf an Juden untersagt hätte. Eine andere Zeugin erhielt von ihm eine monatliche Unterstützung, weil sie trotz des Verbots weiterhin Aufwartedienste bei Juden versehen habe. Ferner soll er den Aufenthalt einer „Nichtarierin“ in Neukirchen geduldet haben (Anna Stüb, Verlobte des Erich Bachrach, deportiert und ermordet in Ravensbrück) und die Synagoge und den Friedhof angeblich entgegen der Weisung der NSDAP-Kreisleitung für die Stadt erworben haben. HStAM Bestand 330 Neukirchen B 7338.

<sup>416</sup> HStAW Abt. 518 Pak. 1892 Nr. 8 Blatt 37.



*Bemerken möchte ich noch, dass entweder Frau Sonn oder ihre Schwiegertochter mir vorher zwei kleine Pappkartons mit Wäsche zur Aufbewahrung gegeben haben. Bezüglich dieser Wäsche erschien einige Tage nach dem Fortzug der Frau Johanna Sonn von Neukirchen nach Treysa ein Herr Stern. Er sagte, dass er die alten Leute in dem Altersheim in Treysa betreuen würde und machte mich darauf aufmerksam, dass ich die erwähnte Wäsche dem Finanzamt melden müsse. Darauf ließ ich mich nicht ein, sondern übergab diesem Herrn Stern die Wäsche und sagte ihm, er möge sie der Frau Sonn geben. Er nahm die Wäsche mit.*

*Weitere Aussagen kann ich nicht machen.*

*Ich möchte nur noch bemerken, dass Frau Johanna Sonn mir auch noch einen Brief aus Treysa schrieb und mitteilte, dass sie von Treysa fortkäme. Einige Tage danach war sie dann nicht mehr in Treysa. Wo sie hingekommen ist, weiß ich nicht.*

*Anna Elisabeth C.*

Diese Aussage wurde von eben jenem Justus R. bestätigt, der darüber hinaus mitteilte, dass nicht nur ein schriftlicher Auftrag des damaligen Bürgermeister Justus Ritter für den Transport vorgelegen habe, sondern auch eine Art Passierschein für die begleitende Johanna Sonn und deren Möbel.<sup>417</sup>

In Treysa dann verschlechterte sich der Zustand der 81jährigen so sehr, dass sie letztlich ihre Angelegenheiten nicht mehr selber ordnen konnte und der Mitbewohner Simon Matthias sich ihrer als Pfleger annahm. Von ihm stammt auch die geforderte Vermögensaufstellung vor der Deportation, da sie dazu nicht mehr in der Lage war. Am Ende ihres Lebens besaß Johanna Sonn noch 9, 44 RM.<sup>418</sup>

## **6. September 1942 - Abfahrt Treysa 11.12 Uhr**

Ende August erhielt das kleine Häuflein der dreizehn noch in Treysa wohnenden Juden die Mitteilung, dass sie nun auch „umgesiedelt“ werden würden. Dazu war ein Schreiben der Staatspolizeistelle Kassel mit einem detaillierten Fahrplan an die Landräte und örtlichen Vollzugsstellen ergangen.<sup>419</sup> Das hieß für die letzten im Landkreis Ziegenhain lebenden Juden: *Abfahrt Treysa 6. September, 11.12 Uhr.*

Am genannten Tag mussten sie in eigens für diesen Transport an den regulären Zug angehängte Personenwagen einsteigen, in denen sich unter Bewachung bereits viele Juden aus dem Kreis Marburg befanden. In Kassel brachte man die Menschen zum Sammellager in die Turnhallen der Bürgerschulen, wo sie auf dem blanken Erdboden übernachten mussten. Am nächsten Morgen, dem 7. September 1942, wurden die nicht Gehfähigen mit Lastwagen zum Bahnhof transportiert. Alle anderen der mehr als 800 Menschen wurden zu Fuß dorthin getrieben.

---

<sup>417</sup> Dies mag man nochmals als Beispiel für die kleinen schützenden Gesten dieses Mannes sehen.

<sup>418</sup> HHStAW Abt. 518 Pak. 1892 Nr. 8.

<sup>419</sup> HStAM Bestand 180 Marburg Nr. 4830.

Dort wartete schon der Deportationszug nach Theresienstadt: „Das Verladen geht ziemlich schnell [...] Gestapo und SS schreiten die Front dauernd ab und sehen nach, ob alle verladen sind. Dann werden die Türen geschlossen und wir stehen noch stundenlang auf dem Perron. Endlich gegen 5 Uhr nachmittags setzt sich der Transportzug in Bewegung.“<sup>420</sup>

In Theresienstadt hatten sich die Menschen kaum gesammelt, da sprach man von Weitertransporten „nach dem Osten“. Am 29. Oktober 1942 wurde Johanna Sonn weiter in das Vernichtungslager Treblinka transportiert. Nach der Ankunft hatten die Menschen dort nur noch wenige Stunden zu leben, bevor sie vergast wurden. Johanna Sonn wäre vier Tage später 82 Jahre alt geworden.

### Schnäppchenjäger

Nachdem bereits nach dem Novemberpogrom 1938 die Warenlager der jüdischen Händler zu Schleuderpreisen verhökert worden waren, sahen nunmehr auch andere „Volksgenossen“ eine Chance, günstig an den Hausrat der Juden zu kommen. Diesen war nur ein Gepäckstück mit maximal 50 kg im Transportzug gestattet – sofern sie es denn tragen konnten! Darüber hinaus stand es ihnen frei, Ausrüstungsgegenstände wie Werkzeug, Matratzen, Eimer, Töpfe, Reinigungsmittel etc. per Bahnfracht auf eigene Kosten an die Staatspolizeistelle Kassel, Hauptbahnhof/Zollschuppen zu schicken – ein willkommenes Zubrot für die Reichskasse, welche alles gleich in Kassel konfiszierte und versteigern ließ.

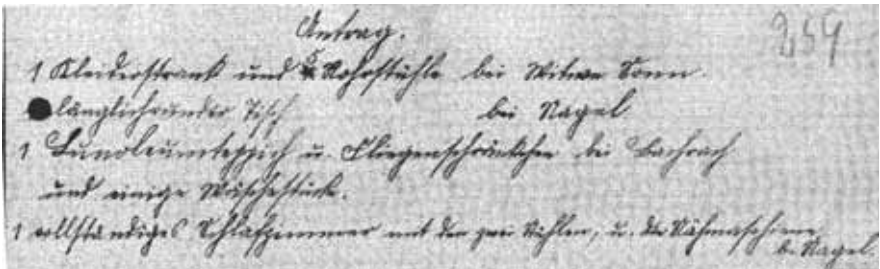


Abb. 42: „Wunschzettel“ der Damen Sch. und M.

<sup>420</sup> Bericht von Selma Hammerschlag. In: Monica KINGREEN, Die gewaltsame Verschleppung der Juden aus den Dörfern und Städten des Regierungsbezirks Kassel in den Jahren 1941 und 1942, S. 234.

Es hatte sich kaum herumgesprochen, dass die Juden „nach dem Osten“ kommen würden, da wurden schon die Begehrlichkeiten der Nachbarn wach<sup>421</sup>: Bereits am 13. April 1942, also noch vor der eigentlichen Deportationstermin am 30. Mai 1942, stellte der Nachbar C. einen Antrag auf Erwerb des Hauses der Witwe Sonn.<sup>422</sup> Er konnte es schließlich für 4000 RM erwerben.<sup>423</sup> Doch dabei blieb es nicht. So wollte am 18. April Heinrich R., der Inhaber des Gasthauses „Stadt Cassel“, die Töpfe der Witwe Sonn und der anderen jüdischen Familien erwerben, desgleichen ihre Nähmaschine, denn „die Jetztzeit erfordert äußerste Sparsamkeit im Verbrauch der Kleidungsstücke und Instandhaltung derselben.“ Valentin K. hatte es auf ein Damenfahrrad des Moritz Sonn abgesehen, und die Damen Georg Sch. und M. geb. Sch. mochten gar einen Großeinkauf tätigen und beantragten von der Witwe Sonn fünf Rohrstühle und einen Kleiderschrank, von Werner Nagel einen länglichrunden Tisch, ein vollständiges Schlafzimmer mit zwei Stühlen und die Nähmaschine sowie von Meta Bachrach einen Linoleumteppich, ein Fliegenschränkchen und einige Wäschestücke. Am 29. Mai wollte Frau Adam T. eine Chaiselongue und eine Decke von Werner Nagel erwerben und Otto V. wollte ein Büffet samt Inhalt sowie einen Ausziehtisch von Moritz Sonn. Und so ging es auch nach der Deportation ihrer Nachbarn weiter: Am 3. Juni 1942, der Deportationszug kam vermutlich gerade in Sobibor an, stellte der des Schreibens ungeübte Johannes P. den folgenden Antrag:

*Werter Herr ich teile ihnen hierdurch mit dass ich durch den Herrn Bürgermeister erfahren habe dass die Möbel von den von hier fortgemachten juden verkauft werden sollen da ich noch ein Bett benötige und es auch 3 Personen sind bitte ich da wir erst 1940 geheiratet haben und nichts bekommen konnten habe ich erfahren dass in dem Haus der Wittwe Sonn eine Bettstelle mit Matrazen wenn mällich noch eine Decke eiene Wäsche Schrank möchte ich (...?) ich ersuche sie hiermit um mitteilung wenn die Möbel verkauft werden dass wir uns mit dem Geld richten können*

*Ich bitte um freundliche Antwort*

*Johannes P. in Neukirchen b. Ziegenhain*

*Heil Hitler*

---

<sup>421</sup> Alle Angaben nach HStAM Bestand 330 Neukirchen B 7096.

<sup>422</sup> HStAM Bestand 330 Neukirchen B 7096.

<sup>423</sup> Karl C. fiel im II. Weltkrieg. Seine Witwe verkaufte das Haus später weiter.

In Umkehrung des eigentlichen Sinnes meldete die Witwe C. bezüglich eines Hauses und eines Grundstücks im Jahre 1950 „Wiedergutmachung nach dem Entschädigungsgesetz“ an. Als Begründung führte sie die Rückforderungsansprüche des ehemaligen Besitzers (d.h. nun Ludwig Levi Sonn) an. Obwohl sie von dem zuständigen Beamten darauf aufmerksam gemacht wurde, dass sie nicht zu den mit dem Gesetz gemeinten Personenkreis gehöre, bestand sie auf der Übersendung eines entsprechenden Formulars. Ihr Antrag wurde 1953 abgelehnt. HStAM Bestand 180 Ziegenhain Nr. 8105 sowie HHStAW Abt. 518 Nr. 1753/02.

Am 29. Juni gleichen Jahres wollte der Landwirt und Fuhrmann Heinrich B. nun endlich seinen Tisch machen und die seit Jahren genutzten Äcker und Wiesen des Moritz Sonn erwerben. Da des Sonn Wohnhaus baufällig sei, schrieb der Bürgermeister unter gleichem Datum an das Finanzamt, könne es derzeit nicht verkauft werde. An einen Abbruch sei aber erst nach dem Krieg gedacht und solange könne das Gebäude, welches nur noch einen Restwert von 2100 RM habe, noch als Notwohnung dienen. Dieser „Wohnungsnot“ war es wohl auch zuzuschreiben, dass sich der oben schon einmal genannte Nikolaus R. im Juli 1942 um die Wohnung der Familie Nagel bewarb.

So versuchten einige Volksgenosse also, sich nicht nur bei der öffentlichen Versteigerung der zwangsweise zurückgelassenen Wohnungseinrichtungen der „nach dem Osten“ verschleppten Einwohner auf dem Neukirchner Marktplatz zu bereichern, sondern sie hofften, über einen speziellen „Wunschzettel“ an den Bürgermeister einige der begehrten Waren gesondert zugeschlagen zu bekommen. Diese Raffgier führt in den „Wiedergutmachungsverfahren“ nach dem Krieg zu umfangreichen Schriftwechseln, in denen versucht wurde, Aufklärung darüber zu erlangen, wer welche Werte erworben oder an sich genommen hatte. Nur wenige hatten den Anstand, ihnen anvertraute Gegenstände nach dem Krieg an Überlebende zurück zu geben.<sup>424</sup>

Die durch den Gerichtsvollzieher gemeldeten Besitztümer der Deportierten wurden zugunsten der zuständigen Finanzkasse Ziegenhain verwertet<sup>425</sup>:

„Der Hausrat der Juden wurde orteweise zusammengefasst und freihändig verkauft oder versteigert. Die Verwertung jedes einzelnen Judenhaushalts für sich war nicht möglich, weil die Vollziehungsbeamten die Sachen mehrerer Juden zusammengestellt vorfanden und eine Aufteilung auf die einzelnen Familien nicht mehr vornehmen konnten. *Der Erlös für den einzelnen Juden ist daher nicht mehr feststellbar.* Der Gesamterlös wurde nach den von den einzelnen Juden abgegebenen Vermögenserklärungen aufgeteilt.“<sup>426</sup>

---

<sup>424</sup> Aus Neukirchen ist nur ein einziger derartiger Fall bekannt, den Schmucl Levi erwähnt: Frau Käthe Kraumes gab nach dem Krieg ihr anvertraute Silbersachen an Levi Sonn zurück. Schmucl LEVI, Erinnerungen, S. 461.

<sup>425</sup> Im Frühjahr 1944 fand eine Prüfung bei der Vermögensverwertungsstelle des Finanzamtes Ziegenhain statt, wobei genauestens sowohl der Ablauf der Vermögenserfassung nach der Deportation als auch die Verwertung des jüdischen Eigentums nach der Verschleppung kontrolliert wurden. In der Folge wurden die Finanzbeamten mehrfach gerügt, weil gerade bei Grundstücksumschreibungen auf das Reich –im hiesigen Raum der wertvollste Besitz der Verschleppten – Nachlässigkeiten bemerkt wurden.

HHStAW Abt. 519/2 Pak. 1762

<sup>426</sup> ebd., Hervorhebung durch d. Verf.



**Abb. 43: Die Bereicherung der Öffentlichen Hand an den letzten Habseligkeiten der zu diesem Zeitpunkt bereits ermordeten Berta Sonn**

Es waren jedoch nicht nur Privatpersonen, welche ein Auge auf den Besitz der Deportierten geworfen hatten. Zuerst hatte die Finanzverwaltung den Zugriff auf alle Werte. Dazu bediente man sich des § 8 der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz. So geschah es auch hinsichtlich des Nachlasses von Moritz Sonn. Das „hier zuletzt festgestellte Vermögen in Bargeld, Wertpapieren u. Wertgegenständen, Grundstücken, Forderungen, Möbeln und Wäsche: rd. 18.400,- M.“ verfiel dem Reich.<sup>427</sup> Ebenso verfuhr man hinsichtlich der 9,44 RM „Vermögen“ der Witwe Sonn.

Staatliche Stellen, Organisationen der NSDAP und die Gemeinden hatten den ersten Zugriff. So erbat der Bürgermeister von Treysa am Tag der Deportation aus Kassel: „...*bitte ich aus dem Nachlass 3 bis 4 vollständige Betten und Bettzeug für etwa drei weitere Betten*“, und das Wirtschaftsamt Ziegenhain sicherte sich nach Begutachtung durch seinen Sachverständigen, den Manufaktur- und Textilwarenhändler Christian J. aus Ziegenhain, einen Posten gebrauchter Leibwäscheteile aus dem Besitz der Deportierten: *92 gebrauchte Herrenhemden und Nachthemden, 88 gebrauchte Frauenhemden, diverse gebrauchte Unterhosen, Schürzen, Nachtjacken und Spinnstoffe*, d.h. unbrauchbare Wäscheteile im Gesamtwert von 392 RM.<sup>428</sup>

<sup>427</sup> HHStAW Bestand 519/3 Moritz Sonn

<sup>428</sup> HHStAW Bestand 519/3 Johanna Sonn

Doch nur ein Teil der geraubten Gegenstände gelangte überhaupt in den öffentlichen Verkauf, so beispielsweise nur 28 von 108 Kopfkissenbezügen, da zuerst die Wehrmacht und danach Bombengeschädigte damit bedacht wurden. Noch deutlicher ist diese Versorgung mit Raubgut bei anderen Posten der Aufstellung von Leib-, Tisch- und Bettwäsche der Deportierten zu sehen: Die Wehrmacht requirierte vorher davon einen größeren Posten, welcher sich auf 695,90 RM bezifferte. Alle diese Summen wurden ordentlich verbucht.

Auch das Finanzamt selber bediente sich kräftig:

1 Bücherschrank	1 Sessel	1 Geldbeutel
1 runder Tisch	2 Ofenschirme	1 kleine Wanne
1 Schreibtisch	28 Handtücher	(Zink)
2 Tischdecken	1 Spiegel	2 Eimer
2 Schreibtischsessel	1 Briefwaage	1 Kiste
1 Wandschoner	1 Tafelwaage	1 Zange
2 Reisedecken	3 Wäschekörbe	1 Hammer
1 Liegesofadecke	2 Thermometer	2 Schreibtischlampen
4 Stühle	3 Locher	4 Papierkörbe

Mögen viele dieser Gegenstände auch für die Nutzung in einem Finanzamt vorstellbar sei, so deuten andere doch auf ein eher privates Interesse einiger Finanzbeamter hin – es sei denn, der Beamenschlaf sollte durch die Reisedecken kommoder werden!

Insgesamt fielen dem Reich aus diesem letzten Raub an den alten Menschen im September 1942 „7.635,10 RM, in Worten: Siebentausendsechshundertfünfunddreißig RM 10 Rpf.“ zu.<sup>429</sup>

---

<sup>429</sup> Alle Angaben zu Johanna Sonn geb. Nussbaum und Berta Sonn geb. Nagel aus HHStAW Abt.. 518, 1892 Nr. 8, 1709 Nr.5 sowie Abt. 519/3 unverz.; aus diesem Bestand stammen auch die Angaben zur Bereicherung der öffentlichen Hand. Zur privaten und öffentlichen Bereicherungs- und Abschöpfungsmentalität siehe ausführlich Susanne MEINL, Jutta ZWILLING, Legalisierter Raub.

## Das Ende

Im Staatsarchiv Marburg befindet sich ein mit Schreibmaschine geschriebenes Blatt Papier ohne Absender, Anrede oder Unterschrift, welches die Namen der zu deportierenden sowie die einzelnen Stationen im geplanten Ablauf der „Umsiedlung“ nennt.<sup>430</sup> Dazu gehört eine Karteikarte mit den handschriftlich vermerkten Personendaten. Dies sind die letzten Zeugnisse einer fast 300jährigen jüdischen Geschichte in Neukirchen. Seit dem 31. Mai 1942 gab es keine jüdischen Nachbarn mehr.

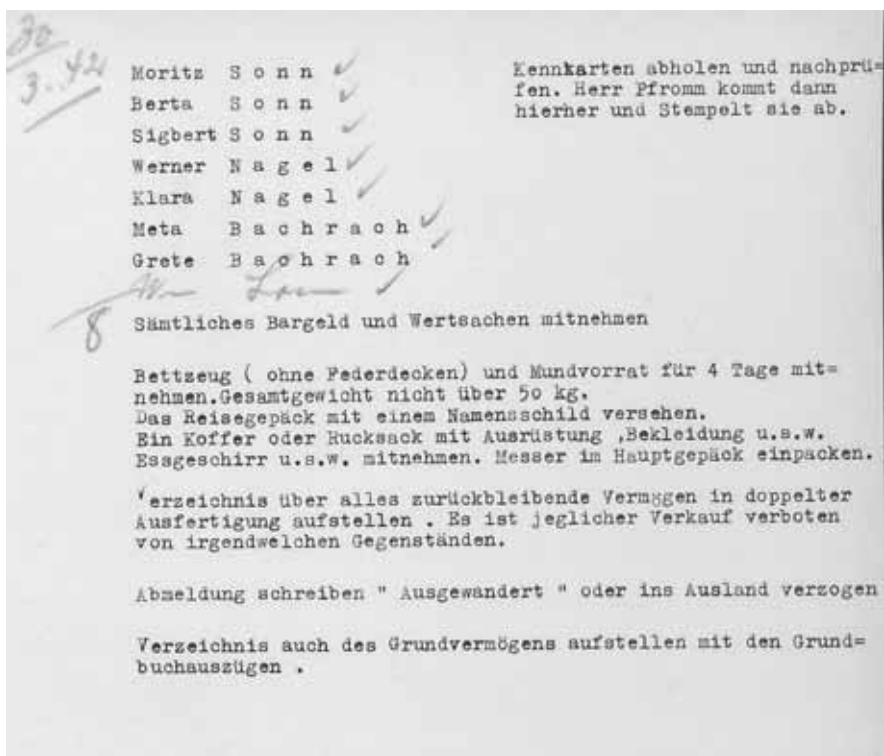


Abb. 44: Deportationsliste Neukirchen

<sup>430</sup> HStAM Bestand 330 Neukirchen B 7096.





## Auf einen Blick.

### Die Vertreibung und Verschleppung der jüdischen Bürger Neukirchens

Von den 138 Menschen jüdischen Glaubens, welche Ende 1932 durch Geburt oder Heirat in enger Beziehung zu Neukirchen standen, wurde mehr als jeder zweite deportiert und ermordet.

1	2	3	4	5	6	7	8
<i>Familienname Vorname</i>	<i>Geb.- jahr</i>	<i>Abwanderungen/ Eheschließungen, Sterbefälle bis 1935</i>		<i>Abwan- derungen bis 11/1938</i>		<i>Abwan- derungen/ Sterbefälle nach 11/1938</i>	<i>Ort der Depo- tion</i>
<b>BACHRACH</b> Julius	1891		x		x	+ 1940	
Meta	1895		x		x		<b>Izbica/ Sobibor</b>
Grete	1921		x		x		<b>Izbica/ Sobibor</b>
<i>Bachrach Ella</i>	<i>1893</i>	<i>oo Müller, Darmstadt</i>					<i>Auschwitz</i>
<i>Bachrach Sally</i>	<i>1896</i>					<i>unbek., nach 1945 Marburg</i>	
<i>Bachrach Emilie</i>	<i>1866</i>	<i>oo Katz-Stiefel, Rauschenberg</i>					<i>Theresien- stadt - Treblinka</i>
<i>Bachrach Jettchen</i>	<i>1869</i>	<i>oo Blüth, Nürnberg</i>					<i>Riga</i>
<i>Bachrach Erich</i>	<i>1906</i>	<i>Eisenach, Kassel, Leipzig, Königsberg 1934 Frankreich</i>					<i>Auschwitz</i>
<b>BAUM</b> Berta	1889	<i>oo Goldschmidt, Marburg</i>					<i>Riga</i>
<b>GRÜNE- BAUM</b> Adolf	1870		x	1937 Kirchhain		1939 FFM	<b>Theresien- stadt</b>
Rosalie	1875		x	1937 Kirchhain		1939 FFM	<b>Theresien- stadt</b>
Erna	1900	<i>oo Heilbrunn, Mönchengladbach</i>				<i>1937 USA</i>	
Max	1902		x	1936/37 Palästina			

<i>Brunhilde</i>	1906	<i>oo Levi, nach 1930 Palästina</i>					
Johanna	1907		x	1936 Palästina			
Thea	1913		x	1937 oo Kirchhain		1939 USA	
<i>Höxter Abraham</i>	1862	<i>unbek. Treysa</i>					<b>Theresien- stadt</b>
<b>LEVI Albert</b>	1880	1935 Palästina					
Jettchen	1881	1935 Palästina					
Hermann	1906		x	USA			
Toni	1911	1934 Palästina					
Salli	1914	1934 Palästina					
<b>LEVI Mendel</b>	1873		x	1937 FFM			<b>Kowno</b>
Emma	1877		x	1937 FFM			<b>Kowno</b>
Hermann	1901		x	1937 FFM		nach 1939 ausgew.	
Heinemann	1903					nach 1945 USA	
Moritz	1905		x	1937 FFM			<b>Chelm</b>
Rosalie	1909					1939 ausgewand.	
Bella	1911					ausgewand.	
Ida	1912		x	1937 FFM		ausgewand.	
Sara	1848	+ 1934					
<b>NAGEL Werner</b>	1891		x		x		<b>Izbica/ Sobibor</b>
Klara	1896		x		x		<b>Izbica/ Sobibor</b>
Gerhard	1927		x	1938 FFM		1939 Palästina	
<i>Nagel Therese</i>	1884	<i>oo Sonn, Berlin</i>					<b>Auschwitz</b>
<i>Nagel Julius</i>	1890	<i>unbek. Berlin</i>				<i>unterge- taucht</i>	
<i>Nagel Bella</i>	1892	<i>oo Zalcmann, Kassel</i>					<b>Riga</b>
<i>Nagel Max</i>	1896	<i>unbek. Berlin</i>					<b>Auschwitz</b>
<i>Nagel Ida</i>	1897	<i>oo Neumann, Berlin</i>					<b>Auschwitz</b>
<i>Nagel Salomon</i>	1899	<i>unbek. Insterburg</i>				1939 England	

<b>NUSSBAUM</b> Adolf	1879		x	1938 FFM			<b>Theresien-</b> <b>stadt/</b> <b>Auschwitz</b>
Cäcilie	1886		x	1938 FFM			<b>Theresien-</b> <b>stadt/</b> <b>Auschwitz</b>
Irma	1921			1938 FFM			
Leopold	1923		x	1937 Bad Nauheim			
Adelheid	1875		x		x	1940 FFM	<b>Theresien-</b> <b>stadt</b>
<b>NUSSBAUM</b> Dina	1877		x	1936 FFM			<b>Minsk</b>
<i>Emilie</i>	<i>1897</i>	<i>oo Reuter,</i> <i>Frankfurt</i>					<i>Auschwitz</i>
<i>Levi</i>	<i>1899</i>	<i>1929 Abterode</i>					<i>Minsk</i>
Moritz	1901		x	1937 Palästina			
Julius	1902	1934 Palästina					
Johanna	1905		x	FFM			<b>Minsk</b>
<i>Rosa</i>	<i>1907</i>	<i>oo Ziegelmann,</i> <i>1932 Palästina</i>					
<i>Frieda</i>	<i>1909</i>	<i>oo Bendheim,</i> <i>Frankfurt</i>					<b><i>Kowno</i></b>
Bertha	1912		x	1936 FFM			<b>Minsk</b>
<i>Nussbaum</i> <i>Emma</i>	<i>1869</i>	<i>oo Dannenberg,</i> <i>Kassel</i>					<b><i>Riga</i></b>
<b>NUSSBAUM</b> Emma	1874		x		x	1939 FFM	<b>Kowno</b>
<b>NUSSBAUM</b> Leopold	1876		x		x	1939 FFM	<b>Theresien-</b> <b>stadt</b>
Johanna	1888		x		x	1939 FFM	<b>Theresien-</b> <b>stadt /</b> <b>Auschwitz</b>
Edith	1913		x		x	1939 FFM/ England	
Julius	1915		x		x	1939 FFM/ England/USA	
<b>NUSSBAUM</b> Marianne	1868		x	1937 Wiesbaden		+ 1941	
Bertha	1871		x	1937 Wiesbaden			<b>Minsk</b>
<b>NUSSBAUM</b> Markus I	1869		x		x	1939 Niederlande	<b>Sobibor</b>
Johanna	1873		x		x	1939 Niederlande	<b>Sobibor</b>

Jenny	1903	unbek. Niederlande					<b>Auschwitz</b>
Friederike	1908	oo Gobes, Niederlande					<b>Auschwitz</b>
Ruth	1910	oo Abraham, Niederlande				untergetauch.	
Emanuel	1912		x				
Nussbaum, Scheinchen	1864	oo Katzenstein, Frankfurt					<b>Freitod vor der Depor- tation 1942</b>
<b>NUSSBAUM</b> Markus II	1876		x		x	1939 FFM	<b>Kowno</b>
Meta	1883		x		x	1939 FFM	<b>Kowno</b>
Julius	1908		x	1936 USA			
Salli	1910		x	1938 FFM/USA			
Bertha	1913		x				<b>Kowno</b>
<b>NUSSBAUM</b> Max I	1884		x		x	1939 Dortmund	<b>Theresien- stadt</b>
Nussbaum Jettchen	1882	oo Stern, Jesberg unbek. USA					
Nussbaum Michael	1872	unbek. FFM					<b>Freitod 1946</b>
Nussbaum Moritz	1878	unbek. Dortmund					<b>Theresien- stadt</b>
<b>NUSSBAUM</b> Moses	1855	+ 1932					
Klara	1862		x		x	1940 FFM	<b>Theresien- stadt</b>
Rosa	1892	oo Höxter, Schweinsberg					<b>Izbica/ Sobibor</b>
Max II	1896		x		x	1940 Argentinien	
Frieda	1898		x		x	1940 Argentinien	
Irene	1926		x		x	1940. Argentinien	
Martin	1932		x		x	1940 Argentinien	
<b>NUSSBAUM</b> Natalie	1873		x	1936 FFM			<b>Lodz</b>
Berthold	1902						
Regina	1904	Palästina					
Theodor	1906	1933 Niederlande		1935 Palästina			
Martin	1909			1936 FFM			
Ferdinand	1916		x	1936 FFM			<b>Lodz</b>

<i>Rothschild Frieda</i>	1896	oo Sajet					<i>Sobibor</i>
<i>Rothschild Jakob</i>	1880	unbek. Köln					<i>Lodz</i>
<i>Rothschild Johanna</i>	1878	oo Isaak, Momberg					<i>Theresienstadt/ Treblinka</i>
<i>Rothschild Sara</i>	1884	oo Oostr, Niederlande					<i>Sobibor</i>
<i>Sonn Dina</i>	1884	oo Boessmann, Frankfurt					<i>Sobibor/ Belzec</i>
<i>Sonn Paula</i>	1890	oo Mattes, Frankfurt					<i>Kowno</i>
<i>Sonn Minna</i>	1884	oo Brünn, 1934 Hamburg				1938 England – USA	
<b>SONN Johanna</b>	1860		x		x		<b>Theresienstadt</b>
Mathilde	1890		x		x	+ 1941	
Berta	1888		x		x		<b>Izbica/ Sobibor</b>
Ludwig	1920		x		x	1939 Niederlande	
<i>Sonn Salli</i>	1891	unbek. Bolivien					
<b>SONN Levi</b>	1879	1933 Frankreich				Köln	<b>Lodz/ Chelmno</b>
Janette	1878	1934 Köln				+ 1940 Köln	
Rosa	1906						
Max	1911	1933 Frankreich					
<i>Theo</i>	1913	unbek. Neuwied, unbek. Frankreich					<i>Majdanek</i>
<i>Sonn Hermann</i>	1888	unbek. Hamburg					<i>Riga</i>
<b>SONN Moritz I</b>	1879		x		x		<b>Izbica/ Sobibor</b>
Bertha	1885		x		x		<b>Izbica/ Sobibor</b>
Bertha	1908			ausgewand. USA			
Siegbert	1925		x		x		<b>Majdanek</b>
Levi	1845	+ 1932					

<b>SONN</b> Samuel	1882		x	1936 FFM			<b>Izbica</b>
Paula	1884		x	1936 FFM			<b>Izbica</b>
Meinhard	1909		x	1936 FFM		1939 USA	
Manfred	1911		x	1936 FFM / Südafrika			
<b>SPIER</b> Bella	1886	+ 1930					
Jakob	1911			Berlin		FFM	<b>unbek.</b>
Hans Norbert	1918	1932 Gießen/ Frankfurt		1937 USA			
<b>SPIER</b> Kätchen	1877	+ 1935					
Jakob	1903		x	1936 USA			
Else	1908		x	1936 USA			
Pauline	1914	oo Israels, 1934 Danzig, 1935 USA					
<b>SPIER</b> Willy	1890	+ 1935					
Johanna	1896		x	1937 Hammelburg		1939 FFM oo Strauss	<b>Izbica/ Sobibor</b>
Heinz	1922		x	+ 1936			
Ernst Meier	1925	1935 Fulda		1937 FFM		1939 Schweiz	
Walter	1927	1935 Fulda		1937 FFM		1939 Schweiz	
Fanny	1858		x		x	+ 1941	
<b>STERN</b> Arthur	1896	1934 Ziegenhain		1937 Köln			<b>Minsk</b>
Ida	1893	1934 Ziegenhain + 1935					
Nanni	1905	1934 Ziegenhain		1937 Köln			<b>Minsk</b>
Josef Walter	1925	1934 Ziegenhain		1937 Köln			<b>Minsk</b>
Ilse	1931	1934 Ziegenhain		1937 Köln			<b>Minsk</b>
Wallach Jettchen	1869	oo Levi, Ottrau				1941 FFM	<b>Theresien- stadt</b>

NK = Neukirchen / FFM = Frankfurt am Main / += gestorben / oo = Eheschließung

Die Tabelle nennt in der ersten Spalte die Mitglieder der jüdischen Familien, welche sich um 1930 in Neukirchen aufhielten.<sup>431</sup>

Kursiv sind dazu weiterhin diejenigen in Neukirchen geborenen Familienmitglieder (Eltern, Geschwister, Kinder) erfasst, welche den Ort bereits vor 1933 verlassen hatten und aus ihren neuen Wohnorten heraus deportiert wurden.<sup>432</sup>

Die zweite Spalte gibt anhand der Geburtsdaten einen Überblick über die Altersstruktur.

In der dritten Spalte werden die Ab- und Auswanderungen bis 1935 genannt, desgleichen Heiraten nach außerhalb und Todesfälle.

Die vierte Spalte verzeichnet alle jüdischen Personen, welche sich am 01.10.1935 in Neukirchen aufhielten.<sup>433</sup>

Die fünfte Spalte gibt die Abwanderungen in die größeren Städte nach dem 01.10.1935 resp. die Auswanderungen bis zur Pogromnacht am 09. November 1938 an.

In der sechsten Spalte werden all die jüdischen Einwohner genannt, welche sich nach der Pogromnacht noch in Neukirchen aufhielten.<sup>434</sup>

Die siebente Spalte gibt an, wer nach der Pogromnacht innerhalb Deutschlands umzog oder noch auswandern konnte.

Die achte Spalte nennt den Deportationsort.

Grau unterlegt wurden diejenigen Personen, welche direkt aus Neukirchen deportiert wurden.

---

<sup>431</sup> STAM Bestand 330 Neukirchen B 7376.

<sup>432</sup> Zu den Quellen siehe Barbara GREVE, Jeder Mensch hat einen Namen. Was man den Juden aus Neukirchen am Knüll angetan hat – 1933 bis 1942. In: Bernd Lindenthal (Hrsg.), Heimatvertriebene Nachbarn Bd. 3, Schwalmstadt-Treysa 2008, S. 307-446.

<sup>433</sup> STAM Bestand 330 Neukirchen B 7105.

<sup>434</sup> STAM Bestand 330 Neukirchen B 7146.

## Quellen

### Ungedruckte Quellen

#### **Hessisches Staatsarchiv Marburg (HStAM)**

Bestand 330 Neukirchen A 74, B 1551 Bd. 27, B 1590, B 1597, B 1600, B 2519, B 3497, B 3500, B 3593, B 6852, B 6855, B 7024 , B 7096, B 7146, B 7338

Bestand 330 Kirchhain Nr. 2269, 3486

Bestand 330 Ziegenhain Nr. 973

Bestand 180 Ziegenhain Nr. 4278, 4279, 4496, 4510, 4553

Bestand 180 Marburg Nr. 4813 Bl. 1 und 2, 4823 Bl. 16, 4825, 4827, 4828, 4830

Bestand 180 Hersfeld Nr. 3698

Bestand 165 Nr. 3820, 3863, 3939 Bl. 638, 3979 Bl. 179, 3982 Bl. 10

Bestand 40a Rubr. XVI Generalia Bd. 5

Bestand Kataster I Neukirchen, Katastervorbeschreibung

#### **Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW)**

Abt. 518: Pak. 1026 Nr. 7 (Samuel Sonn), Pak. 10394 (Leopold Nussbaum), Pak. 11124 (Natalie Nussbaum), Pak. 1709 Nr. 5 (Berta Sonn ), Pak. 1892 Nr. 8 (Johanna Sonn), Pak. 1892 Nr. 9 (Max Sonn), Pak. 20047 (Markus Nussbaum I), Pak. 693 (Dina Nussbaum), Pak. 963 Nr. 10 (Bertha Nussbaum), Pak. 972 Nr. 1 (Friederike Nussbaum ), Pak. 972 Nr. 8 (Markus Nussbaum II), 1753/2 (Anna C.)

Abt. 519/3: Pak. 2224 (Adolf Grünebaum), Pak. 5596 (Levi Nussbaum), Pak. 5829 (Marianne Nussbaum ), Pak. 5859 (Bertha Nussbaum), Pak. 6911 (Samuel Sonn), Pak. 5590 (Markus Nussbaum II), Pak. 23353 (Ferdinand Nussbaum), Pak. unverz.: Berta Sonn geb. Nagel , Johanna Sonn, Moritz Sonn, Max Grünebaum, Sally Werner Nagel

Abt. 519/D in K 89 Kassel Markus Nussbaum I

#### **Stadtarchiv Kassel**

Bestand S 3 Nr. 346, 356, 363

### Gespräche/Briefwechsel mit Zeitzeugen

Briefwechsel/email-Austausch mit Gedalya Nigal (Gerhard Nagel), Israel; Martin Nussbaum, Argentinien; Israel Spier (Walter Israel Spier), Israel.

Telefongespräche mit Pauline Israels (Pauline Spier), USA.; Martin Nussbaum, Argentinien; Brakha Rabinowitz (Bernie Höxter), Israel; Meir Sapir (Ernst Meier Spier), Israel.

Zeitzeugengespräche mit Frau C.W., Neukirchen, Herrn L., Neukirchen.

Tonbandaufzeichnung von Meir Sapir (Ernst Meier Spier), Israel.

### Gedruckte Quellen

#### **- vor 1945**

Ziegenhainer Zeitung 1933-1936

Schwalm-Bote 1933-1936

Schwalmkreis 1938, Januar-März 1939



## **Bibliographie**

### **Veröffentlichungen vor 1945**

GEWERBE- und Handels-Adreßbuch der Kreise Ziegenhain, Homberg, Fritzlar 1930/31, Buchdruckerei W. Kempf, Treysa.

PHILO-Atlas. Handbuch für die jüdische Auswanderung, o.O., o.J. [Reprint der Ausgabe von 1938. Bodenheim b. Mainz.]

ULBRICHT, Herbert (Bearb.), Statistisches Gemeindeverzeichnis des bisherigen polnischen Staates. Mit Berücksichtigung der am 28. September 1939 festgelegten Grenze der deutschen und sowjetrussischen Reichsinteressen. Berlin 1939.

### **Veröffentlichungen nach 1945**

ALY, Götz, Hitlers Volksstaat. Frankfurt am Main 2005.

ARNSBERG, Paul, Die jüdischen Gemeinden in Hessen. Bd. 2, Frankfurt am Main 1971.

BAJOHR, Frank, Vom antijüdischen Konsens zum schlechten Gewissen. Die deutsche Gesellschaft und die Judenverfolgung 1933-1945, in: POHL, Dieter: Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die Deutschen, die NS-Führung und die Alliierten. München 2006, S. 10-77.

BALKE, Rolf, Hakenkreuz im Heiligen Land. Die NSDAP-Landesgruppe Palästina. Erfurt 2001.

BARKAI, Avraham, Vom Boykott zur „Entjudung“. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933-1943. Frankfurt am Main 1988.

BENZ, Wolfgang (Hrsg.), Die Juden in Deutschland 1933-1945. München 1996.

BENZ, Wolfgang, Die Deutschen und die Judenverfolgung: Mentalitätsgeschichtliche Aspekte, in: BÜTTNER, Ursula (Hrsg.), Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich. Frankfurt am Main 2003.

BERNETT, Hajo, Die jüdische Turn- und Sportbewegung als Ausdruck der Selbstfindung und Selbstbehauptung des deutschen Judentums, in: PAUCKER, Arnold (Hrsg.), Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland. Tübingen 1986.

BISKAMP, Adolf, WALPER, Friedhelm, Die israelitische Kultusgemeinde in Neukirchen, in: BAMBEY, Hartwig, BISKAMP, Adolf, LINDENTHAL, Bernd, Heimatvertriebene Nachbarn Bd. 1 und 2. Schwalmstadt-Treysa 1993, S. 473-484.

BÜTTNER, Ursula: Der Alltag der Judenverfolgung und der Anteil der Bevölkerung, in: BÜTTNER, Ursula (Hrsg.): Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich. Frankfurt am Main 2003.

BURMEISTER, Helmut, DORHS, Michael (Hrsg.), Das achte Licht. Beiträge zur Kultur- und Sozialgeschichte der Juden in Nordhessen. Hofgeismar 2002.

- CHLADKOVA, Ludmilla, Von einem Haus im Theresienstädter Ghetto, in: Theresienstädter Studien und Dokumente 1998, Institut Theresienstädter Initiative. Prag 1998, S. 131-141.
- CHOTJEWITZ, Peter O., CHOTJEWITZ-HÄFNER, Renate, Die mit Tränen säen. Israelisches Reisejournal. München 1980.
- CZECH, Danuta, Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939-1945. Reinbek bei Hamburg 1989.
- DEUTSCHLANDBERICHTE der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934-1940. Nachdruck. Frankfurt am Main 1980.
- DIAMANT, Adolf, Gestapo Frankfurt am Main. Zur Geschichte einer verbrecherischen Organisation in den Jahren 1933-1945. Frankfurt am Main 1988.
- DICKINSON, John K., German and Jew, The life and death of Sigmund Stein. Chicago 1967.
- FRANZ, Eckhart G., Von der Grafschaft zum Kreis, in: PFUHL, Albert (Hrsg.), Der Kreis Ziegenhain. Stuttgart und Aalen 1971, S. 39-68.
- FRIEDLÄNDER, Saul, Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung 1933-1939, Bd. 1. München 1998.
- GERLACH, Christian, Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrussland 1941-1944. Hamburg 1999.
- GERSTMANN, Hans, Von Ziegenhainer Juden bis zu den Trägern des „Gelben Sterns“, in: BAMBEY, Hartwig, BISKAMP, Adolf, LINDENTHAL, Bernd, Heimatvertriebene Nachbarn Bd. 1 und 2. Schwalmstadt-Treysa 1993, S. 473-484.
- GOTTWALD, Alfred, KAMPE, Norbert, KLEIN, Peter, NS-Gewaltherrschaft. Berlin 2005 (Publikationen der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannseekonferenz, Band 11).
- GOTTWALD, Alfred, SCHULLE, Diana, Die „Judendeportationen“ aus dem Deutschen Reich 1941-1945. Wiesbaden 2005.
- GREVE, Barbara, „Er wäre sogar in den Dschungel gegangen, um aus Deutschland herauszukommen.“ Ein Bericht von zerbrochenen Lebenskreisen in einem nordhessischen Marktflöcken und seiner Umgebung zwischen 1920 und 1942. Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde 1999, Bd. 104, S. 209-236.
- GREVE, Barbara, Exil oder Tod – Flucht und Vertreibung der Juden aus den Landgemeinden des Altkreises Ziegenhain, in: LINDENTHAL, Bernd, Heimatvertriebene Nachbarn Bd. 3. Schwalmstadt-Treysa 2008, S. 1-56.
- GREVE, Barbara, Jeder Mensch hat einen Namen. Was man den Juden aus Neukirchen am Knüll angetan hat. 1933 – 1942, in: LINDENTHAL, Bernd, Heimatvertriebene Nachbarn Bd. 3. Schwalmstadt-Treysa 2008, S. 307-446.

- GREVE, Barbara, Fragebögen – Stempel – Formulare. Die „geordnete“ Flucht der Familie Josef Plaut aus Willingshausen, in: LINDENTHAL, Bernd, Heimatvertriebene Nachbarn Bd. 3. Schwalmstadt-Treysa 2008, S. 473-492.
- GREVE, Barbara, Schluss mit „lustik“. Die „Tabellen der Israeliten“ aus dem Jahre 1816/17. In: Schwälmer Jahrbuch 2009, S. 131-147.
- GILBERT, Martin, Nie wieder! Die Geschichte des Holocaust. Berlin u. München 2001.
- HAFFNER, Sebastian, Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914-1933. München 2002.
- HÄNDLER-LACHMANN, Barbara, WERTHER, Thomas, Vergessene Geschäfte verlorene Geschichte. Jüdisches Wirtschaftsleben in Marburg und seine Vernichtung im Nationalsozialismus. Marburg 1992.
- HÄSLER, Alfred A., WESTHEIMER, Ruth K., Die Geschichte der Karola Siegel. Bern 1976.
- HENNING, Eike, Hessen unterm Hakenkreuz. Frankfurt am Main 1984, 2.A.
- HOFFMANN, Friedrich, Die Verfolgung der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen in Hessen. Baden-Baden 2001.
- HOFFMANN, Hilmar, „Und die Fahne führt uns in die Ewigkeit“. Propaganda im NS-Film. Frankfurt am Main 1988.
- JÜDISCHES MUSEUM FRANKFURT AM MAIN (Hrsg.): „...und keiner hat für uns Kaddisch gesagt...“, Deportationen aus Frankfurt am Main 1941-1945. Katalog zur gleichnamigen Ausstellung. Frankfurt am Main 2004.
- KAMMLER, Jörg, KRAUSE-VILMAR, Dietfrid, KUJAWSKI, Siegfried, PRINZ, Wolfgang, WILMSMEIER, Robert, Volksgemeinschaft und Volksfeinde. Kassel 1933-1945, Kassel 1984.
- KAPLAN, Marion, Der Mut zum Überleben. Jüdische Frauen und ihre Familien in Nazideutschland. Berlin 2001.
- KAPLAN, Marion, Geschichte des jüdischen Alltags in Deutschland. München 2003.
- KINGREEN, Monica (Hrsg.), „Nach der Kristallnacht“. Jüdisches Leben und antijüdische Politik in Frankfurt am Main 1938-1945. Frankfurt am Main und New York 1999.
- KINGREEN, Monica, Gewaltsam verschleppt aus Frankfurt. Die Deportationen der Juden aus den Jahren 1941-1945, in KINGREEN, Monica (Hrsg.), „Nach der Kristallnacht“. Jüdisches Leben und antijüdische Politik in Frankfurt am Main 1938-1945. Frankfurt am Main und New York 1999, S. 357-402.
- KINGREEN, Monica, Die gewaltsame Verschleppung der Juden aus den Dörfern und Städten des Regierungsbezirks Kassel in den Jahren 1941 und 1942, in: BURMESTER, Helmut, DORHS, Michael (Hrsg.), Das achte Licht. Hofgeismar 2002, S. 223-242.

KINGREEN, Monica, „Die Aktion zur kalten Erledigung der Mischehen“ – die reichsweit singuläre systematische Verschleppung und Ermordung jüdischer Mischehepartner im NSDAP-Gau Hessen-Nassau 1942/43, in: GOTTWALD, Alfred, KAMPE, Norbert, KLEIN, Peter, NS-Gewaltherrschaft. Berlin 2005 (Publikationen der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannseekonferenz, Band 11).

KLEE, Ernst, Euthanasie im NS-Staat. Die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“. Frankfurt am Main 1985.

KLEE, Ernst, Die SA Jesu Christi. Die Kirchen im Banne Hitlers. Frankfurt/Main 1989.

KLEE, Ernst, DRESSEN, Willy, RIESS, Volker, „Schöne Zeiten“. Judenmord aus der Sicht der Täter und Gaffer, Frankfurt am Main 1988 .

KLEIN, Thomas (Hrsg.), Der Regierungsbezirk Kassel 1933-1936. Die Berichte des Regierungspräsidenten und der Landräte. Darmstadt und Marburg 1985, (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte Bd. 64).

KLEIN, Thomas (Hrsg.), Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei über die Provinz Hessen-Nassau 1933-1936. Teilband I: A und B (Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz Band 22/1). Köln und Wien 1986.

KLEWITZ, Bernd, Kirchhain. Alltag im Dritten Reich. Marburg 1990.

KROHN, Helga, Vor den Nazis gerettet. Eine Hilfsaktion für Frankfurter Kinder 1939/40. Sigmaringen 1995 (Schriftenreihe des Jüdischen Museums Frankfurt am Main Bd. 3).

KROPAT, Wolf-Arno, Kristallnacht in Hessen. Der Judenpogrom vom November 1938. Wiesbaden 1988 (Schriften der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen X)

KROPAT, Wolf-Arno, „Reichskristallnacht“, Der Judenpogrom vom 7. bis 10. November 1938 – Urheber, Täter, Hintergründe. (Schriften der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen XV). Wiesbaden 1997 .

KUWALEK, Robert, Das Durchgangsghetto Izbica, in: Theresienstädter Studien und Dokumente 2003.

LEVI, Schmuël, Erinnerungen an meine Jugend in Neukirchen, in: BAMBEY, Hartwig, BISKAMP, Adolf, LINDENTHAL, Bernd, Heimatvertriebene Nachbarn Bd. 1 und 2. Schwalmstadt-Treysa 1993, S. 455-462.

LINDENTHAL, Bernd, Der politische Wille im Kreis Ziegenhain 1930-33, in: BAMBEY, Hartwig, BISKAMP, Adolf, LINDENTHAL, Bernd, Heimatvertriebene Nachbarn Bd. 1 und 2. Schwalmstadt-Treysa 1993, S. 215-22.

LINDENTHAL, Bernd, Zwischen Hoffnung und Wahnsinn – Über Juden in Treysa – Von den Anfängen bis 1942, in: BAMBEY, Hartwig, BISKAMP, Adolf, LINDENTHAL, Bernd, Heimatvertriebene Nachbarn Bd. 1 und 2, Schwalmstadt-Treysa 1993, S. 241-384.

LINDENTHAL, Bernd, „...gesetzmäßig richtig, aber unklug...“. Zur Strafversetzung eines Neukirchener Richters 1934, in: BAMBEY, Hartwig, BISKAMP,

Adolf, LINDENTHAL, Bernd, Heimatvertriebene Nachbarn Bd. 1 und 2. Schwalmstadt-Treysa 1993, S. 463-466.

LINDENTHAL, Bernd (Hrsg.), Heimatvertriebene Nachbarn, Bd. 3. Schwalmstadt-Treysa 2008.

LOEWY, Hanno, SCHOENBERNER, Gerhard, (Red.), "Unser einziger Weg ist Arbeit": das Ghetto Lodz 1940-1944. Wien 1990.

LOEWY, Hanno (Hrsg.), ROSENFELD, Oscar: Wozu noch Welt. Aufzeichnungen aus dem Ghetto Lodz. Frankfurt am Main, 1994 (Schriftenreihe der Arbeitsstelle des Fritz-Bauer-Instituts, 7).

MANTZ, Wolfgang, REICH, Helmut, STRÖHLER, Friedrich Wilhelm, WALPER, Friedrich Wilhelm, Wissenswertes und Interessantes aus den Jahrhunderten. Geschichte und Geschichten 1142-1992. Festbuch zum 850jährigen Jubiläum [der Stadt Neukirchen], o.O.,o.J., [Neukirchen 1992].

MECHANICUS, Philip, Im Depot. Tagebuch aus Westerbork. Berlin 1993.

MEINL, Susanne, ZWILLING, Jutta, Legalisierter Raub. Die Ausplünderung der Juden im Nationalsozialismus durch die Reichsfinanzverwaltung in Hessen. Frankfurt am Main 2004. (Wissenschaftliche Reihe des Fritz-Bauer-Instituts, Band 10).

MORITZ, Klaus, NOAM, Ernst, NS-Verbrechen vor Gericht. 1945-1955. Dokumente aus hessischen Justizakten. Wiesbaden 1978 (Schriften der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen II, Justiz und Judenverfolgung Bd. 2).

NIGAL, Gedalya, Erinnerungen an den Novemberpogrom in Frankfurt a.M. und Neukirchen, in: BAMBEY, Hartwig, BISKAMP, Adolf, LINDENTHAL, Bernd, Heimatvertriebene Nachbarn Bd. 1 und 2. Schwalmstadt-Treysa 1993, S. 467-472.

OSTEND: Blick in ein jüdisches Viertel. Katalog zur gleichnamigen Ausstellung. Jüdisches Museum Frankfurt am Main (Hrsg.). Frankfurt am Main 2000.

PAUCKER, Arnold (Hrsg.), Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland. Tübingen 1986.

PFUHL, Albert (Hrsg.), Der Kreis Ziegenhain. Stuttgart und Aalen 1971.

REUTH, Ralf Georg, Goebbels. Eine Biographie. München 1995, 3.A.

RICHARZ, Monika, Der jüdische Weihnachtsbaum – Familie und Säkularisierung im deutschen Judentum des 19. Jahrhunderts, in: GRÜTTNER, Michael, HACHMANN, Rüdiger, HAUPT, Heinz-Gerhard (Hrsg.), Geschichte und Emanzipation. Festschrift für Reinhard Rürup, Frankfurt am Main/ New York 1999, S. 275-289.

ROSENFELD, Oscar, Wozu noch Welt. Aufzeichnungen aus dem Ghetto Lodz. LOEWY, Hanno (Hrsg.), Frankfurt am Main, 1994 (Schriftenreihe der Arbeitsstelle des Fritz-Bauer-Instituts, 7).

SCHEER, Regine, AHAWA. Das vergessene Haus. Spurensuche in der Berliner Auguststraße. Berlin 1992.

SCHELVIS, Jules, Vernichtungslager Sobibor. Hamburg und Münster 2003.

SCHÖNEKÄS, Klaus, Hinweise auf die soziopolitische Verfassung Hessens in der Weimarer Republik, in: HENNING, Eike, Hessen unterm Hakenkreuz. Frankfurt am Main 1984, 2.A.

SELIGMANN, Senta Wallach, Meine Erinnerungen an die Kristallnacht, in: Bernd Lindenthal (Hrsg.), Heimatvertriebene Nachbarn Bd. 3, S. 447-452.

SERENY, Gitta, Am Abgrund: Gespräche mit dem Henker. Franz Stangl und die Morde von Treblinka. München 1995.

STEIN, Harry, Das Sonderlager im Konzentrationslager Buchenwald nach den Pogromen 1938, in: KINGREEN, Monica (Hrsg.), „Nach der Kristallnacht“. Jüdisches Leben und antijüdische Politik in Frankfurt am Main 1938-1945. Frankfurt am Main und New York 1999.

STEIN, Harry, Juden in Buchenwald 1937-1942. Gedenkstätte Buchenwald 1992.

TARSI, Anita, Das Schicksal alter Frauen aus Deutschland im Ghetto Theresienstadt, in: Theresienstädter Studien und Dokumente 1998, Institut Theresienstädter Initiative. Prag 1998, S. 100-130.

THERESIENSTÄDTER GEDENKBUCH. Die Opfer der Judentransporte aus Deutschland nach Theresienstadt 1942-1945, hrsg. vom Institut Theresienstädter Initiative, Academia, Prag 2000.

UNITED States Holocaust Memorial Museum (Hrsg.), Diary of Elena Kutorgiene, December 4, 1941, in: Hidden History of the Kovno Ghetto. Washington, D.C. 1999.

VOLZE, Fritz, Neukirchener Jahresheft 7. Neukirchen 1981.

VOLZE, Lina, Meine Erinnerungen an die Juden in Neukirchen. Unveröffentlichtes Manuskript.

VON ZUR MÜHLEN, Patrick, Fluchtweg Spanien-Portugal. Die deutsche Emigration und der Exodus aus Europa 1933-1945. Bonn 1992.

WALK, Joseph, Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Heidelberg 1996, 2.A.

WEIDEMANN, Thomas, Politischer Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich. Der Reichstagsabgeordnete Max Liebermann von Sonnenberg und der nordhessische Wahlkreis Fritzlar-Homberg-Ziegenhain, in: BAMBEY, Hartwig, BISKAMP, Adolf, LINDENTHAL, Bernd, Heimatvertriebene Nachbarn Bd. 1 und 2. Schwalmstadt-Treysa 1993, S. 113-184.

WILDT, Michael (Hrsg.): Die Judenpolitik des SD 1935 bis 1938. Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Bd. 71. München 1995.

WILDT, Michael, Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939. Hamburg 2007.

WOJAK, Irmtrud, HAYES, Peter, „Arisierung“ im Nationalsozialismus. Volksgemeinschaft, Raub und Gedächtnis, Frankfurt/New York 2000, (Jahrbuch 2000 zur Geschichte und Wirkung des Holocaust).

## Abbildungsnachweise

1. Hans Retzlaff, Heinz Metz, Die Schwalm. Kulturbild einer hessischen Landschaft, Berlin/Leipzig 1936
2. Martin Menzel
- 2b. Sammlung Wolfgang Mantz
3. Heimatmuseum Neukirchen
- 3b. Sammlung Wolfgang Mantz
4. Heimatmuseum Neukirchen
5. Sammlung Wolfgang Mantz
6. Sammlung Wolfgang Mantz
7. Sammlung Wolfgang Mantz
8. Sammlung Wolfgang Mantz
9. Judy Israels
10. Ziegenhainer Zeitung 4.12.1933
11. HHStAW Bestand 518 Nr. 1892 Paket 9
12. Sammlung Wolfgang Mantz
13. Walter Israel Spier
14. Walter Israel Spier
15. Heimatmuseum Neukirchen
16. HStAM Bestand 330 Neukirchen B 1600
17. HStAM Bestand 330 Neukirchen B 1600
18. HHStAW Bestand 518/3 Nr. 6911
19. HHStAW Bestand 519/3 Nr. 6911
20. HHStAW Bestand 518 Paket 963
21. HHStAW Bestand 519/3 Nr. 23353
22. Barbara Greve
23. HStAM Bestand 330 Neukirchen B 1600
24. Gerry B. Breidenbach
25. Max Nussbaum
26. HHStAW Abt. 518 Nr.1708 Paket 5
27. Elad Sonn
28. Sammlung Wolfgang Mantz
29. Heimatmuseum Neukirchen
30. HHStAW Abt. 518 Paket 20047
31. Gedalya Nigal
32. Gedalya Nigal
33. HHStAW Abt 519/3 Sally Werner Nagel
34. HHStAW Abt 519/3 Sally Werner Nagel
35. HHStAW Abt 519/3 Sally Werner Nagel
36. HHStAW Abt 519/3 Sally Werner Nagel
37. HStAM Bestand 330 Neukirchen Nr. 7096
38. Martin Nussbaum
39. Martin Nussbaum
40. Martin Nussbaum
41. HStAM Bestand 330 Neukirchen B 1600
42. HStAM Bestand 330 Neukirchen B 7096
43. HStAM Bestand 330 Neukirchen B 7096
44. HStAM Bestand 330 Neukirchen B 7096

# Nationalsozialismus in Nordhessen

## *Schriften zur regionalen Zeitgeschichte*

**Kurt Finkenstein: Briefe aus der Haft 1935 – 1943**

Herausgegeben und eingeleitet von Dietfrid Krause-Vilmar

ISBN 978-3-934377-78-3, 480 S. Fotos, Faksimiles, Dokumente, Register. Geb. € 18.–

**Michael Winkelmann: „Auf einmal sind sie weggemacht“**

Lebensbilder Arolser Juden im 20. Jahrhundert

424 S. Fotos. Kartoniert. € 18.–

**Heinz Vonjahr: Kinderlandverschickung Kasseler Schulen 1943-1945**

ISBN 978-3-934377-72-1, 244 S. Abb. Kartoniert. € 16.–

**Thorsten Wiederhold: Gerhard Fieseler – eine Karriere**

Ein Wirtschaftsführer im Dienste des Nationalsozialismus

ISBN 978-3-934377-98-1, 324 S. Abb. Kartoniert. € 18.–

**Dieter Vaupel: Spuren die nicht vergehen. Über Zwangsarbeit und Entschädigung**

408 S. Faks. Kartoniert. € 20.–

**Richter, Gunnar (Hrsg.): Breitenau.**

ISBN 978-3-928172-25-7, 319 S. Abb. Gebunden. € 10.–

**Dietfrid Krause-Vilmar: Das Konzentrationslager Breitenau**

Ein staatliches Schutzhaftlager 1933/34

2. Aufl. mit Dokumenten und Fotos. 320 S. Gebunden. € 19.–

**Wilfried Hansmann und Timo Hoyer (Hrsg.):**

**Zeitgeschichte und historische Bildung**

Festschrift für Professor Dr. Dietfrid Krause-Vilmar

ISBN 978-3-934377-87-5, 336 S. Abb. Kartoniert. € 18.–

**Jürgen Raabe: Zwangsarbeit bei der Kurhessischen Kupferschieferbergbau Sontra 1940-1945.** 135 S. Abb. Kartoniert. € 7.50

**Gunnar Richter: Das Arbeitserziehungslager Breitenau (1940 – 1945).** Ein Beitrag zum nationalsozialistischen Lagersystem. Straflager, Haftstätte und KZ-Durchgangslager der Gestapostelle Kassel für Gefangene aus Hessen und Thüringen.

ISBN 978-3-934377-42-4, 608 S. Kartoniert. Abb. € 20.–

**Bitte fordern Sie unseren Gesamtkatalog an.**

## **Verlag Winfried Jenior**

Lassallestr. 15, D–34119 Kassel

Tel.: 0561–7391621, Fax 0561–774148

e-mail: [jenior@aol.com](mailto:jenior@aol.com) [www.jenior.de](http://www.jenior.de)